

# Das Argument

Zeitschrift für Philosophie  
und Sozialwissenschaften

174



Helga Königsdorf: Kirchengang

**Das Lafontaine-Projekt**

Eingriffe von Frauen

F. Haug, Frerichs, Steinrücke, Andresen

Fundamentalistische Parteipolitik in Israel

Peter Weiss und die Filmzensur

# Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

## *Ständige Mitarbeiter*

Heinz-Harald Abholz (Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Georg Auernheimer (Marburg), Ursula Beer (Bielefeld), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei † (Wien), Kuno Füssel (Münster), Karlheinz A. Geißler (München), Helmut Gollwitzer (Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Josef Held (Tübingen), Jutta Held (Osnabrück), Eike Hennig (Kassel), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin), Urs Jaeggi (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Heiner Keupp (München), Arno Klönne (Paderborn), Michael Krätke (Amsterdam), Annette Kuhn (Bonn), Thomas Metscher (Bremen), Oskar Negt (Hannover), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Antje Vollmer (Bielefeld), Rainer Zoll (Bremen)

## *Redaktion*

Dieter Borgers, Karl-Heinz Götz, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Helga Karl (z.Zt. beurlaubt), Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber, Frieder O. Wolf, Erich Wulff

## *Autonome Frauenredaktion*

Sünne Andresen, Claudia Gdaniec, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Barbara Ketelhut, Jutta Meyer-Siebert, Eva Stäbler, Ellen Woll

*Redaktionssekretariat:* Thomas Laugstien

## *Redaktionsanschrift*

Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, Telefon: (030) 813 50 24

*Verlagsleitung:* Georg Stenzaly

*Umschlaggestaltung:* Johannes Nawrath *Foto:* © Zenit/Paul Langrock

## *Verlagsanschrift*

Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, Telefon: (040) 45 60 18 und 45 36 80

## *Auslieferung für Buchhandel*

Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Telefon: (030) 692 79 34

## *Abonnement-Auslieferung*

Computer-Service Jost, Ickstattstr. 9, 8000 München 5, Telefon: (089) 202 51 531

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1989 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2-fache Ausfertigung). Autoren, die mit »Microsoft Word« arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll-Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt Berlin West 5745—108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — März/April 1989. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

## **Inhalt**

Editorial	167
Günther Anders: Die Tabletten .....	169
Helga Königsdorf: Kirchgang .....	170

## **Das Lafontaine-Projekt: Eingriffe von Frauen**

<b>Frigga Haug</b>	
Die Perestrojka auf sozialdemokratisch?	
Ein Eingriff in die Diskussion um Lafontaine .....	175
<b>Petra Frerichs und Margareta Steinrücke</b>	
Symbolische Interessen von Frauen im Betrieb .....	209
<b>Sünne Andresen</b>	
Frauen—Technik—Arbeit. Ein Literaturbericht .....	225
* * *	
<b>Jan Rehmann</b>	
Christlich-marxistischer Dialog in Perestrojka-Zeiten? .....	235
<b>Matthias Morgenstern</b>	
Zionismus, Chassidismus und Messianismus.	
Religiöse Parteipolitik in Israel .....	251
<b>Jan Christer Bengtsson</b>	
Peter Weiss und die Filmzensur .....	259
<b>Polizeipräsidentin in Nicaragua</b>	
Interview mit Doris Tijerino .....	271
<i>Kongreßberichte</i>	
Un(i)mut; Lange Wellen; Ethnische Minderheiten;	
Ankündigungen .....	275
<i>Besprechungen</i>	
Sartre; Literatur und Anti/Faschismus; Arbeitspolitik;	
Subjektivität in der Bildung; 19. Jahrhundert; Eurokommunismus;	
Perestrojka; Frauen und Ökonomie .....	281
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	333

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Cohen-Solal, Annie: Sartre (R.Koch-Oehmen)</i> . . . . .	281
<i>Hayman, Ronald: Jean-Paul Sartre. Leben und Werk (R.Koch-Oehmen)</i> . .	281
<i>Boschetti, Anna: Sartre et »Les Temps Modernes« (R.Koch-Oehmen)</i> . . . .	281
<i>Fracchia, Joseph G.: Die Marxsche Aufhebung der Philosophie und der philosophische Marxismus (J.Koivisto)</i> . . . . .	282
<i>Schmidt-Biggemann, Wilhelm: Theodizee und Tatsachen. Das philosophische Profil der deutschen Aufklärung (Th.Heinrichs)</i> . . . . .	283

### Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Jameson, Fredric: Das politische Unbewußte. Literatur als Symbol sozialen Handelns (R.Fricke)</i> . . . . .	284
<i>Deussen, Christiane: Erinnerung als Rechtfertigung. Autobiographien nach 1945 (C.Albert)</i> . . . . .	285
<i>Combes, André, u.a. (Hrsg.): Nazisme et antinazisme dans la littérature et l'art allemands (E.Volker)</i> . . . . .	287

### Soziologie

<i>Hildebrandt, Eckart, und Rüdiger Seltz (Hrsg.): Managementstrategien und Kontrolle. Eine Einführung in die Labour Process Debate (U.Mill)</i> . . . . .	289
<i>Wintersberger, Helmut: Arbeitermedizin in Italien (E.Göbel)</i> . . . . .	291
<i>Grelon, André (Hrsg.): Les ingénieurs de la Crise (N.Beckenbach)</i> . . . . .	292
<i>Lullies, Veronika, Friedrich Weltz, Heinrich Bollinger und Rolf G. Ortmann: Einsatz neuer Technik im Büro (W.v.Treeck)</i> . . . . .	295
<i>Zillich, Norbert: Homosexuelle Männer im Arbeitsleben (K.-H.Kammermöns)</i> . . . . .	296
<i>Bruder, Wolfgang (Hrsg.): Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland (J.Weyer)</i> . . . . .	296

### Erziehungswissenschaft

<i>Ebert, Joachim, und Jürgen Herter: Neue Allgemeinbildung. Grundzüge eines demokratischen Bildungsverständnisses (N.Franck)</i> . . . . .	298
<i>Schweitzer, Jochen (Hrsg.): Bildung für eine menschliche Zukunft. Solidarität lernen — Technik beherrschen — Frieden sichern — Umwelt gestalten (G.Miller-Kipp)</i> . . . . .	300
<i>Mannoni, Maud: »Scheißerziehung«. Von der Antipsychiatrie zur Antipädagogik (G.Miller-Kipp)</i> . . . . .	300
<i>Fromm, Martin: Die Sicht der Schüler in der Pädagogik (Ch.Mürner)</i> . . .	301
<i>Wenzel, Hartmut: Unterricht und Schüleraktivität. Entwicklung von Selbststeuerungsfähigkeiten im Unterricht (M.Schratz)</i> . . . . .	302
<i>Ziefuß, Horst: Jugendliche in der gewerblich-technischen Ausbildung in Industrie und Handwerk (D.Kahsnitz)</i> . . . . .	303
<i>Roedel, Judith: Das heilpädagogische Experiment Bonneuil und die Psychoanalyse in Frankreich (R.Kaufhold)</i> . . . . .	304
<i>Kakar, Sudhir: Kindheit und Gesellschaft in Indien. Eine psychoanalytische Studie (G.Auernheimer)</i> . . . . .	305

## Editorial

Seit 20 Jahren streitet die neue Frauenbewegung dafür, die von Frauen im privaten Zuhause geleistete Arbeit öffentlich zu machen. Die Werttheorie von Karl Marx wurde in ihrer Gültigkeit bezweifelt, weil in ihr die Hausarbeit nicht angemessen berücksichtigt sei; Lohn für Hausarbeit wurde gefordert; Simone de Beauvoir schlug vor, die Kategorie der Hausfrau zum gemeinsamen Bezugspunkt der Bewegung zu machen; die Hausarbeit in der Ersten Welt wurde der Subsistenzarbeit in der Dritten Welt gleichgesetzt, um imperialistische Ausbeutung und Patriarchat hier wie dort diagnostizieren zu können; schließlich wurde die Existenz des vom Erwerbsbereich abgesonderten Hausarbeitssektors als strukturelles Moment der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Reproduktion gemutmaßt.

Solche vielfachen Bemühungen aus der Frauenbewegung wurden allseits mit Wohlwollen bedacht, das jugendliche Feuer der Bewegung gelobt — allerdings änderte sich dadurch nichts für die Frauen. Dank des Sozialabbaus durch die CDU nahm die Hausarbeit zu; dank der Bewegung und der technologischen Entwicklung, die eine Reihe von vormalis »männlichen« Arbeiten zu »weiblichen« Büro­tätigkeiten machte (Feminisierung der Arbeit), drängten mehr Frauen in die Welt der Erwerbsarbeit und in die Politik. Kurz: die Frauen von heute haben mehr zu tun und weniger Freizeit als die Generation davor (wie das BAT-Freizeitforschungsinstitut in Hamburg kürzlich veröffentlichte, vgl. FAZ, 11.2.89). An die Verheißung, daß den Frauen sich bei entsprechender Qualifikation »Tür und Tor in die Welt der EDV öffnen« könne und daß die Computerbranche »allen die gleiche Chance (bietet), aufzuspringen und dabeizubleiben« (Andrea Koeppler in FAZ v. 15.3.88), mag wohl außer der Autorin selbst und einigen »unverbesslichen« OptimistInnen so recht niemand glauben. Nicht nur sprechen die statistischen Daten gegen solche »Wunschträume« — so liegt die Erwerbsquote der Frauen immer noch bei nur 40, ihre Arbeitslosenquote hingegen bei 51 Prozent, ihr Anteil an den sogenannten »Zukunftsberufen« im technologischen Kernbereich — z. B. bei Software- und Systemspezialisten — beträgt 14 Prozent und der an Führungs- und Leitungspositionen im EDV-Bereich 3,6 Prozent. Es mehren sich auch die Anzeichen dafür, daß sich mit dem Automatisierungsprozeß eine »neue« Arbeitsteilung herauszubilden beginnt, welche die Geschlechter aufteilt in solche, die über »Beherrschungswissen« (Männer) und solche, die über »Bedienungswissen« (Frauen) verfügen. Weder die zahlreichen Modellversuche »Frauen in Männerberufe« noch die lauthals angekündigte, zuletzt stark reduzierte Qualifizierungsoffensive haben den grundlegenden Tatbestand, daß Frauen überwiegend in den unteren, schlechter bezahlten Positionen zu finden und nach wie vor für die unbezahlte Familienarbeit zuständig sind, wirklich erkennbar verändert. Die größere Verfügbarkeit weiblicher Arbeitskraft durch Staat und Unternehmen wird von den Frauen gelebt, indem sie sich weiterhin die Aufgaben in der Familie zu eigen machen, sich in ihrer großen Mehrheit nach wie vor bei der Ausbildungs- und Berufswahl auf einige wenige »frauentypische« (Ausbildungs-)Berufe und Studienfächer beschränken usw. Mit anderen Worten:

Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Geschlechterverhältnisses in und außerhalb der Arbeit gibt offenbar wenig Anlaß zu Optimismus.

Gehören dabei die Forderungen nach Anerkennung, Teilung, ja Bezahlung von Hausarbeit längst zum öffentlich Bekannten, endet die Toleranz, sobald ein gleicher Vorschlag von oben, aus einem Parteivorstand kommt. Lange noch bevor überhaupt diskutiert werden konnte, was denn die von Lafontaine vorgeschlagene »Erweiterung des Arbeitsbegriffs« praktisch bedeuten könne, wußten die einen, daß es nichts als Etikettenschwindel, die anderen, daß dies ein Schlag gegen die Gewerkschaften sei. Die zuständigen Frauenfunktionärinnen in der SPD sahen nicht, was es den Frauen bringen könne: »Was soll sich durch die Aufwertung von Familienarbeit für Frauen wirklich ändern? Was soll die Verbindung mit der Forderung nach 'Erweiterung des Arbeitsbegriffs' im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bedeuten?« (Däubler-Gmelin, Wieczorek-Zeul und Wettig-Danielmeier im *Spiegel*, 12/1988, 33) Allerdings bleibt unklar, was denn den Frauen wirklich »etwas bringt«, wollen wir nicht den Vorschlag der drei SPD-Frauen, es gälte, zwischen den Ehepartnern Vermögen und Einkommen von Anfang an zu teilen, für die rettende Lösung halten. Vielleicht ist die Frage überhaupt so falsch gestellt. Und wir sollten nicht darauf vertrauen, daß uns etwas gegeben wird, sondern statt dessen prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen wir eher in der Lage sind, uns einzumischen, uns Gesellschaft anzueignen. In dieser Weise wollen wir politische Vorschläge aufgreifen und zur Veränderung der politischen Kultur nutzen.

Dies geschieht im *vorliegenden Heft* durch die Diskussion der Thesen Lafontaines in seinem Buch, in der Presse und in der Bevölkerung. Daß wir bei diesem Thema auf drei Ebenen arbeiteten, macht den Beitrag von Frigga Haug länger als üblich und zugleich allgemeiner, als wir bisher unsere Frauenhefte konzipierten.

Petra Frerichs und Margareta Steinrücke stellen sich das Problem der Beteiligung von Frauen an Diskussions- und Entscheidungsprozessen im Betrieb. Sie stellen fest, daß die betriebliche Interessenvertretung der erwerbstätigen Frauen viel ineffektiver ist als die der Männer und fragen, an welchen Punkten sich Frauen nicht oder ungenügend vertreten fühlen. Sie entwickeln Vorschläge für gewerkschaftliche Politik.

Sünne Andresen gibt einen Überblick über die sozialwissenschaftliche Literatur zur Problematik von weiblicher Technikaneignung, Technikkritik und männlicher Arbeitskultur.

Wir setzen die Diskussion um Lafontaine und um die Freisetzung politischer Selbsttätigkeit auf der *Volksuni* West-Berlin zu Pfingsten fort. Der Themenbereich »Frauen und Arbeit« wird in den folgenden *Argumenten* mit Beiträgen von Sibylle Raasch und Axeli Knapp weitergeführt.

Die Frauenredaktion

Günther Anders

## Die Tabletten

Am Sonntagabend fühlte sich mein seliger Freund K. so wenig wohl, daß seine Frau, die ihn »ihr Alles« nannte, ihren Hausarzt zu Hilfe rief. Der kam, denn auf ihn war stets Verlaß, sofort, stellte eine »unbedeutende Herzschwäche« fest, schlug ihr vor, am nächsten Tag — aber es eile durchaus nicht, und er empfehle das ausschließlich, um sie zu beruhigen — gewisse Tabletten in der nächsten Apotheke zu besorgen, gab ihr einen Klaps auf den Allerwertesten und schickte sie zu Bett.

Als sie am nächsten Morgen aufwachte, lag K. reglos, kalt und unanrufbar neben ihr. Das, was während ihres festen Schlafs geschehen war, *nicht* zu erkennen, war selbst für sie unmöglich.

Was tat sie?

Schrie sie?

Nein.

Weinte sie?.

Nein.

Wurde sie ohnmächtig?

Nichts dergleichen.

Vielmehr eilte sie, ohne sich auch nur die Zeit zu nehmen, sich ein Tuch über die Schultern zu werfen, zur Apotheke. Denn für ihren Mann, den sie ja »ihr Alles« genannt hatte, nein: nannte, etwas *nicht* zu tun, und einen Rat ihres Hausarztes, auf den sie sich stets hatte verlassen können, nein: verlassen konnte, *nicht* zu befolgen, das konnte überhaupt nicht in Betracht kommen. Hat sie dann aber, nachdem sie außer Atem wieder neben seinem Bett stand — an seiner Lage und an seiner Unanrufbarkeit hatte sich natürlich nichts geändert — die Tabletten fortgeworfen?

Nichts dergleichen.

Die Tabletten für ihren Mann, der schließlich ihr Alles gewesen war, nein: war, nein: ewig bleiben wird, und die ihr von ihrem Hausarzt, auf den stets Verlaß gewesen war, nein: war, nein: ewig bleiben wird, verschrieben worden waren — diese Tabletten hätte sie fortwerfen sollen? Noch heute liegen sie neben einem täglich frisch gefüllten Wasserglas auf dem Nachttisch und beweisen auch heute noch und für alle Ewigkeit, wie unbedeutend ihres Mannes Herzschwäche gewesen war, nein: war, und wie unwiderlegbar die Diagnose ihres Hausarztes gewesen war, nein: war, nein: bleiben wird in alle Ewigkeit, sein Name sei gelobt. Amen.

Helga Königsdorf

**Kirchgang\***

Niemand, nicht einmal ich selbst, hätte so etwas von mir erwartet, da ich als ruhig und zuverlässig galt und mich auch dafür hielt. Mein Leben verlief in geordneten Bahnen. Zwar kam ich allmählich in die Jahre, in denen man sich darauf einstellen mußte, daß einem etwas Menschliches zustoßen konnte. Aber ich dachte nicht viel darüber nach. Und wenn mich solche Gedanken flüchtig streiften, waren diese Vorstellungen immer mit anständigen Krankheiten verbunden. Hätte mir jemand prophezeit, mein Verstand könnte — auch nur für einen Moment — aussetzen, wäre ich empört gewesen. Sorgfältig vermied ich alles, was einem untadeligen Lebenswandel entgegenstand. Das blieb nicht ohne Folgen. Mußte eine Funktion besetzt werden, verfiel man mit Sicherheit zuerst auf mich. Mitunter fand ich das lästig und versäumte nicht, mich in geziemender Weise zu beklagen. In Wirklichkeit erfüllte es mich aber auch mit Stolz.

Ich habe keine Erklärung für jenen Anfall im Dezember. Rätselhaft ist mir, wieso die Erinnerung keinerlei Reue in mir erweckt. Ich empfinde sogar Vergnügen, ja eine sonderbare Befriedigung, wenn ich daran denke. Natürlich bin ich später von allen Seiten nach dem Motiv für meine Handlungsweise befragt worden. Ich begriff sofort, daß ich einen plausiblen Grund liefern mußte, wollte ich tiefergehendes Mißtrauen gegen mich abwenden. Zu meinem Erstaunen wurde meine Behauptung, der Streit um den Abwasch sei das auslösende Moment gewesen, bereitwillig akzeptiert. Dabei gehörten solche Auseinandersetzungen zu unserem normalen Familienalltag. Nein, das kann es nicht gewesen sein. Es mußte noch etwas anderes dahinterstecken. Der kurze Wortwechsel reicht jedenfalls für eine Begründung nicht aus.

Plötzlich hatte ich den schweren Hammer aus dem Werkzeugkasten in der Hand, stürmte schnurstracks zum Bad und begann die Toilette zu bearbeiten. Dabei setzte ich meine vollen Kräfte ein, und der Effekt war nicht unerheblich. Zuerst zersplitterte der Kunststoffdeckel. Eindrucksvoller gestaltete sich die Zertrümmerung des Porzellans. Scherben und Wassertropfen sprühten um mich. Ehe ich mich dem Waschbecken zuwenden konnte, packte mich mein Mann mit festem Griff von hinten, und der Hammer entglitt meinen Händen.

Als mein Mann und mein Sohn sich einigermaßen gefaßt hatten, bestanden sie darauf, mich in eine Nervenklinik zu bringen. Obwohl ich mich wieder vollkommen in Ordnung fühlte, wehrte ich mich nicht, denn ich stellte mir das Leben in einer Wohnung ohne Toilette kompliziert vor.

Die Ärzte konnten nicht viel mit mir anfangen. Lediglich mein Drang, recht bald wieder meiner Arbeit nachzugehen, reizte ihren Widerspruchsgeist. Sie verordneten mir autogenes Training und einige Wochen häuslicher Ruhe. Das war das letzte, was ich vertragen konnte. Ich hatte regelrecht Angst davor. Ich ignorierte die Krankenschreibung, ging wie immer in meinen Betrieb und besuchte auch eine Tagung, die für mein Fachgebiet wichtig war. Als jedoch Krank-

\* Aus: Helga Königsdorf, *Die geschlossenen Türen am Abend. Erzählungen.* Luchterhand Literaturverlag, Frankfurt/M. 1989

schreibung und Dienstreiseauftrag gleichzeitig auf dem Schreibtisch eines Sachbearbeiters der Abteilung Ökonomie landeten, gab es Ärger. Der Direktor, der in meiner Lage nicht anders gehandelt hätte, mußte mir bis zur endgültigen ärztlichen Gesunderklärung Hausverbot erteilen.

Gewiß gibt es in der Wirtschaft einer berufstätigen Frau manches Unerledigte. Aber das konnte mich auf die Dauer nicht befriedigen. Als ich begann, die Möbel umzurücken, wurde ich von meiner Familie argwöhnisch beobachtet. Ich gewöhnte mir an, durch die Geschäfte der Stadt zu bummeln, gab ziemlich viel Geld für überflüssige Dinge aus, bis mein Mann ein Stopzeichen setzte, da die Finanzierung unserer Sommerreise in Gefahr geriet. Früher, als ich jung war, habe ich viel gelesen. Nahm ich jetzt ein Buch zur Hand, so verlor ich nach wenigen Seiten den roten Faden. Ich konnte mich nicht konzentrieren. Was da geschrieben stand, ging mich nichts an.

In der ersten Zeit telefonierte ich fast täglich mit meinem Betrieb und ließ mir über den Stand der Arbeiten berichten. Es gab eine Menge Probleme. Wir hingen mit dem Exportplan, und auch die Schichtauslastung der neuen Anlage war nicht gesichert. Bald aber vermeinte ich eine gewisse Ungeduld aus den Stimmen meiner Kollegen herauszuhören. Die Art und Weise, wie sie mir nahelegten, ich sollte mich erholen und mir keine Gedanken machen, konnte ich nur so verstehen, daß sie meine Einmischung als Bevormundung ansahen. Zum erstenmal wurde mir bewußt, wie leicht ich zu ersetzen war. Austauschbar.

Ich begann, mich überflüssig und wertlos zu fühlen. Las ich die Zeitung oder stellte ich den Fernsehapparat an, wurde mir die Unerheblichkeit meiner Existenz im Vergleich zu dem großen Weltgeschehen noch stärker bewußt. Mein Mann, der mir die Scherereien mit der zerhackten Toilette noch nicht verziehen hatte, warf mir vor, es mangle mir an Gemeinsinn. Die Überbewertung meiner eigenen Person müsse notgedrungen zu Schererei führen. Unser Sohn, der dieses Gespräch mit anhörte, und der sich gerade für Naturwissenschaften zu interessieren begann, erläuterte mir die Unwahrscheinlichkeit und Bedeutungslosigkeit meines Daseins im Rahmen der Evolution.

Ich fand solche Gespräche nicht sonderlich tröstlich, hatte jedoch nichts entgegenzusetzen. Außerdem wollte ich mich auf keine Diskussion einlassen, denn ich glaubte immer noch, etwas gutmachen zu müssen. Ich beschloß, meine Familie an den Festtagen so recht zu verwöhnen und stürzte mich in den Vorweihnachtsstieß, was mir gleichzeitig das Gefühl gab, nicht länger ausgeschlossen zu sein.

Am Vierundzwanzigsten nachmittags gegen zwei Uhr stand der Baum geschmückt, die Gans lag für den nächsten Tag vorgekocht in der Pfanne, und zum Kaffeetrinken war es noch zu früh. Im Wohnzimmer sah mir meine Mutter mit einer Leidensmiene entgegen, weil ihr an solchen Tagen bewußt wurde, daß nun wieder ein Jahr vorüber ging. Natürlich trug ich daran keine Schuld. Trotzdem plagte mich automatisch schlechtes Gewissen. Dagegen war ich wehrlos. Mein Sohn räkelte sich maulend auf dem Sofa. Er verbuchte den Tag als verloren. Von seinen Freunden war keiner erreichbar. Denen erging es wahrscheinlich besser. Zu allem Überfluß hatte ich gebeten, den Fernseher ausnahmsweise einmal nicht einzuschalten. Mein Mann saß am Schreibtisch und kehrte uns allen den Rücken

zu. Feiertags fällt ihm gewöhnlich ein, daß er Unmengen dringlicher Arbeiten liegen hat. Ich stand in der Wohnzimmertür und malte mir aus, wie es weitergehen würde. Dazu bedurfte es keiner größeren Vorstellungskraft.

Ich decke den Kaffeetisch. Danach kommt meine Tochter, die schon eine eigene Wohnung hat, und wir zünden die Kerzen am Baum an. In diesem Punkt bin ich altmodisch. Ich habe etwas gegen elektrische Dekorationen. Nach Weihnachten muß ich immer das Stearin aus dem Teppich bügeln. Wenn die Kerzen brennen, setzt sich meine Mutter ans Klavier und spielt »O Tannenbaum«. Das Klavier ist verstimmt, und ihre Finger wollen nicht mehr so richtig. Sie besteht aber darauf, alle drei Strophen zu singen, obwohl die anderen den Text nicht kennen. Ihre Stimme klingt brüchig, und ich schaffe die Höhen auch nicht. Alle atmen erleichtert auf, wenn die Singerei vorüber ist.

Dann beginnt der Austausch der Geschenke. Ich bekomme meistens etwas Praktisches für den Haushalt. Mit meinem Mann verabrede ich jedes Jahr, dieses Mal wirklich auf gegenseitige Geschenke zu verzichten. Aber am Dreiundzwanzigsten kauft er das übliche Parfüm und ich den üblichen Binder. Meine Tochter bringt sich ihr Geschenk selbst mit. Sie hat mich telefonisch vom Kauf einer Bluse unterrichtet, die ich ihr Weihnachten schenken könnte, weil es so am einfachsten wäre. Der Preis betrug etwa das Doppelte von dem, was ich ausgeben wollte. Außerdem lag für sie bereits ein Tuch in meinem Schrank. Meine Mutter packt wie immer Sachen aus, die für ihre Verhältnisse viel zu kostspielig sind. Und wie jedes Jahr steht die Reaktion ihrer Enkel dazu nicht im rechten Verhältnis. Aus Mitleid lobe ich die Geschenke übertrieben, was die Sache noch schlimmer macht.

Eigentlich sind wir alle satt. Um aber die Verlegenheit zu überwinden, sage ich, wir sollten etwas essen. Ich bringe das Gänseklein herein. Und nachdem wir gegessen haben, wissen wir wieder nicht so recht weiter. Die Kerzen sind erst zur Hälfte niedergebrannt. Bestimmt schlägt jemand vor, sie auszupusten, und nun stellen wir doch den Fernseher an.

Ich stand also in der Tür und sah das alles im Geiste vor mir. Plötzlich hörte ich mich sagen: »Ich gehe jetzt in die Kirche. Kommt jemand mit.« Das war eine ganz und gar unüberlegte Bemerkung. Ich glaube sogar, ich hatte in diesem Moment nicht die geringste Absicht, wirklich in eine Kirche zu gehen. Wahrscheinlich wollte ich nur ein Gespräch in Gang setzen.

Mein Mann drehte sich nicht einmal um. Mein Sohn machte den Ansatz, mir einen Vogel zu zeigen, hielt aber auf halbem Weg inne, so daß ich es auf sich beruhen lassen konnte. Meine Mutter begann einen Satz mit »früher«, sprach aber nicht weiter, weil sie sich das Wasser aus den Augen wischen mußte. Da nahm ich kurz entschlossen meinen Mantel und machte mich auf den Weg.

In meinen verklärten Erinnerungen gab es früher nur weiße Weihnachten. Der Frost knirschte unter den Schuhsohlen. Über den Gräbern des Friedhofes wölbte sich anheimelnd der weiße Schnee. Die alte Dorfkirche strahlte im Glanz der Lichter. Zwei hohe, schön gewachsene Fichten standen zu beiden Seiten des Altars. Mein Vater begleitete uns bei diesen Kirchgängen nie. Seit er einmal Schwierigkeiten gehabt hatte und seine Bitte, die Kirchensteuer zu stunden, abschlägig beschieden worden war, erfüllte ihn Groll.

Meine Familie besaß einen eigenen »Stand«. Das entsprach etwa der Loge in einem Theater. Aus der Menge hervorgehoben, in der Nähe des Altars, noch vor Kanzel und Taufbecken, geriet man so recht in weihevollen Stimmung. Der Pfarrer meinte, ein »Stand« verpflichtet. Er beklagte sich, daß der unsrige an den übrigen Kirchtagen des Jahres meistens leer blieb.

In unserem Dorf waren fast alle in der Kirche. Nur meine Freundin Rita durfte nicht am Konfirmandenunterricht teilnehmen. Deswegen gab es viele Tränen, und sie tat uns allen leid, denn wir Konfirmanden bildeten eine Gemeinschaft. So war es immer gewesen. Zur Konfirmation trug ich ein schwarzes Kleid, schwarze Lackschuhe und meine ersten Seidenstrümpfe. Alle wirkte sehr feierlich. Ich faßte aus tiefstem Herzen den Entschluß, ein frommer, gottgefälliger Mensch zu werden.

Das war mein letzter Kirchgang. Kurze Zeit später sind wir aus dem Dorf weggezogen und haben in verschiedenen Städten gewohnt. Als ich das erste eigene Geld verdiente, erreichte mich eines Tages eine Aufforderung, Kirchensteuer zu zahlen. Zwar waren solche Beiträge nicht länger einklagbar, trotzdem — vielleicht eingedenk der Scherereien meines Vaters — hielt ich es für geraten, aus der Kirche auszutreten. Das ging ganz einfach. Man brauchte nur eine Erklärung zu unterschreiben, und die Sache war erledigt.

Ein Rudiment aus jenen Kindertagen war mir jedoch geblieben. Immer wenn es mir sehr schlecht ging, murmelte ich vor mich hin: »Vater unser, der du bist im Himmel.« Das ähnelte dem autogenen Training, das ich jetzt üben mußte. Nur muß ich gestehen, daß mir die Worte »dein Wille geschehe« viel besser gefielen als »mein rechter Arm ist schwer«, noch dazu, wenn es einem vielleicht ohnehin schwer ums Herz war.

An diesem naßkalten vierundzwanzigsten Dezember fuhr ich zwei Stationen mit dem Bus. Vor der Kirche standen einige Leute. Die Tür war geschlossen. Plötzlich kam mir der Gedanke, es könnte eine Einlaßkontrolle geben, und man würde mich gleich als nicht dazugehörig entlarven. Aber zum Umkehren war es bereits zu spät. Ich befand mich schon mitten auf dem Fußgängerüberweg. Vor dem Portal blieb ich unschlüssig stehen. Ein Mann sagte, die kleine Kirche wäre überfüllt. Der nächste Gottesdienst begänne erst in einer Stunde. Offenbar mußten die Pastoren zu Weihnachten im Schichtsystem arbeiten. Irgendwie war ich erleichtert. Ich beschloß, noch ein wenig im Park spazierenzugehen und dann nach Hause zurückzukehren.

Der Park lag grau und trostlos vor mir. Die Wege waren schlammig, und zu allem Überfluß fing es an zu regnen. Mir fiel nichts ein, was ich sonst noch unternehmen konnte. Ich schlenderte in Richtung Bushaltestelle zurück. Menschengruppen kamen mir entgegen. Der vorangegangene Gottesdienst war zu Ende. Mit dem festen Entschluß, nicht die ganze Zeremonie über mich ergehen zu lassen, betrat ich die Kirche und suchte mir einen Platz in den hinteren Reihen. Als ich verstohlen umherschautete, bemerkte ich, daß ich das Gefühl, nicht ganz am rechten Ort zu sein, mit anderen teilte. Es gab eine Menge Leute, die verlegen vor sich hin sahen und Blickkontakt vermieden.

Ein junger Bursche mit langen Haaren und kariertem Hemd bastelte an irgendwelcher Tontechnik und wies einen zweiten darin ein. Der Raum füllte sich

allmählich, und ich merkte, daß ich mir einen ungünstigen Platz ausgesucht hatte. Es würde nicht möglich sein, die Veranstaltung vorzeitig zu verlassen. Die ersten standen schon in den Gängen. Der Langhaarige, der eine weiße Bluse über das karierte Hemd gezogen hatte, hantierte jetzt am Altar. Von meinem Platz aus konnte ich nicht erkennen, was er dort trieb. Schließlich probierte er das Mikrofon aus. Dann verschwand er rechts in einer Tür, um kurze Zeit darauf wieder aufzutauchen. Jetzt in der Soutane. Es war der Pfarrer.

Er hielt das Mikrofon in der Hand, und ich erwartete ein salbungsvolles »Meine Brüder und Schwestern im Herrn«. Aber er begann locker zu plaudern, und als hätte er meine Gedanken erraten, entschuldigte er sich für die Enge. Man müßte es nun wohl oder übel anderthalb Stunden miteinander aushalten, denn es könne nicht extra für Weihnachten eine größere Kirche gebaut werden. Als Auftakt verlangte er von seinen Zuhörern, sie sollten ihren Platznachbarn und auch nach vorne und hinten ein fröhliches Weihnachtsfest wünschen. Alle waren ein bißchen betreten. Meine Überwindungskraft reichte gerade für meinen linken Nebenmann aus. Und ich war froh, daß die übrigen nicht auf der Sache bestanden.

Die altvertrauten Worte der Weihnachtsgeschichte. Daß sie sich schätzen ließen. Herodes und die Mächtigen der Welt. Poetische Bilder. Er hatte es gut, er konnte im Gleichnis bleiben.

Meine Gedanken schweiften ab. Ich dachte an meinen Betrieb. Daran, daß die Ausschußquote an der importierten Anlage viel zu hoch lag, seitdem wir unsere eigenen Materialien eingaben. Daran, daß die Jahresendprämie gefährdet war und daß es ziemlich viel Ärger geben würde. Gerade als mir mein ganzer Kummer wieder bewußt wurde, sagte der Pfarrer: »Fürchtet euch nicht, denn ihr werdet geliebt. Gott hat euch so gewollt, wie ihr seid, und nicht anders. Gehet nur hin und seid gut zueinander, und die Welt wird nicht verloren sein.« Die Musik tat das ihre. Ich hatte meine Brille vergessen und konnte die Texte auf den Handzetteln nicht erkennen. Doch zu meiner Überraschung waren die Lieder alle aus meinem Gedächtnis abrufbar. Ich sang kräftig und schön. Zwar konnte ich im Gedröhn der Orgel meine Stimme nicht hören, aber es war ein gutes Gefühl.

An der Tür gab der Pfarrer jedem zum Abschied die Hand. Mich sah er dabei streng und abweisend an. Ich blickte genauso zurück.

Als ich im Regen auf den Bus wartete, glaubte ich wirklich, es sei ganz einfach, nach Hause zu gehen und meine Familie zu lieben.

Frigga Haug

## Die Perestrojka auf sozialdemokratisch?

### Ein Eingriff in die Diskussion um Lafontaine

Was geändert wird, kann nicht bleiben, wie es ist. Der Satz scheint tautologisch. Und doch trifft jeder Vorschlag einer Gesellschaftsveränderung auf Empörung selbst bei denen, die aus den alten Zuständen nicht nur Nutzen zogen. In der entstehenden Unsicherheit bleibt die Erfahrung: Es kann alles schlechter werden. So stießen die Vorschläge Lafontaines zu Arbeitslosigkeit, Arbeit und Einkommen schnell in ein emotional aufgeladenes Feld polemischer Zuspitzungen. Im Für und Wider bildeten sich eigentümliche Bündnisse. Aus dem Unternehmerverband kamen wohlwollende Urteile; der Linken schienen Buch und Vorschläge »Verrat« an der Arbeiterbewegung<sup>1</sup>; die Gewerkschaften reagierten aufgebracht. Dabei gerieten die sozialen Fragen, für deren Lösung die Vorschläge gemacht waren — die Arbeitslosigkeit, die Frauenunterdrückung, das soziale Elend —, schnell ins gewohnte Abseits.

Im folgenden soll in einer knappen Skizze die Arbeit der Presse vorgeführt werden, soweit sie den Konflikt zwischen DGB und SPD vorangetrieben hat. Anschließend wird das Buch Lafontaines\* vorgestellt. Dabei geht es nicht darum, ob die Thesen neu und originell sind, ja, nicht einmal, ob sie »gegen Beifall von der falschen Seite« gefeiert sind. Geprüft werden soll vielmehr, ob das Buch Chancen für ein linkes Projekt eröffnet. Entsprechend werde ich in einem dritten Abschnitt über ein empirisches Projekt berichten, welches die Thesen Lafontaines in der Bevölkerung zur Diskussion gestellt hat. Wir wollten prüfen, wieweit sie geeignet sind, Formen selbstverständlichen Denkens und Handelns in Bewegung zu bringen und diese Bewegung in ein Verlangen nach politischer Teilhabe zu übersetzen. Dieser Teil versteht sich auch als Vorschlag, wie Sozialwissenschaft heute eingreifen könnte. Abschließend möchte ich Vorschläge an die Gewerkschaften, die SPD und die Grün/Alternativen machen, für die Diskussion der Thesen Foren zu schaffen und dies als politische Praxis zu handhaben.

Die großen Umbauten in der Sowjetunion machen Mut, auch in unserer Gesellschaft über kleine Reformfragen hinauszudenken. Lafontaine beruft sich in drei wesentlichen Punkten auf die Perestrojka: im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg, der so jetzt nicht mehr möglich sei (149), in der Forderung nach einer veränderten politischen Kultur (20) und schließlich für seine abschließende Lösung: »mehr Demokratie wagen«. Er zieht die Linie von Marx zu Gorbatschow: »Die 'Perestrojka' des Michail Gorbatschow ist ein erster zaghafter Versuch, das Ruder in die richtige Richtung herumzuwerfen« (264), nämlich die »Rücknahme des Staates in den Staatsbürger« zu betreiben. Das Buch ist ein Bestseller (50 000 Auflage in einem halben Jahr). Sein Erfolg steht in einem gewissen Widerspruch zum Echo der Presse auf die seit Februar 1988 in wechselnden Öffentlichkeiten vorgetragenen *Thesen Lafontaines*. Unter dem Stichwort *Lohnverzicht* wurde am

\* Oskar Lafontaine: Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt, 1.-3. Aufl. Hoffmann und Campe, Hamburg 1988 (272 S., Linson, 34,- DM)

heftigsten um seinen Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestritten. Auf den ersten Blick läßt sich dieser als Verdichtung seiner Demokratievorstellung lesen: die Staatsbürger sollen ausbaden, was Kapital und Staat verursacht haben.<sup>2</sup> Ein zweiter Blick schon entziffert solche Lesart als polemisch — dem Umfang und der Absicht nach. Schließlich geht es nicht einfach um Lohnverzicht zugunsten der Arbeitslosen, sondern Arbeitszeitverkürzung und Einkommenserhöhung sollen nicht Hand in Hand gehen; es sollen nicht alle betroffen sein, sondern nur die über 5000-DM-Verdienenden, also die mittleren und höheren Einkommen — eine Maßnahme, die der Gewerkschaftsführer Breit bei Einkommen über 8000 DM für richtig erachtete, und die die SPD selbst als Solidaritätsabgabe schon 1982 in ihrem Programm hatte —; und schließlich soll diese Beteiligung nicht die einzige bleiben, die Lafontaine sich als »mehr Demokratie« gedacht hat. Doch genügte dieses pragmatische Zeugnis reformerischer Überlegung, die Presse über Monate in Erregung zu halten. Daher empfiehlt es sich, das Buch in erster Linie für ein Politikum zu halten und es als politischen Tatbestand zu untersuchen, statt dem *Spiegel* in seiner hymnischen Versicherung zu folgen, es handele sich um ein wissenschaftliches Meisterwerk.<sup>3</sup>

## Die Presse

### *Spaltungsaktivitäten*

Die Lohnverzichtsthese betrifft das Verhältnis von SPD und DGB. Noch bevor die führenden Gewerkschafter Empörung zeigen konnten, haben sich die konservativen Blätter, allen voran die *FAZ*, daran gemacht, den Sprung zu einem Riß, dann zu einer unüberbrückbaren Kluft zu verbreitern. Das Thema wird zunächst dazu genutzt, die Gewerkschaften ins Unrecht zu setzen durch die Behauptung, daß ihre Politik Arbeitslosigkeit durch »kostentreibende Konditionen« verursachte.<sup>4</sup> Lafontaine wird als ein Politiker herausgearbeitet, der solchem Treiben ein Ende setzen wolle. Indem er als Ausnahme in der SPD bezeichnet wird, soll diese Partei mit dem DGB zum »alten Eisen« geworfen werden. In der Pluralität des herrschenden Blocks wird schließlich Sorge um die »Lauterkeit und Redlichkeit« der Person geäußert: H. Herles informiert in der *FAZ* (6.5.1988) die Leser mit vielen Zahlen, wie ein Lafontaine, der die Arbeitnehmer zum Verzicht anhalte, selbst das Geld der Staatsbürger verprasse — für einen Koch, für eine Villa, schließlich sogar zuviel Honorar für sein Buch beziehe, das darum zu teuer sei, und endet mit dem Urteil: »links reden und rechts leben«. So bleibt am Ende nichts als die Kluft zwischen einer abgewirtschafteten SPD und einem schlechten DGB sowie die mögliche Kanzlerkandidatur eines unmöglichen Lafontaine. Der SPD-Parteitag in Münster wird daher eine besondere Zielscheibe journalistischen Ehrgeizes. Man findet kunstvolle Montagen: von den Abrüstungsvorschlägen geht es unvermittelt zu den vielen Gegenstimmen, die Lafontaine erhielt, zu eindrücklichen Gemälden über »die Mauer von Haß und Schweigen«, welche die Gewerkschaftsführer errichteten. Es folgen Metaphern, die eine Abkoppelung der SPD vom DGB als positiven, wenn auch unwahrscheinlichen Leistungsnachweis positiv unterstellen, von der Art: »die SPD schafft den Freischwimmer gegen die Gewerkschaften nicht«. Dabei wird nicht gespart mit stimmungsmachenden

Wortballungen: auf der Seite der Gewerkschaften stehen »kollektivistischer Mief«, »Fesseln«, fehlende »Attraktivität« — das Wort »Solidarität« wandert zum »Lohnverzicht«.

### *Antwort aus dem DGB*

So einfach die Autoren der *FAZ* die Konflikte zuspitzen, so kompliziert lesen sich die Äußerungen der DGB-Verantwortlichen. Der Tenor ist relativ einheitlich negativ. Die Betrachtungen gehen von der Auffassung aus, es seien laufende Tarifverhandlungen ein falscher Moment, um von politischer Seite dazwischenzurenden. Es gibt eine Verwunderung, daß die Gewerkschaften die Adressaten der Forderung sein sollen, wenn es um Einkommen gehe, die nicht unter Tarifvereinbarungen fallen (so z.B. Michael Wendl in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*). Es folgen Aufrufe, sich der Unternehmergewinne zu versichern, wenn das Arbeitslosigkeitsproblem angegangen werden solle. Schließlich wird das Thema, welches Anstoß erregte, verschoben: Ins Zentrum rücken jetzt Lafontaines Thesen zur *Erweiterung des Arbeitsbegriffs*. So bezweifelt der Vorsitzende der IG Chemie, Rappe, in einem *Spiegel-Streitgespräch* (9/23) mit Lafontaine, daß Arbeitslosigkeit überhaupt tarifpolitisch angegangen werden könne, und betont energisch, daß im SPD-Entwurf von Irsee die erwerbsorientierte Arbeit im Mittelpunkt stehe. Er bezichtigt Lafontaine der Anbiederung an die Frauen: »Das hätte gerade noch gefehlt, daß wir auf erwerbsorientierte Arbeit verzichten, damit die Partnerschaftsdiskussion der ASF weitergehen kann. Das kann doch nicht wahr sein.« Und Wendl (181) sagt: »Lafontaine macht sogar den Versuch, die Arbeitslosigkeit durch die begriffliche Abwertung der Erwerbsarbeit und die begriffliche Aufwertung unbezahlter Arbeit als gesellschaftliches Problem umzudefinieren.«

Die IG-Metall veröffentlichte in der *Frankfurter Rundschau* (*FR*) ein langes *Positionspapier* zum Streit (6. u. 7.4.1988). Neben der Versicherung »umfassender Solidarität« mit den Arbeitslosen und der Feststellung, daß es »prinzipielle Meinungsverschiedenheiten über den Weg zum Vollbeschäftigungsziel« mit Lafontaine gebe, werden die eigentlichen Differenzen höchst vage skizziert. Da geht es um ein »nicht nur, sondern auch«, um »Eindrücke«, »Ergänzungen« und schließlich um einen Bericht über das letzte Jahrzehnt gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik. Die Bilanz endet mit der Ausführung, daß die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich deswegen eine »solidarische Tarifpolitik zugunsten der Arbeitslosen« sei, weil sie »anstelle sonst höherer Lohn- und Gehaltsforderungen« trete. Es habe demnach zwischen 1985 und 1989 einen »Lohnverzicht« von 9,4 Prozent gegeben. Diese Berechnungen dienen nicht dazu, vorzuführen, daß Lafontaine Dinge fordert, die längst in größerem Ausmaß allgemeine Gewerkschaftspolitik sind, sondern das gesamte *Positionspapier* ist ein Versuch, Lafontaines Thesen als politischen Terrainwechsel vorzuführen. Das macht das *Papier* so unbestimmt und wichtig zugleich. Die DGB-Sprecher zeigen, daß sie für ihre Politik ein gesichertes Hinterland brauchen. Als solches begreifen sie u.a., daß über verschiedene Themen nicht mehr gesprochen wird. Durch Lafontaine wurden folgende schon gewonnene Zonen erneut als Kampffelder eröffnet:

die Selbstverständlichkeit eines Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzung — ihn irgendwo in Frage zu stellen, eröffne die Möglichkeit seiner totalen Streichung; die Auffassung, daß Teilzeitarbeit keine beschäftigungspolitische Alternative sei; daß jede Loyalität mit den Arbeitslosen zuallererst eine mit den Gewerkschaften sein müsse — indem Lafontaine die Arbeitenden untereinander verpflichte, ermögliche er einen politischen Konflikt in der »Arbeitnehmerbewegung«. Er leiste der Opferideologie Vorschub und nähre schließlich die Illusion, daß die gegenwärtigen Probleme überhaupt »wirtschaftsfriedlich« zu lösen seien. Die Warnungen der IG-Metall zeigen Voraussicht. Seit der Veröffentlichung des *Positionspapiers* hat Lafontaine zusätzlich noch die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und zuletzt die Wochenendarbeit als mögliche Lösungen für gegenwärtige Probleme in die politische Debatte gebracht.

### **Das Buch: Die Gesellschaft der Zukunft**

Ausgangspunkt sind Gefühle von Angst und Ohnmacht — Ziel: mehr Demokratie. Diese soll erlernbar sein:

»In einem diskursiven Lernprozeß müßte der einzelne die Fähigkeit erwerben, die abgegebene Verantwortung wieder zu übernehmen.« (19)

Diesen Satz hätten wir als Motto unserer Empirie voranstellen können. Im Buch suchten wir zunächst nach den Themen, mit denen sich der Name Lafontaine in der öffentlichen Diskussion verbindet.

#### *Die Themen*

Auf diesen 272 sehr großzügig bedruckten Seiten ist von allem die Rede, was wichtig, was aktuell und was zur Zeit Mode ist. Da geht es von den Kriebstoten zu denen auf der Autobahn, vom Datenhorror zum Terror, von den Müllbergen, den Chemieunfällen zur Megatechnik, von Aids zum Polit-Skandal in Schleswig-Holstein über die Steuerreform zur Zinspolitik, über Gentechnologie, Kalten Krieg zum Euromarkt, zu den Frauen, Wohnungen und der neuen Innerlichkeit. Die Stichworte aus dem philosophischen und soziologischen politischen Diskurs kommen zu Wort: Dienstleistungsgesellschaft, Postmoderne, Risikogesellschaft, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Arbeitsgesellschaft, Historikerstreit. Von Freiheit ist die Rede, von Aufklärung und Verantwortung. Es ist, als ob die Jedermannsfragen sich zusammengängeln, um von Lafontaine in neue Ordnung gebracht zu werden. Die Zeugen finden sich im Bücherschrank der Humanisten: da geht es philosophisch von Platon und Aristoteles (53), über Rousseau, Kant, Lukačs, Bloch bis Horkheimer und Günther Anders; politisch von Talleyrand über Lassalle, Bebel, Brandt und den italienischen Linksgewerkschafter Bruno Trentin bis zu Mitterrand; literarisch von Heine über Heinrich Mann, Tucholsky zu Camus. Luther tritt auf, häufig Marx, de Gaulle und Max Weber.<sup>5</sup> Dem Soziologen-Bestseller Beck ist eine Kapitelüberschrift gewidmet; kurz: Lafontaine weist sich aus in einer Tradition des linken Bürgertums, in der auch Marxisten wohnen können. So ist auch sein Buch an »die Linke« gerichtet, geschrieben aus der »Linken«, als die er wesentlich die Sozialdemokratie versteht, soweit sie sich den anstehenden Aufgaben stellt. Diese lassen sich bündeln zu drei Schwerpunkten:

Technologiepolitik, Sozialpolitik, Frauenpolitik. Quer dazu verläuft als eine Art Fundament die Demokratiefrage, die Lafontaine durchweg als »Verantwortungsproblem« artikuliert.

Das Buch ist auf leichte Zustimmung hin geschrieben, anstößig gegen verbreitetes Bewußtsein nur an wenigen Stellen. Diese haben zumeist einen unerschrockenen linken Gestus, etwa wenn er Politik so charakterisiert:

»In dem Maße, in dem die Politik auch in den marktwirtschaftlichen Systemen, in denen sie kaum jemals entscheidend eingreift, die Verantwortung für die wirtschaftliche Gesamtlage übernimmt, legitimiert sie diese auf den Prinzipien des Eigennutzes und des Gewinns beruhenden Systeme als gemeinnützig.« (15)

Gegen die Neue Rechte mit ihrem Slogan »Weiter so« sammelt er die Phänomene zur Losung »So, wie es ist, kann es nicht bleiben«. Da sind die Katastrophenmeldungen, die die ökologische Krise belegen; die Arbeitslosigkeits- und Armutsstatistiken, die die soziale Krise ausweisen. Die Folge dieser Phänomene, die Stimmung von Angst, Ohnmacht und Technikverweigerung, die postmoderne Innerlichkeit und Romantik will er sozialdemokratisch umkehren. Es gelte, das Erbe der Aufklärung zu vollenden. Neue Vernunft, neues Denken, neuer Technik-Konsens. Die alten Begriffe: Fortschritt, Entwicklung der Technik und des einzelnen sollen den Rechten wieder abgenommen und mit neuem Inhalt gefüllt werden.

Zunächst konstatiert er, daß das Vertrauen in die Technik insgesamt geschwunden sei, außer bei einigen wenigen »naiven Fortschrittsoptimisten« (61). Er zitiert Zahlen (aus dem Allensbacher Institut): Betrachteten noch 1966 72 Prozent die Technik als einen Segen, so seien es 1981 nur noch 30 Prozent gewesen, und parallel sei die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Verbreitet sei das Bewußtsein, neue Techniken seien »Jobkiller«. »An die Stelle der ökonomischen Zusammenbruchstheorie ist die ökologische Apokalypse getreten.« (63) Er beschuldigt die sozialistische Bewegung, Vollstreckerin der Anpassung des Menschen an die Technik gewesen zu sein. Zwischen rechtem Optimismus und linker Absage gelte es jetzt, Technik an den Menschen anzupassen. Technisch erlaubt solle nur das sein, was den Menschen angemessen sei, auch in der Zeitrechnung. Zerfallszeiten von 500 000 Jahren seien das nicht; also sei die Atomenergie nicht menschlich beherrschbar und gehöre durch die Förderung alternativer Energien und Energieeinsparung ersetzt. Auch für die Gentechnologie gibt er eine Faustregel: da der Mensch unfertig und lernbedürftig sei, auch Fehler machen könne, müßten seine Werke korrigierbar sein und rückgängig gemacht werden können. Programmierte Menschen widersprächen so dem Wesen des Menschen in jeder Hinsicht. Der Maßstab für den neuen Technikonsens: abzulehnen seien alle Techniken, die dem Menschen wesensfremd seien und ihm nicht dienten. Das gelte außer für die Atomenergie und die Gentechnologie noch für solche Techniken, die selbst eine zu große Kontrolle nötig machten, mithin die Freiheit des Menschen einschränkten. Plädiert wird für eine ökofreundliche, eine Recycling-Technik, die sozial- und völkerverträglich sei. Technikkritik sei notwendiger produktiver Bestandteil der Gesellschaft von morgen, aber sie dürfe nicht auch die Glühbirne auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Lafontaines Skizze gipfelt in dem Versprechen:

»Von den konservativen Strategien unterscheiden sich die progressiven jedoch dadurch, daß sie nicht die gegebene Gesellschaftsordnung zum Maßstab für ein politisches Gestalten der Technik nehmen, sondern daß sie sich von dem utopischen Bild einer besseren, vernünftigeren und freien Gesellschaftsordnung leiten lassen.« (98)

Mit diesen Vorgaben hat Lafontaine weitere Politikdimensionen eröffnet: 1. Es sollte Kritik nicht so sehr auf die Verhältnisse und die Produktionsweise gerichtet werden, als vielmehr auf die Produkte — das lehrten die Katastrophen des letzten Jahrzehnts; er spricht von einer »moralischen Überforderung der Menschen durch ihre Produkte« (44) und schlußfolgert:

»Da wir jedoch heute durchaus in der Lage sind, Produkte herzustellen, durch die das Leben der Menschen auf unabsehbare Zeit festgelegt wird, gilt der Grundsatz der Aufklärung, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen, nur so lange, als sie nicht alles machen, was machbar erscheint.« (45)

Eine neue Verantwortungsethik in der Politik und bei jedem einzelnen sollen hier greifen. Die Bürger sollen in einen technologiepolitischen Dauerdiskurs einbezogen werden. Das begrenzt nach dieser Seite hin ihr politisches Handeln, bereichert es aber auch zugleich um bisher ungekannte Dimensionen: Mitangehörwerden bei der Wahl der Produkte. Dies wäre zweifellos »mehr Demokratie«.

2. Die Verantwortungsethik bei der Forschung und beim Einsatz neuer Technologien bezieht den Staat nicht nur — wie bisher — als Finanzquelle ein, Technikpolitik soll überhaupt zum entscheidenden Handlungsfeld des neuen Staates werden (90ff.). In der Koexistenz von Kapital und Staat, Markt und Plan soll der Staat zugleich stärker werden und die Marktwirtschaft nicht mehr alleiniges Prinzip gesellschaftlicher Regulation sein.

3. Nicht zuletzt die Umweltschäden legen ein beredtes Zeugnis davon ab, daß Kapital und Zins die nationalen Grenzen nicht einhalten. Ein historischer Rückblick soll zeigen, daß die Internationalität der Arbeiterbewegung hingegen weitgehend illusionär war. Ohne viele Umstände wird die Diskussion um den Begriff »Nation« erledigt zugunsten von Europa als Minimalgröße für die aktuellen Aufgaben insbesondere in der Technologiefolgenpolitik. Der »Historikerstreit« wird erwähnt und die Lehre gezogen, daß die Bundesrepublik sich selbstkritisch auf ihre Geschichte beziehen müsse. Gerade dies mache die BRD und wegen ihrer Internationalität die Sozialdemokratie zu prädestinierten Vollstreckern von Europa als politischer Gemeinschaft.

Die Bewegung geht also nach unten zur Einbeziehung der Bürger in die Produktdiskussion; nach oben zur Vergrößerung der Staatsmacht, um Technik gesellschaftsverträglich zu gestalten, und nach außen, um mit Europa gegen die »Multis« ein machtvolleres politisches Subjekt zu positionieren. Die Vorschläge werden im einzelnen recht konkret, so wenn Pilotprojekte für jede neue Technik und ein Netz von Beratungs- und Forschungsinstitutionen zur Technikeinschätzung gefordert werden. Wengleich der Staatsbürger tatsächlich ein wenig mehr ins politische Handeln einbezogen werden soll als bisher, geht es im wesentlichen um die Handlungsfähigkeit des Politikers, nicht der Produzenten (wie der wiederholte Bezug auf Marx glauben ließ). Insofern bleiben die Subjekte des Handelns häufig mehr als vage. So taucht als beliebtes Subjekt »die Gesellschaft« auf oder »der Mensch«, zuweilen auch »die Technik« (etwa 50ff.) — wiewohl

solcher Fehlgriff an anderer Stelle wiederum als »grünes Mißverständnis« entziffert wird —, so daß die Anrufung »der Linken« dagegen schon fast eine genaue Positionsbestimmung zu sein scheint.

### *Sozialpolitik*

In Fragen der Technik und des neuen Konsenses spielt Lafontaine auf dem Klavier der Denk- und Gefühlsgewohnheiten, versammelt die Bestseller des Geistes und die aktuellen Haltungen und bündelt sie zur Verkündung: die Linke käme ohne Prinzip Hoffnung nicht aus. Ihre Utopie der Freiheit sei Mitmenschlichkeit, Solidarität. Letztere sei der Gegenbegriff zum Eigentum, welches Grundlage von Ausbeutung, Raub und Ausgrenzung und inneres Band der Rechten sei. Auf diesem sehr allgemeinen Feld stellt sich das Problem der Arbeitslosigkeit.

Rückblickend charakterisiert er das bisherige Programm der Arbeiterbewegung, unter selbstverständlicher Verwendung marxistischen Vokabulars, als ein linkes sozialstaatliches Versicherungssystem. Wegen der »doppelten Freisetzung« der Lohnarbeiter sei der Individualisierungsprozeß nicht als Gewinn, sondern als Verelendung erfahren worden. Dagegen stehe das Programm der staatlich geschützten kollektiven Solidarität. In Zeiten des Überflusses habe die Sozialdemokratie zu spät bemerkt, daß nicht Hunger, sondern Mangel an Geborgenheit für das heutige Bewußtsein bestimmend sei, die soziale Sicherung als alleiniges Programm mithin die Menschen in die Arme rechter Wendepolitik treibe. Er skizziert die Entwendung der Begriffe Freiheit (als Entstaatlichung) und Abbau des Staates (als Privatisierung) und sucht gegen die Auffassung, die SPD liefere das Individuum der Macht der Verbände aus (121), neue Formen, in denen Sozialhilfe menschliche Solidarität vermitteln soll. Mit diesen wenigen Bestimmungen formuliert er sozialpolitische Vorschläge. Arbeitslosigkeit sei zwar technisch befördert, im Kern jedoch »unzureichende gesellschaftliche Organisation« (125). Wichtig im solidarischen Miteinander sei zunächst eine soziale Grundsicherung für alle, welche die bisherigen Formen des sozialen Netzes mit geringem bürokratischen Aufwand ersetzen könne. Als konkrete Utopie nennt er zusätzlich: »gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit« durch Verkürzung der Arbeitszeit; und »die Neudefinition der Arbeit«: sie hebe »den Begriff der Arbeitslosigkeit auf, indem Weiterbildung und Umschulung als Tätigkeiten begriffen werden für die Selbstverwirklichung des Menschen« (83). In seinem Vorschlag, die gesellschaftlich notwendige Arbeit ins Zentrum der Betrachtung zu ziehen, bezieht er sich wieder auf Marx. Damit sei es möglich, vor allem die hinter dem Rücken der Erwerbsarbeit geleistete Arbeit — vorwiegend der Frauen — ins gesellschaftliche Projekt gleichwertig einzubeziehen, zum Beispiel die bisher unbezahlte Versorgung alter Menschen, die Pflege von Kranken, das Großziehen von Kindern (82).

Die vorgeschlagene »Grundsicherung« gehört zu den öffentlich, wenn auch mit wenig Aufsehen diskutierten Themen. Der Vorschlag, die höheren Einkommen bei Arbeitszeitverkürzung nicht voll auszugleichen, findet sich im Buch selbst nicht, folgt jedoch in der Logik der solidarischen Verantwortung füreinander durchaus dem darin entwickelten Standpunkt. Die wenigen Hinweise für ein

sozialpolitisches Konzept wären aber unzureichend dargestellt ohne Lafontaines Vorstellungen zur Lage der Frauen.

### *Frauenpolitik*

Der Frauenfrage widmet Lafontaine 30 Seiten des Buches. Es sind die besten Ausführungen zur Frauenproblematik, die ich bislang aus sozialdemokratischer Feder lesen konnte.<sup>6</sup>

Zunächst erinnert er an die Verbindung von Militarismus, Nationalismus und Männlichkeit, die im Taumel des Ersten Weltkriegs den Internationalismus des Proletariats erdrückte. Er äußert die Hoffnung, daß vielleicht mit der Gleichstellung der Frau der Solidarität zum Durchbruch verholfen werden könne (197). Er kritisiert die schenkelklopfende Heiterkeit, die schon die bloße Nennung der Frauenfrage in seiner Partei auslöse, und verspricht, aus der Frauenbewegung zu lernen. Er kommt zu dem Schluß, daß die Frauenfrage ein strukturelles Problem der Industriegesellschaft bzw. des mit ihr verbundenen Systems der Arbeitsteilung sei. Eine knappe historische Rekonstruktion zeigt die unterschiedlichen Forderungen der frühen bürgerlichen (nach Arbeit und Bildung) und der späteren proletarischen Frauenbewegung (für bessere Arbeitsbedingungen); dazwischen die Dienstboten, die Prostituierten. Aus der langen Rechtlosigkeit und der nach der Gleichberechtigung anhaltenden sozialen Benachteiligung der Frauen und dem Antifeminismus in der Gesamtgesellschaft wie auch in der Arbeiterbewegung zieht er den Schluß, daß zwei Faktoren gegen die Gleichstellung der Frau stünden: das allgemeine Bewußtsein und die historische Arbeitsteilung. Er ist der Auffassung, daß die Frauen die Unterdrückung alleine nicht überwinden werden. Auch die Quotierung in Beruf und Politik reiche nicht, da die Mehrheit der Frauen wegen der Familienpflichten nicht in der Lage sei, die freigehaltenen Plätze auch einzunehmen. Weitere Voraussetzungen für die Frauenbefreiung seien der 6-Stunden-Tag, der es Männern ermöglichen würde, zusätzlich zum Beruf Aufgaben der individuellen Reproduktion wahrzunehmen und umgekehrt den Frauen, eine Berufsarbeit überhaupt in Betracht zu ziehen. Notwendig sei die Neudefinition des Arbeitsbegriffs. Als gesellschaftlich notwendige Arbeit soll Arbeit im Hause durch ein Mindesteinkommen abgesichert, gesellschaftlich anerkannt sein. Dieses Mindesteinkommen soll zudem die Möglichkeit eröffnen, andere Familienformen als die Kleinfamilie mit einem männlichen Ernährer anzustreben.

»Die meisten Männer ... halten am herkömmlichen Familienmodell, an der traditionellen Aufteilung von weiblicher und männlicher Rolle in der Kleinfamilie fest ... Indem die Frauen die Fesseln ihrer herkömmlichen gesellschaftlichen Rolle sprengen, stellen sie mehr und mehr das gesamte System der industriellen Arbeitsorganisation und -verteilung in Frage, das die unbezahlte Familienarbeit zur notwendigen Voraussetzung hat.« (218)

Lafontaine liefert Zahlen zur Lage von Frauen: So erwähnt er, daß Männer in der Regel ein doppelt so hohes Arbeitslosengeld beziehen wie Frauen. Im gleichen Kontext führt er vor, daß die meisten Fraueneinkommen so niedrig sind, daß es nicht möglich sei, davon selbständig zu leben. Er dokumentiert einen Wandel in den Auffassungen der Mädchen: dachten 1962 noch 89 Prozent, Frauen, die ein Kind bekämen, müßten heiraten, so waren es 1982 nur noch 40 Prozent. Er zieht

die Bilanz: das System der Aufspaltung in Berufs- und Familienwelt sei ins Wanken geraten, hier seien die Frauen die Unruhigen, die sich ihrer Lage bewußt werden. Die Linke müsse die Gesellschaftsstrukturen ändern, um zur »wirklichen Gleichberechtigung der Frauen« beizutragen.

»Weil offenkundig mehr Frauen als Männer durch ihre Erfahrungen für das gesellschaftliche Ungleichgewicht sensibilisiert worden sind, würde die Einführung einer Quotenregelung wahrscheinlich mithelfen, eine auf strukturelle Gesellschaftsveränderung zielende Politik umzusetzen.« (223)

Als erste Schritte empfiehlt er, die Ausbildung von Frauen zu verbessern — insbesondere qualifizierte Arbeitsplätze mit neuen Technologien für sie vorzusehen; das Umdenken mit den Begriffen Arbeit und Familie zu beginnen; das gesellschaftliche Arbeitsvolumen unter Einbeziehung aller Arbeiten neu zu erfassen; die familien- und frauenfeindliche Struktur der organisierten Arbeitswelt zu verändern; die Steuergesetze und den Wohnungsbau auf andere als bloß die Kleinfamilienform auszurichten.

Wie schon erwähnt, gab es auf diese Thesen kaum ein Echo bei den Frauen — weder in der SPD noch sonstwo. Statt dessen gab es ein großes Entsetzen in der Linken. Die neuen Profilierungen von Lafontaine hatten ihn, so hieß es, über die Mitte hinaus in die Rechte getrieben. Tatsächlich ist unschwer sichtbar, daß die Unternehmer und die Kapitalverhältnisse aus dem Zentrum der Analyse rücken. Dies geschieht dadurch, daß Fragen der Ökologie und der Technik, der Produkte und der Frauen ins Zentrum gebracht werden. Weibliche Arbeit zu Hause auf den gleichen Rang wie die Erwerbsarbeit zu heben, stellt die zentrale Bedeutung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft für die gesellschaftliche Produktion und damit als politischen Faktor in Frage. Sozialistische Feministinnen finden sich hier an einem heiklen Punkt. Soll alles bleiben wie bisher, damit die vorwiegend männlich organisierte Arbeitnehmerschaft ihre historische Rolle wahrnehmen kann, und nimmt sie sie eigentlich wahr? Man kann am Kampf um die Quotierung (in der SPD) und an den Pressereaktionen auf den Parteitagsschluß gut ablesen, wie sehr die Beibehaltung der Frauenunterdrückung die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse blockiert.<sup>7</sup> Lafontaine verspricht, die Frauenunterdrückung durch langfristige Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu bekämpfen. Dieser Auffassung war auch Marx, auf den er sich beruft. Die Aufhebung müßte (folgt man Marx) insbesondere die Teilungen in Kopf- und Handarbeit, in Stadt- und Landarbeit, in Männer- und Frauenarbeit betreffen. An die Stelle der Kopf- und Handarbeit setzt Lafontaine den Gegensatz interessante, sinnvolle Arbeit versus Detailarbeit — das ist sicher eine zeitangemessene Umformulierung, drängt allerdings wiederum den mit der Kopf/Hand-Trennung einhergehenden Klassenwiderspruch ins Abseits. Die Stadt/Land-Trennung wird in den industrialisierten kapitalistischen Ländern als Ausbeutung der Dritten Welt gelebt. Lafontaine erwähnt dies, allerdings hat es in seiner Analyse keinen systematischen Stellenwert. Die Trennung in Frauen- und Männerarbeit besetzt das entscheidende Regelungsprinzip unserer Gesellschaft: Produziert wird nur, was Profit bringt. Diese Anordnung braucht eine Schicht von Halbmenschen, die die nichtprofitlichen, aber leider notwendigen Dinge besorgen, damit die einzelnen in Gesellschaft überhaupt überleben können. Je nach

politischer Unterstützung des Profitsystems kann das mehr werden (Privatisierung sozialer Aufgaben). Ein Umbau solcher Verhältnisse setzt die Aussetzung des Profitmotivs als gesellschaftlichem Regelungsprinzip voraus. Dafür ist es höchste Zeit, da nicht nur die Frauenfrage verspätet auf der Tagesordnung steht, sondern mit ihr die Frage der Zerstörung der Natur, der Überhandnahme schädlicher Produkte etc. An die Stelle des Profits als zentralem Regelungsprinzip muß die gemeinschaftlich geregelte Produktion treten. Dies kommt bei Lafontaine als systematisches Moment der Veränderung der Arbeitszeilungsstrukturen nicht vor. Nicht nur die Erwerbsarbeitszeiten müßten kürzer werden und die übrigen Tätigkeiten verallgemeinert, auch das Politische bedarf der systematischen Verankerung in den Alltagstätigkeiten der Menschen. Freilich bleiben solche Gedanken auch nicht einfach ausgespart. Es ist Perestrojka-Zeit. Lafontaine spricht ja von der Zurücknahme des Staates in den Staatsbürger, von mehr Demokratie, von der Mitbestimmung und Planung bei technologischen Entscheidungen bis hin zur Produktwahl durch die Arbeitenden. Man kann nachweisen, daß dies hauptsächlich »Verantwortung« und »Teilen« meint, man kann ihn aber auch anders zitieren und sich beim Ausbau einer Demokratie von unten auf ihn berufen.

Ich spare mir eine ins einzelne gehende Beweisführung, wo Lafontaine etwa das Marxsche Reich der Freiheit mit der Zunahme an Freizeit verwechselt oder ähnliches. Er möchte die Gesellschaft von innen heraus verändern. Offenbar ist er der Auffassung, daß die Unternehmen so viele Gewinne machen, daß umfassende Eingriffe in die Arbeitsteilung und die soziale Sicherung möglich sind, ohne daß marktwirtschaftliche Prinzipien aufgegeben werden müssen. Die Politik soll so nicht planwirtschaftlich vorgehen, freilich aber »unnütze« Produktion, wie etwa die »Weltraumforschung« und die »Rüstungsproduktion« untersagen; sie soll für die Lebensfähigkeit ebenso sorgen wie für Gerechtigkeit.

### **Empirie — Politische Diskussion als Lernprozeß**

Was als Befürchtung im IG-Metall-Positionspapier deutlich wird — die Eröffnung von Diskussionsfeldern — war uns<sup>8</sup> umgekehrt Hoffnung. Die Gewerkschaften schrieben aus der Defensive; wir wollten prüfen, ob nicht auch eine Offensive möglich wäre, Änderungswillen und die Lust zum Eingreifen in der Bevölkerung freigesetzt werden könnten.

Bei der Lektüre der Presse war uns wichtig, welche Themen neu auftauchten und breit diskutiert wurden, welche abgewehrt, über welche anderen geschwiegen wurde. In unserer Auswertung war u. a. sichtbar geworden, daß eines der Tabuthemen unserer kapitalistischen Gesellschaft, ihre Gemachtheit und also Änderbarkeit — sei es in Abwehr, sei es eingeklagt bei Lafontaine — plötzlich Thema war.<sup>9</sup> Ebenso war ein Demokratisierungsschub unübersehbar: Themen wurden z. B. die Wahl der zu produzierenden Produkte, die Arbeitszeit, ja, die Planung der angemessenen Gesellschaft. Selbst wenn solche Wendungen in kritischer Abwehr formuliert waren, eröffneten sie doch dieses Feld der Teilhabe an Gesellschaft neu. Zugedeckt zwar durch eine Hysterie von Armut und Verzicht wurde die Ungleichheit in unserer Gesellschaft Tagesthema. Mit dem, wenn

auch durch Ressentiment blockierten, Gleichheitsverlangen wurden utopische Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft neu entfacht. Themen der neuen sozialen Bewegungen wurden salonfähig, und insbesondere die Diskussion aus der Frauenbewegung über den Wert der von Frauen geleisteten Arbeit im Privaten tauchte plötzlich auf als Verhandlungsgegenstand zwischen SPD und DGB.<sup>10</sup>

Wir beschlossen, die Verwerfungen, die die Vorstöße Lafontaines und der Presse in der Bevölkerung ausgelöst hatten, in einigen qualitativen Gruppendiskussionen und Einzelinterviews<sup>11</sup> exemplarisch zu untersuchen. Unser Vorgehen sollte zugleich den Zweck haben, uns selber — also das Seminar — als auch die Gruppe der Befragten in einen politischen Lernschub einzubeziehen.

Wir wählten vier Themen: Wiewohl wir die *Lohnverzichtsthese* auch als ein Produkt einer an der Spaltung von SPD und Gewerkschaften interessierten Presse wahrnahmen, bezogen wir sie als erstes Thema in unsere Untersuchung ein, gerade weil sie vor dem Studium des Lafontaineschen Buches unsere eigenen Köpfe am meisten beeindruckt hatte. Da die Studenten des Zweiten Bildungswegs durchweg nicht besser als Sozialhilfeempfänger leben, waren sie besonders an der Aufnahme der Idee eines *Mindesteinkommens* für alle interessiert. Am weitreichendsten und in der Presse kaum berührt schien uns die Frage der *Erweiterung des Arbeitsbegriffs*. Schließlich wollten wir in der Lawine, die durch Lafontaine losgetreten worden war, das Veränderungspotential, das in der Bevölkerung vorhanden ist, sondieren. Wir wählten also als vierten Themenschwerpunkt: *Utopien*.

### *Methode und Sample*

Das Studium der Presse hatte uns nachhaltig in Erinnerung gerufen, daß widersprüchliche Argumentationen friedlich koexistieren, wenn der Schreiber nur daran denkt, jeweils unterschiedliche Gefühle zum Bündnis für die divergierenden Argumente anzurufen. Um solche Redeweisen in Bewegung zu bringen, haben wir die Widersprüche in die Methode der Erhebung eingebaut. Zu jedem Themenkomplex sammelten wir die einander ausschließenden Beweisführungen und rückten sie so dicht aneinander, daß die Befragten gezwungen waren, mit den Widersprüchen zu arbeiten. In dieser Weise wollten wir erreichen, daß Gehörtes oder Gelesenes nicht einfach nachgesagt, sondern in den Widersprüchen ein eigener Standpunkt herausgearbeitet wurde.

Da unsere Möglichkeiten beschränkt waren, konnten wir nur 50 Menschen exemplarisch in die Untersuchung einbeziehen. Wir stellten Gesprächsgruppen zusammen nach sozialen Kriterien, die in einem Zusammenhang mit den Themenschwerpunkten standen: 1. *Gewerkschafter* (2 Gruppen), in der Hoffnung, daß sie über die Abwehr hinaus Gedanken zur Gesellschaftsveränderung am bewußtesten vortragen könnten. 2. *Arbeitslose*, in der Annahme, daß sowohl der Vorschlag, die Arbeitslosigkeit mit einem Beitrag der Höherverdienenden anzugehen, wie das Mindesteinkommen ein besonderes Echo bei ihnen hervorrufen würde. 3. *Ehrenamtlich Tätige*, weil wir annahmen, daß sie zu einer Diskussion um einen veränderten Arbeitsbegriff Neues beitragen könnten, da sie alltäglich bewußt unbezahlt für andere arbeiten. 4. *Hausfrauen*, weil sie als mögliche Nutznießer im Zentrum aller Vorschläge stehen, ohne daß sie bislang selbst dazu angehört wurden. 5. Menschen aus *alternativen* Projekten, weil sie im Kleinen schon eine veränderte Gesellschaft ausprobieren und ebenfalls einer strikten Lohn-Arbeit-Auffassung nicht notwendig folgen. 6. Aussteiger oder Randgruppen, die sich selbst *Autonome* nennen; wir nahmen an, daß sie weitreichende Veränderungsvorstellungen hätten. 7. Diejenigen, die

von der Lohnverzichtsthese direkt betroffen waren, die *Über-5000-DM-Verdiener* (im folgenden *Höherverdienende*). 8. Schließlich eine Gruppe, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht und gewöhnlich als Durchschnitt gefaßt wird: *Normalerwerbstätig*, weniger als 5000-DM verdienend, nicht im Funktionärsstab der Gewerkschaften. Eigentümlicherweise konnten wir uns am wenigsten vorstellen, wie sie die einzelnen Thesen aufnehmen würden.

### *Lohnverzicht*

Unsere Vorgabe für dieses Thema enthielt folgende widersprüchliche Informationen: die Behauptung, die Geldmenge, die eingespart werden könnte, wenn die Höherverdienenden bei einer Arbeitszeitverkürzung auf einen Lohnausgleich verzichteten, sei sehr gering; wir lieferten Daten, wie viele Menschen tatsächlich so viel und mehr verdienen (15 Prozent) und wieviel Arbeitsplätze davon finanziert werden könnten.<sup>12</sup> Wir wiesen die Wachstumsraten bei den Unternehmergewinnen und bei den Arbeitenden in den letzten vier Jahren aus (42,6 vs. 2,5 %) und betonten die sehr ungleiche soziale Lage zwischen denen, die gut bezahlte Arbeitsplätze haben, und den Arbeitslosen. Wir formulierten die Notwendigkeit einer Einkommensnivellierung und wiederholten die Argumente der Gewerkschaften, daß in der Tarifrunde von politischer Seite nicht eingegriffen werden dürfe.<sup>13</sup>

Unsere erste Gewerkschaftsgruppe — drei männliche Funktionäre — liest unsere Vorgaben auf Wiedererkennbares: »Zunächst mal ist auffallend, daß hier die gewerkschaftliche Position wiedergegeben wird und das, was sonst so sich in der Diskussion befindet. Ist ja auffallend. Es ist wahrscheinlich müßig zu fragen, welcher Position wir zuneigen.« Das Feld ist vorbereitet: Klar und unerschütterlich stehen da die Kontrahenten: Kapital und Arbeit; verantwortlich für die Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer und ihr Verlangen, die von ihnen verursachten Probleme auf diejenigen, »die ohnehin die Lasten tragen«, abzuwälzen. Unvermutet wird Arbeitslosigkeit ein reines Versorgungsproblem — als Lösung wird eine Maschinensteuer vorgeschlagen. Gefragt wird, wie wir in einer zukünftigen Gesellschaft die anstehenden Aufgaben von Ökologie, Sozialem und Ressourceneinsparung durch bezahlte Arbeit tätigen können. Die ungewollte Nähe zu einigen Argumenten Lafontaines wird in widersprüchlicher Weise abgeboten. Die Gewerkschafter mutmaßen, daß seine Vorschläge auf einige Akzeptanz — insbesondere bei Intellektuellen — stoßen würden:

»... die sagen, Gewerkschaften sind bisher immer Lohnmaschinen gewesen, die paar Mark mehr interessieren uns gar nicht; wir hätten viel mehr Interesse daran, mehr Freizeit zu haben ... Wir machen vermutlich einen Fehler, wenn wir ihn [Lafontaine] zu pauschal aburteilen und ihn einordnen in die Reihe derjenigen, denen es wirklich nur darum geht, zugunsten des Kapitals die Gewerkschaften zu disziplinieren.«

Weitere Überlegungen werden durch die paradoxe Behauptung abgeschnitten: Lafontaines Thesen sind nicht neu, sie sind sowohl vom »Arbeitgeberverband« als auch von »Lothar Späth« und »von den Gewerkschaften« längst geäußert worden.

In unserer zweiten *Gewerkschaftsgruppe* diskutieren eine Vertrauensfrau aus der Vertrauensleuteleitung in einer Lagergesellschaft (ÖTV), eine spanische Kollegin aus der HBV und ein männliches ÖTV-Mitglied aus der städtischen Verwaltung. Sie beginnen sofort mit der Analyse der in unserer Vorgabe erkenn-

baren Position, die sie als die von Lafontaine, »nicht die der Gewerkschaften, die ja Fakt ist«, identifizieren.

»Für mich wird da viel mit Moral begründet, also Elend. Den einen geht es gut, den anderen schlecht. Wenn wir nicht bereit sind, etwas von dem Vielen, was wir haben, abzugeben, verursachen wir Armut. Wir sind schuld, daß eine bestimmte Bevölkerungsgruppe im Elend leben muß. Und deswegen müssen wir uns tüchtig ranhalten, solidarische, wahnsinnig gute Menschen sein und von dem guten Verdienst dem Anderen etwas abgeben.«

»Das ist christliche Soziallehre«, sagt der Mann, »damit soll abgelenkt werden, daß es den Unternehmern insgesamt prächtig geht, daß das ganze Kapital um die Weltmärkte vagabundiert.«

Trotz solch starker Worte äußern auch sie die Vermutung, daß »diese These von Lafontaine bei den Leuten auf Akzeptanz« stoße. Dieser Umstand macht es notwendig, sich »das Ganze als eigenes Politikproblem« vorzulegen. Hier kommen sie zu überraschenden Schlüssen: die »Katastrophe« läge nicht im Zeitpunkt der Lafontaineschen Vorschläge oder darin, daß sie ein Zerwürfnis zwischen Gewerkschaften und Partei hervorbrächten oder gar die Arbeitnehmer spalteten: dies sei vielmehr alles schon vorher der Fall gewesen. Problematisch sei, daß die Gewerkschaften tatsächlich auf dem angesprochenen Feld keine Alternativen hätten, die Vereinzelung groß sei und dagegen die Lafontaineschen Thesen auf Grund ihrer Anrufung der Gefühle positiv aufgenommen werden könnten. Die Akzeptanz gerade unter jüngeren Gewerkschaftern sei groß. Ihre Schlußfolgerung läuft schließlich auf eine basisdemokratische Erneuerung heraus: Man müßte von Gewerkschaftsseite »Diskussionszirkel durch die Republik« und in den Betrieben machen, »es zum Thema machen«, »breit diskutieren und nicht nur in den Medien, in den gleichen bürgerlichen Medien, die so geil auf diesen Lafontaine reingefallen sind und ihm auch ein Spektrum geboten haben«. Gegen die allgemeine Resignation wegen der Erfolge der Rechten müsse man das Gefühl vermitteln, »daß man überhaupt etwas machen kann«. — Übrigens ist es beiden Gewerkschaftsgruppen kein Problem, daß tatsächlich 15 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung mehr als 5000 DM monatlich verdient. — Umgekehrt nimmt einer, der im Monat 418 DM Sozialhilfe bekommt, die Diskussion um den Lohnausgleich der »Über 5000er« als »Astrologie« wahr, ja, sie erscheint selbst als Teil eines großen Schwindels. Diese Stimmung durchzieht das Gespräch der *Autonomen* und bestimmt die widersprüchlichen Stellungnahmen. Es diskutieren drei Männer zwischen 20 und 30 Jahren, von denen einer Arbeitslosenhilfe erhält und zwei Sozialhilfeempfänger sind. Sie leben in einem »alternativen Viertel« Hamburgs. Da gibt es den Zweifel, ob die ganze Sache nicht erfunden ist:

»Ja, aber ein Arbeitnehmer, der 5000 DM monatlich verdient, ist für mich ein Großkapitalist. Also ohne Scheiß jetzt. 5000 DM ist kein Arbeiterlohn. Das ist ... Gibt es sowas überhaupt, ein normaler Arbeiter, der soviel Geld verdienen kann?«

Wilde Vermutungen über die Gehälter der Politiker lassen im Himmel der schreienden Ungerechtigkeiten Staat und Unternehmer zusammenwachsen.

»Kapital ist auch so schon genug da, um Arbeitsplätze zu schaffen, wenn es nicht für andere Sachen wie Rüstung und Genforschung ausgegeben werden würde. Für moderne Forschung, die wir eigentlich gar nicht brauchen. Das setze ich nicht direkt an den Großkapitalisten fest, wie Krupp und Mercedes-Benz, die in der ganzen Welt ihre Firmen haben, sondern überhaupt am Staatssystem, am Staat selber. Auch die Leute, die keine Großunternehmer sind und trotzdem das dicke Geld machen. Da wird soviel Geld verpulvert, daß für uns einfach nichts übrig

bleibt. Und das war schon ziemlich lange so. Sozialhilfesatz 418 DM sage ich da nur. Das ist echt nix, ne. Und 5000 DM, das sind utopische Summen gleich, da müßte ich 10 Monate warten bis ich 5000 DM zusammen habe und dürfte keinen Pfennig davon ausgeben, ne. Und dann habe ich nicht mal 5000.«

Dazwischen versuchen die einzelnen, ihre Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft darzutun: Lohn soll streng nach Leistung bestimmt werden und außerordentlich differenziert ausfallen. Zunächst wollen sie Lohnkürzungen. Das Problem der Durchsetzung solcher Pläne wirft sie zurück in den Zorn über »die da oben«. Das Arbeitslosigkeitsproblem wird als eines der Verteilung von Geld zur Existenzsicherung gesehen. Lafontaine wird erfahren als Schwätzer, der leichtfertig Hoffnungen weckt. Da sie seine Thesen nicht kennen und unsere Vorgaben nur ungenügend zur Kenntnis nehmen, glauben sie zudem, er wolle die Gewinne der Unternehmer umverteilen. Am Ende begreift einer:

»Halt. Ich bin erst jetzt während der Diskussion hinter dieses Thema gestiegen, und ich denke, es ist eine große Schweinerei, wenn der Arbeiter den anderen Arbeiter unterstützen soll, wenn der erste auf Lohnverzicht eingeht und seinem zweiten Kollegen, der arbeitslos ist, mit der Hälfte seines Gehalts 'ne Arbeitsstelle freimacht. (...) Aber andererseits sind 5000 DM auch wieder viel zu viel. Oh, Mann, das ist echt unmöglich.«

Es dämmert ihnen, daß es der Maßstab der Gerechtigkeit ist, der sie in Widersprüche bringt, ungerecht ist beides, der Lohn über 5000 DM und die Umverteilung der Lasten unter den Arbeitenden.

Die *Arbeitslosen* aus einer Arbeitsloseninitiative — drei Männer zwischen 24 und 45 Jahren, ein Lehrer, ein Kaufmann, ein Jungfilmer — äußern Gefühle der Ohnmacht.

»Das ist ja die richtige Solidarität, aber das gibt es nicht. Diese eingesparten Beträge gehen dem Unternehmer im Gewinn zu und nicht den Arbeitslosen, bin ich fest der Meinung. Denn die Macht der Unternehmer ist so gewaltig, daß sie sich die Menschen, die Ware Mensch, heute aussuchen können zu welchem Preis auch immer.«

Ein Lohnverzicht erniedrige den Arbeitnehmer; die Arbeitszeitverkürzung bringe für die Arbeitslosen nichts; die Firmen gingen ins Ausland, heuerten dort billige Arbeitskräfte an. Das Wenige, das den Höherverdienenden abgenommen werde, verschwinde, soweit es nicht direkt den Gewinnen zugeschrieben werde, in den Armen der Bürokratie. Zudem trüge eine solche Lösung zwischen den Arbeitnehmern zum Haß untereinander bei und nütze nochmals den Unternehmern. Die Positionen ändern sich während des Gesprächs nicht, das fast die Form von Verlautbarungen hat. Nur der Jungfilmer findet von Anfang an Gefallen am Vorschlag, hält ihn für einen Beitrag zur Solidarität, zur Hebung eines Gemeinschaftsbewußtseins, fürchtet aber ebenso die Macht der Unternehmer.

In der *Hausfrauengruppe* diskutieren drei ehemalige Kauffrauen zwischen 30 und 40 Jahren. Zusammen haben sie 7 kleine Kinder. Zwei »arbeiten« nebenher noch 10 bis 15 Stunden in der Woche als Kellnerin, als Schneiderin. Zwei besuchen einen Hauswirtschaftskurs. Zunächst sind sie mißtrauisch gegen unsere Zahlen über das Verhältnis von Lohnzuwachs und Unternehmergeinn: »Also ich weiß jetzt nicht, in welchem Unternehmen das ist, das sind jetzt nur Zahlen hier«, sagt eine. Nach der Auskunft, daß es sich um Durchschnittswerte handele, äußert eine andere: »Das ist natürlich sehr ungerecht.« Unternehmer scheinen

außerhalb alltäglicher Rationalität zu sein: Sie wollen immer mehr Gewinne, kaufen Maschinen, die teurer sind als Menschen und bedienen sich des Zaubermittels der Abschreibung. Vom Unternehmerverhalten geht es zum Verhalten von Arbeitenden. Lohnverzicht wird subjektiv verstanden: warum verzichten Leute auf Lohn? Diskutierend werden Motive herausgearbeitet: Feigheit aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes — so, wenn eine heimlich in der Freizeit sich Wissen aneignet, um an den neuen Maschinen zu bestehen — oder Reichtum — man kann es sich leisten. Das Hausfrauengespräch ist das einzige, in dem die Frage der Arbeitslosigkeit überhaupt als das zu behandelnde Problem ernsthaft aufgenommen wird. Sie interessieren sich darüber hinaus für die Garantie der Arbeitsplätze und für ihre Qualität. Es überwiegt ein Mißtrauen über die Geldverwendung, die sie staatlich geregelt denken. Die Staatsregelung führt sie wieder zur Frage der Gerechtigkeit. Sind so ungleiche Einkommen nicht insgesamt ungerecht? Kann man soviel »schaffen, lernen, verantworten«? Die Fragen, auf die sie selbst kommen, scheinen ihnen ungehörig. Einkommensregelung mahnt an Kommunismus, und Demokratie ist, wenn jeder auf sich selbst gestellt ist und verdienen kann, wie er will.

Unsere Gruppe der *Ehrenamtlich Tätigen* fanden wir in einem »Verein für unbelastete Nahrung«. Es diskutieren zwei Frauen, eine 38jährige Ärztin mit einem Kleinkind, eine 54jährige Angestellte mit zwei erwachsenen Kindern, ein 43jähriger zur Zeit arbeitsloser Biologe. Auch sie denken, daß Verzicht eine Frage subjektiven Verhaltens ist. Nach einem kurzen Zögern: »Wir verzichten, weil wir für eine Sache arbeiten«, wenden sie sich dem Thema allgemein zu. Indem sie sich die Frage anmessen, durchdenken auch sie die Prinzipien unserer Gesellschaft: »Es ist eine Leistungsgesellschaft«, sagt eine, also geht es nicht mit dem Lohnverzicht. »Wenn einer mehr verdient, dann hat er es sicher auch mehr verdient, er schafft mehr oder hat mehr Ausbildung.« Der Biologe ist für gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung, kommt aber in Schwierigkeiten, Leistung zu bestimmen. Zusammen versuchen sie, ein System zu entwickeln, in dem Lust oder Mühe bei der Arbeit zählen. Als ungerecht könnte ein Lohn über 5000 DM ausgemacht werden. Die Frage der Einebnung der ungerechten Einkommen scheint für die ehrenamtlich Tätigen an die Substanz unserer Gesellschaft zu gehen. Es folgt ein Versuch, solches Verfahren praktisch für sich umzusetzen — mit weniger Geld auszukommen, und die gesellschaftliche Arbeit auf mehr Menschen umzuverteilen. Die Sache wird als aufregend, revolutionär und machbar empfunden.

In unserer Gruppe der *Höherverdienenden* diskutieren drei Männer, ein höherer Angestellter von 46 Jahren, ein 52jähriger Geschäftsführer einer kleinen Firma und ein 63jähriger selbständiger Maschinensetzer. Sie kommen zu unserer Überraschung schnell zum Ergebnis: »Gut, ich glaube, da sind wir uns im Grunde einig, also Lohnverzicht muß sein, allerdings für alle.« Vom Standpunkt eines kleinen Betriebes berechnen sie umständlich, daß Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung immer unmöglich sei. Unternehmergewinne und Produktivitätswachstum werden streng außer acht gelassen. Lafontaine wird als politischer Opportunist bezeichnet, weil er das Problem auf die Höherverdienenden einschränke. Alle müßten ein Opfer bringen. Dieses wird im Ganzen als klein

berechnet und als vermutlich nicht ausreichend diagnostiziert. Die Höherverdienenden sollen schließlich nicht auf Lohn verzichten, weil sie durchweg ohnehin 48 Stunden arbeiteten.

Positiv stellt sich zunächst auch die Gruppe der *Alternativen* zur Lohnverzichtsthese. Hier diskutieren zwei Studenten und eine Diplom-Volkswirtin aus einem »Dritte-Welt-Laden«. Nach allgemeinem Wohlwollen wegen des gut gewählten Zeitpunkts — »größtmögliche Öffentlichkeit« — und der Zustimmung, so etwas überhaupt zu diskutieren, wird den Beteiligten die Frage selbst immer unrealistischer.

»Ich glaube, daß Lohnverzicht doch nicht das richtige Mittel ist, um Arbeitsplätze zu schaffen, denn Lohnverzicht bedeutet konkret mehr Gewinne, und der Unternehmer kriegt also mehr flüssige Mittel ... Und der geringe Teil, den er investiert, der fließt womöglich zu einem großen Prozentsatz in irgendwelche Rationalisierungsmaßnahmen, die dann wieder Arbeitsplätze kosten und sich wieder gewinnmaximierend für ihn auswirken.«

Durch den Eingriff eines Teilnehmers verschiebt sich die Diskussion auf Fragen der Lebensweise. Lohnverzicht als Ausdruck scheint ihm irreführend, da es in Wirklichkeit doch um Freizeitverlängerung gehe. Die Diskutanten stellen fest, daß sie eine Wertehierarchie für die Lösung der Fragen brauchen. Als Hauptproblem behaupten sie jetzt, daß ältere Menschen an ihren Arbeitsplätzen festhielten, oder daß andere ihre individuellen Arbeitszeiten heimlich verdoppelten. Arbeit wird zum kostbaren Gut, daß vor widerrechtlicher Aneignung geschützt werden muß. Sie wollen Arbeitsverhalten einerseits der individuellen Freiheit anheimstellen, andererseits dem Recht auf Arbeit für alle unterordnen. Eine Lösung scheint ihnen, den Begriff Arbeit so weit auszudehnen, daß alle darin Sinn und Lebensinhalt finden können, einfach, weil durch die begriffliche Ausdehnung genug reale Arbeit da wäre. Für die Einhaltung einer Durchschnittsarbeitszeit fordern sie abschließend Gesetze.

In der Gruppe der *Normalerwerbstätigen* diskutieren eine Auszubildende, ein Datentypist und eine Verwaltungsangestellte; sie sind zwischen 20 und 31 Jahre alt. Die Zumutung in unseren Fragen, sich als wirklich Gefragte zu verstehen, wird von ihnen energisch abgewehrt: »Über die Geldmittel in diesem Staat verfügen Unternehmer, Kapital. Wir haben keinen Einfluß.«

In der Abwehr wird ein düsteres Bild des Nichts-Geht gezeichnet, indem die unterschiedlichen Argumente einander zwar ausschließen, dies aber in Kauf genommen wird, solange sie nur zur Farbe Schwarz beitragen. Da wird nacheinander behauptet, es seien nicht nur die gemeint, die mehr als 5000 DM verdienen, sondern alle; auch sie die Zahl der Höherverdienenden mit 15 Prozent zu hoch ausgewiesen. Im Anschluß werden die Einkommen durch wechselnden Bezug auf Bedarf und Leistung schon mal in Worten nivelliert. Obwohl sie selbst nur zwischen 1000 und 2000 DM verdienen, behaupten sie: 5000 DM sei nicht viel. Um das zu begründen, erfinden sie einen alleinverdienenden Facharbeiter mit zwei bis drei Kindern. Sie versetzen ihn in eine Großstadt, wo er eine hohe Miete hat. Zudem habe er schlechte Arbeitsbedingungen, welche die Höhe seines Einkommens rechtfertigten. Ihre Behauptung, daß es die Spaltung zwischen Menschen, die Arbeitsplätze haben, und Arbeitslosen nicht gebe, führt sie in der Folge zu Einsichten, die die Klasse als Ganze betreffen. So entziffern sie das Gerede

über den fetten, faulen, bequemen Luxus der bundesrepublikanischen Arbeiter, das kürzlich in der Presse aufkam, als Dimension von Klassenunterdrückung und reiht in diesen Kontext jetzt das Gerede über Arbeitende ein, die mehr als 5000 DM verdienen sollen. Sie fühlen sich durch und durch ausgeliefert an die Oberen, zu denen sie auch die Gewerkschaften zählen. Eine meint jetzt, daß tatsächlich eine Verringerung der Löhne genügend Arbeitsplätze für alle bringen würde; sie äußert dieses Argument aber nur als zusätzlichen Beweis für die absolute Willkür der Unternehmer. Weitere Meinungen sind: neue Stellen gingen in den Staatsapparat, Arbeitszeitverkürzung führe längst zu Lohnverzicht und brächte selbst niemals Arbeitsplätze. Kurz, sie erfahren die gesamte Diskussion als eine weitere Verunsicherung ihrer Lage.

\* \* \*

Unsere Gesprächsgruppen argumentierten meist anders, als wir erwartet hatten; sie waren gleichwohl in ihrer sozialen Verortung durchaus erkennbar. Das Überraschendste war wohl, daß schon die Frage nach dem Lohnverzicht selbst eine politische Schulung war. Die einzelnen stellten meist nach kurzem Zögern fest, daß sie sich, um hier sinnvoll antworten zu können, vergegenwärtigen mußten, wie unsere Gesellschaft überhaupt funktioniert, und daß ihre Ablehnung oder Zustimmung zugleich eine Option für eine bestimmte Gesellschaftsform war. Die einander widersprechenden Argumente, die wir in dem Leitfaden vorgegeben hatten, wurden in einigen Fällen als Dimension des Politischen, in anderen als Widersprüchlichkeit der Gesellschaft selbst erkannt.

Der Informationsstand war im allgemeinen niedriger, als wir nach dem Presseecho angenommen hatten. Das betraf nicht nur die Thesen selbst, sondern auch Hintergrunddaten über die Lage in der Bundesrepublik. Zugleich bedurfte es nur eines geringen Anstoßes, um Gedanken über das Funktionieren von Gesellschaft und mögliche bzw. gewünschte Änderungen herauszuarbeiten. Dabei ist die Vorstellung von einer sozialen Gerechtigkeit ein starkes Motiv. Vom ängstlichen, mißtrauischen Zuschauen kommen die einzelnen schnell zum Mitgestalten wollen. Weitere Themen, die diskutiert werden wollen, finden sich zuhauf. Allerdings hat die durch die Presse zugespitzte und von den Gewerkschaften in der Abwehr unterstützte Formulierung eines *Lohnverzichts* durchweg den Effekt, daß die Frage der Arbeitslosigkeit als nebensächlich verschwindet. Die von uns angezettelte Diskussion verwickelte die meisten Beteiligten in ein zunehmend politischeres Gespräch. Das geht bis zum Vorschlag, die Politikformen selbst zu ändern, bis zur basisdemokratischen Erneuerung.

### *Mindesteinkommen*

Unsere Vorgabe zu diesem Thema enthielt folgende einander widersprechende Auffassungen: ein Mindesteinkommen ermögliche ein Leben auf Kosten anderer; zugleich böte es eine größere Unabhängigkeit und also Handlungsfähigkeit insbesondere für Hausfrauen. Wir verwiesen darauf, daß die Sicherheit der Existenz Voraussetzung für den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und sinnvollere Arbeit sei, sie führe zu erhöhtem politischem Engagement, und wir stellten die Frage, ob nicht die Gewerkschaften durch ein erwerbsunabhängiges Einkommen geschwächt würden.

Das Mindesteinkommen wurde in der Presse kaum diskutiert, in gewerkschaftlichen Stellungnahmen eher abgewiesen. Wir hatten erwartet, daß es von unseren Gesprächsgruppen begrüßt würde als eine Lösung für soziale Not und eine Entbürokratisierung für die bisher vorgesehenen Formen wie Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe etc. — In der *Hausfrauengruppe* herrscht zunächst ungläubige Verwirrung:

»Also ich kann dann immer in die Kneipe gehen oder bei Demonstrationen mitmachen, Friedensinitiative ... also das kann man sein Leben lang machen? Und das hat Lafontaine auch befürwortet?« Sie betrachten die andere Seite des Vorschlags: »Arbeitsämter fallen dann auch weg?«

Nach dem Unglauben folgt die Entscheidung für ein Mindesteinkommen, das sie gleichwohl für unmöglich halten, weil »der Mensch dafür nicht gut genug sei«. Nicht sie selbst, aber die anderen würden sich »zu 40 Prozent mindestens« auf die faule Haut legen. Probeweise versuchen sie, »gerechten Steuern« (etwa für Schule) ungerechte (etwa für Rüstung) entgegenzuhalten und fangen in dieser Weise an, aus der bloß betrachtenden Haltung in eine von Macherinnen zu kommen.

Als saßen sie jetzt tatsächlich an der Regierung, aber als hätte dieser Umstand dennoch alles beim Alten gelassen, so argumentiert die Gruppe, die wir *Alternative* genannt haben. Sie machen sich in erster Linie Sorgen um die Finanzierbarkeit des Mindesteinkommens:

»Und es stellt sich nun mal auch die Finanzierungsfrage ... umfassende Änderungen im Steuerrecht, d.h. also ganz erhebliche Heraufsetzung der Steuern«, sagt eine ganz zu Anfang.

Einer beginnt zu rechnen, denkt (die Zweidrittel-Gesellschaft im Ohr), daß ein Drittel aller Erwerbstätigen das Mindesteinkommen beanspruchen würde, und kommt auf einen Bedarf von 100 Milliarden DM, den er umstandslos den anderen zwei Drittel als Rechnung in die Schuhe schiebt. Andere Finanzierungsquellen werden auch erwogen: die Maschinensteuer tritt wieder auf, dann die Unternehmergewinne. Nach diesen Zweifeln über die Geldfrage erwärmen sie sich für die Idee eines Mindesteinkommens, diagnostizieren dadurch vermehrten Konsum, eine neue wirtschaftliche Konjunktur und gelangen schließlich zu neuerlichem Zweifel, ob die Sache den Gewerkschaften den Rücken stärke oder nicht. Ihr Ergebnis: es wird sich einiges im Kopf der Leute tun. Sie haben mehr Zeit für das Politische, andere Themen werden wichtiger, sie werden offensiver, verlieren Existenzangst. Sie bekommen ein anderes Verhältnis zu Arbeit und Ausbildung. Viele werden sich weiterbilden. An Arbeit wird der Anspruch gestellt werden, daß sie sinnvoll sei. Und wie Thomas Morus zu Beginn des 16. Jahrhunderts stellt sich ihnen schließlich das Problem, wer zu welchem Preis die schlechten Arbeiten (etwa die Müllabfuhr) in der Gesellschaft machen würde.

Finanzierungsprobleme, gepaart mit einer verächtlichen Einschätzung der nachwachsenden Generation, äußert auch einer der *Höherverdienenden*:

»Der, der nichts tut und 19/20 Jahre alt ist und nie gearbeitet hat, kriegt 1500 DM von Vater Staat? Und woher soll das kommen, das Geld? Das ist ja überhaupt undiskutabel. Das geht ja in die Milliarden.«

Im weiteren Gespräch halten sie allein schon den Gedanken eines Mindesteinkommens für »eine Bankrotterklärung von unserem Marktsystem«, von dem sie annehmen, es funktioniere nach dem Prinzip: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen. In diesem Zusammenhang verschwimmt das Mindesteinkommen zum Durchschnittslohn als Regelungsprinzip für alle Arbeits-

plätze, dessen positive Wirkung sie nicht sehen können: »es wird einen allgemeinen Anspruch auf Arbeitszeitverkürzung um die Hälfte freisetzen«. Auch vom Standpunkt der Arbeitslosen betrachtet, scheint ihnen dieses Mindesteinkommen, das sie jetzt *Mindestversorgungsrecht* nennen wollen, keine Lösung zu sein, da die Integration in die Gesellschaft fehle, die »Abgeschobenheit« bleibe. Zudem gebe es das Problem der Schwarzarbeit.

Daß wir für das Mindesteinkommen eine Höhe vorschlugen (1500 DM), welche die meisten Frauenlöhne übersteigt, hat zweifellos einige Verwirrung in die Diskussion gebracht. Um so überraschter waren wir, in der Gruppe der *Normalerwerbstätigen* die Auffassung zu finden, daß diese Sicherung zu niedrig angesetzt sei, um eine »echte Wahl« zu ermöglichen.

»Also ich muß mir nach wie vor Gedanken machen über die Höhe meiner Miete, wie ich meine monatlichen Unkosten bestreite, und wenn ich mir Bekleidung kauf, kann ich mir auch keine so guten Sachen leisten, sondern muß auch gucken, wo ich, was weiß ich, günstige Hosen oder günstige Schuhe herbekomm. Also im Luxus lebt man mit 1500 DM nicht, auch nicht übermäßig gut ... für einen Alleinstehenden ist das einfach zu gering.«

Sie schlägt damit vor, eine Grundsicherung so zu fassen, daß man ohne beständiges Nachdenken über Geld leben kann. Sofort stellt sie sich das Problem, wie denn solches zu finanzieren sei, eine Frage, die darum blockierend wirkt, weil praktisch alle Informationen über den Staatshaushalt und die Verwendung seiner Mittel fehlen und weil zugleich die 42 Prozent Unternehmergewinne in ihren Überlegungen bereits vom Sozialprodukt abgezogen sind. Die Gruppe kommt wieder zu dem Schluß (wie schon im ersten Themenbereich), »daß nichts geht ... ein Mindesteinkommen wird also nicht gewährt«. Sie halten jetzt die Idee des Mindesteinkommens für eine Art Schulung der Köpfe, damit sich mehr Menschen Gedanken um eine menschenwürdige Existenz machen. Dabei argumentieren die einzelnen in dieser Diskussion durchaus unterschiedlich, aber es gelingt immer wieder, jeden Hoffnungsschimmer — »wenn man das mit dem Mindesteinkommen durchsetzen könnte, dann könnte man auch durchsetzen, daß keine gesundheitsschädlichen Arbeitsplätze mehr bestehen« — durch Einschwörung auf die Schlechtigkeit dieser Gesellschaft zunichte zu machen. Die Diskussion um Mindesteinkommen wird schließlich enttarnt als bürokratie-einsparender Trick, irgendwie Vorbereitung für mehr Heimarbeit, Zersplitterung der Lohnabhängigen: »Daß das was ganz anderes ist als das, was wir meinen, wenn wir von 1500 DM reden.« Zudem würde eine solche Grundsicherung der sozialen Verelendung der letzten Jahre widersprechen und könne insofern nicht gemeint sein.

Die *Ehrenamtlichen* meinen, daß es beim Mindesteinkommen wohl um ein »grundsätzliches« Problem sozialer Gerechtigkeit gehe. Sie glauben nicht, daß die meisten Menschen aufhören würden, zu arbeiten, sondern daß es dann tatsächlich »gewollte« statt gezwungene Arbeitslose gebe. Sie bemängeln aber, daß so ein »Mindesteinkommen« die Frage des Familienernährers außer acht lasse, mithin vom Einzelmenschen ausgehe. Unsere Frage, ob gewerkschaftliches Handeln dadurch geschwächt oder gestärkt werde, interessiert sie nicht:

»Das ist so eine Wischiwaschfrage ... die gängigste Praxis ist natürlich, daß es immer um Lohn geht, und das ist auch, was zu Recht viele von den Gewerkschaften fernhält und abstößt, daß nur Tarifverhandlungen übrig geblieben sind von den vielen Ansprüchen.«

Es bleiben die beiden Gruppen, die von einer solchen Regelung besonders betroffen wären: die Arbeitslosen und die *Autonomen*. Letztere reagieren auf den Vorschlag selbst zunächst wie auf eine Droge bzw. die Verkörperung der schlimmsten Befürchtungen, die über sie in Umlauf sind:

»Da würden wir nicht mehr arbeiten«; »da würde ich mir warm die Hände reiben, dann könnten wir hier echt unseren Palast ausbauen ... ziemlich viele Leute würden aufhören zu arbeiten.«

Nach lustvollen Ausmalungen, in denen sie sich sogar vorstellen, die Gewerkschaften zu stärken, damit das erreichte Mindesteinkommen bleibe, kommen ihnen Zweifel. Es gibt da Widersprüche. In der Folge thematisieren sie einen Zusammenhang zwischen der Ausländerfrage und der bislang fehlenden sozialen Grundsicherung. Dann umgekehrt: eine Grundsicherung für alle werde ungeliebte Arbeitsplätze freisetzen, für die dann neue Ausländer geholt werden müßten. Die schlechten Zeichen mehren sich: vermehrter Konsum würde den Kapitalismus vorantreiben: Preiserhöhung, Schwarzarbeit, Zunahme sozialer Härten seien die Folge. Unter der übrigens in allen Diskussionen vorausgesetzten ständigen Unverändertheit von Arbeitsteilung und Arbeitsplätzen scheint ihnen die soziale Grundsicherung — als eine Alternative zur schlechten Arbeit — noch einen kurzen Augenblick als gute Perspektive für die Entwicklung von Kreativität, für die es allerdings eine Schule brauche (hier bieten sie sich als Lehrer an). Noch seien die Menschen in der BRD nicht reif dafür. Aber schließlich siegt die Auffassung, schon die Sozialhilfe sei im Grunde eine Befriedigungsstrategie, wieviel mehr erst ein Mindesteinkommen. Sie ziehen die Unruhe vor.

Und die *Arbeitslosen*? Ungläubig suchen sie den Haken am Vorschlag. Bestimmte Bedingungen zum Beispiel: »Eine Sperre« wegen Selbstverschuldung. Der Unglaube gipfelt in dem Ausspruch: Ich halte das für Utopie, das wäre das »wahre Paradies auf dieser Erde«. Widersprüche knüpfen sich im eigenen Gefühl:

»Ich würde sofort meinen Job hinschmeißen. Ich würde mir den Tag gutwerden lassen. Und wirklich bei Regenwetter im Bett bleiben, bei Sonnenschein mich aufs Rad schwingen. Aber das ist nicht machbar ... Die Bevölkerungsrate steigt ... Ich finde Arbeiten auch was Schönes. ... der Mensch mach' gerne arbeiten.«

Allerdings kommen auch in dieses recht sonnige Bild Zweifel: die Leute würden ruhiger werden, weniger kämpfen wollen. Freiheit und Demokratie müßten aber erkämpft werden. Der Sprecher endet mit zwiespältigen Gefühlen.

Nach den aufgeregten Überlegungen in den verschiedenen Sozialgruppen wird es besonders interessant, was unsere *Gewerkschaftsgruppen* zu diesem Komplex zu sagen haben. Um es zunächst ein wenig verkürzt und insofern auch ungerecht zusammenzufassen: zumindest in der ersten Gruppe ist soziale Phantasie durch den Rahmen der als gewerkschaftlich verstandenen Politik eingeschnürt. Einer identifiziert das Verlangen nach Mindesteinkommen als eines nach sozialer Gerechtigkeit, welches er sogleich als Widerspruch zum gewerkschaftlichen Vorschlag in diesem Kontext begreift. Dieser konzentrierte sich auf Tarifpolitik; die setze das »Primäreinkommen« fest, in dessen Folge alle Sozialleistungen zu be-greifen seien. Sonst fehle jeder Ansporn zur Leistung. Als Verkäufer von Arbeitskraft sei jeder auch »Unternehmer«, im Wettbewerb, interessiert, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Es gelte mithin, die Gewerkschaften zu stärken, die über Tarifpolitik hinaus auch soziale Forderungen formulierten. Der

so spricht, erhält allerdings Widerspruch zu seiner Gleichsetzung Arbeitskraft und Unternehmer. Dafür glaubt sein Kontrahent, daß der Vorschlag des Mindesteinkommens sehr unpopulär sei, »allergrößten Widerstand in der Öffentlichkeit erfahren« würde. Unter Öffentlichkeit versteht er ohne Diskussion ausschließlich jene, die in der Öffentlichkeit agieren: Politiker und Medien. Als Beleg nimmt er den Beifall aus der CDU und die Presse, die die Thesen Lafontaines u.a. zum Anlaß nahmen, auf fehlende Leistung, zu viel Wohlstand und Faulheit zu verweisen. Im Ganzen hält er ein solches Mindesteinkommen für gut; dem widerstehe aber der auch in den Gewerkschaften gängige »gesunde deutsche Standpunkt: wer nix leistet, verdient nix«. Bei der Überlegung, daß die BRD eigentlich reich genug sei, solches zu finanzieren, kommt plötzlich die Frage der Arbeitszeitverkürzung in neues Licht. Warum sollte man dann nicht viel eher eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 20 bis 30 Stunden und Arbeit für alle durchsetzen?

Schwankend von Anfang an ist die zweite *Gewerkschaftsgruppe*. Gefühlsmäßig sind sie für ein Mindesteinkommen, denkend an die Tarifverhandlungen eher dagegen. Eine stellt die rhetorische Frage, ob etwa auf diese Weise die kapitalistischen Produktionsverhältnisse geändert würden. Aber der Gedanke bleibt, und nach dem spielweisen Entschluß, das Ganze aus den Unternehmertöpfen und dem Rüstungshaushalt zu finanzieren, wird eine Diskussion über menschenwürdiges Einkommen eröffnet, die auch die unwürdigen, niedrig bezahlten Arbeitsplätze und vor allem die späteren Renten einbezieht.

\* \* \*

Schrankenlose Befürworter eines Mindesteinkommens fanden wir nicht. Dagegen kamen die Diskutierenden schnell zu Überlegungen über die Verwendung von Steuermitteln und probten zögernd ein Mitspracherecht in der Politik. Dabei zeigte sich, daß das Wissen um niedrige Löhne, um Rentensätze, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld weit größer ist als das um höhere Einkommen und Unternehmerrgewinne. Andererseits wurde auch deutlich, daß dieses Wissen um die soziale Lage der Unteren wenig Hoffnung läßt, daß eine so reiche Gesellschaft wie die BRD überhaupt Handlungsmöglichkeiten hat. Schon aus diesen wenigen Gruppendiskussionen können wir vermuten, daß eine politische Strategie, die auf der fortgesetzten Ausmalung des Elends beruht, eine lähmende Wirkung haben kann. Umgekehrt wäre der Reichtum auszustellen und eine allgemeine Diskussion über seine Verausgabung zu führen. Hier gab es wenig Wissen um die Verwendung des Staatshaushalts und die Höhe der einzelnen Posten. Dafür herrschte ein aus dem privaten Haushalt stammendes Verständnis vor, daß man nicht ausgeben kann, was man anders schon verplant hat. Es gab fast überall eine Ahnung, daß eine Sicherung der Existenz ein menschlicheres, schöpferisches, politisch engagierteres Leben ermöglichen könnte. Es gab keine wirkliche Absage an Arbeit, wohl aber an die Koppelung von Lohn an Arbeitsleistung nach ungesicherten Kriterien. Neue Themen tauchten auf: so z.B. ein Wunsch nach mehr Bildung und einer radikalen Kürzung von Arbeitszeiten für alle. Gewerkschaftliches Denken mit solchen Überlegungen vereinbar zu machen, erwies sich als schwierig. — Die Lage der Hausfrauen in diesem Kontext zu diskutieren, wurde nicht erwogen.

## Arbeitsbegriff

Unsere Gesprächsvorgabe enthielt den Begriff der »gesellschaftlichen Gesamtarbeit«. Wir verwiesen auf Arbeitsteilungen — insbesondere die zwischen den Geschlechtern — und hielten umgekehrt auf eine Weise an der Politik der Arbeitszeitverkürzung fest, als gäbe es keine anderen Arbeiten in unserer Gesellschaft als die Erwerbsarbeit. Wir stellten den Zusammenhang von Lohn und Leistung als Ferment unserer Gesellschaft zur Diskussion.

Beim Nachdenken über den Vorschlag, den Arbeitsbegriff zu erweitern, befürchteten wir nicht so sehr, es könnte die Klassenlinie geschwächt, die Rolle der Erwerbsarbeit und damit der Gewerkschaften verkleinert werden, vielmehr hofften wir, daß die fesselnde Entfremdung, die der Kapitalismus in die als Lohnarbeit verrichtete gesellschaftlich nützliche Arbeit gebracht hat, aufzubrechen sei. Wir wollten an der Diskussion mitwirken, daß Arbeit einen Sinn haben müßte. Und umgekehrt, daß alle Arbeit, die gesellschaftlich nützlich ist, wesentliche, menschliche Tätigkeit ist. Ebenso wie Lafontaine sahen wir in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Frauenfrage für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, so wie sie sind. Daher vermuteten wir, daß insbesondere die Frauen in unseren Gruppen Veränderungsenergie bei diesem Thema mobilisieren würden.

Beginnen wir diesmal mit den *Gewerkschaftsgruppen*, die hier wenig Probleme haben, ins Thema zu kommen. In der ersten Gruppe wird zunächst klar bestimmt: was den Kapitalinteressen nicht entspricht, ist natürlich gleichwohl Arbeit und sollte anerkannt werden. Der Maßstab, an dem dies gemessen wird, ist der gesellschaftliche Sinn. Dazu zählen: Arbeiten gegen das Fischsterben, gegen chemische Katastrophen, gegen die Probleme mit Atomenergie. Auch Hausarbeit anders zu gewichten, macht zunächst kein Problem, ja, dies ist vom Standpunkt der Männer geradezu ein Sprungbrett für die Absicherung weiterer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden und darunter, damit jeder an bislang bezahlter und an bislang unbezahlter Arbeit teilhaben kann. Doch scheint eine solche Position wie ein verbotener Gedanke neue Zurechtlegungen notwendig zu machen. Einer holt weit aus, vergegenwärtigt sich, die Betonung von Hausfrauen und ihrer Arbeit erinnerte an Faschismus; wir aber leben in einer Gesellschaft, in der Kapitalflucht das Erwirtschaftete nicht zugunsten derer, die es schufen, anwenden läßt. Im Gegenteil. Es folgt die bekannte Gleichung: Wachstum von Produktivität und Gewinnen bringt Wachstum an Arbeitslosigkeit, ja sogar schlechtere Arbeitsplätze. Die Strategie des Staates — die ABM-Stellen — sind, gemessen am zuvor Erörterten, »unproduktive Arbeit«. Leider wird an dieser Stelle nicht weitergedacht, sondern wie nach einem Rettungsanker abrupt auf die bekannte Lösung zurückgegriffen: wir brauchen eine Sicherung vorhandener Arbeitsplätze.

Anders die zweite *Gewerkschaftsgruppe*, in der auch Frauen mitreden. In die spontane Abwehr, Aufwertung der Hausarbeit erinnere an Geißler und solle Frauen zurück ins Haus ziehen, mischen sich sofort Zweifel: Frauen, die bereits einer Erwerbsarbeit nachgehen, sollen mehr Qualifikationen, mehr Geld bekommen, die, die zu Hause sind, ja, für sie ist diese Politik gut, sie sollen auch ein Gehalt bekommen. Es bleibt allerdings als vage Frage, ob der gesellschaft-

liche Sinn und die damit verbundene Identität an beiden Orten gesellschaftlich notwendiger Arbeit möglich sind. Solcher Zweifel wird in der Diskussion zunächst beiseitegeschoben zugunsten einer Stärkung des Problems der unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Hausarbeit. Hausfrauen erhalten nicht nur kein Gehalt, sie haben auch keine Sozialversicherung, und es »hapert in der Rentengeschichte«. Das Problem wird als »doppelte Ausbeutung« in den Kapitalzusammenhang eingeordnet. Nichtbezahlung von Hausfrauentätigkeiten sei eine Lohnkürzung. — Eigentümlicherweise entschwindet das Problem, je mehr sich die Gruppe darauf einläßt. Der einzige Mann spaltet nach der Versicherung, daß es frauenfeindliche Verhältnisse so nicht mehr gebe, die Frauen in solche, für die qualifizierte Arbeitsplätze gefordert werden müssen, und Hausfrauen, die eine gute Bezahlung brauchen. Von jetzt an werden schlechte, unqualifizierte, weisungsgebundene Frauenarbeitsplätze diskutiert und Lohnverzicht durch die Existenz nichtbezahlter Familienarbeit. Daß Leistung wirklich entlohnt werde, wird unversehens in Frage gestellt, als Legitimation für Arbeitslosigkeit enttarnt, um mit der Frage nach der Arbeit überhaupt zu enden. Die reale Existenz von Arbeiten, die nicht der Lohnform unterliegen, hat — nicht zuletzt durch den Vorschlag, sie zu bezahlen — nicht dazu geführt, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit genauer in den Blick zu nehmen und ihre Deformierung (in der Lohnform) und Marginalisierung (in der Form der Hausarbeit) und die katastrophalen Folgen für Natur und Menschen anzudiskutieren. Umgekehrt scheint die unbezahlte Arbeit plötzlich nur von wenigen Hausfrauen geleistet zu werden und verschwindet bei den berufstätigen Frauen ins Niemandsland. So wird sie als ein relativ kleines Problem von einzelnen Personen, nicht eines ganzen Zivilisationsmodells handhabbar gemacht.

Wechseln wir zur *Hausfrauengruppe*, die aus spezifischer Betroffenheit einen anderen Blickwinkel hereinbringen müßte. Die Diskussion dieser Gruppe um diesen Punkt war für mich das Verblüffendste in den Gesprächen. Sie denken zunächst von unten. Da steckt viel Volksweisheit in der einfachen Frage: »Was will er als Gegenleistung, wenn er uns bezahlt?« Die Frage zieht sich durch: welche »Rechte und Pflichten« sind damit verbunden? Und zum ersten Mal wird deutlich, daß in der Aufwertung der Hausarbeit zur Lohnarbeit auch eine Abwertung steckt. »Wenn ich bezahlt werde für meine Arbeit, ist es nicht unbedingt eine Aufwertung«, und »es ist doch unsere Entscheidung«, sagt eine. »Wenn Hausarbeit wie jede Lohnarbeit ist, würde ich etwas anderes tun.«

Noch unbegriffen steckt darin die Erkenntnis, daß durch die Bezahlung der Arbeit, ihre Verwandlung in Lohnarbeit, in unseren Verhältnissen zugleich eine Sinnverschiebung steckt. Gearbeitet wird um der Existenz willen, nicht in erster Linie für andere im gesellschaftlichen Kollektiv. Der Vorschlag, den Arbeitsbegriff zu erweitern, setzt Veränderungsvorstellungen ebenso frei wie Fragen über gesellschaftliche Zusammenhänge. Geld erscheint als Fessel; probeweise wird Lafontaine enttarnt als einer, der sie den Hausfrauen anlegen will.

»Was will er damit? Die Gesellschaft aufwerten? Die Arbeitslosenstatistiken herabdrücken? Wer setzt eigentlich die Gehälter in unserer Gesellschaft fest?«

Daß die Gehälter so unterschiedlich sind, wirft die Frage auf, ob es sich um Entgelt für Leistung handele, damit auch, ob unsere Gesellschaft überhaupt nach

Leistung geregelt sei. Wieder taucht Kommunismus als Perspektive am Horizont auf. Einmal auf dem Weg, wird das Geld anders verwendet: statt Hausfrauenlohn Einstiegshilfen für Frauen, die zurück in die Berufswelt wollen. Sie wundern sich, daß Lafontaine in die Gesellschaft eingreifen will, dann, daß sie selber daran bisher nicht gedacht haben:

»Wenn man sich organisiert, müßte man alles über den Haufen werfen. Wir müßten eine Partei gründen, und wenn wir gewählt werden, ... wenn wir 50 Prozent der Stimmen kriegen würden, ... dann würden wir es einteilen.«

Daß Bezahlung kein Mittel gegen frauenfeindliche Strukturen sei, scheint auch den *Autonomen* offensichtlich. Allerdings fällt den drei Männern sogleich auf, daß eine angemessene Entlohnung die Hausfrauen persönlich unabhängig machen, sie kulturell-politisch freisetzen würde, »sie gehen dann ins Theater oder in eine Arbeitsgruppe«. In dieser Weise erkennen sie, daß der geschlechtsspezifische Arbeitslohn der Kleinfamilienform bedarf, die sie für unterdrückerisch halten. Die finanzielle Unabhängigkeit der Frau würde andere Zusammenlebensformen ermöglichen. »Es wird Scheidungen geben, massenweise«, sagt einer. »Das wird ein harter, aber schneller Umgewöhnungsprozeß für die Männer«, ein anderer. Nach einer kurzen Problematisierung, ob die Qualität der Hausarbeit unter diesen Gesichtspunkten nicht vom Staat kontrolliert werden müsse, halten sie eine solche Erweiterung des Arbeitsbegriffes für einen möglichen Lernprozeß im Volk, für eine Basis, auf der auch gleichwertige Arbeitsplätze und Löhne im Betrieb gefordert werden können, weil »die Tatsache, daß Frauen überhaupt arbeiten können, allgemeines Wissen« werde. Sie versuchen, den Hausfrauenlohn in den Schranken der Kleinfamilie zu berechnen: »Müßten nicht umfangreiche Arbeitsanalysen stattfinden? Wäre es dann nicht doch einfacher, das Geld abzuschaffen?«

Auch die Frauen aus der Gruppe der *Normalerwerbstätigen* ereifern sich nach anfänglich langer Abwehr gegen Etikettenschwindel, gegen den als »zu niedrig« gemutmaßten Hausfrauenlohn, als sie Rappes Ausspruch, daß Lohn Leistung verlange, durchdenken. Leistung könne auch destruktiv sein, unnötigen Schrott produzieren. Und so kommen sie am Ende darauf, daß in der Unterwerfung unter das Kapital und seine Normen die produktiven Bedürfnisse der einzelnen verkehrt würden.

Die *Alternativen* erkennen ohne weitere Probleme, daß die Formel *Lohn für Leistung* nur für die kleinen Leute gilt, während es andere gebe, die andere für sich arbeiten lassen und dabei »dickes Geld einstecken«. Eine Bezahlung von Arbeit im Hause aber öffne dem Mißbrauch Tür und Tor. Sie befürchten Täuschung und die Notwendigkeit von Kontrolle und enden bei einer Anklage gegen »Doppelverdiener«, die für sie offenbar zwei Menschen zweierlei Geschlechts sind, die sich, da beide berufstätig, um die Hausarbeit drücken.

Obwohl die *Ehrenamtlichen* keinen Zweifel an der Gültigkeit der Lohn-Leistungsgerechtigkeit für unsere Gesellschaft hegen, kommen die Diskutierenden doch nach kurzer Bejahung eines Lohnes für die Hausarbeit für Frau oder Mann zum Problem, daß Lohn und Arbeit im Grunde in einem merkwürdigen Verhältnis zueinander stehen. Traumberufe, so ihre Überlegung, müßten nicht so hoch bezahlt werden, Fließbandarbeit aber dafür um so höher. Was sinnvolles Tun sei,

werde überhaupt nicht von Geld bestimmt; von daher gelangen sie zu der Auffassung, daß selbst Arbeitslosengeld im Grunde unsinnig sei, wenn es nicht mit gesellschaftlich sinnvoller Arbeit verbunden ist. Zudem erinnert einer, daß er in der Zeit seiner Arbeitslosigkeit politisch und gesellschaftlich am meisten engagiert war und schließt daraus, »daß also feste Lohnverhältnisse im Grunde eine Barriere gegen gesellschaftliche Beteiligung sind«.

Von einer bestimmten Einkommenshöhe ab werden offenbar ebensoviel Gedanken durch Geld absorbiert wie unterhalb der Existenzgrenze. Die *Höherverdienenden* weisen die Frage einer Finanzierung von Haus- und Umweltarbeit weit von sich: Der Staat sei zu arm, »da gehen wir völlig kaputt«. Lediglich als steuerermäßigende Umverteilung in der Ehe will einer die Bezahlung von Hausarbeit gelten lassen. Und zirkulär formuliert ein anderer: »Hausarbeit und Umweltarbeit können nicht finanziert werden, weil sie keine wertschöpfenden Tätigkeiten sind«; dies deshalb nicht, weil sie nicht bezahlt würden. Die Fixierung aufs eigene und auf die Einsparung von Staatsgeld bringt sie sogar dahin, eine Beteiligung der Männer an der Hausarbeit vorzuziehen.

Dagegen sehen die *Arbeitslosen* der in dem Vorschlag einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs sofort gemutmaßten Gesellschaftsänderung mit großer Hoffnung entgegen. Einer hält dies »für die schönste Idee seit langem«, »echt gut«. Familienarbeit gehöre gesamtgesellschaftlich finanziell unterstützt. Dafür reiche schon ein »Jäger 90«. Gebraucht werde insgesamt befriedigende und sinnvolle Arbeit, die sie im Vorschlag von Lafontaine für angezielt halten. Voraussetzung und Ziel sei eine sozialistische Demokratie.

\* \* \*

Daß Erwerbsarbeit zentral bleiben müsse, war nur bei den Gewerkschaftsgruppen und den Höherverdienenden ein Thema. Schnell stellte sich die Systemfrage, wurde in der Stellung der Hausarbeit ein Strukturproblem kapitalistischer Gesellschaften erahnt. Zweifel wurden deutlich an der Form der Familie, am Verhältnis Lohn und Leistung, am Geld. Erkannt wurde fast überall, daß die Lohnform etwas mit den menschlichen Tätigkeiten macht, wogegen es sich zu wehren gelte. Relativ klar wurde auch, daß die Fragen um den Arbeitsbegriff die einzelnen zu mehr Engagement trieben, eine Mobilisierung in Richtung mehr tätiger Demokratie waren. Meist diskutierten die Frauen in den Gruppen bei diesen Punkten engagierter und auch radikaler. Die ab und zu auftauchenden Begriffe wie »Doppelbelastung« und »Doppelverdiener« signalisieren höchst widersprüchliche Zustände. Sie sind zu volkstümlichem Wissen erstarrte Formen unerklärlicher Verhältnisse. Der Begriff »Doppelverdiener« unterstellt, daß allein durch die Tatsache, daß zwei sich zum Leben zusammentun, jetzt nicht nur eine unerhörte Verbilligung der Lebenssicherung eintritt, für die allein der Lohn Rechtfertigung war, sondern auch, daß jetzt einer, die Frau, kein Recht auf eigenen Verdienst mehr hätte. Während im Begriff der »Doppelbelastung«, ebenfalls ungenannt, eine häusliche Arbeit zusätzlich zur erwerbsmäßigen auftaucht, die doch auch zuvor, als beide noch nicht zusammenlebten, irgendwo getan werden mußte. Wir müssen daraus schließen, daß beide Begriffe mit dem schlichten Wort »doppel« eine Qualität von Arbeit absichtsvoll verbergen, die neu entsteht, wenn Mann und Frau zusammenleben. So zugespitzt, läßt sich leicht erkennen,

daß es sich nur um die Arbeit der Lebensproduktion handeln kann; und in diesen verschiedenen Zusammensetzungen mit »doppel« wird mit Schweigen zugedeckt, daß dies überhaupt eine neue Qualität von Arbeit ist, und daß in dieser Gesellschaft dafür nichts vorgesehen ist. Wer als Frau im Erwerbsleben bleibt, macht sich durch Doppelverdienertum schuldig und wird durch Doppellast bestraft.

### Utopie

Wir fragten, wie die Gesellschaft aussehen solle, an der die einzelnen mitbauen wollten. In dieser Formulierung haben wir vorgegeben, daß die Beteiligung aller eine Voraussetzung für eine wünschenswerte Gesellschaft sei.

Da die Menschen mit Bewußtsein an ihr Leben gehen, möchten sie, was sie für schlecht befinden, nicht einfach so lassen. Das beginnt zu Hause und endet in der Gesellschaft im Großen. Je erfahrbarer die großen Mißstände in den kleinen Haushalten werden, desto unausweichlicher wird es auch, sich Änderungen in der Gesellschaft zur eigenen Aufgabe zu machen. Solche Änderungsvorschläge enthalten mehr oder weniger präzise Vorstellungen davon, wie es sein soll: Zukunftsentwürfe. Wir dachten, daß solche zu Gesellschaftsbildern geronnenen Wünsche, wie man leben will, in den Köpfen der Menschen in großer Vielzahl vorhanden wären. Veränderungsenergie, die, teils nur geahnt, zur Sprache finden muß. Wir stellten uns vor allem vor, daß das Volk hier weit erfindungsreicher sei als die weitgehend phantasielosen Politiker, und daß es gut wäre, hierüber ein kollektives Wissen zu haben. Utopische Entwürfe ermutigen auf jeden Fall, Gesellschaftsänderung voranzutreiben. Sie sind die Gegenkraft gegen Resignation und Verzweiflung. Ein erstes Ergebnis zur Frage nach der geträumten Gesellschaft: nach den zumeist sehr engagierten Diskussionen zu den einzelnen Punkten *Lohnverzicht*, *Mindesteinkommen*, *Arbeitsbegriff*, waren wir enttäuscht, daß umfassendere Wünsche nicht schon konkretere Gestalt angenommen hatten. Utopisches Denken scheint auch durch langes Nichtgebrauchtwerden zu verschleifen.

Beginnen wir mit den *Autonomen*, deren spielerische Abschaffung der Kleinfamilie und des Geldes weitreichende Gesellschaftsumbaupläne erwarten läßt. Sie führen statt dessen eindrücklich vor, daß Resignation und Angst in die Enge führen: »Eine riesengroße Mauer soll um St. Pauli gezogen werden, alle Häuser besetzt, und dann sagen, leck mich am Arsch«. Der Rückzug wird legitimiert: »Weil unsere Gesellschaft nicht mehr zu retten ist«. Die Katastrophe wird ausgemalt: Technik, Umwelt, Energieproblem, Konsum. Schließlich spaltet sich die Gruppe. Erträumt wird zum einen ein computerbedientes Schlaraffenland und zum anderen ein großer Naturpark mit wenigen Menschen ohne Maschinen. Beide Visionen verzichten so sehr auf die Benennung eigener Aktivitäten zu solchem Ziel, daß die Diskutanten schließlich als Opfer einer übermächtigen Gesellschaft zurückbleiben müssen. Man kann nichts tun. Der Gedanke, die eigene Geschichte selbst machen zu können, wird nicht zuletzt ersetzt — so kann man den langen Ausführungen entnehmen — durch Geschichten, wie sie die Science-fiction-Literatur zuhauf auf den Markt wirft.

Schwer lasten die Gewerkschaftslosungen auf mindestens einer der beiden *Gewerkschaftsgruppen*. Sie vergewissern sich, was gewerkschaftlich zur Frage der

Zukunft schon gesagt ist und listen die bekannten Forderungen auf: Arbeitszeitverkürzung, soziale Gerechtigkeit, ein besseres Verhältnis zur Umwelt; schließlich die Verkürzung der Lebensarbeitszeit zugunsten der Jugendarbeitslosigkeit. Am weitesten schreiten sie aus, wenn sie an Arbeitskreise für alternative Fertigung denken. Daneben sind ihre Äußerungen von Abwehr gegen Lafontaine bestimmt, der »merkwürdige Fragen hat, auf die wir schon alle Antworten haben«.

Die zweite *Gewerkschaftsgruppe* entgeht dieser Fesselung, indem eine sich selbst fragt, wie sie leben will: mit mehr Freizeit, einem vierstündigen Arbeitstag, interessanter, vorwiegend manueller Arbeit. Ins Allgemeine gezogen kommen die Hoffnungen doch relativ schnell auf Gekanntes zurück: mehr Mitbestimmung im Betrieb und Wohnbezirk; keine gesundheitsschädigende Arbeit, mehr kulturelle Angebote und schließlich ganz abstrakt eine Welt, in der Kinder ohne Angst aufwachsen können. Die ausdrückliche Frage nach der Stellung der Frauen erbringt, daß die Unterdrückung »abgestellt« werden müßte und vor allem Männer sich ändern müßten. Ohne unzulässige Wertungen in unsere Überlegungen bringen zu wollen, läßt sich doch für unsere kleine Stichprobe festhalten: die Apparate und so auch die Gewerkschaften sind kein fruchtbares Feld utopischen Denkens. Oder anders: läßt vielleicht die Sicherheit, im Klassenfeld richtig zu handeln, wenig Raum für ausgreifendes Denken, wie es für den Kampf um Änderung notwendig ist?

Marx hatte angenommen, daß es in unseren kapitalistischen, entfremdeten, arbeitsteiligen Verhältnissen dahin kommt, daß »selbst das Bewußtsein einer freien Tätigkeit entschwindet«. Wieviel mehr muß das gelten, wenn man noch aus dieser Gesellschaft in die Ortlosigkeit erzwungener Arbeitslosigkeit gedrängt ist? Tatsächlich diskutieren die *Arbeitslosen* zur Frage der gewünschten Gesellschaft außergewöhnlich. Da soll Volksherrschaft sein, das Volk bestimmen und alles von unten nach oben umkrepeln. Aber alle Formen bleiben ihnen gleich: es gibt Arbeitslose, aber die Behörden handeln nach deren Bedürfnissen; es gibt Chefs, Vorgesetzte, auch sie handeln im Interesse der Untergebenen. Und zur Frauenfrage kann sich einer vorstellen, daß es »mir nichts ausmachen würde, wenn ich mit einer Frau zusammenarbeite, die indirekt, im humanen Arbeitsbereich, meine Vorgesetzte wäre«. Aus der Ortlosigkeit hier flüchtet der Wunsch in den Trost folgender Hoffnung: »daß der Mensch, der auf die Erde kommt, irgendeine Aufgabe auf der Erde zu erfüllen hat, die ihn glücklich macht«.

Nach kurzer allgemeiner Zurückweisung der Bedrohung durch Atomenergie schlägt eine der *Ehrenamtlichen* für die zukünftige Gesellschaft eine demokratische privatwirtschaftliche Organisation der Betriebe mit gemeinwirtschaftlichem Nutzen vor. Bereicherung wird dabei als Gefahr individuellen Charakters gemutmaßt. Diese Auffassung könnte in resignative Weltanschauung und Menschenverachtung münden. Doch an dieser Stelle zeigt sich die Bedeutung diskutierender Auseinandersetzung für politisches Denken und Handeln. Aus dem Gedanken, daß die Mehrheit der Menschen zu egoistisch sei, daß aber Gesetze gegen Bereicherung nur die Bürokratie aufplustern würden, taucht eine Einsicht in den Zusammenhang von Wissen, Macht und Privilegien auf. Die gemeinsame Schlußfolgerung: Demokratie braucht mehr Wissen für alle. Gemeinsames Handeln braucht mehr Information und Kommunikation — gegen Resignation und Vereinzelung.

Der Rückzug der Autonomen wiederholt sich bei der Gruppe der *Höherverdienenden*. Auch sie sehen sich ohnmächtig vor den vorhandenen »brüchigen« Gesellschaftsstrukturen. Die Zukunft macht daher nur Angst. Beängstigend sind Automation und Datenverarbeitung und die mögliche Ausdehnung des Sozialstaates auf die armen Länder Europas bei einer europäischen Vereinigung. Einen Vorgeschmack geben ihnen die schon diskutierten »Drückeberger unserer Gesellschaft«. Faschismus, Kommunismus, Diktatur mit der »Knote der Einkommensgleichheit« sei die Perspektive, die keiner wolle. Die einzige Utopie wäre, »das Rad der Geschichte zurückzudrehen«.

Die drei *Hausfrauen* haben zunächst Schwierigkeiten, die Frage nach einer zukünftigen Gesellschaft überhaupt auf sich zu beziehen:

»Aber das geht doch nicht ... Alles sagen, was ich möchte? ...Nein, ich wollte ja nur ... Wir dürfen richtig verrückt sein jetzt? ... aber das gibt es nicht .. Eine heile Welt gibt es nicht ... Es ist unvorstellbar ... Wir sind jetzt Lafontaine?«

Erst der Blick auf den »Vorwitz« Lafontaines, den sie als individuellen Gesellschaftsveränderer sehen, entfesselt ihre Phantasie. Von der Abschaffung der Arbeitslosigkeit geht es zur Absage an Atomkraftwerke und Rüstung. Große und kleine Veränderungen werden wahllos auf den Tisch geworfen: mehr Fahrrad fahren für alle; daß Parteien, die nicht aufs Volk hören, verschwinden; Raketen abschaffen, aber wohin mit den Wissenschaftlern, die neue bauen? Eine eigene Partei gründen, die Menschen dafür gewinnen. Gerechtigkeit, Umweltschonung, wirkliche Hilfe für die Länder der Dritten Welt und: »Wenn wir uns selbst mehr achten, fällt alles andere von allein weg«, formuliert eine und erkennt, daß die Änderung der Menschen für eine neue Gesellschaft notwendig ist, daß aber diese Änderung mit dem Verändern der Umstände kommt: »man wächst mit den Aufgaben«.

Ernst Bloch nannte spontane analytische Einsichten über gesellschaftliche Zusammenhänge »die Marxismen der Sache selbst«. Solches erleben wir auch bei der Gruppe der *Normalerwerbstätigen*, die, einmal freigelassen, eigene Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln, die widerständige Resignation völlig abwerfen, die wir bei ihnen aus der Behandlung der anderen Punkte kennen. Zwar halten sie eine Veränderung der Gesellschaft für eine »Knochenarbeit«, die sie jedoch mit präzisen Vorschlägen bereitwillig angehen wollen: zunächst muß der überflüssige Konsum weg; das geschieht durch Produzentendemokratie und -entscheidung. Diskussionen über das Notwendige müssen stattfinden, die »spannend« werden, wenn auch schwierig; jeder handelt nach seinen Bedürfnissen — das bezieht sich auf die Arbeit ebenso wie auf die Produkte. Sobald der Maßstab des gesellschaftlich Notwendigen als Maßstab der Produktion vorherrscht, entfällt die Unterscheidung von Erwerbsarbeit und anderer Tätigkeit. Die Befreiung der Frauen bringt die Frage der Kindererziehung ins Offene und ist zugleich Befreiung vom Zwang zur Heterosexualität. Da sich in solcher Demokratie die Bedürfnisse vom Kaufen weg ins Kreative, Lernen, Weiterentwickeln verlagern, braucht jeder nur noch 15 Stunden verantwortlich für alle zu arbeiten. Die wechselseitige Abhängigkeit basiert auf wechselseitigem Vertrauen. Dabei gibt es keinen Zwang zu einheitlichen Bedürfnissen; zudem einen Wechsel in der Arbeit: »man kann heute Dolmetscher, morgen Altenpfleger sein«. Zwar werden nicht alle Arbeiten gleichermaßen schön sein, aber

»daß Du das Gefühl hast, Du machst was Sinnvolles, was Vernünftiges. Selbst wenn das für die Zeit, wo Du arbeitest, nicht optimal ist von den Arbeitsbedingungen her, und du Lust hättest, etwas anderes zu machen. Aber, es ist halt notwendig, damit ist klar, daß Du es machst«.

Es ist ganz offensichtlich der Standpunkt der Arbeit, von dem aus hier utopische Kraft entfaltet wird.

### **Lafontaine als Vehikel politischer Selbsttätigkeit nutzen**

Die öffentlichen Diskussionen um Lafontaines Thesen zu Arbeitslosigkeit, sozialem Elend, Frauenunterdrückung begannen mit merkwürdigen Alliancen. Die gewohnte Rechts-Links-Achse der Beurteilung stimmte nicht mehr. Wo endlich Vorschläge, die in der Linken seit langem diskutiert, mitten aus der Sozialdemokratie formuliert werden, ruft die Linke Verrat. Dazu gesellt sich die konservative Presse, die die Diskussion schürt, um den sich auftuenden Graben zwischen DGB und SPD zu verbreitern. Die linke Presse arbeitet durch ihre schnellen Verurteilungen unfreiwillig in gleicher Richtung. Der DGB geht der Person Lafontaines gegenüber in die Offensive, politisch in die Defensive. Unter den linken Intellektuellen gibt es einen spontanen Konsens: Lafontaine ging zu den Rechten über. Man sollte seine Thesen nicht diskutieren.

Meine Beunruhigung richtete sich auf die Form der Auseinandersetzung, auf die verpaßten Möglichkeiten, die Themen, die von Lafontaine in die Auseinandersetzung gebracht waren, im Streit aufzunehmen und zu befördern, statt alle Energie auf die Verteidigung fertiger Urteile zu lenken. Die Politikform, in der eine stellvertretende Öffentlichkeit von Politikern, Presse und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen entscheidet, worüber man sprechen sollte und worüber nicht, wurde gerade am Beispiel Lafontaine immer fragwürdiger. In der allgemeinen Aufregung über die Vorschläge, die doch drei besonders benachteiligte Gruppen betrafen (die Arbeitslosen, diejenigen, die im sozialen Elend leben und die Frauen), wurden diese nicht gehört.

Die Analyse der Presse ergab nicht nur, daß die Berichterstattung einseitig war, sondern daß trotz absichtsvollen Verschweigens Themen laut wurden, welche die Einbeziehung der Bevölkerung ins Politische voraussetzen: das betrifft die Fragen der Lebensweise, der Ökologie, der Produktwahl bis hin zu den Verhältnissen, in denen produziert wird. Ist die Bevölkerung wirklich so apathisch, unwissend, gleichgültig, wie diejenigen, die über sie verhandeln, zu glauben scheinen?

Die empirische Untersuchung brachte zum Vorschein: In der Bevölkerung gibt es politischen Sachverstand, Änderungswillen, Lust am Eingreifen, wenn auch oft auf eine gefesselte, entmutigte Weise. Es gibt also Voraussetzungen für eine Einbeziehung der Bevölkerung in die Politik, für »mehr Demokratie« und in diesem Sinn für eine »Perestrojka«. Für eine Freisetzung braucht es Vordenker. Das Buch von Lafontaine kann in dieser Weise genutzt werden. Für eine Bevölkerung, die produktiv mit öffentlichen Dingen beschäftigt ist, braucht es ein Subjekt und eine Anordnung, welche solche Energien freisetzen. Zur Zeit sehe ich drei politische Subjekte, die dieses Projekt zu ihrer historischen Aufgabe machen müßten: die Gewerkschaften könnten aus ihrer Defensive heraustreten und Foren zur Diskussion solcher Thesen schaffen, die den veränderten Bedingungen in der

Produktion und Organisation Rechnung tragen. Ohne eine Einbeziehung der Arbeitenden in die anstehenden Aufgaben können diese kaum für sie gelöst werden. Das bedeutet allerdings eine Umorganisation in den Politikformen und der Nutzung der Intellektuellen in der Gewerkschaftsbewegung. Die Sozialdemokratie als Massenpartei sollte, statt die Differenzen unter den Teppich zu kehren, das Land mit Diskussionszirkeln überziehen: die Einbeziehung des Volkes in die Politik ist nicht eine bloße Phrase, sondern eine große Bereicherung gesellschaftlichen Lebens. Auch die Grünen schließlich, die ihre Partei entweder selbst als Bewegung denken oder sich als parlamentarische Vertretung von Bewegungen, brauchen eine Strategie, wie Ratschläge aus der Bevölkerung einzuholen und politisch zu artikulieren sind.

Die »eingreifende Sozialforschung« zeigte in unserem Beispiel eine andere Möglichkeit politischen Handelns für die Intellektuellen. Der lange Streit, inwiefern und ob Aufklärung eine mögliche Aufgabe für sie wäre und wie mit den alltäglichen Ideologien in den Köpfen der Menschen umzugehen sei, erfährt eine Wendung. Tatsächlich fehlt in der Bevölkerung eine Menge Wissen — Zahlen, Fakten über die Taten von Kapital und Staat und die Lage in der Bundesrepublik und der Welt — welches zur politischen Handlungsfähigkeit unerlässlich ist. Hier fiele Aufklärung, verstanden als solche Bereitstellung von Wissen, auf fruchtbaren Boden. Dagegen war die Bestimmung der Meinungen durch die realen Verhältnisse, in denen die einzelnen leben, größer als ihre Befangenheit durch verbreitete »Ideologien«. Sobald es den diskutierenden Gruppen gelang, sich selbst vom Standpunkt von Untertanen in den von Gesellschaftsveränderern zu begeben, änderten sich häufig auch ihre Urteile. In dieser Weise erhält Marxens Satz, daß die Selbstveränderung und das Verändern der Umstände zusammengehören, eine neue Aktualität.

## Anmerkungen

- 1 Ein abwägendes und im Ganzen eher positives Urteil fällt Karl Georg Zinn (1988). Trotz einiger Skepsis über die Vernachlässigung der Gewerkschaften als historisches Subjekt der Veränderung durch Lafontaine kommt er zu dem Schluß: »Jedenfalls gelingt es dem Autor, seine zentrale Botschaft klar zu vermitteln: die Menschen müssen sich die Freiheit erkämpfen, um die aufklärerische Vernunft für ihre Lebensverhältnisse wirksam machen zu können, und dies verlangt umfassende, die Wirtschaft einbeziehende Demokratisierung der Gesellschaft.« (556) — Umgekehrt vermutet die Zeitschrift *Nachrichten* in ihrer Februarnummer 1989, daß Lafontaine gar ein »Lockspitzel der Unternehmer« sei. Ihr Aufmacher auf der Titelseite: »Ist Lafontaine ein Agent provocateur?« Es geht um die Diskussion von Sonntagsarbeit.
- 2 Aus dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen kam schon wenige Monate nach dem Lafontaineschen Buch und der Aufregung in der bundesdeutschen Presse ein kleiner Band zu Schulungszwecken: »Die Politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion«. Er trägt den Untertitel: »Eine kritische Auseinandersetzung«, begnügt sich aber leider damit, wieder und wieder klarzustellen, daß sich Lohnarbeit und Kapital in einem feindlichen Gegensatz befinden, die Gewerkschaften die Fragen der Zukunft sicher in den Händen haben und die einzelnen Arbeiter ein Bewußtsein und eine Vorstellung in sich tragen, daß es allein der Kampf der »Arbeiterklasse ist«, der sich »der kapitalistischen Logik der Flexibilisierung, Deregulierung und Modernisierung unter Weltmarktgesichtspunkten entgegenstellt« (68). Die Auseinandersetzung mit Lafontaine beschränkt sich im wesentlichen auf eine Entlarvungsstrategie. Sein »Rückfall hinter den Programmtextwurf von Irsee« wird durch locker eingelebete Verlautbarungen von Gewerkschaftsvertretern, rechten und linken Politikern, Unter

- nehmervvertretern und einzelnen Arbeitern dokumentiert, die jeweils an passender Stelle die Rechtsabweichung belegen. Die Argumentation folgt so der einfachen Logik: Lafontaines Thesen müssen falsch sein, wenn die Unternehmer Beifall spenden und die Gewerkschaftsführer ihnen kritisch gegenüberstehen. Dabei sind die einzelnen Darstellungen, die Lafontaines Fehler beweisen sollen, in vielen Punkten nachvollziehbar. Problematisch ist aber diese Politik des Einordnens und Abqualifizierens, des Entlarvens und Feindsichtens, die den so Belehrten kaum mehr als zustimmenden Applaus aberlangt und den Überführten nichts läßt, außer sich tatsächlich in ein gegnerisches Lager zu begeben.
- 3 Hat »sich der wissenschaftliche Perfektionist und Bücherfresser Lafontaine sorgfältig theoretisch vorbereitet« (Nr. 10, 19).
  - 4 Ein besonderes Kunststück ist dabei die Nahelegung, Lafontaine hätte verhindern wollen, daß »Sockelvereinbarungen für niedrige Lohngruppen« abgeschlossen würden. Als Tatsache wird unterschoben, sie seien besonders »beschäftigungsgefährdend«, würden von der SPD typischerweise noch gelobt — der Autor (Barbier, in FAZ v. 29.8.88) fragt: »Ist das der Preis für den Vorwitz von Lafontaine?« und endet mit der »Einsicht«, die SPD habe keine Befähigung zur Regierung.
  - 5 Das Buch hat leider kein Namens- oder Sachregister: ich habe dennoch darauf verzichtet, hier eine vollständige Liste der mehr als 100 Zeugen zu erstellen; die genannten geben eine politische Orientierung.
  - 6 In ihrer Antwort auf die Herausforderung durch Marion Schreiber im *Spiegel* können die drei Sozialdemokratinnen Däubler-Gmelin, Wieczorek-Zeul und Wettig-Danielmeier leider überhaupt nichts mit den Lafontaineschen Vorstellungen zur Frauenfrage anfangen. — Andererseits berichtet die FAZ von einer gemeinsamen Pressekonferenz, in der sich Wettig-Danielmeier und Lafontaine in den Hauptpunkten einig gewesen seien.
  - 7 Vgl. dazu meine Analyse in: Jahrbuch der Hochschule für Wirtschaft und Politik 1989.
  - 8 Im Praktikum des 54. Lehrgangs an der Hochschule für Wirtschaft und Politik arbeiteten mit: Ursula Blau, Ina Braun, Wiebke Denker, Christiane Glatzel, Claus-Peter Hansen, Johanna Jastrow, Stefanie Katz, Susanne Krauß, Bernd Loest, Matthias Muß, Kirstin Pfefferkorn, Ulf Pradel, Karl Schaaß, Kerstin Schumann, Giovanni Sciorba, Hans-Jürgen Sievertsen, Heinke Steinhäuser, Gerda Stammer, Marlies Strehlow.
  - 9 So unter vielen anderen in der FR durch Peter von Oertzen.
  - 10 Eine der ganz wenigen, die auf die verpaßten Chancen in der Auseinandersetzung mit Lafontaine aufmerksam machte, ist Ingrid Kurz-Scherf in der FR (26. u. 28.3.88); empört über die Versäumnisse der Frauen in der SPD, die sie darum als Männer tituliert, schreibt Marion Schreiber im *Spiegel* Nr.10.
  - 11 Die Auswertung der Einzelinterviews, in denen die Studenten im Unterschied zu den Gruppengesprächen in den Befragungsprozeß eingriffen, erfolgt in diesem Beitrag nicht.
  - 12 Ingrid Kurz-Scherf errechnet, was der Lohnverzicht der Höherverdienenden wirklich erbringen würde. In einer Modellrechnung kommt sie zu dem Ergebnis: »Der Beschäftigungseffekt dieses Modells einer Arbeitszeitverkürzung in der Gesamtwirtschaft beträgt 1,8 Millionen; der Lohnkosteneffekt für die Unternehmer jährlich 3,5 Prozent.« (FR 28.3.88)
  - 13 Im Ganzen haben wir dabei unsere Gesprächsleitfäden ein wenig zu komplex gestaltet, so daß die Fruchtbarkeit der Methode durch Überinformation ein wenig reduziert wurde.

## Literaturverzeichnis

*Afa-Bundeskonferenz*, 6.3.1988

*Arbeiterkampf*: Trampert, Rainer: »Solidaritätsoffer für das Kapital«. Nr. 293, vom 5.4.1988

*Blätter für deutsche und internationale Politik*: Zinn, Karl Georg, 1988: Den technischen Fortschritt zur Vernunft bringen. Oskar Lafontaines 'Gesellschaft der Zukunft'. Nr. 5, 1988

*Der Gewerkschafter*, 1988: »Voller Lohnausgleich: Eine Antwort auf Oskar Lafontaine. Oder: Sozialdemokraten auf Abwegen«. Nr. 4

*Der Spiegel*: Däubler-Gmelin, Herta, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Inge Wettig-Danielmeier: »Uns wird ganz warm ums Herz«. Nr.12, 1988; Ehrenberg, Herbert: »Lohn-Manifest an den Genossen Lafontaine«. Nr.11, 1988; Fahrtmann, Friedhelm: »Schwerster Konflikt seit Jahrzehnten«. Nr.16, 1988; Lafontaine, Oskar: »Arbeitslosen- oder Freizeitgesellschaft. Über Reform-

politik in einer veränderten Welt«. Nr. 7, 1988; Leinemann, Jürgen: »SPD — 'Der Charme eines Finanzamtes'«. Nr. 10, 1988; Martens, Heiko u. Klaus Wirtgen: »Wir haben gemeinsame Ansätze gefunden«. Spiegel-Streitgespräch mit Lothar Späth und Oskar Lafontaine. Nr.19, 1988; Petersen, Olaf, und Wirtgen, Klaus: »Die traditionellen Rollen aufbrechen. Spiegel-Streitgespräch der Sozialdemokraten Oskar Lafontaine und Hermann Rappe über Arbeit und Einkommen«. Nr.9, 1988; Schlamp, Jürgen, und Heiko Martens: »Solidarität zum Nulltarif gibt es nicht«. Spiegelgespräch mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke. Nr.11, 1988; Schreiber, Marion: »Müssen es immer die Männer sein?«. Nr.10, 1988; »Der haut auch auf den Tisch. Wie der saarländische Ministerpräsident Lafontaine das kleinste Bundesland regiert«. Nr.10, 1988; »Die ganze Gesellschaft diskutiert darüber«. Nr.11, 1988; »Eher mit Skepsis«. Nr.14, 1988; »Ins Rampenlicht. SPD-Vize Oskar Lafontaine verlangt von seiner Partei und den Gewerkschaften ein Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die FDP horcht auf«. Nr. 7, 1988; »Kräfte am Werk«. Nr.18, 1988; »Neue Zeitrechnung«. Nr.12, 1988; »Ohne mich«. Nr.13, 1988; »Oskars originalgrüne Thesen. Die Grünen fordern seit langem Lohnverzicht für Arbeitsplätze«. Nr.12, 1988; »Um die Ohren«. Nr.15, 1988; »Villa Pompös«. Nr.18, 1988; »Zweiter Streich'. Der Engholm-Triumph und die Querelen in Hamburg heizen den Streit um Oskar Lafontaine an.« Nr. 20, 1988; Spiegel-Titel, »Lafontaine — 'Den richtigen Nagel gedroschen'«. Nr.10, 1988;

*DGB-Informationen und Positionen:* »Arbeitszeitverkürzungen — mit, ohne oder mit teilweisem Lohnausgleich«. 8.4.1988

*Die Tageszeitung:* Kempe, Martin: »Unterentwickelt. Lafontaine und der 1. Mai«. 2.5.1988; Schmidt-Bott, Regula, und Willi Hoss: »Das ist Umverteilung von oben nach unten.« Streitgespräch zum Lafontaine-Vorschlag. 22.3.1988; »1. Mai: DGB haut den Oskar«. 2.5.1988

*Frankfurter Allgemeine Zeitung:* Adam, Konrad: »Lafontaine und die Zukunft des Fortschritts«. 27.9.1988; Bar: »Freischwimmen«. 2.9.1988; Barbier, Hans D.: »Ratlos vor der gespaltenen Gesellschaft«. 29.8.1988; C.G.: »Die SPD spricht sich auf ihrem Parteitag für einseitige Abrüstungsschritte des Westens aus. 2.9.1988; »Lafontaine für Wochenendarbeit«. 7.11.1988; Fuhr, Eckhard: »Die Gewerkschaften rühren keine Hand zum Applaus«. 1.9.1988; Herles, Helmut: »Ein Wegweiser namens Lafontaine. Hat der Zweite Mann der SPD nur eine Scheindebatte entfacht?«. 2.3.1988; Herles, Helmut: »Lafontaine wie er lebt und lebt«. 6.5.1988; hls: »Der Streit um Lafontaines Thesen wieder entflammt«. 23.4.1988; hls: »Lafontaine beharrt auf neuem Arbeitsbegriff«. 26.4.1988; hls: »Lafontaine erhält von den Delegierten einen 'Denkzettel'«. 2.9.1988; Hohenthal, Carl Graf: »Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Die Flexibilisierung und ihre Folgen«. 15.8.1988; Kg: »Lafontaine für mehr Wochenendarbeit und einen 'solidarischen Einkommensverzicht'«. 1.9.1988; Rt: »Berliner SPD: Kein Kniefall vor dem DGB«. 28.5.1988; Späth, Lothar: »Der Artist unter der SPD-Kuppel«. 7.5.1988;

*Frankfurter Rundschau:* dpa: »Arbeitgeber loben Breit. Garantie für Neueinstellungen bei Lohnverzicht denkbar«. 7.3.1988; Kohl, Hans-Helmut: »Die Arbeitslosen bringen Opfer, nicht die Arbeitnehmer. Lafontaine verteidigt Forderung nach Lohnverzicht/Kritik an wirtschaftspolitischen Thesen des SPD-Politikers wird lauter«. 27.2.1988; Kurz-Scherf, Ingrid: »'Reine Linie' gegen 'Zeitgeist': Geht es wirklich um Arbeitslosigkeit? Teil I am 26.3.; Teil II am 28.3.1988; Lölhöfel, Helmut: »Lafontaine soll sich Gewerkschaften stellen. Kontroverse Diskussion im SPD-Vorstand«. 15.3.1988; Lölhöfel, Helmut: »SPD-Präsidium beharrt auf vollem Lohnausgleich. Linker Flügel gegen Lafontaines Thesen«. 1.3.1988; Positionspapier der Gewerkschaft: »Was die IG Metall Oskar Lafontaine vorrechnet und vorhält. Solidarität mit den Arbeitslosen statt Resignation vor der Restauration«. Teil I, 6.4.; Teil II, 7.4.1988; rüg: »Zukunftsmusik«. 7.3.1988; von Oertzen, Peter: »Antikapitalistische Haltung kann das Programm nicht ersetzen. Was ist 'links' in der 'SPD'? Historische und aktuelle Anmerkungen zu Oskar Lafontaines Thesen«. Teil I, 31.3.; Teil II, 2.4.88

*Gewerkschaftliche Monatshefte:* Hemmer, H.O., u. Ingeborg Wahle-Homann: »Der contract social muß neu gestaltet werden. Gespräch über die Zukunft der politischen Parteien mit Oskar Lafontaine«. Nr. 5, 1988; Wendl, Michael: »Kapitulation vor der Arbeitslosigkeit. Eine Kritik an dem Verzicht auf Wirtschaftspolitik bei Fritz Scharpf — und Oskar Lafontaine«. Nr. 3, 1988

*Handelsblatt:* »Der Führungsanspruch«. 8.3.1988

IMSF-Arbeitsgruppe, 1988: Die politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion. Arbeitsmaterialien des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

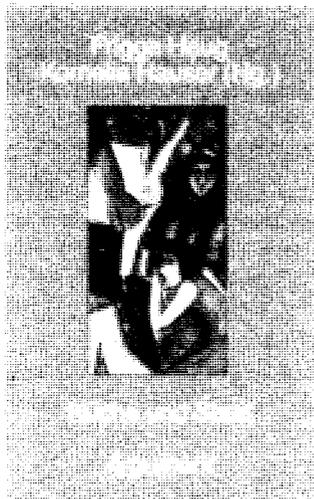
- Konkret*: Detlev zum Winkel: »Konkret-Kritik an Lafontaines Buch 'Die Gesellschaft der Zukunft'«. 15.4.1988;
- Lafontaine, Oskar, 1988: Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt, 1.-3. Aufl. Hamburg
- Links*: Kurz-Scherf, Ingrid: »Ehekrach und Projektion. Nachbetrachtung zur Lafontaine-Debatte«. Nr. 220, 1988
- Nachrichten*: Ist Lafontaine ein Agent provocateur? Nr. 2, 1989
- Rote Blätter*: Briefs, Ulrich, 1988: »Mehr Einheit und mehr Radikalität«. Nr.5; Bühl, Achim, 1988: »Nationaler Konsens oder zweite Reformphase? Worum es Lafontaine wirklich geht, zeigt sein Buch«. Nr.5.
- Süddeutsche Zeitung*: Bonner Redaktion: »Auch Vogel unterstützt jetzt Lafontaine«. 8.3.1988; dpa »Vetter geht über Lafontaines Vorschlag hinaus«. 7.3.1988; mes: »SPD sieht Konflikte mit Gewerkschaften entschärft« 16.3.1988; mes: »Vogel versucht im Streit um Lafontaine zu vermitteln«. 15.3.1988; Süskind, Martin E.: »Lafontaines Thesen zum Lohnverzicht strikt abgelehnt«. 6.3.1988; Süskind, Martin E.: »SPD — Tribunal über Oskar Lafontaine. Kurz, knapp und vernichtend«. 6.3.1988; Thoma, Franz, 1988: »Wie werden die Arbeitslosen weniger?« 8.3.1988
- WAZ, 1988: »Lafontaine will einen Gehaltsverzicht für Beamte bei entsprechender Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchsetzen«. 16.3.
- WELT »Gewerkschaften müssen sich der Arbeitslosigkeit stellen«. 19.2.1988
- Welt der Arbeit*: »Lafontaine konkretisiert seine Vorschläge«. 24.3.1988

## Hinweis auf weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Mechtild Jansen, 1988: SPD und Quote. Argument 172
- Frigga Haug und Barbara Ketelhut, 1988: Die Perestrojka und die Frauen. Argument 170
- Sarah Benton, 1988: Sozialpolitik als Privatsache unter Thatcher. Argument 168
- Helga Krüger, 1988: Qualifizierungsoffensive — Chance für Frauen? Argument 167
- Frigga Haug, 1987: Zeit für uns. Zu Oskar Negts Buch über Arbeitszeitverkürzung. Argument 164
- Paola Piva und Chiara Ingraio, 1986: Subjektivität der Frauen, gewerkschaftliche Macht und das Problem der Arbeit. Argument 159
- Frigga Haug, 1986: Zeit der Privatisierungen? Verarbeitungen gesellschaftlicher Umbrüche in Arbeit und Lebensweise. Argument 156
- Akelei Fischer, 1989: Ein neues Arbeitszeitmodell. Argument 156
- Rosemary Pringle, 1986: Frauen und Konsumgesetze. Argument 156
- Frigga Haug, 1984: Tagträume. Dimensionen weiblichen Widerstands. Argument 147
- Hilary Rose, 1984: Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit. Argument 144
- Cynthia Cockburn, 1984: Weibliche Aneignung der Technik. Argument 144
- Kornelia Hauser, 1984: Frauen — Macht — Politik. Argument 144
- Regine Meyer, 1984: Überlegungen zum Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik. Argument 144
- Sigrid Pohl, 1983: Frauenlohndiskriminierung. Feministische Überlegungen zur Marxschen Arbeitswertlehre. Argument 140
- Inge Morisse u.a., 1982: Unsicherheit in der Politik — Gewerkschafterinnen-Tagebücher. Argument 135
- Frigga Haug, 1982: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik — Das Beispiel Setzen. Argument 135

---

# Frauenformen



## *Küche und Staat*

*Politik der Frauen*

Frigga Haug/K. Hauser (Hg.)

AS 180, 170 S.

Erfahrungen und Sichtweisen, die Frauen erworben haben, sind oft Hoffnung und Verhinderung zugleich. In ihren Wünschen und Widerständen sorgen sie auf eine Weise für sich und andere, die allzu schnell an die Grenzen individueller Handlungsfähigkeiten stößt und doch den Blick aufs Ganze versperrt.

Perspektivische politische Handlungsfähigkeit erfordert nicht nur das Einbringen weiblicher Erfahrungsdimensionen, sondern auch ihre Übersetzung in politi-

sche Artikulation und neue Formen kultureller Handlungsfähigkeit.

Um Bausteine für eine revolutionäre feministische Realpolitik zu gewinnen, untersuchten wir: Rosa Luxemburg und die Frauen / Vom Mit-Opfer zur Selbsttäterin / Fraueninteressen — Durchsetzungsstrategien / Politische Diskurse um Verantwortung / Weiblicher Masochismus und die Verantwortung von Frauen / Frauen und Berufsverbote / Arbeitsbeziehungen und Mikroelektronik. Ein Literaturbericht zu »Frauen und Politik« beschließt den Band.

## *Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation*

Frigga Haug (Hg.)

AS 45, 230 S.

## *Sexualisierung der Körper*

Frigga Haug (Hg.)

AS 90, 204 S.

## *Subjekt Frau*

*Kritische Psychologie der Frauen 1*

Frigga Haug/K. Hauser (Hg.)

AS 117, 192 S.

## *Der Widerspenstigen Lähmung*

*Kritische Psychologie der Frauen 2*

Frigga Haug/K. Hauser (Hg.)

AS 130, 180 S.

Je Band 18,50/15,50 DM für Stud.

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Petra Frerichs und Margareta Steinrücke

## Symbolische Interessen von Frauen im Betrieb

»Die Frau lebt nicht vom Brot allein,  
zumal wenn sie keines hat.«

(Frei nach E. Bloch)

Arbeiterinnen in der Fabrik, weibliche Angestellte in Büro und Verwaltung verfügen — so unverzichtbar ihre Arbeitsleistung für die gesamtgesellschaftliche (Re-)Produktion auch ist — traditionell nicht über eine diesen Leistungen entsprechende, »starke« Interessenvertretung. Woran liegt das? Am Doppelcharakter der Frauenarbeit mit der daraus resultierenden Bindung, Doppelbelastung, Zeitnot? An der Stellung der Frauen in unteren Berufspositionen? An der Facharbeiterdominanz und dem Formalismus in der betrieblich-gewerkschaftlichen Interessenvertretung? An Eigenarten des weiblichen Habitus (Rammert-Faber 1986, Bourdieu 1982) wie Unzuständigkeitsempfinden für Politik, Harmoniebedürfnis, mangelndes Gespür für Macht — als Kehrseite der Ausgrenzung von Macht und Mitbestimmung, als Spiegelung »männlicher Überlegenheitsmanifestationen« (Becker-Schmidt 1987)?

Zu diesem Problemkomplex haben wir eine Untersuchung<sup>1</sup> durchgeführt, aus der wir hier einige Ergebnisse vorstellen wollen. Neben der genaueren Überprüfung der Ursachen und Gründe einer schwachen Interessenvertretung von Frauen im Betrieb ging es uns vor allem darum, die verborgenen Kritik- und Widerstandspotentiale ans Licht zu bringen, die bei aller vordergründigen Apathie und mangelnden Präsenz von Frauen in der betrieblichen Interessenvertretung gleichwohl existieren, und die sich in Unrechtsempfinden (Moore 1982, Honneth 1984) und zahlreichen Formen informeller Interessenvertretung äußern, unter bestimmten Umständen auch zu einem Engagement in der formellen Interessenvertretung — als Betriebsrätin oder Vertrauensfrau — führen. Zielsetzung war dabei auch, Ansatzpunkte für neue Formen betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretung aufzuzeigen, welche die Situation und die Interessen von Frauen eher berücksichtigen.

### Interessenbrennpunkte und symbolische Interessen

Ausgehend davon, daß die Interessen das Treibende in den Subjekten sind — der Rohstoff gewerkschaftlicher Politik —, haben wir eine genaue Analyse der Interessenbrennpunkte der von uns befragten Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten vorgenommen. Unter Interessenbrennpunkten verstehen wir in Anlehnung an Hack u.a. (1972) solche Interessen, denen die Frauen in den Interviews ein besonderes Gewicht gaben, an denen sie Leidenserfahrungen artikulierten, zu denen sie spontan Veränderungswünsche äußerten oder von Aktivitäten berichteten, die sie zur Verbesserung ihrer Situation unternommen haben. Dabei sind wir nicht von einem ökonomistisch verengten Interessenbegriff ausgegangen, wie ihn das Modell des *homo oeconomicus* unterstellt, sondern von einem,

der um kulturelle und biographische (Brock 1985) Elemente, um den Aspekt der Interessendifferenzierung (Heinze u.a. 1981) je nach besonderer Arbeits- und Lebenssituation<sup>2</sup> und um die symbolische Dimension der Interessen wie Gerechtigkeit, Achtung und Anerkennung erweitert ist. Mit Bourdieu, demzufolge »den Verhaltensweisen der Ehre ein Interesse zugrunde (liegt), für das der Ökonomismus keinen Namen besitzt, und das mithin symbolisch genannt werden muß, obgleich ihm eigen ist, sehr direkt materielle Handlungen zu determinieren« (1979, 353), sprechen wir von »symbolischen Interessen«. Gemeint sind jene, die keinen (unmittelbar) materiellen Gegenstand haben: das Interesse an Wahrung der persönlichen Würde und anständiger Behandlung, an Gerechtigkeit und Gleichbehandlung, an Anerkennung, Respektiert- und Ernstgenommenwerden, an Rationalität und der »Hunger nach Sinn« (Negt/Kluge 1981). Diese Art von Interessen entgeht dem üblichen Raster betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretung, die in aller Regel einen insbesondere Lohn-Interessen verfolgenden *homo oeconomicus* als Mitglied unterstellt. Damit begibt sich diese der Chance, ein wesentliches Antriebspotential bei den von ihr Vertretenen aufgreifen zu können. Denn meist ist eine Verschränkung materieller Interessen (z.B. an mehr Lohn, besserer Arbeitsumgebung) mit symbolischen (z.B. an Gleichbehandlung, Wahrung der persönlichen Würde) die Grundlage, von der aus die abhängig Beschäftigten ihre Lage beurteilen. Dabei sind moralische Urteilsmaßstäbe in der Regel nicht klar bewußt wie eine systematische Ethik, sondern sie äußern sich implizit, bei den von uns befragten Frauen etwa in Verärgerung, Gekränktheit, Empörung, Entrüstung usw. Das Aufgreifen und Organisieren solcher Formen von Unrechtsempfinden (Moore 1982, Honneth 1981) und sittlicher Mißbilligung (M. Weber) durch gewerkschaftliche Interessenvertretung würde dieser eine ganz neue Schubkraft verleihen. Dabei ging es keineswegs darum, etwa im Sinne eines »ethischen Sozialismus« den »rohen« materiellen Interessen sozusagen eine ethische oder Gesinnungsdimension hinzuzufügen. Materielles und Immaterielles sind miteinander verschränkt, und erst in dieser Verschränkung kann sich die Handlungsfähigkeit wirksam erweitern. Nach unseren Ergebnissen sind es allerdings gerade die symbolischen Interessen und deren Verletzung, die zum *Movens* für das Eintreten für materielle Belange werden. Sie lenken also nicht etwa von materiellen Interessen ab, als ginge es um deren »Befriedigung« durch ihre bloß »symbolische« Behandlung, sondern befördern in ihrer Verflechtung mit materiellen Interessen die Ausbildung von Empörung, Kritik und Veränderungsvorstellungen.

### **Die mehr als »feinen Unterschiede«**

Bevor wir beispielhaft solche Interessenbrennpunkte in ihrer Verschränkung von materiellen und symbolischen Interessen aufzeigen, sollen zunächst die größten Unterschiede in der Arbeitssituation und im sozialen Status von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten verdeutlicht werden. Ein erstes Ergebnis unserer Untersuchung besteht darin, daß die Arbeitssituation und die soziale Position von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten nach wie vor und allen Angleichungsprophezeiungen zum Trotz enorme Unterschiede aufweisen. Am offen-

kundigsten zeigen sich diese in dem Ausmaß physisch-nervlicher Vernutzung. Gewerbliche Frauenarbeit ist immer noch, auch nach Einsatz neuer Technologien, extrem zerstückelt, hochgradig belastend und gesundheitsruinierend, auch wenn es in bestimmten Bereichen eine Verschiebung von schwerer körperlicher hin zu psychisch-nervlicher Beanspruchung gegeben hat. Der Raubbau an der Gesundheit von Industriearbeiterinnen vollzieht sich über eine einseitige und extreme Vernutzung von Arbeitskraft durch schweres Heben, Laufarbeit (im Lager, bei Mehrmaschinenbedienung), durch Monotonie und gleichzeitige Daueraufmerksamkeitsanforderung beim Einlegen, Zuführen und Prüfen kleiner und kleinster Teile (in der Montage). Zu verrichten ist diese Arbeit unter permanenter Kontrolle, Leistungsdruck und rigiden Zeitstrukturen sowie unter Lärm, Hitze, Staub, Schmutz etc. Hinzu kommt eine vollständige kognitiv-intellektuelle Unterforderung, die nicht minder krankmachende Wirkungen zeitigt. Signifikant für die psychisch-nervlichen und physischen Belastungen an industriellen Frauenarbeitsplätzen ist der Krankenstand, der unter Arbeiterinnen 12 bis 20 Prozent (im Vergleich dazu im Angestelltenbereich nur 2 bis 4 Prozent) beträgt. Neben diesen gesundheitsruinierenden Arbeitsbedingungen und der immer noch größeren Unsicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen, sind es vor allem Inhalt und Organisation der Arbeit und in Zusammenhang damit das Verhalten der Vorgesetzten und der eigene Status, wodurch sich die Situation von Arbeiterinnen von der weiblichen Angestellten unterscheidet. Während die Angestellten die Selbständigkeit als zentrales Merkmal ihrer Arbeit hervorheben und über relativ große räumliche und zeitliche Bewegungsspielräume verfügen, empfinden sich die Arbeiterinnen als rein ausführendes Organ fremder Anweisungen (»Du bist wie ein Roboter«). — Aus diesen unterschiedlichen Arbeitssituationen resultieren unterschiedliche Interessen und Interessenbrennpunkte. Diese wollen wir im folgenden am Beispiel der scheinbar trivialen Frage nach dem Arbeitsort aufzeigen.

### *Die Räumlichkeiten*

Ein Interessenbrennpunkt, der weibliche Angestellte wirklich bewegt, ist die Gestaltung der Räumlichkeiten, in denen sie arbeiten, und das damit zusammenhängende körperliche und seelische Wohlbefinden. Sie verfügen zwar generell über einen festen Ort — im Unterschied zu den Arbeiterinnen — mit »eigenem« Schreibtisch, »eigenem« Schrank etc. —, aber dieser läßt in seiner Ausstattung häufig zu wünschen übrig, wodurch sich weibliche Angestellte mißachtet und in ihrer Würde verletzt fühlen. Die Unzulänglichkeiten bis Unzumutbarkeiten der räumlichen Ausstattung betreffen auch, aber nicht nur, ergonomische Standards im Zusammenhang mit Bildschirmarbeit — sie gehen als Interesse an einer ästhetischeren, komfortableren und zugleich funktionaleren Gestaltung der unmittelbaren Arbeitsumgebung jedoch darüber hinaus. Wir greifen diesen Interessenbrennpunkt deshalb heraus, weil er die Schemata gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik durchbricht und auch manchem Betriebsrat — zumal aus dem gewerblichen Bereich — als Luxus erscheint, insbesondere beim Vergleich der relativ sauberen, leisen, schonenden Arbeitsbedingungen weiblicher Angestellter mit denen der Arbeiterinnen.

In den von uns untersuchten Industrierwerbungen monieren die Frauen, daß die Büros zu eng, zu staubig, zu stickig oder zu zugig seien. Büros scheinen hier häufig als zweitrangiges Anhängsel der eigentlich im Mittelpunkt stehenden Produktion behandelt zu werden. Die Arbeiten der Angestellten sind hier »faux frais« (Marx), falsche Kosten. Da sind in einem Falle Büro»räume« einfach als Teil einer alten Fabrikhalle abgetrennt worden, es zieht durch Decke und Fenster, es herrschen Enge und Bedrängnis, so daß sich die weiblichen Angestellten vorkommen »wie im Kaninchenstall«. In einem anderen Fall beklagten sich Sachbearbeiterinnen darüber, daß es in ihrem Büro »wie in einer Rumpelkammer« aussehe, da dort altes, häßliches, dysfunktionales, zum Teil gefährliches Mobiliar, »alte Bestände« aus anderen Abteilungen, abgestellt seien; »jahrelange Bemühungen« habe es gekostet, zumindest einen »ordentlichen Stuhl« zu bekommen. Ihre Veränderungswünsche richten sich auf eine »vernünftige, moderne Arbeitsplatzausstattung«, statt sozusagen im Sperrmüll arbeiten zu müssen, mit dem sie sich auch selbst als wertlos eingestuft fühlen. Die beschriebenen Zustände werden von den weiblichen Angestellten nicht einfach hingenommen. Beschwerden, Vorstöße und Versuche, für Abhilfe zu sorgen, indem sie sich an Abteilungsleiter, Sicherheitsbeauftragte und auch an den Betriebsrat wandten, blieben aber in der Regel erfolglos. Von Vorgesetzten kam meist das Kostenargument, »daß nicht genug Geld im Budget« sei. Gerade Angestellte in Industrierwerbungen verfügen aber häufig über ein recht genaues Wissen darüber, mit welchen Summen das Unternehmen hantiert, wo und in welcher Höhe investiert wird (etwa in neue Produktionsanlagen). Zum Teil haben sie sogar Einblick in Umsatz- und Gewinnzahlen. Indem sie so tagtäglich erleben, daß sie dem Unternehmen nicht einmal die relativ geringe Investition wert sind, die eine menschenwürdige Umgestaltung ihrer Arbeitsräume erforderte, erfahren sie — mehr oder weniger bewußt —, daß es auf Profit und nicht auf Menschen ankommt. Auf anderer Ebene liegen zum Teil frustrierende Erfahrungen weiblicher Angestellter, wenn sie sich mit ihren Anliegen bezüglich Raumausstattung an den Betriebsrat wenden und wenn dieser sich für solche, »nur« im Bereich des Ästhetischen, des individuellen Komforts liegende Fragen, für nicht zuständig erklärt.

Stein des Anstoßes war in dem von uns untersuchten Versicherungsunternehmen insbesondere die Klimaanlage mit ihren gesundheitsschädigenden Auswirkungen. Die trockene und zugige Luft bewirkt Verspannungen im Schulter- und Nackenbereich und führt zu Augenbrennen und häufigen Erkältungskrankheiten. Auch hier erfahren weibliche Angestellte, wenn sie ihre Beschwerden vortragen, um für Abhilfe zu sorgen, daß Klimaanlagen in erster Linie wegen der neuen Bürotechnologien (diese bedürfen einer Temperatur, die für Menschen etwas zu niedrig liegt) und nicht wegen der in den Büros arbeitenden Menschen installiert werden.

Die Mehrzahl der von uns befragten weiblichen Angestellten sieht ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Leiden in deutlichem Zusammenhang mit ihrer Arbeit. Ausgehend vom Verursacherprinzip setzen sie dem so etwas wie ein Menschenrecht auf Gesundheit entgegen und entwickeln zum Teil unorthodoxe Vorschläge, wie ihre gesundheitlichen Beschwerden auf Kosten des Unternehmens zumindest gelindert werden könnten:

»Es wäre gut, wenn im Büro Gymnastik gemacht würde wie in China.« Oder: »Man müßte im Betrieb ein Massagestudio einrichten, da alle irgendwie mit Schulter und Nacken zu tun haben. Man müßte dort zweimal wöchentlich regelmäßig ohne Arztrezept hingehen können.«

Solche für die gesamte Angestellten-Belegschaft bzw. alle Betroffenen entwickelten Vorschläge lassen Ansätze eines gesundheitsbewußten Kollektivgedankens erkennen — anstelle einer Privatisierung der Problembewältigung —, wie sie den »individualistischen« Angestellten gemeinhin kaum zugetraut werden.

### *Vorhersehbarkeit, Kontinuität und Gleichbehandlung*

Im Unterschied zu weiblichen Angestellten besteht für Arbeiterinnen in der Fabrik eine regelrechte Ortlosigkeit. Sie verfügen weder über einen Raum noch über einen »eigenen« Arbeitsplatz. Sie haben zwar Arbeitsplätze inne, aber meist keine festen, d.h. sie müssen ständig wechseln — manchmal mehrmals am Tag, täglich, wöchentlich, in unregelmäßigen Abständen, jedenfalls auf eine für die einzelne Arbeiterin völlig unkalkulierbare Weise. Dabei handelt es sich nicht etwa um »Jobrotation« zum Zwecke des Belastungsausgleichs, sondern um die Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes, der allein »betrieblichen Erfordernissen« folgt. Vor dem Hintergrund drastischen Personalabbaus in allen untersuchten Frauenarbeitsbereichen in der Produktion und auf Grund veränderter Marktanforderungen (kleinere Seriengrößen) werden die Akkordarbeiterinnen flexibel eingesetzt — nicht nur in Form des Arbeitsplatzwechsels innerhalb eines Meisterbereichs, sondern auch in Form des »Verleihs« in andere Produktionsbereiche. Damit werden die Arbeiterinnen quasi zu ihren eigenen Springerinnen, ohne die für Springerinnen vorgesehene höhere Lohngruppe und eine systematische und formelle Mehrfachqualifizierung für den Einsatz an Arbeitsplätzen mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden zu erhalten. Arbeitsplatzwechsel, »Verleih«, flexibler Arbeitskräfteeinsatz bilden einen zentralen Interessenbrennpunkt für Arbeiterinnen.

Unwägbarkeiten infolge der Zuteilung des Arbeitsplatzes, die mit gravierenden Umstellungsproblemen verbunden sind, eingespielte Handlungsmuster bei der Bewältigung des Akkords (Habitualisierung, »Austüfteln« etc.) durchbrechen, Gruppengefüge auseinanderreißen etc., beeinträchtigen oder verletzen ihre Interessen. Zunächst sehen viele der von uns befragten Arbeiterinnen ihr Interesse an Gerechtigkeit und Gleichbehandlung durch Arbeitsplatzwechsel verletzt. »Da gibt es Arbeitsplätze, wo man schlafen kann, und andere, wo die Arbeit sehr schwer ist«; das Gefühl ungerechten Einsatzes kommt — wie bei dieser leistungsstarken, erfahrenen Arbeiterin — auf, gerade weil sie in den Wechsel *nicht* einbezogen wird »und immer die schwere Arbeit machen (muß)«. Auf Basis des gleichen Lohnes im Gruppenakkord findet sie das »ungerecht« und hat deswegen schon »Ärger gehabt mit dem Meister«.

Andere Erfahrungsberichte von Arbeiterinnen zeigen, daß nicht etwa ein Mehr an Gerechtigkeit durch Ausgleich hergestellt wird, sondern es entsteht die paradoxe Situation zunehmender Spannungen und Unrechtsempfindungen untereinander wie gegenüber den Einsatzentscheidungen der Vorgesetzten. Diese mißbrauchen ihre Macht und können den Arbeitsplatzwechsel als zusätzliches Unterdrückungsinstrument gegen »unbilliges« Verhalten einsetzen.

»Die Vorgesetzten sind überheblich und arrogant. Die kennen nichts von Menschenführung. Wenn wir den Mund aufmachen, werden wir schikaniert: an einem Tag dauernd Wechsel.«

Die zahlreichen Beschwerden der Arbeiterinenn beim Betriebsrat im Zusammenhang mit dem flexiblen Einsatz beziehen sich nicht nur auf Lohnprobleme; die Empörung richtet sich auch gegen die generelle Unkalkulierbarkeit des Einsatzortes und der Einsatzdauer sowie gegen den entwürdigenden Zustand, daß einfach über sie verfügt wird wie über einen Gegenstand und ihnen weder Informationen gegeben noch Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden.

## Geschlecht und Klasse

Bei allen Unterschieden in der Situation von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten wird an den Situationsschilderungen doch eine Gemeinsamkeit sichtbar: Was Arbeiterinnen und weibliche Angestellte gleichermaßen bewegt und objektiv eint, ist der Protest gegen entwürdigende Behandlung. Ist nun der Kampf um die persönliche Würde (wie der um andere symbolische Interessen) deshalb etwas spezifisch Weibliches? Zunächst sicherlich nicht: Der Kampf um die Wiederherstellung der persönlichen Würde ist für *alle* Menschen von größter Bedeutung, die auf Grund ihres Status »ganz unten« in oder halb außerhalb der Gesellschaft — Hilfsarbeiter, Ausländer, Behinderte etwa — beständig Mißachtungen, Demütigungen, Ausgrenzungen, mithin Verletzungen ihrer persönlichen Würde ausgesetzt sind. Was Frauen neben der Gemeinsamkeit mit diesen Gruppen allerdings »auszeichnet«, ist, daß sie objektiv in jedem gesellschaftlichen Zusammenhang, in jeder gesellschaftlichen Gruppe und Klasse (statistisch) die größeren »Chancen« haben, sich »unten« wiederzufinden: als Ausführende statt als Anweisende, als schlechter bezahlte, in weniger prestigeträchtigen Berufen. Oder wie Becker-Schmidt das sehr treffend ausdrückte: »Innerhalb jeder sozialen Klasse gibt es noch einmal eine Unterschicht: die Frauen.« (1987, 191) Deshalb dürften symbolische Interessen für Frauen von größerer Virulenz sein als für Männer — solange bis ihr inferiorer Status in der Gesellschaft beseitigt sein wird. Das Frauenspezifische an der Bedeutung symbolischer Interessen ist also nichts in einer irgendwie gearteten weiblichen Natur Begründetes, sondern einem gesellschaftlichen Zustand geschuldet, in dem zwei Herrschaftsformen strukturell zusammenwirken: die bürgerlich-kapitalistische und die patriarchalische. Allerdings gibt es auch hier wieder klassenspezifische Unterschiede: Die Benachteiligung als Frau hat für Arbeiterinnen ein anderes Ausmaß und andere Inhalte als für weibliche Angestellte, was sich auch in einem unterschiedlich ausgeprägten Diskriminierungsbewußtsein niederschlägt. Arbeiterinnen sehen sich in jeder Hinsicht benachteiligt, was im lebhaften Bewußtsein der Lohndiskriminierung gegenüber Männern scharf zum Ausdruck kommt.<sup>3</sup> Weibliche Angestellte dagegen konstatieren zwar eine allgemeine Benachteiligung von Frauen, die sie im Angestelltenbereich am ehesten an der Seltenheit von Frauen in Führungspositionen festmachen. Aber persönlich empfinden sich nur wenige von ihnen als Frau diskriminiert und wenn, dann siedeln sie solche Erfahrungen eher auf der symbolischen Ebene (z.B. diskriminierende Anredeformen) an oder auf der Ebene der Ausnutzung bestimmter Eigenarten des weiblichen Habitus

(»Herr Sachbearbeiter« fragt »Frau Sachbearbeiter«, ob sie ihm nicht mal den Brief schreiben könne.)

Insgesamt entwickeln Arbeiterinnen auf Grund ihrer gänzlich anderen sozialen Situation, ihrer drastischen Benachteiligungserfahrungen im Vergleich zu denen der weiblichen Angestellten ein umfassenderes Diskriminierungsbewußtsein. Darin kommt ein gesellschaftlicher Sachverhalt zum Ausdruck, der in der Diskussion um Frauendiskriminierung und Emanzipation leicht übersehen wird, daß nämlich die Benachteiligung als Frau auch wesentlich mit der Benachteiligung als Klassensubjekt zusammenhängt: je weiter unten in der Klassenhierarchie stehend, desto größer und spürbarer sind die Benachteiligungen als Frau. Für eine Arbeiterin ist der Lohnabstand zu ihren männlichen Kollegen größer als der Gehaltsabstand zwischen weiblichen und männlichen Angestellten, welcher mit steigendem kulturellem Kapital tendenziell ganz verschwindet (BAT-Einstufung); Arbeiterinnen sind in ungleich höherem Maße entwürdigendem Verhalten bis hin zu sexueller Schikane seitens Vorgesetzten ausgesetzt als weibliche Angestellte, und auch im häuslichen Bereich haben Arbeiterinnen auf Grund rigiderer Geschlechtsrollentrennung in den unteren Klassen ungleich größere Lasten zu tragen als weibliche Angestellte, von Akademikerinnen ganz zu schweigen. Neben der Tatsache, daß für Arbeiter auf Grund ihrer Stellung relativ weit unten ein größerer sozialpsychologischer Zwang zur Frauendiskriminierung besteht (sie haben, außer Arbeitslosen, Ausländern und gesellschaftlichen Außenseitern niemanden unter sich, von dem sie sich positiv absetzen können — Angestellte können sich wenigstens von Arbeitern absetzen), ermöglicht die größere gesellschaftliche Ohnmacht von Frauen ganz unten den Männern, ihre Macht als Männer gefahrloser einsetzen zu können (man könnte hier in Abwandlung von Lutz' »kumulativer Ungleichheit« von »kumulativer Ohnmacht« sprechen).

### **Exkurs: Abschied vom Proletariat?**

Der Umstand, daß es den weiblichen Angestellten in mancher Hinsicht besser geht als den Arbeiterinnen, sollte nicht dazu verleiten, im Zusammenhang der Ausdehnung des Dienstleistungssektors und der Tatsache, daß es bereits mehr Angestellte als ArbeiterInnen gibt, einmal mehr vom Aussterben der Arbeiterklasse oder vom Ende des Proletariats zu reden. Zum einen verschwinden selbst die besonders rationalisierungsgefährdeten Arbeitsplätze von Arbeiterinnen nicht in dem Tempo wie lange Zeit angenommen. Ein von uns befragter Managementvertreter nimmt da kein Blatt vor den Mund:

»Frauen sind ein universeller Roboter ... Um die zu ersetzen, das rechnet sich meist nicht, weil die Roboter meist teurer sind und noch weniger können. Das heißt also, heute können wir noch nicht auf Frauen verzichten.«

Die Arbeiterklasse wird also wohl noch eine ganze Weile weiterleben. Zum zweiten würde, selbst wenn eine solche Entwicklung eines Tages eintreten sollte, das noch lange nicht das Ende des Proletariats bedeuten. »Proletarius« bedeutet im alten Rom, daß jemand keinerlei Besitz, sondern nur seine eigene Person in die Steuerrolle eintragen konnte, und der Staat im Falle seines Todes keinerlei Vermögen außer den »proles«, den Nachkommen, von ihm zu erwarten hatte.

Und am Grundtatbestand der Lohn-Abhängigkeit, des Nicht-Besitzes an Produktionsmitteln, des Verfügens über nichts als die eigene Arbeitskraft und eventuelle Nachkommen würde sich ja auch dann nichts ändern, wenn alle Arbeitenden im Angestelltenstatus und überwiegend nicht körperlich arbeiten würden. Ebenso wenig ändert an diesem Grundtatbestand die Anhebung des Lebensstandards oder die Ausbreitung kleinbürgerlicher Formen des Lebensstils etwas, worauf schon Marx hingewiesen hat:

Unter »den Arbeitern günstigsten Akkumulationsbedingungen kleidet sich ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Kapital in erträgliche, oder, wie Eden sagt, 'bequeme und liberale' Formen ... Von ihrem eignen anschwellenden ... Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Teil in der Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihre Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln usw. besser ausstatten und kleine Reservefonds von Geld bilden können. Sowenig aber bessere Kleidung, Nahrung, Behandlung und ein größeres Peculium das Abhängigkeitsverhältnis und die Exploitation des Sklaven aufheben, sowenig die des Lohnarbeiters. Steigender Preis der Arbeit infolge der Akkumulation des Kapitals besagt in der Tat nur, daß der Umfang und die Wucht der goldenen Kette, die der Lohnarbeiter sich selbst bereits geschmiedet hat, ihre losere Spannung erlaubt.« (MEW 23, 648)

Die Tatsache, für andere und nicht für sich selbst arbeiten zu müssen, nicht über die Produktionsmittel verfügen und bestimmen zu können, kennzeichnet die Situation von ArbeiterInnen und Angestellten nach wie vor, bei aller »bequemen und liberalen« Form, die diese Situation angenommen haben mag. Dies schlägt sich z.B. bei den von uns befragten weiblichen Angestellten in einem allgemeinen Empfinden von Sinnlosigkeit und Entfremdung in der Arbeit nieder sowie in dem lebhaften Unrechtsempfinden darüber, mit ihren Kompetenzen nicht anerkannt zu werden, Objekt sinnloser Anweisungen, nicht wirklich Subjekt des Arbeitsprozesses zu sein. Die daraus resultierenden ausgeprägten Mitbestimmungs- und Beteiligungswünsche finden aber, bei aller Ideologie und Praxis von »Mitarbeiterbeteiligung« unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ihre prinzipielle Grenze an der Verfügung über die Produktionsmittel. Und hieran entzünden sich, bei aller Verdecktheit der Klassengegensätze, z.B. bei weiblichen Angestellten, proletarische Erfahrungen. Dies würde, auf neuem historischem Niveau, der These entsprechen, die Kocka auf einer Tagung zur 125-Jahrfeier der SPD vertreten hat, daß für die Konstitution des Proletariats des 19. Jahrhunderts zur »Klasse für sich« nicht das materielle Elend entscheidend war, sondern der Ausschluß von den bürgerlichen Rechten, insbesondere dem Wahlrecht, und der damit vermittelte Ausschluß von gesellschaftlicher Anerkennung. Dem entspräche heute, bei erkämpftem allgemeinem Wahlrecht, der Ausschluß von den vollen »staatsbürgerlichen Rechten« im Betrieb, dem Recht auf Mit- und Selbstbestimmung über Arbeit, Investitionen, Produkte. Auf einem Schild über einem Betriebstor kann man lesen: »Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik Deutschland.«

Im übrigen sollte die Tatsache, daß die Diskussion um das Ende der Klassengesellschaft und den Abschied vom Proletariat zu ganz verschiedenen Zeitpunkten mit unterschiedlichen sozialen Bedingungen immer wieder auflebt, mißtrauisch machen (in den dreißiger Jahren unter dem Stichwort »Verbürgerlichung« des Proletariats [Mahnkopf 1984]; in den fünfziger Jahren unter dem Stichwort »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« [Schelsky; Bahrdt/Dirks u.a. 1962]; in den

siebziger Jahren als »Abschied vom Proletariat« [Gorz 1980]; heute als »Individualisierung« [Beck 1986] oder als Ablösung der Klassengesellschaft durch die »Mieter- und Konsumentengesellschaft« [Tenfelde 1988]). Sie zeigt, daß es weniger die realen Veränderungen in Arbeitssituation und Lebenslage der abhängig Beschäftigten sind, die diese Diskussion motivieren, sondern ein letztlich politisch motivierter Kampf um die Deutung dieser Veränderungen. Eine entgegengesetzte Vorgehensweise zeichnet die lesenswerte Studie von Mooser (1984) aus, die auf Grund historisch-empirischer Analysen den Schluß vom »Ende der Proletarität«, nicht aber vom Ende des Proletariats zieht.

### Interessenvertretung zwischen Delegation und Selbstvertretung

Der unterschiedlichen Arbeitssituation von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten entsprechen zwei verschiedene dominante Modi der betrieblichen Interessenvertretung. *Arbeiterinnen* neigen dazu, die Wahrnehmung ihrer Interessen an dafür gewählte Vertreter zu delegieren.<sup>4</sup> Sie suchen weit häufiger als weibliche Angestellte, aber auch als männliche Arbeiter den Betriebsrat auf. Dies hat seinen Grund zunächst einfach darin, daß sie die meisten Probleme haben: eine grundsätzlich prekäre Beschäftigungssituation, im Akkord eine ständig neu festzulegende Lohn-Leistungs-Relation, der Umgang mit und die unterschiedliche Behandlung durch verschiedene Vorgesetzte etc. Dieser beständige Problemdruck läßt ihnen zugleich wenig Spiel-Raum (räumlich, zeitlich, gedanklich) für eigenes Handeln. Gravierender noch wirkt sich für Arbeiterinnen der permanent erlebte Objektstatus in der technischen und sozialen Arbeitsteilung im Betrieb aus: Rein als ausführendes Organ fremder Anweisungen arbeiten zu müssen und gleichzeitig in der betrieblichen Hierarchie »ganz unten« zu stehen, schlägt sich nieder in einem Ohnmachtsempfinden, das beim Betriebsrat die Stärke und Macht suchen läßt, die Schutz vor Willkür und die Realisierung der Interessen verspricht.<sup>5</sup> Ein Betriebsrat sagt dazu:

»Die Frauen kommen öfter, sie können sich nicht so helfen — im Gegensatz zum Facharbeiter; der stellt schon was dar, der macht das über den Meister.«

Die Selbst- und Fremdzuschreibung, qua Frau und qua Bildungsstatus für die öffentliche Artikulation von Interessen nicht bestimmt zu sein, verschärft diese Tendenz: Frauen sind für Politik nicht zuständig, und wer »nur Volksschule« hat, kann seine Anliegen nicht »angemessen« vorbringen. Das entsprechende mangelnde »Selbstzutrauen«<sup>6</sup> zeigt sich auch darin, daß Arbeiterinnen sich auf Betriebsversammlungen kaum äußern und — zumindest, was die Zusammensetzung der Gremien betrifft — mehrheitlich männliche Kandidaten insbesondere als Betriebsräte wählen, zum Teil, weil diese als langjährig amtierende auch wirklich einen Kompetenz- und Erfahrungsvorsprung haben, der den Arbeiterinnen uneinholbar erscheint, und weil diese ihre Interessen durch bestimmte männliche Betriebsräte auch wirklich gut vertreten sehen; zum Teil aber auch, weil sie vorab Männern die Fähigkeiten zur effektiven Interessenvertretung (wie Durchsetzungsfähigkeit, Artikulationsfähigkeit etc.) eher zurechnen.

Dagegen neigen *weibliche Angestellte* eher dazu, ihre Interessen erst einmal selbst individuell oder kollektiv über Arrangements oder in Auseinandersetzungen

mit den Vorgesetzten zu vertreten. Die Übergänge sind fließend, individuelle Formen informeller Interessenvertretung scheinen eher Grundlage kollektiver Formen (von denen wir sehr viel mehr angetroffen haben als erwartet) zu sein, als in einem Gegensatz dazu zu stehen. Eingeschaltet wird der Betriebsrat als »letzte Instanz«, wenn die eigenen Strategien erfolglos geblieben sind. Dazu eine Betriebsrätin aus dem Verwaltungsbereich:

»Die Frauen kommen sehr selten zum Betriebsrat. Sie sind in unserer Abteilung alle sehr selbstständig, verhandeln selbst mit der Büroleiterin, wenn es Probleme gibt. Nur wenn es gar nicht mehr anders geht, gehen sie zum Betriebsrat. Oft aber auch hauptsächlich, um Informationen zu bekommen.«

Selbstvertretung beruht dabei nicht auf einer ideologisch begründeten Ablehnung des Betriebsrats als Instanz kollektiver Interessenvertretung, sondern hat vielmehr eine objektive Basis in der andersartigen (Arbeits-)Situation der Angestellten. Diese sind es gewöhnt, »sehr selbstständig« zu arbeiten, sie verfügen häufiger über einen mittleren Schulabschluß und eine abgeschlossene Ausbildung. Durch ihre Arbeiten haben sie eine gewisse sprachliche Routine, sie verfügen über eine gewisse zeitliche und räumliche Bewegungsfreiheit und haben in der Regel ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein in bezug auf ihre Kenntnisse und Fähigkeiten. Eine ganze Reihe von ihnen geht davon aus, daß ihre Kompetenz diejenige ihrer unmittelbaren Vorgesetzten übersteigt, deren Position zu übernehmen sich die meisten von ihnen ohne weiteres zutrauen würden. Dieses Kompetenzbewußtsein in Verbindung mit einem relativen Sicherheitsgefühl in ihrer konkreten Situation läßt weiblichen Angestellten Strategien der Selbstvertretung als legitime Formen relativ autonomer Partizipation erscheinen.

Daraus ergibt sich eine erste Schlußfolgerung: Statt immer nur den »Individualismus« der Angestellten zu beklagen, müßten die Gewerkschaften diese spezifischen Handlungsdispositionen in ihren Strategien produktiv machen (Frerichs/Steinrücke 1987).

### **Wachsende Kritik- und Partizipationspotentiale**

Die Polarität der Interessenvertretungsmodi Delegation — Selbstvertretung von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten beginnt sich gegenwärtig in der jüngeren Generation zugunsten von mehr Selbstvertretung zu verschieben. Die jüngeren Frauen verfügen im Schnitt über ein höheres Bildungskapital<sup>7</sup> als die älteren und dementsprechend über ein entwickelteres Selbstbewußtsein, das sie in ihre Arbeit bereits mit einbringen. Unter den jüngeren Frauen zeigt sich das in ausgeprägten Mitbestimmungswünschen und Veränderungsvorstellungen. In bezug auf den Betriebsrat kommt es zu einer Angleichung der Haltungen von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten: Während bei den jüngeren Arbeiterinnen die Haltung grundsätzlicher Loyalität von einer kritisch-anspruchsvollen Haltung dem Betriebsrat gegenüber abgelöst worden ist, die sich auch an gestiegenen Selbstbehauptungs- oder Selbstvertretungsansprüchen zeigt, so bei den jungen Angestellten die stärker sozialharmonistisch-vorsichtige Haltung ihrer älteren Kolleginnen von einer Unterstützung durchaus auch konfliktorientierter Betriebsratsstrategien, für die früher (wenn überhaupt) nur ArbeiterInnen zu

gewinnen waren. Gemeinsam ist beiden Gruppen das gestiegene Selbstvertrauen in bezug auf die öffentliche Artikulation ihrer Interessen und die Übernahme von Funktionen in der betrieblich-gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Dementsprechend setzen die Betriebsräte besonders auf die jungen Frauen als potentielle Trägerinnen ihrer Arbeit.

Hieran läßt sich eine generelle These anschließen: Je größer das Kompetenzbewußtsein und entsprechend der Raum des Möglichen, desto größer die Kritikpotentiale und Beteiligungsansprüche. Ein solches Kompetenzbewußtsein ist in der Regel über längere Bildungs- und Ausbildungszeiten, gelegentlich auch über den Besuch gewerkschaftlicher Schulungen (Wald/Broch 1987) vermittelt, kann aber bei Frauen mit langer Betriebszugehörigkeit auch auf einem fundierten Erfahrungswissen und der genauen Kenntnis der betrieblichen Interaktionszusammenhänge beruhen. Gleichzeitig können auch betrieblich-gewerkschaftliche InteressenvertreterInnen mit Ziehvater- bzw. -mutterfunktion zum Aufbau von Kompetenz- und Selbstbewußtsein im betrieblichen Alltag beitragen. Anders ausgedrückt: Das jeweilige Kompetenzbewußtsein und das entsprechende Anspruchsniveau bilden den Maßstab, demgemäß die eigene Situation beurteilt, Veränderung für möglich gehalten und sich selbst dabei eine konstitutive Rolle zugerechnet wird.

Insgesamt sind bei den jüngeren, den qualifizierteren und den Frauen mit fundiertem Erfahrungswissen ausgeprägtere Interessen an Informationen über den gesamten Betrieb und an einem Mehr an Beteiligung zu verzeichnen. Das drückt sich bei Arbeiterinnen beispielsweise in der überraschend positiven Bewertung von Betriebsversammlungen aus (als dem einzigen Ort, wo Informationen über den Gesamtbetrieb gegeben werden), bei den weiblichen Angestellten, die generell über mehr Informationsbeschaffungsmöglichkeiten verfügen, in der Präferenz von Abteilungsversammlungen, wo sie nicht nur Adressatinnen von Informationen sind, sondern auf Grund größerer Intimität und sozialer wie sachlicher Vertrautheit im kleineren Kreis für sich erweiterte Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten erwarten bzw. auf entsprechende positive Erfahrungen zurückgreifen können (Frerichs u.a. 1986, 490).

Die gewachsenen Bedürfnisse nach Information, Beteiligung und direkter Mitbestimmung<sup>8</sup> zeigen sich bei den weiblichen Angestellten wie bei den Arbeiterinnen in einer Vielzahl von Veränderungsvorstellungen und Verbesserungsvorschlägen. Kritisiert werden unsinnige Anweisungen, Planung vom grünen Tisch ohne Konsultation der Betroffenen als den eigentlichen Expertinnen der spezifischen Arbeitssituation, die Inkompetenz und Ignoranz von Vorgesetzten (im Angestelltenbereich); die kommunikationsfeindliche Anordnung von Maschinen und Arbeitsplätzen, der Mangel an Selbständigkeit und erklärender Einweisung in den Arbeitsablauf; eine Arbeitsorganisation, unter der die Frauen permanenter Kontrolle und enormem Leistungsdruck ausgesetzt sind, wo sie sich kommandiert, bevormundet, entmündigt vorkommen, und es zu einem regelrechten Kampf um »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« gegen den Widerstand von Vorgesetzten kommen kann (im gewerblichen Bereich). Dagegen setzen Frauen ihre Vorstellungen von einer rationaleren Arbeitsorganisation bis hin zu einer rationaleren Organisation des Gesamtbetriebes und entwickeln zum Teil detaillierte

Veränderungsvorschläge. Auf jeden Fall kann davon ausgegangen werden, daß die Partizipationspotentiale von Frauen im Betrieb gewachsen sind.<sup>9</sup> Wieweit sie sich tatsächlich in Richtung auf mehr selbständige Vertretung der eigenen Interessen realisieren, hängt entscheidend vom jeweiligen *betriebspolitischen Klima* ab. Darunter wollen wir die jeweilige betriebliche Kräftekonstellation verstehen, die vom Führungsstil des Unternehmens, der Machtposition des Betriebsrats und der Kampftradition der Belegschaft abhängen. Wesentlich dabei ist, daß es möglich sein muß, Beschwerden, Veränderungswünsche etc. relativ angstfrei vortragen zu können. Dies kann begünstigt werden durch einen relativ »sozial« ausgeprägten Managementstil; die Erfahrung eines erfolgreich durchgestandenen Kampfes; dadurch, daß unmittelbare Vorgesetzte hinter den ihnen unterstellten Frauen stehen, wie dies eine Vorarbeiterin ausdrückt:

»Meine Frauen, die haben alle Mut, irgendwie, etwas zu sagen — dadurch, daß sie von mir den Rücken gestärkt kriegen. Meine Frauen greifen auch den Meister an, auch wenn ich selbst nicht da bin.«

Vor allem dadurch, daß es BetriebsrätInnen gelingt, relativ angstfreie Räume im Betrieb zu schaffen, indem sie eine eigenständige Machtposition gegenüber der betrieblichen Hierarchie aufbauen und zugunsten der Frauen einsetzen. Hierzu ein Betriebsrat:

»In der Beziehung haben wir im Verhältnis zu anderen Betrieben, wo Akkord ist, doch ein ziemlich offenes Klima ... und auch eine Autorität bei den Meistern, so daß sie die Frauen gehen lassen [zum Betriebsrat], auch in gewissen Angstsituationen.«

Hierbei kommt den BetriebsrätInnen eine entscheidende Bedeutung zu. Davon, welche Gewißheiten über ihre Rechte und welche Deutungsangebote über die Berechtigung ihrer Interessen die Frauen von ihnen geliefert bekommen, hängt auch deren Fähigkeit ab, ihre Rechte einzuklagen und ihre Forderungen offensiv und selbsttätig vorzutragen.

## Resümee

Um die Interessenvertretung und die Handlungsfähigkeit von Frauen im Betrieb zu stärken, wäre eine Politik der »Gegenkultur kompensatorischer Anerkennung« (Sennet/Cobb 1973) aufzubauen. Diese muß den Stellenwert der symbolischen Interessen (in Verschränkung mit materiellen), die Arbeiterinnen und weibliche Angestellte haben, erkennen und aufgreifen. Die Vermittlung der Erfahrung von Achtung und Anerkennung als zentraler Bestandteil dieser Gegenkultur ist allerdings nur im Rahmen neuer Politikformen, d.h. mittels zusätzlicher Artikulations-, Informations- und Kommunikationsformen erfolgversprechend und glaubwürdig zu realisieren. Diese können als informelle Gruppengespräche zwischen BetriebsrätInnen und Arbeiterinnen in Pausen, als informelle oder formelle Versammlungen im kleineren Kreis (im Angestelltenbereich in Form von Abteilungversammlungen oder ad hoc-Arbeitskreisen), wo Intimität und die Durchbrechung von Versammlungsritualen gewährleistet sind, gestaltet sein. Hier käme es darauf an, die Beteiligungsinteressen der Frauen so aufzugreifen, daß sie nicht von seiten des Managements funktionalisiert werden können; des weiteren so, daß sich die Mißachtungserfahrungen hier nicht wieder-

holen, sondern im Gegenteil Anerkennungs- und Aufwertungserfahrungen gemacht werden. Um weibliche Angestellte zu gewinnen, müssen gewerkschaftliche InteressenvertreterInnen Selbstvertretungsstrategien als legitim ansehen und als Ergänzung zu Informations- und Beratungsgesprächen mit dem Betriebsrat begreifen. Eine »Arbeit an der Person« mit weiblichen Angestellten z. B. bedeutet, deren spezifische Kompetenz anzuerkennen, sie als einzelne zu respektieren und sie glaubwürdig an Entscheidungsfindungsprozessen zu beteiligen (Zoll 1988). Die Selbstvertretungspotentiale, die auch im gewerblichen Bereich wachsen, nicht länger als konkurrierende Strategien zu kollektiver Interessenvertretung zu diskreditieren, sondern sie als Demokratisierungs- und Politisierungspotential zu stärken und zu organisieren, wäre nach unseren Ergebnissen die entscheidende Aufgabe einer gewerkschaftlichen Politik der Zukunft.

### Anmerkungen

- 1 Die Untersuchung wurde unter dem Titel »Interessenvertretung von Frauen und Neue Technologien« im Rahmen des Programms »Mensch und Technik — Sozialverträgliche Technikgestaltung« der Landesregierung Nordrhein-Westfalen gefördert. Sie wurde in folgenden typischen Fraueneinsatzbereichen in Produktion und Verwaltung durchgeführt: halbautomatisierte Montage, CNC-Maschinenbedienung, manuelle Gruppenmontage, Lagerarbeit — Sachbearbeitung in der Industrieverwaltung, Massensachbearbeitung in einer Versicherung, Datenerfassung, Zentraler Schreibdienst. Methodisch haben wir mit betrieblichen Fallanalysen und qualitativen Methoden, insbesondere mehrstündigen Intensivinterviews mit Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten gearbeitet.
- 2 Am Beispiel der Arbeitszeitinteressen könnte man zeigen, wie solche Differenzierungen vorgenommen werden müßten. Alleinstehende Frauen haben z. B. häufig andere Interessen als verheiratete, Frauen mit kleinen Kindern andere als solche ohne etc. Solche unterschiedlichen Interessen sind gleichermaßen legitim, und die Gewerkschaften müßten sie auch als solche aufgreifen. Zum einen gibt es gar keine unendliche, quasi atomistische Vielzahl von Interessen, sondern bestimmbare Typen gruppenspezifischer Interessen (s.o. das Beispiel Arbeitszeit); zum zweiten war auch die häufig als einheitlich unterstellte Arbeiterklasse nie ein homogenes Gebilde (zur Entstehungsphase der Arbeiterklasse s. Vester [1970], zu berufsgruppen- und generationenspezifischen Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse heute s. Neundorff/Sabel, in: Müller u.a. [1978, Kap. IV], Groß/Tholfus [1986], Steinrücke [1986], Weber [1986]; zum dritten entpuppt sich das unterstellte einheitliche Interesse *der* Gewerkschaftsmitglieder bei näherem Hinsehen fast immer als dasjenige des Modell-Facharbeiters: männlich, deutsch, 35 Jahre alt, qualifiziert, verheiratet, 1,5 Kinder, in dem eine Vielzahl von Interessen anderer (potentieller) Mitgliedergruppen: Frauen, Ausländer, Unqualifizierte, Junge, Alte usw. durchaus nicht aufgehoben sind (s. Heinze u.a. 1981).
- 3 Hier ist der von Lutz verwendete Begriff der »kumulativen Ungleichheit«, den er zur Bezeichnung des Tatbestandes verwendet, daß in dieser Gesellschaft die uninteressanten und mühseligen Arbeiten auch noch schlechter bezahlt und mit weniger gesellschaftlicher Anerkennung versehen sind, als die sowieso interessanten und weniger mühseligen, besonders treffend.
- 4 Zum Mechanismus der Delegation und dessen Voraussetzungen s. Bourdieu 1982, 620ff., und 1986, 184-195; s. Frerichs 1986, in: dies. u.a., 73-107.
- 5 Bourdieu rekurriert zur Erklärung dieses Zusammenhangs auf den theologischen Begriff der »fides implicita«, des stillschweigenden, grundsätzlichen Vertrauens in die Stellvertreter, auf die jene angewiesen sind, die zur Produktion und Rezeption theologischer, politischer etc. Texte oder Handlungen nicht über die notwendigen Produktionsmittel verfügen (1982, 654).
- 6 Mit dieser Kombination aus Selbstvertrauen und Sich-etwas-zutrauen bezeichnen wir ein gezielt auf die eigene Person gerichtetes Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, das man auch Kompetenzbewußtsein nennen könnte. Für politisches Kompetenzbewußtsein bilden »Sachkompetenz« (Wissen, Verfügen über einen bestimmten Sprachstil etc.) und »Statuskompe-

- tenz« (qua Geschlecht, Bildungstitel, soziale Position) Bourdieu zufolge zugleich »Voraussetzung und Folge«, wobei aber letztendlich die Statuskompetenz ausschlaggebend wirkt: der Status Mann oder ein höherer Bildungstitel verleihen die »Berechtigung« und zugleich die »Verpflichtung«, sich politisch zu äußern, was den Erwerb der entsprechenden Fähigkeiten eher nahelegt (1982, 639f.).
- 7 Die Kenntnisse bzw. die formellen Abschlüsse, über die jemand in Abhängigkeit von der Dauer seiner Schulzeit und Berufsausbildung verfügt.
- 8 Siehe hierzu z.B. Fricke 1977; Kibler 1981; Frerichs 1988.
- 9 Hier entsprechen unsere Ergebnisse dem, was Kern generell den von ihm so genannten »modernen Arbeitnehmern« an gewachsenem Interesse an Rationalität und Beteiligung zurechnet (Einführungsreferat zu AG IV: Die Tarifbewegung der Zukunft — Öffentlichkeit, Mitgliederbeteiligung und Kampfformen auf dem Tarifpolitischen Zukunftsforum der IG Metall vom 20.-22.6.1988 in Frankfurt/M., Msk. 6/88). Es scheint sich bei den gewachsenen Beteiligungswünschen um einen säkularen Trend zu handeln, der in erster Linie dem gestiegenen Bildungsniveau geschuldet ist.

## Literaturverzeichnis

- Bahrdt, H.P., W. Dirks u.a., 1962: Gibt es noch ein Proletariat? Frankfurt/M.
- Beck, U., 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Becker-Schmidt, R., 1987: Frauen und Deklassierung. Geschlecht und Klasse. In: U. Beer (Hrsg.), Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld, 187-235
- Becker-Schmidt, R., U. Brandes-Erlhoff, M. Karrer, G.-A. Knapp, M. Rumpf und B. Schmidt, 1982: Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben usn. Zeitprobleme und Zeiterfahrungen von Arbeitermüttern in Fabrik und Familie. Bonn
- Becker-Schmidt R., U. Brandes-Erlhoff, M. Rumpf und B. Schmidt, 1983: Arbeitsleben — Lebensarbeit. Konflikte und Erfahrungen von Fabrikarbeiterinnen. Bonn
- Beer, U. (Hrsg.), 1987: Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld
- Bourdieu, P., 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis. Frankfurt/M.
- ders., 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- ders., 1983: Ökonomisches, kulturelles, soziales Kapitel. In: R. Kreckel (Hrsg.), Zur Theorie sozialer Ungleichheiten. Göttingen
- Brock, D., 1985: Lohnarbeiterinteressen und soziale Realität. Anmerkungen zur Verwendung des Interessenbegriffs bei der Analyse beruflicher und betrieblicher Sozialisationsprozesse. In: E. Hoff u.a. (Hrsg.), Arbeitsbiographie und Persönlichkeitsentwicklung. Bern, 200-211
- Brumlop, E., 1986: Arbeitsbewertung bei flexiblem Personaleinsatz. Das Beispiel Volkswagen AG (Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« 71). Frankfurt/M., New York
- Frerichs, P., 1988: Interessenvertretung von Frauen im Betrieb und Mitbestimmung am Arbeitsplatz. In: L. Kibler (Hrsg.), Computer und Beteiligung. Beiträge aus der empirischen Partizipationsforschung. Opladen, 201-214
- Frerichs, P., M. Morschhäuser und M. Steinrücke, 1986: Frauenverträgliche Technikgestaltung? Arbeitssituation, Interessen und Interessenvertretung von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten (Reihe »Werkstattberichte« des Landesprogramms »Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung«, Nr.25). Düsseldorf
- dies., 1986: Weibliches Arbeitsvermögen und Politikzugänge von Frauen am Beispiel betrieblicher Interessenvertretung. In: W. Fricke u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1986. Bonn, 479-492
- Frerichs, P., und M. Steinrücke, 1987: Weibliche Angestellte — andere Interessen, andere Vertretungsformen. In: Die Mitbestimmung 33, 8, 439-443
- Fricke, E., und W. Fricke, 1977: Industriesoziologie und Humanisierung der Arbeit. Über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten industriesoziologischer Forschung, einen Beitrag zur autonomieorientierten Gestaltung von Arbeitssystemen zu leisten. In: Soziale Welt 28, 1/2, 91-108
- Gilligan, C., 1985: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München
- Gorz, A., 1980: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Frankfurt/M.

- Groß, H., und H. Thofus, 1986: Konflikt Handeln von Betriebsräten. Handlungsmuster betrieblicher Interessenvertretung: Zwei Fallstudien. Frankfurt/M., New York
- Hack, L., u.a., 1972: Klassenlage und Interessenorientierung. Zum Konstitutionsprozeß der Bewußtseinsstrukturen und Verhaltensmuster junger Industriearbeiter. In: Zeitschrift für Soziologie 1, 15-30
- Heinze, R.G., u.a., 1981: Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit. Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse als Herausforderung für gewerkschaftliche Politik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 32, 6, 336-354
- Honeth, A., 1981: Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten bei der Analyse normativer Handlungspotentiale. In: Leviathan 9, 3/4, 556-570
- ders., 1984: Rezension von Barrington Moore, Ungerechtigkeit. In: Almanach Suhrkamp Wissenschaft »Weißes Programm«. Frankfurt/M., 106-114
- Kißler, L., 1981: Partizipation als Lernprozeß. Basisdemokratische Qualifizierung im Betrieb. Frankfurt/M., New York
- Kocka, J., 1983: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875. West-Berlin, Bonn
- Kudera, W., K. Ruff und R. Schmidt, 1983: Blue collar — white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie. In: Soziale Welt 34, 5, 201-227
- Mahnkopf, B., 1985: Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats. Frankfurt/M., New York
- MEW =Mark-Engels-Werke, Bd.23 (Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Bd.), Berlin/DDR 1960
- Moore, B., 1982: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt/M.
- Mooser, J., 1984: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Frankfurt/M.
- Müller U., 1985: Arbeits- und industriesoziologische Perspektiven von Frauenarbeit — Frauen als »defizitäre« Männer? In: Frauenforschung. Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag Dortmund 1984. Frankfurt/M., New York, 76-86
- Negt, O., und A. Kluge, 1981: Geschichte und Eigensinn. Frankfurt/M.
- Neuendorff, H., und C. Sabel, 1978: Arbeitsmarktstrukturen und Konfliktpotentiale. In: G. Müller u.a., Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt/M., New York
- Rammert-Faber, Ch., 1986: Von der Verkäuferin zur Unternehmerin — Perspektiven in einem typischen Frauenberuf. Referat zur Jahrestagung der Sektion Bildung und Erziehung in der DGS, heft. Msk. Bielefeld
- Sennet, R., und J. Cobb, 1973: The Hidden Injuries of Class. New York
- Steinrücke, M., 1986: Generationen im Betrieb. Fallstudien zur generationenspezifischen Verarbeitung betrieblicher Konflikte. Frankfurt/M., New York
- Tenfelde, K., 1988: Überholt von der demokratischen Massengesellschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7.3., 7
- Vester, M., 1970: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Frankfurt/M.
- Wald, R., u.a., 1986: »Was will die denn hier?« Berufseinmündung und Berufsverlauf von Frauen mit Weiterbildung in gewerblich-technischen Berufen. Marburg
- Wald, R., und S. Broch, 1987: Politikzugänge von weiblichen Angestellten. Zwischenbericht (unveröff. heft. Msk.). Wuppertal
- Weber, C., 1982: Rationalisierungskonflikte in der Druckindustrie. Frankfurt/M., New York
- Zoll, R., 1988: Von der Arbeitersolidarität zur Alltagssolidarität. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 39, 6, 368-381

---

*»Es heißt oft, die Technologie sei — ähnlich wie Franksteins Monster — außer Kontrolle geraten. Nicht die Technologie ist außer Kontrolle geraten, sondern der Kapitalismus und die Männer.«*

Cynthia Cockburn

Die Herrschaftsmaschine



Argument

Cynthia Cockburn

## **Die Herrschaftsmaschine**

*Geschlechterverhältnisse und technisches Know-how*

Wenn wir Frauen die Kontrolle über unser Leben, unsere Arbeit, unsere Umwelt, unsere Beziehungen zu anderen Menschen gewinnen wollen, dann kommen wir um die Aneignung technischen Know-hows nicht herum.

Cynthia Cockburn hat die Arbeitsplätze und -beziehungen von Frauen und Männern, die mit neuen Technologien arbeiten, in vier Bereichen untersucht. Trotz der elektronischen Revolution sind die Männer nach wie vor die Technologen, die Frauen die niedrigbezahlten Maschinenbedienerinnen. Die

geschlechtsspezifisch hierarchisierte Arbeitsteilung ist eine Konstante im Prozeß der technologischen Revolutionierung der Produktion.

Cynthia Cockburn zeigt, auf welchen Wegen es den Männern gelingt, die Macht, die der Kontrolle über die Technologie entspringt, für sich zu reservieren. Hier — und nicht im vermeintlichen Desinteresse oder Unvermögen der Frauen — liegt die Ursache dafür, daß es so wenige Ingenieurinnen, Technikerinnen und Facharbeiterinnen gibt.

Angesichts dieser Herrschaftsmaschinerie mit ihren ineinandergreifenden Rädern von Arbeitsteilung und Kontrolle hat eine bloße Gleichberechtigungspolitik keine Chance. Es bedarf autonomer Frauentechologieschulungen sowie einer feministischen Gewerkschafts- und Betriebsrätinnenpolitik, um das männliche Technologiemonopol zu brechen.

Aber: »Nichts würde sich zum Besseren wenden, würden wir Frauen einfach nur in die männliche Welt eintreten und unsere eigenen Werte und Anliegen zurücklassen. Die Dinge würden sich verschlimmern ... Der revolutionäre Schritt wäre, die Männer zurück zur Erde zu holen, die Technologie häuslich zu machen und den Zusammenhang zwischen Produzieren und Bewahren neu zu gestalten.«

277 Seiten, br.

# **Argument**

---

Sünne Andresen

## Frauen — Technik — Arbeit

### Ein Literaturbericht

»Weiterkommen durch Weiterbildung« — dieser Slogan gibt die Programmatik der Qualifizierungsoffensive wieder. Eine bessere berufliche Qualifizierung erhöht sicherlich die Chancen der Erwerbstätigen am Arbeitsmarkt, sie allein ist jedoch noch keine Garantie für einen sicheren Arbeitsplatz. Nachgefragt werden bestimmte Qualifikationen, vor allem technische im weitesten Sinne, aber der Zugang zu den entsprechenden Ausbildungen und Berufen war und ist vorzugsweise Männern vorbehalten. Warum ist dies so? Wie sind Änderungen zu erwirken? In verschiedenen Untersuchungen wurde diesen Fragen nachgegangen. Im folgenden werden erste Antworten vorgestellt und abschließend Forschungslücken formuliert.

### Frauen und die Männerdomäne Technik

Was verhindert den massenhaften Einzug von Frauen in qualifizierte technische Berufe? Einigkeit besteht weitgehend darin, daß zu wenig Wissen über das Verhältnis von Frauen und Technik (historisch und aktuell) vorhanden ist. Neben der Auffassung, daß »Technik schon immer Männersache« war, finden sich Positionen, die davon ausgehen, daß an diesem Beispiel wieder einmal studiert werden kann, wie Frauen in der Geschichte »vergessen gemacht werden«: »Die Gründe für das *Vergessen* der Frauen und ihrer Rolle in der Geschichte der Technik und Naturwissenschaften mögen vielschichtig sein. Von Bedeutung dabei ist mit Sicherheit die Tatsache, daß die Dokumentierung der Technikgeschichte von Männern vorgenommen wurde, die dabei einen männlich geprägten Technikbegriff zugrunde legten« (Herrmann 1986, 41). Neuere technik-geschichtliche Arbeiten vom Standpunkt der Frauen aus unterstützen solche Annahmen, indem sie nachweisen, daß Frauen in den verschiedensten Berufsbereichen mit Technik und Technisierung konfrontiert waren, daß es also ein Verhältnis zwischen Frauen und Maschinenteknik gibt, das der Dokumentierung und Veröffentlichung bedarf (vgl. z.B. Nienhaus 1982, Faulstich-Wieland u.a. 1987). Diese Untersuchungen zeigen weiter, daß Frauen wesentlich als Anwenderinnen von Technik und nicht als Herstellerinnen aufzufinden sind. Ursachen für ihr Fehlen ergeben sich aus der Art und Weise, wie Technikherstellung mit Männlichkeit verknüpft ist. Der Distanz von Frauen zur Technikherstellung entspricht auf der anderen Seite die Nähe der Männer zur Technik — mehr noch: die absolute Dominanz von Männern in diesen Bereichen. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Für verschiedene Berufszweige wurde nachgewiesen, daß und wie Frauen ausgeschlossen wurden, etwa über den Nicht-Zugang zu formalen Ausbildungsgängen, aber auch durch kulturelle Ausgrenzung. Ein extremes Beispiel dafür ist der Beruf des Ingenieurs. Er entwickelte sich um 1870, in einer Zeit, in der Fortschritt und Technik untrennbar verknüpft gedacht wurden. Diejenigen, die Technik entwickelten und beherrschten, erlangten darüber hohes gesellschaftliches An-

sehen. In den Anfängen hatten Frauen hier auf keiner Ebene Zugang. Auf dem Hintergrund der damals herrschenden Vorstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit galt Lohnarbeit, unabhängig von der Tatsache, daß Frauen in großer Zahl in Fabriken, Bergwerken usw. als Hilfsarbeiterinnen für niedrig oder gar nicht qualifizierte Tätigkeiten beschäftigt waren, als Männerangelegenheit, während der eigentliche Ort der Frau die Familie war. Vom Standpunkt dieser Geschlechterverhältniskonstruktion aus galt Frauenarbeit als sittengefährdend, und allenfalls die Betätigung im sozialen Bereich wurde als »dem Weibe angemessen« angesehen (vgl. zur historischen Herausbildung der Sozialarbeit Sachße 1986). Diese Arbeitsteilung wurde von den arbeitenden Männern mitgetragen, indem sie arbeitende Frauen nicht in die Berufsverbände aufnahmen, sondern als »Schmutzkonkurrenz« bekämpften (vgl. als aktuelles Beispiel den Setzerkonflikt, dazu Haug 1982, Weber 1983). Als erste zusammenfassende These läßt sich also formulieren: Lohnarbeit allgemein, die Arbeit an Maschinen in Fabriken im besonderen, vertrug sich nicht mit dem Bild von Weiblichkeit.

Ingenieure nahmen unter den Lohnarbeitern eine besondere Stellung ein. Im Begriff der »technischen Intelligenz« (Sens 1982) wird das hohe Ansehen deutlich, das sie genossen. In der betrieblichen Hierarchie standen und stehen Ingenieure mit an der Spitze, wobei nicht unterschlagen werden soll, daß sie gleichzeitig einem hohen Leistungs- und Anforderungsdruck ausgesetzt waren. Dieser betrieblichen Position der Ingenieure entsprach auch ihr Bewußtsein. Untersuchungen weisen nach, daß sich Ingenieure eher als Vertreter der Unternehmerinteressen (vgl. Sens 1982, 488) denken. Die Liste der Spezifika des Ingenieurberufes ist mit den genannten Elementen keinesfalls vollständig (vgl. Janshen/Rudolph 1987). Damit sind aber bereits genug Aspekte genannt, um zu begründen, weshalb Frauen in diesem Beruf unterrepräsentiert sind. Die erwähnten Punkte bedingen eine Überdeterminierung des Ausschlusses von Frauen. Sie stehen traditionell in der betrieblichen Hierarchie unten, haben meist keine qualifizierte technische Ausbildung und sind durchschnittlich mit Familienaufgaben allein belastet, damit weniger flexibel und von beruflicher Weiterqualifizierung strukturell ausgeschlossen (vgl. dazu Krüger 1987).

Ein weiteres Element des Ausschlusses, die Verschränkung von technischem Know-how und männlicher Überordnung bearbeitet Cynthia Cockburn (1988). Die Ferne von Frauen zu leitenden technischen Berufen ist für sie keinesfalls Resultat der geringeren Befähigung, sondern der Arbeitskultur, in der Männern und Frauen bestimmte Orte zugewiesen sind.

»Passiert hier nicht auch etwas, irgend etwas in den Beschäftigungsverhältnissen, der Arbeitskultur, der Definition der Tätigkeiten und in der Art, wie sie verteilt und voneinander separiert werden, das schließlich alles zusammengenommen die Frauen daran hindert, technologische Arbeitsplätze auch nur in Erwägung zu ziehen?« (Cockburn 1988, 167)

Sie befragte männliche Ingenieure und Techniker zu deren Verhältnis zur Technik und zu ihren Einstellungen zu Frauen und Technik. Ihre Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Das gute Verhältnis der Männer zur Technik ist das Selbstverständliche. Die Männer sprechen von der »technischen Begabung«, vom »Spaß am Umgang mit Technik« und von der »natürlichen Anziehung«. Erste Zugänge zu Technik

werden sogar als »Liebe auf den ersten Blick« (vgl. ebd., 174) beschrieben. 2. Die Fraternalisierung der männlichen Techniker, die eine Folge dieser Denkmuster ist, führt zu einer Atmosphäre, in der die Anwesenheit von Frauen als störend empfunden wird. Ihnen wird das Gefühl des »unbefugten Eindringlings« vermittelt. 3. Das Verhältnis von Frauen zur Technik braucht die männliche Vermittlung. Hinter jeder Frau, die technische Kompetenzen hat, wird ein Mann (Vater, Ehemann) vermutet. Cockburn nennt dies das »Sucht-den-Mann-Syndrom« (ebd., 190). 4. Das Fehlen der Frauen in technischen Berufen sehen die Männer als natürlich und/oder biologisch bedingt an. Letzteres wird mit den Arbeitsanforderungen zu begründen versucht, indem Ausnahmetätigkeiten (wie schweres Heben) als die Regelanforderung behauptet werden. Cockburn nennt dies auch das Aufbauen einer »10-Prozent-Hürde« (ebd., 193).

Sie resümiert: »Im wesentlichen identifizieren sich diese Männer mit Technologie und identifizieren umgekehrt Technologie mit Männlichkeit« (ebd., 173). Diese »hegemoniale Ideologie« aufzubrechen, wird Frauen nicht vereinzelt gelingen. Um über das Aufdecken und Zurückweisen des Mythos der Technikfeindlichkeit von Frauen hinausgehen und praktische Veränderungen bewirken zu können, müssen kollektive Strategien entwickelt und praktiziert werden. Erste Ansätze hierfür gibt es bereits. Frauen eignen sich mit Frauen das notwendige technische Wissen an. Darüber hinaus beziehen sie Fragen zum Zusammenhang von Technik und Gesellschaft mit ein. Beispielhaft für ein solches Vorgehen bei der Vermittlung von Kenntnissen im Umgang mit dem Computer ist die Arbeit der »Microsystems« aus England (vgl. dazu Wallsgrove und Kinchon 1987).

### **Feministische Kritik an Naturwissenschaft und Technik**

Begriffe wie Technikangst, Technikabwehr u.ä., mit denen das Verhältnis von Frauen zu Technik im allgemeinen umrissen wird, betonen die Inkompetenz und Unfähigkeit von Frauen, ihre Unerfahrenheit und sogar Irrationalität im Umgang mit Technik. Sie bringen Frauen notgedrungen in die Defensive. In einer Vielzahl von Veröffentlichungen verhalten sich feministische Natur- und/oder Sozialwissenschaftlerinnen offensiv und kritisch zur herrschenden Technik- und Maschinenlogik sowie zu den naturwissenschaftlichen Erkenntnisweisen. Sie tun dies, indem sie herkömmliche Arbeitsteilungen zwischen Natur- und Sozialwissenschaften kritisieren und die Berücksichtigung von Wechselwirkungen einklagen (vgl. Haraway 1982, Fox Keller 1984, Gross/Averill 1985, kritisch dazu Schurig 1985, als Überblick Rundnagel 1986). Hier sollen im folgenden nur bundesrepublikanische Positionen eingehender betrachtet werden.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht die Thematisierung des unterschiedlichen Verhältnisses von Männern und Frauen zur Natur.

»Wir begriffen, daß diese Naturwissenschaft und Technik vom männlichen Erleben geprägt worden ist: die gewaltsame Aneignung der Natur ist Männern in der Regel selbstverständlich« (Sarah Jansen 1986, 182).

Als charakteristisch für den patriarchalen Umgang mit der Natur werden drei Bestimmungen genannt: 1. die Trennung zwischen dem Naturwissenschaftler als handelndem Subjekt und der Natur als beobachtetem, manipuliertem und unter-

worfenem Objekt; 2. die Übertragung von Funktionsprinzipien und Strukturen der patriarchalen Gesellschaft auf die Natur, so daß ein patriarchal verformtes Naturbild zur selbstverständlichen Grundlage des Umganges dieser Gesellschaft mit Natur wird; 3. die Übertragung der patriarchalen Maschinenlogik auf die Bearbeitung der Natur: als existent gilt nur, was berechenbar ist, und was es nicht ist, wird berechenbar gemacht (vgl. S. Jansen 1986, 183).

Rosemarie Rübsamen (1983) kritisiert an der herrschenden Naturwissenschaft die Aufteilung der Natur in einen »belebten« und einen »unbelebten« (299) Teil. Mehr oder weniger »stillschweigend« werde angenommen,

»daß die belebten Organismen nach Gesetzmäßigkeiten ... funktionieren, die von unbelebten Systemen bekannt sind ... Die lebenden Organismen werden somit den Gesetzen untergeordnet, die aus der unbelebten Natur abgeleitet sind.« (Ebd., 300).

Die spezifische Männlichkeit eines solchen Naturverhältnisses wird unterschiedlich begründet: Frauen würden weniger »beherrschend und kontrollierend« vorgehen und mehr auf Einklang und Ganzheitlichkeit — sich selbst als Teil der Natur betrachtend — bedacht seien. Häufig wird auch das Argument des »gebärneidischen Mannes« herangezogen — davon ausgehend, daß alle kulturellen Leistungen, Entdeckungen usw. der Männer lediglich Akte der Sublimierung und des Ersatzes seien. Dieses Argument, dem ein biologistisches Denken von einer männlichen Zerstörungswut oder einem männlichen Unterwerfungstrieb zugrunde liegt, ist nicht unkritisiert geblieben (vgl. Andresen 1985). Es läßt kapitalistische Entwicklungsgesetzmäßigkeiten wie gesellschaftliche Strukturen überhaupt, in denen auch »die Männer« als mehr oder weniger fremdbestimmte handeln, unberücksichtigt, und läßt sie so als Individuen weitaus mächtiger erscheinen als sie sind.

Doris Janshen (1986a) übernimmt von Gehlen die Idee einer spezifischen Verknüpfung von Körper und Technik. In Technikentwicklung liege auch der Versuch, Körpergrenzen zu überwinden, das »beschränkte körperliche Vermögen« (ebd., 288) zu erweitern. Männer und Frauen machen in unserer Kultur und Gesellschaft sehr unterschiedliche Erfahrungen mit ihren Körpern, der männliche Körper unterliegt ganz anderen Bedeutungen als der weibliche (vgl. auch Haug 1983). Hierauf zielt auch Janshen ab:

»Kraft, körperliche Kraft spielt hier eine große Rolle: jenes Unterscheidungsmerkmal zu Frauen, aus dem heraus Männer immer wieder gesellschaftliche Macht, speziell auch die Übermacht gegenüber Frauen abgeleitet haben. Der männliche Körper wird traditionell mit Kraft assoziiert, und so kann das Bedürfnis nach der Empfindung eigener Kraft, oder der Wunsch nach mehr Kraft resp. Macht auf die Maschine, projiziert werden. Selbstdarstellungen berühmter Techniker zeigen, daß dieser seelische Vorgang Energien für technologiebezogene Kreativität freisetzt. Solche Antriebe sind für Frauen durch Ausbildung natürlich nicht erwerbbar.« (Janshen 1986a, 288f.).

Andreas Huysen (1984) nennt die Angst vor dem Unbeherrschten und dem Unbeherrschbaren als Motiv, das die Männer gleichermaßen zur Entwicklung von naturbeherrschender Technik und zur Unterwerfung der Frauen als dem »unbekannten Wesen« drängt.

Den vorgestellten Ansätzen gemeinsam ist der Verweis auf die kulturellen Kontexte, in denen die herrschende Technik entwickelt wurde und zur Anwen-

dung kam. Und sie betonen den Zusammenhang mit Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit. Aufschlußreich sind insgesamt Arbeiten, die die Zielsetzung und Antriebsmotoren (z.B. Finanzierung) für technische Entwicklungen konkret aufzeigen. Solche Arbeiten belegen z.B. den Zusammenhang von technischem »Fortschritt« und Militär/Krieg. Wie offensichtlich diese Verbindung ist, läßt sich auch daran ablesen, in welchen Bereichen die technischen Innovationen stattfinden. So ist das Fahrrad, »das sich seit seiner Erfindung im 19. Jahrhundert bisher hauptsächlich nur um Gangschaltung und Luftreifen verändert hat« (Rübsamen 1983, 293), kaum weiterentwickelt worden, ganz anders dagegen die Kriegstechnik.

### Frauenarbeit und Neue Technologien

Der besondere Zugang von Frauen zur Technik erweist sich vom Standpunkt der Erwerbsarbeitsanforderungen aus nicht immer als Nachteil. Dies läßt sich an der Diskussion um Frauen und Neue Technologien zeigen. Hier tritt die Frage nach dem *Umgang* mit Computern in den Vordergrund der Auseinandersetzungen, obgleich das Problem des Fehlens von Frauen im Bereich der Herstellung der Hardware auch hier besteht. Aussagefähige Zahlen über den Anteil von Frauen bei der Softwareentwicklung sind bislang nicht verfügbar.

Computertechnologie verändert die Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigten müssen andere Qualifikationen mitbringen, alte Kenntnisse werden zum Teil entwertet. Ob die Erwerbchancen für Frauen infolge des Einsatzes Neuer Technologien steigen werden, ist ungeklärt. Es gibt konträre Einschätzungen. Grundsätzlich muß zwischen dem Bereich der industriellen Produktion und dem der Verwaltung und Dienstleistung unterschieden werden. In der Industrieproduktion halten Computer z.B. in Gestalt der programmierbaren Fertigungsautomaten Einzug. Hier wird die Computerisierung sogar als Voraussetzung für das Aufbrechen der bislang bestehenden geschlechtlichen Arbeitsteilung angesehen. Durch den Einsatz neuer Maschinen werden Anforderungen wie Körperkraft, Zupackenkönnen u.ä., aus denen sich eine *männliche* Facharbeiteridentität zusammensetzte (vgl. PAQ 1983, 1987), oder die eine bestimmte Arbeit zur Männerarbeit machten (vgl. Game/Pringle 1983), weitgehend überflüssig. Damit stellen sich neue Fragen: Wie verarbeiten die männlichen Facharbeiter die durch Automatisierung in der Produktion bedingten Veränderungen? Was geschieht mit den selbstverständlichen Mustern von »männlicher« und »weiblicher« Arbeit? Kommt es zu grundlegenden Verschiebungen in der geschlechtsspezifischen Verteilung der Lohnarbeit?

Erste empirische Untersuchungen zeigen, daß sich die erhoffte Umwälzung zur Angleichung von Frauen- und Männerarbeit keineswegs im Selbstlauf und ohne Konflikte vollzieht. Statt zu einer Durchmischung kommt es häufig zur »Feminisierung von Bereichen« und damit zu »neuen Abschottungen. Aus der Textilindustrie berichtet Cynthia Cockburn (1988, 51ff.) z.B., daß die traditionell »männlichen Tätigkeiten« wie das Schnittmustererstellen und das Zuschneiden nach Einführung von CAD (Computer Aided Design) und CAM(-Manufacturing) von Frauen übernommen wurden. Es gibt aber auch andere Beispiele, wo

Frauenarbeitsplätze Rationalisierungen zum Opfer fielen, von Maschinen übernommen oder in andere Tätigkeitsfelder integriert wurden. Für den Bereich der industriellen Produktion wird mehrheitlich davon ausgegangen, daß Frauen, wenn sie nicht besonders gefördert werden, zu den Rationalisierungsverliererinnen gehören werden — »die positiven Beschäftigungseffekte (kommen) vor allem Männern zugute« (Engelbrech 1987, 62).

Welche Veränderungen sind für die Büros und Verwaltungen als traditionelle Frauenarbeitsbereiche infolge des vermehrten Computereinsatzes zu erwarten? Welche neuen Anforderungen erwachsen daraus für die Beschäftigten? Welche Chancen und Probleme bringt dies für die Frauen(-Erwerbssituation)? Zunächst zeichnet sich ab, daß Kenntnisse im Umgang mit dem Computer eine der wichtigsten Voraussetzungen für Beschäftigungschancen sind. Bislang verfügt insgesamt nur ein relativ geringer Teil der Arbeitenden über solche Qualifikationen. Hier haben also nicht nur Frauen, sondern alle Beschäftigten nachzuholen. Dennoch sind Frauen besonders betroffen. Sie haben traditionell die Positionen auf der untersten Stufe inne. Auf Grund der Mehrfachbelastung durch Familienarbeit und Beruf ist es für sie schwieriger, an Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen, insbesondere, wenn diese außerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Es sind überwiegend Frauen, die als Datentypistinnen tätig sind und damit Arbeiten verrichten, die zunehmend automatisiert oder deren »Reste« mit qualifizierten anderen Tätigkeiten zu neuen Aufgabenfeldern verknüpft werden. Insofern überwiegen auch hier die Prognosen, die von einer weiteren Verringerung der Frauenerwerbsmöglichkeiten ausgehen. Diese Aussage bedarf allerdings der weiteren Differenzierung.

Im Dienstleistungssektor stellen Frauen mit insgesamt 70 Prozent den Hauptteil der Beschäftigten (vgl. Friedmann/Pfau 1985). Infolge der Computerisierung wurden in diesem Sektor nicht nur Stellen abgebaut, sondern in Teilbereichen, etwa in Banken und Versicherungen, auch neue geschaffen (vgl. Engelbrech 1987). In der Vergangenheit wurde für die Rekrutierung von Arbeitskräften überwiegend innerbetrieblich weitergeschult. Die Zugangsvoraussetzungen für die neuen Arbeitsplätze waren weitgehend nicht-formalisiert, was sich auch positiv für Frauen auswirkte. Für die Zukunft zeichnet sich hier ein Wandel ab. Zunehmend eröffnen sich denjenigen Arbeitsmarktchancen, die die »richtige« Berufsausbildung schon gleich mitbringen. Möglicherweise ist die Skepsis, ob sich hierdurch die Chancen für Frauen nicht verschlechtern werden (Engelbrech 1987), berechtigt. Im Handel gibt es seit 1980 Beschäftigungsverluste, und mit weiterem Personalabbau wird gerechnet. Auch in den öffentlichen Verwaltungen, in Erziehungs- und Gesundheitsberufen, die direkt von den öffentlichen Haushalten abhängen, herrscht Stagnation, Stellen werden gestrichen, die Beschäftigungschancen sind rückläufig.

Als Zukunftsberufe werden allgemein die Elektronikerberufe, die der Programmierer, Systementwickler, Programmwartung und der kombinierten Sachbearbeitung genannt. Unter den Elektronikern finden sich indessen kaum Frauen. Der Ort des Weiblichen in der Computerwelt ist früher wie heute der Bereich der Software (vgl. Hoffmann 1987, 74). Auch hier ist es schwierig, allgemeine Aussagen über die Situation und den Anteil von Frauen zu machen. Dies gilt für

die statistische Erfassung der Datenverarbeitungsberufe insgesamt. Es gibt kaum repräsentative Untersuchungen, und es mangelt an einer einheitlichen Begrifflichkeit, mit der die unterschiedlichen Tätigkeiten gefaßt werden könnten. Nach Durchsicht einer Vielzahl verstreut verfügbarer Befragungen formuliert Ute Hoffmann (1987) als erstes sich abzeichnendes Ergebnis, daß »seit 1970 der Anteil von Frauen in Computerberufen nicht wesentlich gestiegen (sei): Ihre Zahl hat sich zwar wie die der Männer in diesem Zeitraum verdoppelt, aber auch heute stehen einer Datenverarbeitungsfachfrau fünf bzw. sechs Datenverarbeitungsfachmänner gegenüber« (ebd., 137f.). Dieser Umstand hat bislang allerdings zu keiner Wiederauflage des alten Mythos von der Technikfeindlichkeit von Frauen geführt.<sup>1</sup> Die relative Seltenheit von Frauen in Datenverarbeitungsberufen wird vor allem an innerbetrieblichen geschlechtsspezifischen Arbeitsstrukturen, an der Verknüpfung von Männlichkeit mit Computern festgemacht. Häufig wird aber auch ein *spezifisch weiblicher Zugang zum Computer* und zur Programmierung behauptet, verknüpft mit einem Appell an die Unternehmen, Frauen *bevorzugt* einzustellen. Worin liegt dieser besondere Zugang von Frauen zum Computer?

### **Frauen und Neue Technologien: ein besonderes Verhältnis?**

Traditionell mit »Weiblichkeit« verknüpfte Haltungen scheinen den durch die neuen Technologien gestellten Anforderungen in mehreren Hinsichten entgegenzukommen. Gegen Aufrufe an Frauen, sich den Neuen Technologien zu verweigern und diese zu bekämpfen, formuliert etwa Rita Süßmuth, »daß es entscheidend auf die Bereitschaft der Frauen ankommt, sich dem Prozeß der technologischen Veränderungen zu stellen, wenn die Neuen Technologien nicht zu einer un menschlichen Bedrohung der Gesellschaft werden sollen« (Süßmuth 1986, 9).

Enger bezogen auf die Arbeitsmarktanforderungen kommt es zu verblüffenden Verkehrungen. So wird z.B. das, was Frauen bislang zur »zweiten Klasse« am Arbeitsmarkt machte, ihre Bereitschaft zu Teilzeitarbeit, um Familienaufgaben mit Lohnarbeit verbinden zu können, zu einem Element, das sie zu bevorzugt nachgefragten Arbeitskräften macht, wenn es darum geht, die neuen Arbeitsmittel rund um die Uhr auszunutzen. Auch bezüglich des Verhältnisses zur Technik treten merkwürdige Verschiebungen auf. So wird z.B. die bislang beklagte Technikdistanz von Frauen vom Standpunkt der Erwerbsarbeitsanforderungen aus zur Stärke: »Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich spezifische Herangehensweisen von Frauen an neue Technologien nachweisen lassen. So stellten vorliegende Untersuchungen übereinstimmend fest, daß Frauen *pragmatischer* an die Geräte herangehen, daß sie stärker nach dem *Gebrauchswert* und dem *gesellschaftlichen Nutzen* fragen und insgesamt der technischen Entwicklung gegenüber eher skeptisch sind. Sie lassen sich *nicht so von der Technik faszinieren* wie Jungen bzw. Männer. Die zentrale Motivation für die Auseinandersetzung von Mädchen und Frauen mit neuen Technologien stellen die *Anforderungen der Arbeitswelt* dar« (Schiersmann 1987a, 17; Hervorh.d.d.Verf.).

Frauen geben dem Computer also mehr den Charakter eines Werkzeuges, mit dessen Hilfe sie die Arbeitsanforderungen leichter erledigen können. Einsatz-

bereiche für Computer im privaten Bereich sehen sie entsprechend sehr viel weniger als Männer (vgl. ebd.). »Technische Spielereien« ziehen sie weniger an, lenken sie allerdings auch nicht vom Eigentlichen, von den Arbeitsaufgaben, ab. Dieser spezifische Umgang kann sich langfristig allerdings auch gegen die Frauen richten, wenn es sich zukünftig in bestimmten Teilbereichen als notwendig erweisen sollte, daß Computersysteme auch in ihren komplexeren Funktionszusammenhängen begriffen sein müssen. Die spielerische Aneignung kann im Resultat zu einem insgesamt souveräneren Umgang führen. Diese Souveränität fehlt vielen Frauen. Sie bringen eine geringere Risikobereitschaft mit und haben größere Angst, Fehler zu machen (vgl. Schiersmann 1987a, 15; Hoffmann 1987, 125). Hier schließt sich die Frage an, ob Frauen dies möglicherweise durch mehr Kooperation und Hilfe untereinander und durch einen anderen Umgang mit Fehlern ausgleichen.

Die Fähigkeit, mit Fehlern und Systemstörungen umgehen zu können, wird als eine wesentliche neue Arbeitsanforderung genannt, da allgemein mit einem Anstieg von Störfällen gerechnet wird. Dies ist zum einen durch die besondere Empfindlichkeit der Geräte bedingt, zum anderen aber auch durch den Umgang der BedienerInnen. In einer empirischen Untersuchung zu Automation und Geschlechterverhältnissen in Büros und Verwaltungen (vgl. Brosius/Haug 1987) wurden Männer und Frauen u.a. nach ihrem Umgang mit Fehler- und Störsituationen gefragt. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Zunahme von Fehlern eine Identifizierung mit der eigenen Arbeit erschweren und die Beschäftigten verunsichern würde. Anknüpfend an die Diskussion um ein sozialisationsbedingtes, spezifisch weibliches Arbeitsvermögen (vgl. ausführlich dazu Ostner 1980), wurde die These formuliert, daß Frauen eher in der Lage seien, sich trotz der als fehlerhaft erscheinenden Arbeit am Computer ein Gefühl für die eigene Arbeitsleistung zu erhalten, und daß sie daher »für den Umgang mit neuen Techniken geeigneter (seien) als Männer« (Brosius/Haug 1987, 69). Diese These konnte empirisch weder bestätigt noch widerlegt werden, vielmehr zeigte sich, daß die Beschäftigten beiderlei Geschlechts Systemfehler nicht von den Bedienerfehlern unterschieden. Sie sprachen entweder allgemein über die Störanfälligkeit des Systems, oder aber sie individualisierten Fehler; beides gemeinsam kam nicht vor.

Diese Frage muß weiter bearbeitet werden. Dasselbe gilt z.B. für die These, daß Frauen, da sie über größere kommunikative Kompetenzen verfügen als Männer, geeigneter für die Arbeit mit den Informations- und Kommunikationstechnologien seien: »Gerade jene Fertigkeiten, die im Umgang mit den neuen Technologien oder Computern verlangt werden, sind traditionell eher bei Frauen zu finden: Dazu gehören Qualifikationen wie Kommunikationsfähigkeit, die Fähigkeit zur Teamarbeit, das Durchhaltevermögen, die Beobachtungsgabe oder die Bereitschaft, Details zu beachten« (Süßmuth 1986, 11; vgl. auch Ericsson 1986, kritisch dazu Herrmann 1986). Bislang fehlen Untersuchungen, in denen die neuen Arbeitsanforderungen z.B. in der kombinierten Sachbearbeitung infolge der Computerisierung mit im Prozeß der individuellen Vergesellschaftung (vgl. Haug 1980, 1983) ausgebildeten geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen ins Verhältnis gesetzt werden.

Mit der Entwicklung einer High-tech-Gesellschaft verändern sich auch die individuellen Vergesellschaftungsbedingungen. Vom Standpunkt der *Veränderung* des herrschenden Geschlechterverhältnisses stellen sich neue Fragen. Erste Anregungen in diese Richtung finden sich bei Donna Haraway:

»In der westlichen Tradition haben sich bestimmte Dualismen hartnäckig gehalten; sie stehen alle in einem systematischen Zusammenhang zur Logik und Praxis der Herrschaft über Frauen, Farbige, Natur, Arbeiter, Tiere, kurz der Herrschaft über alles *Andere*. Führend unter diesen Dualismen sind: selbst/andere, Geist/Körper, Kultur/Natur, männlich/weiblich ... Die High-tech-Kultur fordert diese Dualismen auf hinterhältig-faszinierende Weise heraus. In der Beziehung zwischen Mensch und Maschine ist unklar, wer macht und wer gemacht wird. Bei Maschinen, die alles in Kodierungspraxen auflesen, ist unklar, was Körper und was Geist ist. Ich beobachte mit großem Vergnügen, wie traditionelle, weiße, westliche männliche Philosophen sich plötzlich mit dem Körper, dem Animalischen, identifizieren, wenn sie ihre menschliche Identität durch die Entscheidungsprozesse eines Computers bedroht sehen.« (Haraway 1984, 80)

### Anmerkung

- 1 Zwei Befragungen zu *Frauen und Neuen Technologien* bzw. *Frauen und Computer* belegen einen Wandel in den Einstellungen. Eine eindeutige Typisierung der Geschlechter als »technikfeindlich« bzw. »technikbejahend« läßt sich nicht mehr nachweisen. Bei den befragten Personen spielt vielmehr das Alter und der Erwerbsstand eine Rolle: »Die Aussagen der erwerbstätigen Frauen stimmen häufig eher mit denen der erwerbstätigen Männer überein als mit denen der nicht-erwerbstätigen Frauen« (Schiersmann 1987b, 63). Unterschiede fanden sich auch nach Alter und Familienstand. So schreiben verheiratete Frauen Männern in »weitaus größerem Maße die Fähigkeit zu, mit Technologien leichter umgehen zu können« als unverheiratete (Brosius/Haug 1987, 58).

### Literaturverzeichnis

- Andresen, Sünne, 1985: Sexualität und Herrschaft. In: F. Haug und K. Hauser (Hrsg.): *Subjekt Frau*. West-Berlin
- Baumgärtel, Bettina, u.a. (Hrsg.), 1985/6: *Frau und Technik* (Ausstellungskatalog). Bonn, Münster, Bielefeld
- Brosius, Gerhard, und Frigga Haug (Hrsg.), 1987: *Frauen \ Männer \ Computer*. West-Berlin
- Cockburn, Cynthia, 1984: Weibliche Aneignung der Technik. In: *Das Argument* 144
- dies., 1988: *Die Herrschaftsmaschine*. West-Berlin
- Engelbrech, Gerhard, 1987: Zukunftsperspektiven für Mädchen und Frauen im Erwerbsleben. In: *Soziale Welt '87*, H.1
- Ericsson, Yulva, 1986: Say Yes to Technology. Beitrag auf der Konferenz »Women, Work and Computerisation«, Dublin (Msk.)
- Faulstich-Wieland, Hannelore, und Marianne Horstkemper, 1987: *Der Weg zur modernen Bürokommunikation*. Bielefeld
- Friedmann, Petra, und Birgit Pfau, 1985: *Frauenarbeit in der Krise*. In: *Leviathan* 2
- Fox Keller, Evelyn, 1984: *Feminismus und Naturwissenschaft*. In: *Das Argument* 147
- Game, Ann, und Rosemary Pringle, 1983: *Gender at Work*. Sydney, London, Boston
- Gottschall, Karin, und Jürgen Müller, 1986: *Abbau der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Dienstleistungs-Sektor?* In: *SoFi Mitteilungen* 12. Göttingen
- Gross, Michael, und Mary Beth Averill, 1985: *Patriarchale Mythen in Evolutionstheorien*. In: *Das Argument* 150
- Haraway, Donna, 1982: *Klasse, Rasse, Geschlecht als Objekte der Wissenschaft*. In: *Das Argument* 132
- dies., 1984: *Lieber Kyborg als Göttin! Für eine sozialistisch-feministische Unterwanderung der Gentechnologie*. In: B.-P. Lange und A. M. Stuby (Hrsg.): »1984« (Gulliver 14), West-Berlin

- Haug, Frigga (Hrsg.) 1980: Frauenformen I. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. West-Berlin
- dies., 1982: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik — Das Beispiel: Setzen. In: Das Argument 135
- dies. (Hrsg.) 1983: Sexualisierung der Körper. West-Berlin
- Herrmann, Helga, 1986: Neue Techniken — Risiken oder neue Chancen für die Frauen in der Arbeitswelt. In: Frauen und neue Technologien, hrsg. v. d. Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover
- Hoffmann, Ute, 1987: Computerfrauen. Welchen Anteil haben Frauen an Computergeschichte und -arbeit? München
- Huysen, Andreas, 1984: Die Frau als Maschine — Die Maschine als Vamp. In.: T. Ziehe u.a. (Hrsg.): Ausgeträumt? West-Berlin
- Jansen, Sarah, 1986: Magie und Technik. In: C. Lippmann (Hrsg.): Technik ist auch Frauensache. Hamburg
- Janshen, Doris, 1986a: Frauen und Technik — Facetten einer schwierigen Beziehung. In: K. Hausen u.a. (Hrsg.): Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt/M.
- dies., 1986b: Technik im Betrieb und im Alltag — Politik ohne Orte. In: C. Lippmann (Hrsg.): Technik ist auch Frauensache. Hamburg
- Janshen, Doris, und Hedwig Rudolph, 1987: Ingenieurinnen. Frauen für die Zukunft. West-Berlin
- Krüger, Helga, 1988: Qualifizierungsoffensive — eine Chance für Frauen? In: Das Argument 167
- Nienhaus, Ursula, 1982: Berufsstand weiblich. West-Berlin
- Ostner, Ilona, u.a., 1980: Arbeitsbereich Familie. Umriss einer Theorie der Privatheit. Frankfurt/M.
- PAQ (=Projektgruppe Automation und Qualifikation), 1983: Zerreißproben. Automation im Arbeiterleben. West-Berlin
- dies., 1987: Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch. West-Berlin
- Rudolph, Hedwig, 1986: Ingenieurinnen — Amazonen der Technik? In: Frauen und neue Technologien, hrsg. v. d. Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover
- Rübsamen, Rosemarie, 1983: Patriarchat — der (un)heimliche Inhalt der Naturwissenschaft und Technik. In: L. Pusch (Hrsg.): Inspektion der Herrenkultur. Frankfurt/M.
- Rundnagel, Regine, 1986: Frauen in Naturwissenschaften und Technik. Ein Literaturbericht. In: Das Argument 155
- Sachße, Christoph, 1986: Mütterlichkeit als Beruf. Frankfurt/M.
- Schiersmann, Christiane, 1986a: Zugangsweisen von Mädchen und Frauen zu den neuen Technologien — Eine Bilanz vorliegender Untersuchungen. In: Frauenforschung. Informationsdienst des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft. Doppelheft 1 + 2. Bielefeld
- dies., 1986b: Frauen, Männer und Computer — Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung über die Einstellungen zu neuen Technologien. In: Frauenforschung a.a.O.
- Schurig, Volker, 1985: Feministische Mythen von Überfluß und Wohlwollen. In: Das Argument 152
- Sens, Eberhard, 1982: Techniksoziologie und Ingenieure. In: R. Jokisch (Hrsg.): Techniksoziologie. Frankfurt/M.
- Süßmuth, Rita, 1986: Die neuen Technologien — eine Herausforderung für die Frauen. In: Frauen und neue Technologien, hrsg. v. d. Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover
- Wallsgrove, Ruth, und Corinna Kinchon, 1987: Feministischer Einsatz von Computern — die Erfahrungen von Microsystemer mit Frauengruppen in London. In: Frauenforschung. Informationsdienst des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft. Doppelheft 1 + 2. Bielefeld
- Weber, Claudia, 1983: Frauenfrage und die Strategie der IG Druck. In: Das Argument 142

Jan Rehmann

## Christlich-Marxistischer Dialog in Perestrojka-Zeiten

### Zur Wiederaufnahme der Marienbader Gespräche

*Helmut Gollwitzer zum 81. Lebensjahr*

Marienbad ist die deutsche Bezeichnung für die böhmische Kleinstadt Mariánské Lázně. Hier fanden 1967 die »Marienbader Gespräche« statt. Sie waren nach den Kongressen in Salzburg (1966) und Herrenchiemsee (1966) die letzte große Zusammenkunft im christlich-marxistischen Dialog. Im Unterschied zu anderen christlich-marxistischen Begegnungen jener Zeit wurde hier nicht nach einem kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht, sondern im Zentrum standen die »großen« weltanschaulichen Streitfragen: Schöpfung und Freiheit, der Sinn des menschlichen Lebens, Humanismus und christlicher Glaube, der Mensch in der Gesellschaft usw. Umstritten ist heute bei vielen Christen und Marxisten der hohe Abstraktionsgrad der meisten Themenschwerpunkte und Beiträge. Unbestreitbar ist dagegen die Bedeutung des Dialogs als Ereignis der politischen Kultur: Noch während des Kalten Kriegs beteiligten sich Hunderte von Theologen, Philosophen und Naturwissenschaftlern an einem systemübergreifenden Gesprächszusammenhang. An die Stelle dämonisierter Feindbilder trat ein Stück Streitkultur. Die Verhärtung der Fronten nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR machte die Fortführung der Gespräche unmöglich.

Mehr als 20 Jahre danach, im Oktober 1988, versammelte sich am gleichen Ort ein kleiner Kreis von Theologen und Marxisten, um die Wiederaufnahme des Dialogs zu versuchen. Aus der CSSR kamen die ehemalige stellvertretende Kulturministerin in der Dubček-Regierung, *Erika Kadlecová*, ihre früheren Staatssekretäre für Kirchenfragen *Jaroslav Hranička* und *Ladislav Prokůpek* sowie der Philosoph *Milan Machovec*. Aus der Bundesrepublik kamen die TheologInnen *Jürgen Moltmann* (Tübingen), *Horst Pöhlmann* (Osnabrück), *Dorothee Sölle* (Hamburg) und *Fulbert Steffenski* (Hamburg). Ich selbst war eingesprungen für *Wolfgang Fritz Haug* (West-Berlin). Um den Diskussionsstand nachvollziehbar und überprüfbar zu vermitteln, habe ich die mündlichen Beiträge durch die entsprechenden Veröffentlichungen ergänzt. Unverzichtbar schien mir die kritische Konfrontation theologischer Marxismus-Rezeption mit Marx und Engels. Mein Hauptinteresse gilt den Möglichkeiten einer Marxismus-Erneuerung.

#### Terrainwechsel einer Beziehung

Eingeleitet wurde die Tagung mit einem Thesenpapier von *Wolfgang Fritz Haug*: Die Konstellation christlich-marxistischer Begegnungen sei heute anders als in den sechziger Jahren. Die damaligen Dialoge waren »Gespräche auf Distanz«. Aufgeschlossene Vertreter zweier im Ost-West-Gegensatz antagonisierter Formationen bewegten sich »vom Bannfluch zum Dialog« (Garaudy). Heute seien quer zu dieser Frontstellung andere Fronten in den Vordergrund getreten. So stünden z.B. Christen wie Marxisten relativ hilflos dem praktischen Atheismus sinnlos konsumierender Milieus und massenhafter Zerstreuungskulturen gegenüber. Die innere Erosion des staatlich-administrativen Sozialismus zwingt die Sozialisten dazu, das sozialetische und auf das Gemeinwesen gerichtete Potential des Christentums anzuerkennen. In nahezu allen Formationen des Marxismus trete das Atheismusproblem in den Hintergrund,

wenn auch nicht immer theoretisch reflektiert wie bei Fidel Castro. Zunehmend anerkannt werde die früher verketzerte Einsicht in die Pluralität des Marxismus. Christliche Marxisten und christlich-marxistische TheologInnen brächten die alten Diskussionsfronten erfreulich durcheinander. Und schließlich öffneten die »revolutionären Reformen« in der Sowjetunion neue Perspektiven auch im christlich-marxistischen Verhältnis: Dank der wiederentdeckten Dialektik von Klassenstandpunkt und menschlichen (Über-)Lebensfragen rückten die religiösen Traditionen als eine der »komprimierten Formen des Menschlichen« ins Blickfeld. Die angestrebte Funktionentrennung von Politik und Kultur ermögliche die Entfaltung einer eigenständigen »Zivilgesellschaft« und damit auch die Autonomie religiöser Institutionen und Praxen.

Während der Dialog-Marxismus der sechziger Jahre sich vornehmlich als philosophischer Humanismus artikuliert, lag hier der Akzent auf der analytischen und herrschaftskritischen Spezifik. Nicht als umfassende »Weltanschauung« sei der Marxismus für Christen von Bedeutung, sondern auf Grund seines Wissenschaftscharakters. Wie ein Röntgengerät unabhängig davon funktioniert, ob es in den USA, in Japan oder in der UdSSR hergestellt wurde, so könne der Marxismus für Christen nützlich sein: nutzbar auch vom Standpunkt des Glaubens zur Durchleuchtung der gesellschaftlichen Handlungsbedingungen christlicher Praxis.

### **Eine linkschristliche Lösung der marxistischen Defizite?**

Die Akzentuierung des Marxismus als wissenschaftliches Analyseinstrument stieß auf Widerspruch. *Dorothee Sölle* kritisierte am Beispiel von Castros »Nachtgesprächen«, der weise Rückzug auf den Wissenschaftscharakter lasse die Vorherrschaft des Rationalismus bestehen, perpetuiere die kulturelle Armut des Marxismus und verhindere eine gemeinsame marxistisch-christliche Sprache, die in der Lage ist, »Totalität auszudrücken«. Die Ganzheit des Lebens könne bisher nur die Religion artikulieren. Zur Abwendung der anwachsenden Mensch- und Naturzerstörung müsse eine »Theo-Poesie« entwickelt werden, die in Anknüpfung an mystische Traditionen die Heiligkeit des Lebens dramatisiert. Wenn der Marxismus seine ursprüngliche geistige Kraft wiedergewinnen wolle, müsse er sich drei neuen Fragen stellen (zusätzlich zur älteren Anfrage der Demokratie): 1. Die *feministische* Herausforderung: Verabschiedet werden müsse der Aberglaube, allein durch Vergesellschaftung der Produktion und mit Hilfe gesetzlicher Gleichstellungen die Frauenfrage lösen zu können. Dies gelte um so mehr, als die neue Frauenbewegung nicht mehr nur die Hälfte des alten Kuchens, sondern einen gänzlich neuen Kuchen beanspruche; 2. Die *ökologische* Herausforderung: Aufzubrechen sei die Gefangenschaft des Marxismus im System des Industrialismus. Dabei gehe es im Verhältnis zur Natur um mehr als um eine »rationale Umschaltung«; 3. Die *religiöse* Herausforderung: Wo marxistischer Atheismus Gott zu vertreiben versuche, nisteten sich die Götzen ein. Spätestens hier münden Sölles Vorschläge zur Erneuerung des Marxismus in die Perspektive seiner Bekehrung: Zunehmend erkennen Marxisten den »Zustrom an Kraft von der Quelle des Lebens, traditionell Gott genannt«. Den christlichen GenossInnen könne nun gelingen, was den Priestern und Missionaren nicht gelungen sei, nämlich »die Bekehrung von Sozialisten zu einem Gott der 'Fülle des Lebens' für alle« (Sölle 1988, 57).

In Frage stellen möchte ich hier nicht Sölles Projekt einer »Theopoesie«, sondern deren Projektion auf den Marxismus. Zur Debatte steht ebenfalls nicht die Weltanschauungsfrage, ob Marxisten als Subjekte an Gott glauben »dürfen«, sondern die Annahme, ein solcher Glaube könne die marxistischen Defizite beseitigen helfen.

Sölles Bekehrungsperspektive kommt von außen. Sie impliziert, daß der Marxismus sich aus eigener Kraft nicht hinreichend erneuern kann. Dieser Eindruck wird dadurch erzeugt, daß die Marxismus-Kritik eingebunden ist in die traditionelle Entgegensetzung von »Aufklärung« und »Glaube«, »Wissenschaft« und »Mythos«. <sup>1</sup> Die marxistischen Defizite werden auf den Rationalismus-Faden (=partiell, patriarchalisch, Industrialismus, Naturbeherrschung) gereiht, die Erneuerungschancen auf den mystisch-religiösen Faden (=ganzheitlich, weiblich, ökologisch). Damit ist die christliche Lösung der marxistischen Probleme schon in der Diagnose verankert.

Die historischen Rückstände des Marxismus sind in dieser Gegenüberstellung nicht zu begreifen. Hat die Stalinsche Kanonisierung des Marxismus-Leninismus nicht gerade den Wissenschaftscharakter des Marxismus bis zur Unkenntlichkeit beeinträchtigt? Aus einem Analyseinstrument wurde Staatsphilosophie, Herrschaftskritik wurde verkehrt in Herrschaftsideologie. Mit dieser »konstantinischen Wende« des Marxismus hängt zusammen, daß die Länder des »wissenschaftlichen Sozialismus« keine wissenschaftliche Theorie ihrer selbst entwickeln konnten. An die Stelle der Durchleuchtung gesellschaftlicher Widersprüche und ihrer Offenlegung trat der triumphalistische Offizialdiskurs in Begleitung seiner zynischen Kehrseite. Für den Rückgang sozialistischer Anziehungskraft ist hier also nicht die Wissenschaftlichkeit des Marxismus haftbar zu machen, sondern ihr Verlust. Wo immer die sozialistischen Bewegungen ihren geschichtlichen Aufgaben nicht gewachsen waren, wurde die Niederlage vorbereitet oder begleitet von Fehlentwicklungen und Rückständen in der theoretischen Reflexion. Dies gilt auch für die von Sölle erwähnten Blockierungen zwischen Sozialismus und Feminismus. Die Herleitung der Frauenunterdrückung aus dem privaten Produktionsmitteleigentum hatte übersehen, daß das Patriarchat ein Herrschaftsverhältnis eigenen Ursprungs und eigener Funktionsweise ist. Die Unterordnung der »Frauenfrage« unter die »Klassenfrage« verfehlte die Eigengesetzlichkeit der Geschlechterverhältnisse. MarxistInnen mußten lernen, Herrschaft nicht mehr auf ein einziges Verhältnis zu reduzieren, sondern mehrdimensional zu denken. Nur so kann entziffert werden, wie patriarchale Herrschaftsformen sich überlagern und durchdringen mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Klassenverhältnissen und Staat. An die Stelle der Spaltungen zwischen »Nur-Feministinnen« und sozialistischen »Nur-Parteifrauen« könnte dann der produktive Streit treten, wie Frauenbewegung, Arbeiterbewegung und sozialistische Perspektive verknüpft werden können (vgl. Projekt sozialistischer Feminismus 1984).

In der Wirklichkeit der politischen Auseinandersetzungen verlaufen die geistigen Fronten nicht zwischen »Ratio« und »Gefühl«, sondern durch jede dieser Instanzen hindurch. Die Worte selbst stehen nicht für feste Substanzen, sondern sind Signifikanten gesellschaftlicher Bedeutungskämpfe: Entsprechend den sozialen Standorten streitet Vernunft gegen Vernunft, Gefühl gegen Gefühl, Ganzheit gegen Ganzheit usw. Umstritten ist jeweils ihre Verknüpfung. Hegemoniefähigkeit bedeutet hier, auf den unterschiedlichsten Kampffeldern wirksam eingreifen zu können und sie in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu verbinden. Eine spezifische Stärke der Marxschen »Kritik der politischen Ökonomie« lag in der Analyse, wie das, was vom Standpunkt des Privateigentums an Produktionsmitteln »vernünftig«, vom Standpunkt der gesellschaftlichen Arbeit aus »unvernünftig« sein kann und umgekehrt. Dieser ist gesamtgesellschaftlich verallgemeinerbar, der Standpunkt der Ausbeutung ist es nicht. Wenn diese Argumentation auch heute noch tragfähig ist, wäre es absurd, wenn die Marxisten den Vernunftbegriff auslieferten an die organisierte Unvernunft des herrschenden Systems und das Pathos der Wissenschaftlichkeit denjenigen überließen, die allen Grund haben, die wissenschaftliche Durchleuchtung ihrer Tätigkeit zu fürchten.

Sölle hat Recht, insofern sie sich gegen den »Rückzug« auf Theorie und Analyse wendet. Der Marxismus lebt in unterschiedlichen Aggregatzuständen: als Bewegung, Gewerkschaft, Kultur, Partei, Staat, und dies — entsprechend seiner regionalen Vielfalt — jeweils im Plural. Seine Erneuerung muß sich auf alle Bewegungsformen beziehen und ihr Verhältnis zueinander verändern. Aber für die Wiedergewinnung seiner »geistigen Kraft« ist die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Instrumentariums von zentraler Bedeutung. Das Begreifen der gesamtgesellschaftlichen und internationalen Wirkungszusammenhänge ist Voraussetzung realistischer Strategien zur sozialistischen Transformation. Wer dem Marxismus den »Wärmestrom« (Bloch) abverlangt und die Analyseinstrumente zurückläßt, erhält nur heiße Luft. Die wissenschaftskritische Redeweise, die rationale Sprache genüge nicht, sätige nicht, wärme nicht und sage nicht, »was es bedeutet, Gott über alle Dinge zu lieben« (Sölle 1988, 168), suggeriert ein Zuviel an Rationalität und überspielt, daß auch unser Denken bei weitem noch nicht ausreicht, um die Welt in eine menschlichere zu verwandeln.

### Sabbat, Ökologie und gesellschaftliche Planung

Jürgen Moltmann sprach über die »ökologische Problematik« aus christlicher und marxistischer Sicht. In der Theologie kritisierte er vor allem den Subjekt-Objekt-Dualismus, der das vertikale Verhältnis zwischen Gott und seinen Geschöpfen hineinprojiziert in das Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Konstruiert wird so eine Repräsentationsbeziehung zwischen Allmachtsgott und (männlichem) Herren-Menschen, der kraft seiner Gottebenbildlichkeit sowohl den Mitmenschen als auch die Natur unterwirft. Der Dualismus reproduziert sich im Innern der Subjekte als Herrschaft der »gottverwandten« Seele über den sündigen Leib. In Wirklichkeit, so Moltmann, beziehe sich der Satz »Machet euch die Erde untertan« (Genesis 1,28) nur auf die Ernährung und sei im darauf folgenden Bibelvers als vegetarisches Speisegebot definiert (vgl. Moltmann 1985, 43f.). Die biblischen Äußerungen zur menschlichen Herrschaft über die Tiere müßten zusammengelesen werden mit dem Auftrag, den Garten Eden zu »bebauen« und zu »bewahren« (Genesis 2,15). Als Leihgabe nur habe der Mensch die Erde erhalten, mit dem Auftrag treuhänderischer Verwaltung. Er selbst sei durch den Namen »Adam« als Erdgeschöpf gekennzeichnet, gebildet aus »Adamah«, der Erde.

Für Nicht-Theologen ist erstaunlich, wie durch die Neu-Verknüpfung von Textstellen ein gegensätzlicher »Sinn« aus der Bibel herausgelesen werden kann. Nicht der Mensch bilde das Zentrum der Schöpfung, sondern die biblische Darstellung laufe perspektivisch zu auf den Tag der Ruhe, durch den Gott sein Werk »vollendete« (Genesis 2,2). Nicht der Mensch sei daher die »Krone der Schöpfung«, sondern der *Sabbat* (Moltmann 1985, 45, 204). In der verordneten Sabbat-Stille ruhe nicht nur die Arbeit des Menschen, sondern auch sein Vieh und die Erde. Im Fest sei die ganze Schöpfung geheiligt. Wenigstens an jedem siebenten Tag werde ihre Unverletzlichkeit zeichenhaft vom Menschen bewahrt. Zugleich verbinde der Sabbat die Schöpfung mit der Zukunft des Reiches Gottes: Die alttestamentlichen Propheten verstünden ihn als Vorwegnahme des Gottesreiches, und auch Jesus beginne seine öffentliche Wirkung mit der Ankündigung des messianischen Sabbatjahres (Lukas 4,18ff.). Somit habe Israel der Menschheit zwei Archetypen der Befreiung gegeben, den Exodus und den Sabbat, und beide gehörten untrennbar zusammen (Moltmann 1985, 289).

Moltmann beschränkte Marxens Beitrag zur ökologischen Frage auf die *Pariser Manuskripte* von 1844. Dort schrieb der junge Marx enthusiastisch über die Verschmelzung von Menschheit und Natur im Kommunismus (vgl. MEW 40, 536, 539),

und gegen die im Idealismus üblichen Entgegensetzungen von Mensch und Natur stellte er das anschauliche Bild des »leiblichen, auf der festen wohlgerundeten Erde stehenden, alle Naturkräfte aus- und einatmenden Menschen« (ebd., 577). Von dort schlug Moltmann den Bogen zur Naturphilosophie Ernst Blochs. Dieser versuche, mit Hilfe der Kategorie des »Natursubjekts« die Natur aus ihrer Degradierung zum Objekt zu befreien: Während die bisherige Technik in der Natur stehe wie eine Besatzungsarmee in Feindesland, müsse der Sozialismus eine »Allianztechnik« entwickeln, die sich mit der Produktivität der Natur verbündet (vgl. Bloch 1979, 787).<sup>2</sup>

Moltmann übersprang das wissenschaftliche Hauptwerk von Marx. Unter Berufung auf Alfred Schmidt folgte er der weitverbreiteten Auffassung, im Marxschen Spätwerk gehe es um die Perspektive einer Mensch-Befreiung auf Kosten der Natur (vgl. Moltmann 1985, 58f.). Solche pauschalen Vereindeutigungen sind hier jedoch nicht zutreffender als gegenüber der Bibel. Die im späteren Marxismus wieder üblich gewordene Dichotomie von Subjekt und Objekt, Mensch und Natur usw. gibt es bei Marx nicht. Auch im Spätwerk begreift er den Menschen als Naturwesen. Im Arbeitsvorgang selbst wirkt Natur auf Natur, betätigen sich leibliche Naturkräfte in der umformenden Aneignung von Naturstoff (MEW 23, 192), wobei der Mensch nur verfahren kann »wie die Natur selbst« (ebd., 57). Vehement kritisierte Marx am Gothaer Programm der SPD die »bürgerliche Redensart« von der Arbeit als Quelle allen Reichtums. »Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte ... als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist.« (MEW 19, 15; vgl. MEW 23, 58) Bei Engels stoßen wir auf die problematische Kategorie der menschlichen »Naturbeherrschung«, können aber zugleich beobachten, wie er die herrschaftliche Bedeutung des Begriffs wieder loszuwerden versucht: »Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächte sie sich an uns ... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert ..., daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht ..., ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.« (MEW 20, 452f.)

Moltmanns ökologische Aktualisierung des biblischen Sabbats offenbart, daß Marx ihm näher steht, als er wahrhaben will. Die Natur gehöre Gott und dürfe daher vom Menschen nicht als »herrenloses Gut« behandelt und angeeignet werden, fordert Moltmann. Selbst alle Gesellschaften zusammengenommen, meint Marx, »sind nicht Eigentümer der Erde«, sondern »nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als gute Familienväter den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen« (MEW 25, 784). Freilich ist diese ökologische Perspektive nicht vom Standpunkt göttlichen Eigentumsrechts her formuliert, sondern »vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation« (ebd.), des Kommunismus. Moltmann mahnt, der Menschenbegriff dürfe nicht mehr wie in der Französischen Revolution auf die gleichzeitig Lebenden (»Brüder«) reduziert werden, sondern müsse die nachfolgenden Generationen mit einschließen. Dies ist genau der Standpunkt, von dem aus Marx die auf unmittelbaren Geldgewinn gerichtete kapitalistische Landwirtschaft kritisiert: Denn diese widerspreche einer Agrikultur, »die mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen zu wirtschaften hat« (MEW 25, 631 A, vgl. ebd., 820).

Moltmann erzählte von einem Indianerstamm, bei dem alle Entscheidungen gemeinschaftlich und im Hinblick auf die sieben nachfolgenden Generationen getroffen werden mußten. Dieses Gleichnis bringt wieder den Marxismus ins Spiel. Soll es mehr bedeuten als Poesie, müßte es konkretisiert werden als Projekt einer demokratischen und ökologischen Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung, die sich nicht an den kurzfristigen Gewinnen privater Eigentümer orientiert, sondern an naturver-

träglichen Gebrauchsgütern für alle. Die kapitalistische Aussperrung der Demokratie aus dem Bereich der gesellschaftlichen Produktion ist mit Moltmanns Utopie unvereinbar. Insofern ist die De-Blockierung von Sozialismus und Ökologie eine Überlebensfrage. Die in Aussicht gestellten Genehmigungen für Greenpeace und Robin Wood, in Moskau eigene Büros zu eröffnen, machen eine solche Perspektive vorstellbar.

Zum Kern der »ökologischen Anfrage« wird somit, daß der Marxismus der eigenen ökologischen Relevanz nicht gerecht geworden ist. Seine Herrschaftskritik darf sich nicht auf die menschliche Entfremdung durch Kapital und Staat beschränken, sondern muß die Mensch-Natur-Verhältnisse mit einbeziehen (vgl. Pietilä 1984).<sup>3</sup> Vielleicht könnte so auch der Graben zwischen marxistischer Theorieproduktion und kritischer Naturwissenschaft wieder überbrückt werden. Daß in der »Ersten Welt« die politischen Kulturen der Arbeiter- und der Ökologiebewegung sich gegeneinander artikuliert haben, ist nicht als prinzipieller Gegensatz festzuschreiben, sondern konkret aus den historischen Konstellationen zu rekonstruieren. Man stieße hier z. B. auf die ideologische Leistung des Nachkriegs-Fordismus, klassenbewußtes Proletariat (soweit den Faschismus überlebend) in Konsumenten zu verwandeln und die Machtkämpfe um die Produktion umzuleiten in bloße Verteilungskämpfe ums Produkt. Die Historisierung solcher Blockierungen ist notwendige Vorbedingung ihrer Überwindung. Der real existierende Raubbau staatssozialistischer Planung macht es dringlich, den Marxismus kritisch auf die eigene Geschichte zu beziehen. Hierfür hat die Perestrojka günstigere Bedingungen geschaffen: In der sowjetischen Stalinismuskritik geht es um die Aufarbeitung jener fürchterlichen Staatsgenese nach der Wende von 1928, d. h. der Verknotung von forcierter Industrialisierung, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und Staatsterrorismus zum sowjetischen Modell des Sozialismus. Ein von Legitimationsfunktionen befreiter Marxismus wird den Stalinismus als spezifische historische Formation untersuchen können und dabei auch die naturzerstörerischen Seiten analysieren, die nach 1945 auf die meisten anderen sozialistischen Länder übertragen wurden. Gebraucht werden Studien zum Zusammenhang von entfremdeten Formen sozialistischer Staatlichkeit und den Verrohungstendenzen in der gesellschaftlichen Naturnutzung. Um zu verstehen, warum sozialistische Wirtschaftsplaner Land und Volk für das Linsengericht westlicher Devisen mit giftigem Müll gefährden, müssen marxistische Ökonomen die Abhängigkeitsverhältnisse vom transnationalen Kapitalismus durchleuchten. Marxistische Kultur- und Ideologieforschung wiederum könnte erklären helfen, warum die Arbeiterbewegung es bisher nicht vermochte, ein eigenes attraktives Wohlstandsmodell jenseits privater Konsumdummheit zu entwickeln. Solche Analysen sind nicht Selbstzweck, sondern perspektivisch bezogen auf den Aufbau des Neuen: In Ost und West geht es um die Neubestimmung der Beziehungen zwischen demokratischer Planung, Markt und Ökologie auf dem Niveau der elektronisch-automatischen Produktionsweise.

### »Alter« und »neuer« Materialismus in der Ideologieforschung

Nach wie vor ist die theologische Marxismus-Rezeption geprägt durch grundlegendes Mißverstehen. Als repräsentatives Beispiel wähle ich *Horst Pöhlmann*, den Organisator des Marienbader Treffens. Sein Atheismus-Buch (bisher fünf Auflagen mit über 30000 Exemplaren) präsentiert Marx als Materialisten »ähnlich wie Feuerbach« (Pöhlmann 1986, 83), und d. h. unter anderem, daß er »nur dem Stofflich-Materiellen eine Realität zubilligt« (ebd., 82). Dies aber ist der in den Marxschen Feuerbachthesen kritisierte »alte Materialismus«, der die Wirklichkeit nur »unter der

Form des Objekts« fassen kann, nicht aber »als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv« (MEW 3, 5). Pöhlmann meint, das Marxsche Denken könne man auf die Formel bringen: »Das Bewußtsein des Menschen wird geändert, wenn vorher die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert wurden, nicht umgekehrt.« (Pöhlmann 1986, 83) Nein, antwortete Marx vor fast 150 Jahren, denn eine solche »materialistische« Entgegensetzung verißt, »daß die Umstände von den Menschen ... verändert werden« (MEW 3, 5). Die Entgegensetzung von »Materie« und »Geist«, »Sein« und »Bewußtsein« gehört in die vormarxsche Philosophie. Auch Marx spricht zuweilen noch in solcher Sprache (»das Leben bestimmt das Bewußtsein«; MEW 3, 27), aber er greift hier polemisch in eine vorgefundene Begrifflichkeit ein und baut sie um: »Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.« (Ebd. 26) Kritisiert ist hier nicht nur die Determinierung des »Seins« durch das »Bewußtsein«, sondern deren Trennung und Entgegensetzung selbst: Steigt man von der philosophischen Abstraktion des »Seins« herunter in den »wirklichen Lebensprozeß«, stößt man mitten in ihm sofort auf »Bewußtsein«, in der Arbeit z.B., wo im Gegensatz zur besten Biene sogar der schlechteste menschliche Baumeister »die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut« (MEW 23, 193). Marxens »neuer Materialismus« (MEW 3, 7) besteht nicht darin, die Determination des »Idellen« durch das »Materielle« zu beschwören, sondern in dem Versuch, die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Verhältnisse funktionalhistorisch aus ihrer lebenspraktischen Notwendigkeit zu rekonstruieren. »Rational begriffen ist 'Determination' ein Notwendig-Machen. Für eine solche, von Marx als 'einzig wissenschaftliche' Methode eingeschätzte (MEW 23, 393 A) ... Rekonstruktion wird Bewußtsein stets im Zusammenhang bewußten tätigen Seins gefaßt.« (PIT 1982, 87) Ohne diesen lebenspraktischen Zusammenhang wäre unverständlich, wie Marx behaupten kann, die Theorie werde, wo sie die Massen ergreift, »zur materiellen Gewalt« (MEW 1, 385). Entsprechendes gilt auf religiösem Gebiet für den Glauben, der bekanntlich unter bestimmten historischen Bedingungen Berge versetzt.

Daß im theologischen Marxismus-Verständnis die Vorurteile überwiegen, ist vom Marxismus mitverschuldet. Dies gilt insbesondere im Bereich der Ideologie- und Religionskritik. Da Marx und Engels keine systematische Ideologietheorie ausgearbeitet haben, stützten sich ihre Nachfolger auf unterschiedliche Begriffsverwendungen, ohne ihre Theoriefähigkeit zu überprüfen. Folgende Ausprägungen haben sich weitgehend durchgesetzt: 1. Ideologie als »verdrehte Auffassung«, »notwendig falsches Bewußtsein«, »bloßer Schein« der Warengesellschaft, »verdinglichtes Bewußtsein« (Lukačs) u.ä.; 2. Ideologie als »Klassenbewußtsein« (Lenin), rückführbar auf bürgerliche oder proletarische Klasseninteressen, zumeist instrumentalistisch verkürzt auf Manipulation und Propaganda. Beiden Traditionen gemeinsam ist die Festlegung des Ideologischen auf Ideengebäude und Bewußtsein. Gefordert ist ihre Ableitung aus der Ökonomie. Kritik der Ideologie bedeutet in der Regel ihre *Rückführung*: sei es auf den zugrunde liegenden Fetischcharakter der Ware, sei es auf das jeweilige ökonomische Interesse. Dem entspricht in der Politik die Strategie der *Entlarvung*: des »illusorischen Charakters« mit Hilfe wissenschaftlicher Aufklärung und/oder des gegnerischen Klassencharakters durch Gegenpropaganda.

Solche Kritik mag im einzelnen durchaus realitätshaltig und relevant sein. Aber der aufklärererische Frontalangriff sowie die ökonomistische Reduktion sind im strikten Wortsinn un-materialistisch. Sie übergehen die materiellen Instanzen der Ideologie-Produktion selbst, als hielte bloßes Bewußtsein die antagonistischen Gesellschaften zusammen und nicht real existierende Institutionen mit machtvollen

Beamtenapparaten, »befugten« Ideologen, festgelegten Ritualen und geregelten Diskursen. Hat man vorher aus der Ökonomie das Bewußtsein verbannt, so nun das Materielle aus der Ideologie. Ausgetrieben wird jeweils die Praxis. Ist aber das Ideologische verflüchtigt zur Idee, bleibt dem Marxisten nur noch die monokausale Ableitung, vor der der späte Engels so eindringlich gewarnt hatte (vgl. MEW 37, 497).

Es waren linke Niederlagen, die im Westen zur Erneuerung materialistischer Ideologieforschung führten: Gramscis hegemonietheoretische Überlegungen zum zweigleisigen »Grabensystem« der westlichen »Zivilgesellschaft« (*società civile*), Althusser's Überlegungen zu einer Theorie gesellschaftlicher Reproduktion durch »ideologische Staatsapparate«, im deutschsprachigen Marxismus vor allem die Studien des »Projekts Ideologietheorie« (PIT). Bislang übersehene Herangehensweisen bei Marx und Engels wurden neu entdeckt: Die erste ideologische Macht über den Menschen ist *der Staat*, schrieb der späte Engels (MEW 21, 302), keineswegs also ein Bewußtseinsphänomen, sondern handfeste Organisation von Herrschaft, eine »aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht« (ebd., 165). Seine Beamten werden »in Respekt gesetzt« durch Ausnahme Gesetze, »kraft derer sie eine besondere Heiligkeit und Unverletzlichkeit genießen«, seine Autoritäten stehen nicht mehr — wie die vorstaatlichen Gentilvorsteher — »mitten in der Gesellschaft«, sondern sind genötigt, »etwas vorstellen zu wollen außer und über ihr« (ebd., 166). Nicht mehr *horizontal*, sondern *von oben* wird nunmehr der gesellschaftliche Zusammenhalt organisiert. Eine Reihe von »praktischen Mächten« (Staat, Recht, Religion, Schule usw.) subordinieren die Menschen und erscheinen daher in der Vorstellung als »heilige Mächte« (MEW 3, 228).

Ins Zentrum des ideologietheoretischen Interesses rückt somit die »äußere Anordnung« des Ideologischen in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die in ihr produzierten Ideengebäude sind erst in diesem Zusammenhang greifbar (PIT 1982, 180f., 187f.). Wenn Marx und Engels darüber nachdenken, warum die »Ideologen« wie in einer »Camera obscura« alles auf den Kopf stellen, geht es ihnen nicht um die Widerlegung falschen Bewußtseins, sondern um die Rekonstruktion seiner *wirklichen* Verselbständigung auf Grund der Teilung von materieller und geistiger Arbeit (MEW 3, 32; vgl. ebd., 50, 540). Diese wiederum ist eingeflochten in den Entstehungsprozeß des Privateigentums (ebd., 32), der Klassen und des Staates (ebd., 33). Materialistische Ideologieforschung beginnt da, wo der Blick nicht mehr »auf das innere Bild der Camera Obscura gefesselt bleibt«, sondern »von der Seite kommt und die ganze Anlage umfaßt« (Haug 1984, 26). Damit verlagert sich auch das Interesse der Ideologiekritik von der Wahrheitsfrage zur Funktionsanalyse. Als Entfremdungsvorgang begreift sie die Übertragung ursprünglich »horizontaler« Kompetenzen auf besondere Apparate und die entsprechende Beeinträchtigung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit bei den Unteren. Die Kritik erfolgt in der Perspektive einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung. Der Ideologiebegriff ist kritisch, dies aber nicht im Sinne eines pauschalen Werturteils. Denn Gesellschaften, die in Gegensätze zerrissen sind, werden notwendig von oben vereinheitlicht, damit die gegensätzlichen Klassen »nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren« (MEW 21, 165). Häufig bilden sich staatliche, rechtliche und religiöse Einrichtungen auf Druck der unteren Volksschichten heraus, die sich so vor willkürlichen Übergriffen der herrschenden Klassen zu schützen versuchen. Bindungsfähige ideologische Werte sind von entgegengesetzten Standpunkten aus anrufbar. Die soziale Ambivalenz ist Bestandteil ihrer Wirkungsweise.

»Ihre Positionierung in der Herrschaftsstruktur macht die Ideologen zu Ideologen« (Haug 1984, 25), nicht ein spezifischer »Inhalt« ihrer Ideologie. Für die Weiterent-

wicklung marxistischer Religionskritik bedeutet dies: Nicht christlicher Glaube »an sich« ist ihr Gegenstand, sondern das einverständige Funktionieren der Religion im Rahmen von Klassen-, Staats- und patriarchaler Herrschaft.

### Die Blockierung des christlich-marxistischen Dialogs

Die Religionsdebatte im christlich-marxistischen Dialog ist weitgehend bestimmt durch die Konfrontation von Theismus und atheistischem Humanismus. Den Schlüssel zur Marxschen Religionsauffassung sieht man in den frühen Schriften der *Pariser Manuskripte* und der *Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* von 1844: »der Mensch« sei »der neue Drehpunkt«, referiert z.B. Pöhlmann, er solle »sein eigener Herr« (Pöhlmann 1986, 82) und dem Menschen »das höchste Wesen« sein (ebd., 90). Somit ist Marx zurückgestutzt auf eine Mischung aus bürgerlicher Aufklärung und Feuerbach. Die religiöse Widerlegung eines solchen Menschen-Glaubens funktioniert einfach: Als Urheber der imperialistischen Weltkriege erscheint »die Vernunft« (50). Zur Infragestellung des humanistischen »Fortschritts-glaubens« werden »Auschwitz, Dresden und Hiroshima« sowie »Verdun und Stalingrad« ins Feld geführt (71). Der Mensch stößt an den Rändern seiner Planung auf einen »unverrechenbaren Rest« (40). An den Grenzen der Machbarkeit braucht er »ein übermenschliches Du, das ihn vorwärtsruft« (76).<sup>4</sup> Von hier aus wird dem Marxisten die Versöhnungshand gereicht. Nicht ausgeschlossen sei, daß man sich in der »Gottesfrage« wieder einigen werde (91). Voraussetzung ist die Anerkennung einer allgemeinen »Transzendenz«: »Der Mensch braucht eben etwas, was über ihn hinausgeht und woran er sich halten kann.« (92)

Milan Machovec fügt sich nahtlos in diese Gesprächsanordnung ein, wenn er im Namen des Marxismus einen »Supremat ... des Prinzips 'Mensch' im Kosmos« behauptet: »der Mensch« stelle für Marx »ein gewisses 'Gegenideal' zu 'Gott' dar« (Machovec 1972, 5). Damit ist eine humanistische Gegenposition bezogen, die religiöse Form der Auseinandersetzung jedoch beibehalten. Warum soll der Glaube an »den Menschen« unbedingt weniger spekulativ sein als der Glaube an Gott? Nicht von ungefähr bezeichnete Marx den spekulativen Atheismus als »letzte Stufe des Theismus« (MEW 2, 116). Denn das »menschliche Wesen«, an das so geglaubt werden kann, ist notwendig wieder das »dem einzelnen Individuum innewohnende Abstraktum«, jene »stumme« und als natürlich gesetzte philosophische »Allgemeinheit«, der Marx in der 6. Feuerbachthese das Studium des »Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse« entgegensetzt (MEW 3, 6). Ein solcher Bogen zwischen dem einzelnen Individuum und dem abstrakten Humanum ist »hohl«, resümiert Ernst Bloch die Marxsche Kritik, und der ganze theologische Apparat ist »nur aus dem himmlischen Ort in eine gewisse Abstrakt-Gegend umgezogen« (Bloch 1979, 304f., 310). Machovec' Humanismus ist zudem weiterer Transzendentalisierung ausgesetzt. Denn konfrontiert mit »der Sinnfrage« braucht der Mensch ein »Gegenüber«. In den Marienbader Gesprächen von 1967 suchte Machovec die Lösung in der Existenz des Menschen selbst, nämlich in der dialektalen »Spannung zwischen der gegebenen Realität ... und der höchsten Möglichkeit seiner Existenz« (Machovec 1969, 262). Zwanzig Jahre später kann »der authentische Humanismus ... sein 'Gegenüber' ... nur in bezug auf das kosmische bzw. ontische Sein überhaupt finden« (ders. 1988, 237).

Eingespant in die Entgegensetzung von Theismus und Humanismus wird der christlich-marxistische Dialog zum Ort unabschließbarer Sinn-Verschiebungen: zwischen göttlicher und menschlicher »Transzendenz«, »Reich Gottes« und »Zukunft«, »Eschatologie« und »Utopie«, »Glaube« und »Hoffnung«, Lebens-Sinn als

geschenkter Gabe und menschlicher Aufgabe, als »Gegebenem« und »Aufgegebenem« usw. Auf dem theo-philosophischen Terrain des allgemeinen Gott-Mensch-Verhältnisses kann der Marxismus sich drehen und wenden, er hat immer das Nachsehen: Klagt er gegen das Göttliche das Menschliche ein, verweist ihn der Theologe auf den »Humanismus Gottes« (Barth), welcher zur Sündenvergebung der Menschen selbst Mensch geworden ist. In der Tat ist die von Feuerbach in den Marxismus übernommene apriorische Entgegensetzung von Gottvertrauen und diesseitigem Engagement empirisch nicht haltbar.<sup>5</sup> Sobald aber der marxistische Hase in Richtung Transzendenz losläuft, ist der christliche Igel schon angekommen. Denn vom Standpunkt göttlicher Transzendenz ist die menschliche Transzendenzanmaßung nicht nur unzureichend, sondern auch »werkgerecht« und damit — zumindest aus protestantischer Sicht — ein sündhafter Selbstbehauptungswille, »der sich Gottes Gnade nicht gefallen lassen will« (Zademach 1973, 303). Die Debatte wird noch komplizierter, wenn der humanistische Marxist sich eine solche Zurechtweisung ausgerechnet von linken Theologen gefallen lassen muß: »Der Mensch«, so ihre Argumentation, der sich in die Nähe Gottes setzen will, ist in der Regel der Herren-Mensch, der göttliche Wirkungsmacht auf eigene Herrschaft überzuleiten versucht. So ist es nicht verwunderlich, wenn christliche Bewegungen von unten der religiösen Gott-Mensch-Verknüpfung die unteilbare Allmacht des biblischen Gottes entgegensetzen, dessen »Gerechtigkeit« als Parteinahme für die Armen, Unterdrückten und Verfolgten auszulegen ist.

An dieser Stelle ist der christlich-marxistische Dialog, soweit er als weltanschauliche Debatte geführt wird, grundsätzlich blockiert. Dies hängt u.a. damit zusammen, daß die Religionskritik im Namen »des Menschen« weitgehend unbesehen aus der vormarxistischen Philosophie in den Marxismus gerutscht ist. Auch für Ernst Bloch, der wie kaum ein anderer Marxist die widerständigen und befreienden Dimensionen im Christentum aufnehmen konnte, versteht es sich von selbst, daß, wer »Kraft von oben erwartet«, geneigt ist, »alles hier unten im Argen zu lassen« (Bloch 1968, 191). Er verbündet sich in seiner Bibellektüre mit denjenigen Passagen, in denen er seine These vom »wachsenden Menscheneinsatz ins religiöse Geheimnis« bestätigt sieht (ders. 1979, 1392ff.). Seine Perspektive ist die der »Aufhebung alles Oben, worin der Mensch nicht vorkommt« (ders. 1968, 98). Im genauen Gegensatz dazu proklamiert eine christliche Religionskritik von den Propheten des Alten Testaments bis zu Karl Barth, daß in diesem »Oben« der Mensch nichts zu suchen habe und deshalb die religiöse Legitimation menschlicher Despotie unchristlich sei. Wer sich für die Eigenlogik der Auseinandersetzungen im Religiösen interessiert, wird eine solche vertikale Artikulation nicht »aufklärerisch« abkanzeln, sondern ihren »Sitz« in den sozialen Kämpfen sowie ihre Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Bewegung aufmerksam studieren.

Materialistische Ideologieforschung muß sich losmachen von dem humanistischen Vorurteil, im Religiösen seien Fortschritt und Reaktion, Befreiung und Knechtschaft unmittelbar abzulesen am Kräfteverhältnis zwischen »Gott« und »Mensch«. Denn das »Oben«, das der Arme für Gott freigehalten wissen will, ist nicht identisch mit dem privilegierten »Oben« der Klassengesellschaft, und ebensowenig deckt sich das menschliche »Unten« im Gott-Mensch-Verhältnis mit dem gesellschaftlichen »Unten« der Armut und des Hungers.<sup>6</sup>

### **Für eine ideologietheoretische Erneuerung marxistischer Religionskritik**

In der historischen Verbindung von philosophischem Humanismus und Marxismus liegt eine der Wurzeln für die Entwicklung zum »weltanschaulichen Atheismus«, der

sich als philosophische Negation und Aufhebung der Religion versteht. Gegen solche Rückholung des Marxismus ins Reich der Philosophie ließe sich freilich Marxens Polemik anführen, »Philosophie und Studium der wirklichen Welt« verhielten sich zueinander »wie Onanie und Geschlechtsliebe« (MEW 3, 218). Ein Marxismus, der auch in der Religionsauffassung den Terrainwechsel von der Spekulation zur Gesellschaftsanalyse vollzieht, kann sich aus der geschilderten »weltanschaulichen« Konfrontation weitgehend zurückziehen. Sein Atheismus wird »methodisch« (vgl. Gollwitzer 1988, 201f.) und versteht sich als »Arbeitsprinzip, das angibt, welcher Typ von Erklärungen in der Wissenschaft legitim ist« (Frostin 1978, 156). — In Marxens Überlegungen zur Religion kreuzen sich — ähnlich wie in seinen Aussagen zur Ideologie — unterschiedliche, sogar gegensätzliche Logiken. Wer Interesse hat, den Marxismus auf eine atheistische »Weltanschauung« festzulegen, kann sich darauf berufen, daß die von Feuerbach übernommene Kennzeichnung der Religion als entfremdetes Menschenwerk sich sowohl in den frühen als auch den späten Schriften finden läßt: »verkehrtes Weltbewußtsein«, »Opium des Volkes« (MEW 1, 378), »illusorisches Glück« (ebd., 379). »Anerkennung des Menschen auf einem Umweg« (ebd., 353), »selbständiges Reich in den Wolken« (MEW 3, 6), »phantastische Widerspiegelung« (MEW 20, 294), »Widerschein« (MEW 23, 94), »Nebelregion« (ebd., 87), »Nebelbildung« (ebd., 393 A), »Machwerk des eigenen Kopfes« (ebd., 649) usw. Die Definitionen bewegen sich auf der Ebene des »falschen Bewußtseins«. Ideologietheoretisch betrachtet sind sie vor-materialistisch. Die Marxsche Religionskritik ist hier selbst noch spekulativ.

Aber Texte sind nicht primär Existenz-Aussagen über »Wahrheit«, sondern selbst Handlungen. Sie intervenieren in diskursive Felder. Dies gilt für biblische Schriften wie für marxistische. Aus der Analyse, wie und in welcher Perspektive sie intervenieren, kann die materialistische Lektüre ihren »Sinn« erschließen. So liegt Marxens religionskritische Spezifik nicht darin, daß er die humanistische Religionskritik seines philosophischen Umfelds übernimmt, sondern in der Art und Weise, wie er schon in den frühen Schriften von 1843/44 ihre Anordnung umbaut. Liest man z. B. die »Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« als tätigen Eingriff, relativiert sich die Bedeutung der vielzitierten Religionsdefinitionen: Die Verneinung vor der Feuerbachschen Religionskritik ist eingebettet in den Appell an die Religionskritiker, ihre Fixierung auf die Religion endlich aufzugeben und überzuwechseln von der »Kritik des Himmels« zur »Kritik der Erde«, von der »Kritik der imaginären Blumen« zur Kritik der »tostlosen Kette«, von der Kritik des »Heiligenscheins« zur Kritik des »Jammertals«, von der Kritik der Theologie zur Kritik der Politik (MEW 1, 378f.). Der Appell artikuliert sich in der Sprache des Adressaten. Neues und Altes sind ineinandergeschoben. »Der Mensch macht die Religion«, resümiert Marx zustimmend die bisherige »irreligiöse Kritik« und fährt dann fort: »Aber der Mensch . . . , das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion.« (378) Was hier als korrigierende Ergänzung formuliert ist, markiert wissenschaftsgeschichtlich einen »epistemologischen Einschnitt« (Althusser 1968, 32). Wird der Perspektivwechsel vom Menschen auf den Staat ernstgenommen, ist eine Fortsetzung des Feuerbachschen Religionsverständnisses als Projektion des Menschen ausgeschlossen. Denn von der Spekulation über »den« Menschen und seine »Entfremdung« in der Religion sind wir weggewiesen zum Studium seiner zerrissenen »Sozietät« und ihrer ideologischen Mächte, einschließlich der kirchlichen.

Ausdrücklich kritisiert Marx das auch bei späteren Marxisten weitverbreitete Verfahren, »das religiöse Wesen in das menschliche Wesen« sowie »die religiöse Welt in

ihre weltliche Grundlage aufzulösen«, und fordert statt dessen, die Verdopplung der Welt in eine religiöse und eine weltliche »aus der Selbstzerrissenheit und Sichselbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären« (MEW 3, 6). Materialistisch und wissenschaftlich sei nicht die Reduktion der Religion auf einen »irdischen Kern«, sondern einzig ihre Entwicklung »aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen« (MEW 23, 393 A). Marx fällt jedoch hinter seinen analytischen Anspruch zurück, wenn er im gleichen Satz die Religion als »Nebelbildung« kennzeichnet. Denn die methodische Forderung nach Rekonstruktion aus den »jedesmaligen« Verhältnissen verträgt sich nicht mit Zuschreibungen, die vorab zu wissen vorgeben, worin das Wesen der Religion besteht. Zu Recht liest Frostin hier Marx gegen Marx, indem er den »vergessenen Text« der *Kapital*-Anmerkung nicht nur als Feuerbach-Kritik, sondern auch als implizite Selbstkritik der eigenen spekulativen Religionsauffassung interpretiert (Frostin 1978, 32).<sup>7</sup> Nicht als Existenzaussage ist z.B. der berühmte Satz vom »Opium des Volkes« von wissenschaftlichem Interesse, sondern als Aufforderung, religiöse Formationen auf ihre kompensatorischen Funktionen hin zu untersuchen. Inwieweit Religion sich »lähmend« oder »aktivierend« auf bestimmte Klassen und Bewegungen auswirkt, wird sich in konkreten Materialstudien erweisen.

Nicht mehr vom Standpunkt »des« Menschen aus könnte der Marxismus dann seine Religionskritik formulieren, sondern in der Perspektive eines klassenlosen und herrschaftsfreien »Gemeinwesens«. Engels führt diesen Begriff ein als »ein gutes altes deutsches Wort, das das französische 'Kommune' sehr gut vertreten kann« (MEW 19, 7). Die Religionskritik braucht sich nicht mehr zu versteifen auf das Verhältnis zwischen »Gott« und »Mensch«, sondern ihre Anfrage bezieht sich darauf, wie dieses »Gemeinwesen« in der Religion repräsentiert ist: Wie wird es z.B. als Ursprüngliches erinnert, und in welchen Praxisformen wird die Erinnerung festgehalten? Wie wird es als Künftiges antizipiert: jenseitig, endzeitlich, umsetzbar in gegenwärtige Praxis? Welchen »Sitz« hat es in der Lebenswirklichkeit der Gemeinde: gütergemeinschaftlich oder nur »im Geiste«, zwischenmenschlich oder nur »vor dem Herrn«? Wie ist es in Verhältnis gesetzt zur realen Herrschaft des Menschen über den Menschen? Überwölbt es imaginär die soziale Ungerechtigkeit, klagt es sie an, dämpft es die Folgen? Im Rahmen dieser Fragestellungen stellt sich dem Marxismus die »Gottesfrage« nicht mehr als weltanschauliches Problem.

Die marxistische Religionskritik wird dadurch nicht etwa entschärft, sondern trennschärfer. Erst wenn die Wahrnehmung befreiender Funktionen im christlichen Glauben nicht mehr durch die Allgemeinplätze der Feuerbachschen Projektionstheorie verbaut ist, kann auch der Zugriff der Herrschenden auf die Religion freigelegt werden. Sobald der Marxismus die Religion unvoreingenommen als spezifische Form sozialer Kämpfe studiert, kann die Kritik sich konzentrieren auf ihre Einpassung in die ideologische Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse. Die aufklärerische Negation des Gottesglaubens ist verwandelt in die analytische Aufgabe, den Gott der Privilegierten zu unterscheiden vom Gott der Unterdrückten. Damit ist wiederum der Weg frei zu einer fruchtbaren Begegnung mit den linken Traditionen christlicher Götzen- und Mammon-Kritik.

»Begegnung« ist hier nicht zu verwechseln mit Verschmelzung: Der Marxismus hat nicht die Aufgabe, sich mit der einen oder anderen Theologie zu identifizieren, so revolutionär sie auch sein mag. Gollwitzer fordert zu Recht einen »nüchternen Marxismus, der sich nicht von der Spekulation eines Absoluten abhängig macht« (1988, 234). Nie darf er sich aufschwingen zur Richterinstanz, die zwischen »richtigem« und »falschem« Glauben entscheidet.<sup>8</sup> Nicht als Ersatz-Theologie kann er von

Theologen genutzt werden, sondern als analytischer Werkzeugkasten. Gründe für eine solche Grenzziehung gibt es nicht nur von seiten der Theologie, sondern auch von seiten des Marxismus. Seine Aufgabe ist nicht die richtige Auslegung des Gotteswortes, sondern die »konkrete Analyse der konkreten Situation« (Lenin). Ihr geht es nicht primär um die Entlarvung »falscher« Auslegung (obwohl sie linken Theologen helfen kann, eine solche zu erkennen), sondern um das Begreifen gesellschaftlicher Funktionen der Religion. Daher begnügt sie sich nicht mit der Entgegensetzung von Knechtschaft und Befreiung im Religiösen, sondern interessiert sich für die Überlagerungen der gegensätzlichen Tendenzen im gleichen ideologischen Material: Formen religiöser Kompromißbildung, in denen »der 'Seufzer der bedrängten Kreatur' ... verschmilzt mit der Organisation ... ihrer Bedrängnis« (PIT 1982, 192f.). So kann die marxistische Religionskritik kritisch bleiben gegenüber den christlichen Bewegungen von unten, mit denen sie im Bündnis ist. Denn auch hier kann Religion zum »Opium« werden, etwa wenn Gesellschaftsanalyse und vernünftige Strategiebildung zurückgedrängt werden von den theo-ideologischen Untugenden des Idealismus und der Spekulation.

### Das »Absterben« der Religion

*Erika Kadletzowa* wies in Marienbad darauf hin, daß die Aussagen zum »Verschwinden« der Religion (z.B. MEW 4, 481; 20, 294f.; 23, 94) nicht isoliert werden dürften von der marxistischen Perspektive des »Absterbens« der Klassen, des Staats, der Ideologie, nicht zuletzt der Parteien (einschließlich der kommunistischen). Dieser Zusammenhang wurde in der Diskussion nicht gründlicher ausgewertet. Kritisiert ist hier einerseits die Inkonsequenz sozialistischer Staats- und Parteifunktionäre, die sich — aktiv vorantreibend oder tolerant abwartend — auf ein Absterben der Religion eingerichtet haben, während ihnen die Abgehobenheit der eigenen ideologischen Mächte selbstverständlich geworden ist. In Frage gestellt ist jedoch andererseits auch die voreilige Freude nicht weniger Theologen, die die religiöse Welle in der Sowjetunion als endgültige Widerlegung der Marxschen Theorie begrüßen. Von beiden Seiten ist die marxistische Religionskritik wieder herausgebrochen aus ihrer Verbindung mit der Kritik an sozialer, staatlicher und patriarchaler Herrschaft.

Aber auch in solcher Einbettung bleibt das Ärgernis: Wie soll marxistisch-christliche Zusammenarbeit auf Dauer möglich sein, wenn die eine Seite der anderen — wie langfristig auch immer — den Tod prognostiziert? Um dieses Hindernis beiseite zu räumen, haben Theologen und Marxisten unterschiedliche Argumentationen entwickelt. Hinkelammert z.B. kritisiert Marxs Vorstellung vom letztlichen Markt- und Staatsabbau als utopische »Ideologie« und beruft sich dabei unter anderem auf die gegenteiligen Erfahrungen der sozialistischen Länder (Hinkelammert 1985, 26, 65; 1986, 160ff.). Andere folgen der These Althusser's von der »Ewigkeit« der Ideologie und bestimmen diese (einschließlich der Religion) als »phantastische Vorstellung der Wirklichkeit« (Boer 1988, 215), die ebenso zur Existenz der Subjekte gehöre wie Essen und Trinken. Diese Öffnungsversuche des Marxismus gegenüber der Religion kosten jedoch ihren Preis: Werden Staat und Ideologie wieder als ewige Naturnotwendigkeit gesetzt, ist die analytische Unterscheidung zwischen Fremdbestimmung und Selbstorganisation, hierarchischer und kommunitärer Vergesellschaftung nicht mehr möglich. Die herrschaftskritische Schärfe der Marxschen Begriffsbildung geht somit verloren oder schwächt sich zumindest ab. Gelungen ist zwar die bündnispolitisch gebotene Annäherung des Marxismus an die Religion, aber dafür ist die Rücknahme der ausgelagerten Kompetenzen in die Gesellschaft als Perspektive marxistischer Analyse und Kritik nicht mehr durchgängig beibehalten.

Gerade der ideologietheoretische Zusammenhang zwischen Religions- und Staatskritik könnte jedoch den Knoten im christlich-marxistischen Verhältnis auflösen helfen. Denn in seinen Überlegungen zum »Absterben« des Staates differenziert Engels zwischen allgemeinen Überbau-Funktionen und deren herrschaftlicher Organisationsform. Der Staat soll sich ja nicht in »nichts« auflösen, sondern »an die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen« (MEW 20, 262). Engels denkt den Staatsabbau nicht spekulativ vom »Begriff« des Staates her, sondern ausgehend vom praktischen Problem des Abbaus gesellschaftlicher Herrschaft. Eine materialistische Ideologietheorie, die nicht mehr auf einer »negativen Extrabehandlung der Religion« (Frostin 1978, 151) beharrt, wird hier analog verfahren müssen: Wie bei den ideologischen Formen des Rechts, der Moral, der Literatur usw. bezieht sich die These vom »Absterben« der Religion auf diejenigen Strukturen und Funktionen, die mit gesellschaftlicher Über- und Unterordnung verbunden sind. Marxistische Religionskritik trifft sich hier mit den christlichen Projekten einer »entideologisierten Theologie« (Ellacuria 1986, 91). Das Problem, *wie* analytisch unterschieden werden kann zwischen den Gemeinwesen-Funktionen und ihrer Ideologieförmigkeit, stellt sich jedenfalls beiden Formationen: dem Christentum wie dem Marxismus.

## Anmerkungen

- 1 Die »Grenzen des Wachstums« hätten auch die »Grenzen der Wissenschaft« sichtbar gemacht, meint Sölle (1988, 169), ohne zu differenzieren, *welche* Denkweisen in welchen Wissenschaften an ihre Grenzen gestoßen sind. Aus den »Grenzen« wird im anschließenden Satz die »Krise der Wissenschaft«, und in ihr wird nun »die Frage nach dem Mythos neu gestellt«. Mit Hilfe solcher Allgemeinplätze bringt Sölle die Befreiungsperspektive ihrer »Theopoesie« in einen unfruchtbaren Gegensatz zur wissenschaftlichen Arbeit. Was sich ergänzen und wechselseitig bereichern könnte, wird so in einer blockierenden Anordnung festgehalten. Wie in solcher Frontstellung Sölles »pan-en-theistisch-mystische Position« (ebd., 62) unkritisch werden kann gegenüber irrationaler Lebensphilosophie, habe ich am Beispiel ihrer Tillich-Lektüre zu zeigen versucht (vgl. Sölle 1987a; Rehmann 1988). Es gibt jedoch auch entgegengesetzte Interventionen. An Ursprungsmythischen Richtungen im Feminismus kritisiert Sölle u. a. deren Entgegensetzung von Vernunft und Empfindung (vgl. Sölle 1987b, 619) und gegenüber »Vor-marxisten, die »post-marxistisch dahertönen, betont sie den Gebrauchswert des Marxismus als »analytisches Werkzeug« (dies. 1988, 45, 48).
- 2 Moltmanns Bloch-Referat ist hier allzu unkritisch. Denn man kann an diesen Passagen des »Prinzip Hoffnung« exemplarisch beobachten, daß die wohlklingendsten naturphilosophischen Formulierungen keinen Schutz bieten gegen die krassesten ökologischen Fehlurteile. Im gleichen Kontext finden wir Ausprägungen eines technologischen Fortschrittsoptimismus, der das, was man diesbezüglich Marx und Engels ankreiden könnte, weit in den Schatten stellt. Euphorisch begrüßt Bloch z. B. die friedliche Nutzung der Atomenergie, denn sie schaffe aus Wüste Fruchtländ und verwandle Sibirien zur Riviera (1979, 775). Bloch war nicht der naturschwärmerische Technikkritiker, als den der DDR-Marxismus ihn 1957 bei seiner Exkommunikation abzustempeln versuchte. Damit stellt sich grundsätzlich die Frage, ob der spezifische Beitrag des Marxismus zur Lösung der ökologischen Krise auf der Ebene der Naturphilosophie zu suchen ist.
- 3 Die Fixierung auf die »Naturphilosophie« im Marxismus verstellte lange Zeit den Blick für Marxens konkrete Studien zum inneren Zusammenhang von Menschen- und Naturausbeutung im Kapitalismus. Die ökologische Dimension seiner Kapitalismuskritik wird weithin unterschätzt, sowohl in der Ökologiebewegung als auch im theoretischen Marxismus.
- 4 Das Grundmuster dieser Argumentation ist von Dietrich Bonhoeffer beschrieben worden: Der Religiöse läßt den *deus ex machina* aufmarschieren, »entweder zur Scheinlösung unlösbarer Probleme oder als Kraft bei menschlichem Versagen, immer also in Ausnutzung menschlicher Schwäche« (1958, 181).
- 5 Daß philosophischer Humanismus zudem nicht unbedingt human ist, zeigt Bastiaan Wielenga am Beispiel des frühen Gattungsbegriffs bei Marx: Die Ausrichtung auf die Zukunft der menschlichen »Gattung« kann die Revolutionäre rücksichtslos machen im Verhältnis zu den gegenwärtigen Menschen, »die entlang der schmutzigen Straßen der Geschichte sterben« (Wielenga 1984, 334). Dagegen seien linke AktivistInnen nicht zuletzt an ihrem Verhältnis zu den Kindern und Alten zu messen (ebd., 336). Um so berechtigter ist allerdings die konkrete Kritik an religiöser (wie a-religiöser) Ideologie, wenn sie »unter dem Vorwand des Übernatürlichen dem Menschen Untermenschliches anbietet« (Garaudy 1966, 62).
- 6 Vgl. Gollwitzers kritische Auseinandersetzung mit der Biblexegese Ernst Blochs (Gollwitzer 1988, 198f., 208-243). Zur Wirkungsweise der vertikalen Theologie Karl Barths im evangelischen Kirchenkampf vgl. Rehmann 1986, 110ff.

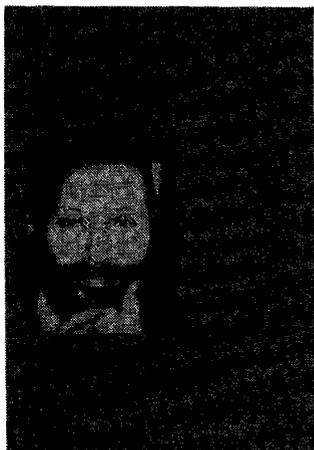
- 7 Allerdings ist Frostins Entgegensetzung von »titanischer Menschenvergottung der Jugendschriften« (Frostin 1978, 18) und »offenem« Religionsbegriff des Spätwerks (ebd., 154) zu stark. Sie unterschätzt zum einen die Marxschen Umbauversuche von der Spekulation zur Gesellschaftsanalyse in den Schriften vor 1845 und übersieht andererseits, daß die überallgemeinen Kennzeichnungen der Religion auch im Spätwerk weiterlaufen, als hätte es nie einen methodischen Bruch gegeben. Spekulative Allgemeinplätze und wissenschaftsfähige Interventionen sind nicht säuberlich in Früh- und Spätwerk zu scheiden, sondern überlagern sich im gleichen Textgewebe.
- 8 Dieser Versuchung erliegt z.B. Löschke, wenn er — in Anlehnung an Hinkelammerts Unterscheidung zwischen »authentischer« und »fetischierter« Transzendentalität — festzulegen versucht, dem Gottesverständnis der revolutionären Christen in Nicaragua werde nun die »bislang beherrschende vertikale Struktur genommen« (Löschke 1988, 252), und es handle sich um ein neues Transzendenz-Bewußtsein, das »bewußt der methodologischen Regel folgt, daß der Mensch sich Gott nach seinem Bilde schafft« (ebd., 290). Der von Löschkes Marxismus anerkannte Christ entpuppt sich als Feuerbachianer!

## Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis, 1968: Für Marx. Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst, 1968: Atheismus im Christentum. Zur Religion des Exodus und des Reichs. Frankfurt/M.
- ders., 1979: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt/M.
- Boer, Dick, 1988: Een fantastisch verhaal. Theologie en ideologische Strijd. Voorburg/NL
- Bonhoeffer, Dietrich, 1958: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft. Hrsg. v. E. Bethge. München
- Ellacuria, Ignacio, 1986: Theologie der Befreiung und Marxismus. Grundlegende Reflexionen. In: Rottländer 1986
- Frostin, Per, 1978: Materialismus, Ideologie, Religion. Die materialistische Religionskritik bei Karl Marx. München
- Garaudy, Roger, 1966: Negativer und positiver Atheismus. In: Kellner 1966
- Gollwitzer, Helmut, 1988: Die Bibel — marxistisch gelesen (1969). In: Ausgewählte Werke, Bd.6 (Umkehr und Revolution. Aufsätze zu christlichem Glauben und Marxismus, Bd.1). München
- Haug, Wolfgang Fritz, 1984: Die Camera obscura des Bewußtsein. Zur Kritik der Subjekt-Objekt-Artikulation im Marxismus. In: PIT 1984
- Hinkelammert, Franz, 1985: Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus. Freiburg (Schweiz), Münster
- ders., 1986: Der konservative Umgang mit dem Marxismus und die Veränderung der marxistischen Religionskritik (1976). In: Rottländer 1986
- Kellner, Erich (Hrsg.), 1966: Christentum und Marxismus heute. Gespräche der Paulus-Gesellschaft. Wien, Frankfurt/M., Zürich
- ders., 1969: Schöpfertum und Freiheit in einer humanen Gesellschaft. Marienbader Protokolle. Wien, Frankfurt/M., Zürich
- Löschke, Eberhard, 1988: Auf dem Weg zur Religion des Lebens. Christen im Befreiungskampf Nicaraguas und die marxistische Religionstheorie. Bochum
- Machovec, Milan, 1969: Auf gemeinsamer Suche nach dem Sinn des Lebens. In: Kellner 1969
- ders., 1972: Jesus für Atheisten. Stuttgart, West-Berlin
- ders., 1988: Die Rückkehr zur Weisheit. Philosophie angesichts des Abgrunds. Stuttgart
- MEW = Marx/Engels Werke. Berlin/DDR 1958ff.
- Moltmann, Jürgen, 1985: Gott in der Schöpfung. Ökologische Schöpfungslehre. München
- Pietilä, Veikko, 1984: Ideologie und Wissenschaft. Eine theoretische Skizze. In: PIT 1984
- PIT (=Projekt Ideologietheorie) (Hrsg.), 1982: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband AS 40. West-Berlin
- dass. (Hrsg.), 1984: Die Camera obscura der Ideologie. Philosophie, Ökonomie, Wissenschaft. Argument-Sonderband AS 70. West-Berlin
- Pöhlmann, Horst, 1986: Der Atheismus oder der Streit um Gott. Gütersloh
- Projekt sozialistischer Feminismus (Hrsg.), 1984: Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik. Argument-Sonderband AS 110. West-Berlin
- Rehmann, Jan, 1986: Die Kirchen im NS-Staat. Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte. Argument-Sonderband AS 160. West-Berlin
- ders., 1988: Paul Tillich — ein Befreiungstheologe der Ersten Welt? Kritische Anmerkungen zu Dorothee Sölles Tillich-Lektüre. In: Junge Kirche 2, 77ff.
- Rottländer, Peter (Hrsg.), 1986: Theologie der Befreiung und Marxismus. Münster
- Sölle, Dorothee, 1987a: Der Beitrag Paul Tillichs zu einer Theologie der Befreiung innerhalb der Ersten Welt. In: Junge Kirche 7/8, 404ff.
- ders., 1987b: Aus der Zeit der Verzweigung. Ursprünge und gegenwärtige Tendenzen feministischer Theologie. In: Junge Kirche 11, 614ff.
- ders., 1988: Das Fenster der Verwundbarkeit. Theologisch-politische Texte. Stuttgart
- Wielenga, Bastiaan, 1984: Introduction to marxism. Bangalore/Indien
- Zademach, Wieland, 1973: Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen. Ein Beitrag zum Dialog zwischen Christen und Marxisten. Düsseldorf

---

## Perspektiven des Anti/Ideologischen



Stuart Hall

### *Ausgewählte Schriften*

Mit einem Vorwort von W. F. Haug

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum, gefragter Autor aktueller politischer Analysen und Mitarbeiter an Fernsehfilmen (z.B. zur Konstruktion von »Rasse« in den Medien). Hall hat die Marxsche Theorie den Fragen eines sich verändernden Kapitalismus ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault (und über diese hinausgehend) um- und ausgebaut.

Diese erste Auswahl seiner Arbeiten gibt einen Überblick über sein vielfältiges theoretisches Wirken.

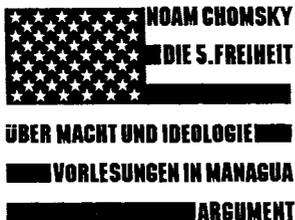
ca. 200 S., br.

Noam Chomsky

### *Die Fünfte Freiheit*

*Über Macht und Ideologie*

*Vorlesungen in Managua*



Dieser Band enthält fünf Vorlesungen, die der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky 1986 an der Universität von Managua (Nicaragua) gehalten hat. Sein zentrales Thema — der Titel deutet es an — ist die Freiheit der USA zu Raub und Ausbeutung der Dritten Welt. Mit welchen Mitteln die USA diese Freiheit verteidigten (und verteidigen), belegt Chomsky mit einer Fülle von Beispielen vor allem aus Indochina und Lateinamerika. Einprägsam entlarvt Chomsky die Kunst der ideologischen Verschleierung unbequemer politischer Tatsachen.  
ca. 176 S., br.

---

# Argument

---

Matthias Morgenstern

## Zionismus, Chassidismus und Messianismus

### Religiöse Parteipolitik in Israel

In Israel stellt sich das Problem des Verhältnisses von Staat und Religion auf eine besondere Weise. Denn das Judentum ist eine Religion, die von ihren Grundsätzen her beansprucht, gleichzeitig und mit allen ihren »Religionsgenossen« Nation zu sein. Die liberalen Reformjuden des 19. Jahrhunderts hatten zwar auf den nationalen Charakter des Judentums verzichtet und wollten als »Angehörige mosaischer Konfession« Deutsche, Engländer oder Franzosen werden. Ihre Assimilierungsbemühungen konnten aber den modernen Antisemitismus nicht verhindern, auf den der Zionismus mit der Wiederentdeckung der jüdischen Einheit von Nation und Religion reagierte. Nur unter der Voraussetzung dieser Einheit ist es verständlich, daß religiöse und religionspolitische Fragen im heutigen Israel nicht nur in der orthodoxen jüdischen Bevölkerungsminderheit eine Rolle spielen, sondern Religion ein Thema von höchster politischer Brisanz ist. Indem die mehrheitlich nichtorthodoxe zionistische Bewegung die orthodox-jüdische Definition der Identität von Religion und Nation prinzipiell anerkannte, gab sie den religiösen Interessenvertretern die Möglichkeit, mit ihren auf das Ganze des jüdischen Volkes gerichteten Ansprüchen auftreten und in die israelische Innen- und Außenpolitik eingreifen zu können.

Die religiösen jüdischen Parteien, die im politischen Leben des Staates Israel in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen haben, unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von den konfessionell gebundenen oder religiös orientierten Parteien in Europa. Zum einen sind die nationalen — oder nationalistischen — Motive bei ihnen ein integraler Bestandteil der religiösen Thematik. Zum anderen zeichnen sich diese Parteien häufig durch ihre extremen finanziellen Ansprüche an den Staat und die Forderung nach einer religiös inspirierten staatlichen Gesetzgebung aus. Mit wachsendem Erfolg verlangen sie Gelder für ihre orthodoxen Erziehungseinrichtungen. Sie drängen den weltlichen Staat, mit administrativen und legislativen Maßnahmen zugunsten der Sabbatruhe zu intervenieren. Dadurch betätigen sie sich primär als partikulare Interessenvertreter ihrer jeweiligen religiös-gesellschaftlichen Gruppen. Ihre langfristigen und umfassenderen Ziele werden aber sichtbar, wenn man diese Parteien und die ihnen zugehörigen religiös-politischen Strömungen im Kontext der jüdischen Geschichte der vergangenen zwei Jahrhunderte beurteilt. Dann werden auch die religiösen, soziologischen und politischen Unterschiede zwischen den orthodoxen Gruppierungen sichtbar, und es ergibt sich ein differenzierteres Bild von den Chancen und Gefahren, die von der gegenwärtigen religionspolitischen Situation Israels für seine Innen- und Außenpolitik ausgehen. Vor allem zwei innerorthodoxe Kontroversen haben den Staat Israel seit seiner Gründung begleitet und in den achtziger Jahren vermehrt auf das israelische Parteiengefüge Einfluß genommen. Uneins sind sich die thoratreuen Gruppen sowohl in der Beurteilung des Zionismus als auch des Chassidismus.

## Religiöser Antizionismus

Als am Ende des 19. Jahrhunderts die zionistische Bewegung entstand, wurde ihr Säkularismus von so gut wie allen gesetzestreuenden Juden, den Chassidim wie ihren »litauischen« Gegnern, den Mitnagdim<sup>1</sup>, rundweg abgelehnt. Durch die Jahrhunderte hindurch war sich die jüdische Gemeinde trotz aller internen Differenzen über das Eine doch immer einig gewesen: Daß Gott dem Volk Israel sein Gesetz, die Thora, gegeben habe und es die Aufgabe der Juden sei, deren Gebote und Verbote einzuhalten. Wann immer einzelne Juden aus diesem allgemeinen Konsens ausscherten, gab es überlieferungsgemäß keine andere Möglichkeit, als diese zu Abtrünnigen zu erklären und aus dem jüdischen Gemeindeverband auszuschließen. Als im Zuge der Aufklärung die Zahl derer, die »das Joch des Gesetzes« abwarfen, immer größer wurde, konnte man einer so großen Anzahl von ehemaligen Religionsgenossen die Judaizität nicht mehr einfach absprechen. Außerdem büßte die Strafe des Ausschlusses aus der Synagoge an gesellschaftlicher Wirkungskraft ein. Die Frage, wie ein religiöser Jude zu einem der Thora abtrünnig Gewordenen zu stehen hat, blieb gleichwohl besonders heikel und wurde im religionsgesetzlichen Sinne nie abschließend und allgemeingültig beantwortet. Schließlich fordert die Thora die Gottesgemeinde dazu auf, das Böse aus ihrer Mitte wegzutun (Deuteronomium 17,7). Ganz in diesem Sinne deklariert auch noch heute Rabbi Joel Teitelbaum, das Oberhaupt der radikal antizionistischen Satmarer Chassiden, daß man mit den Häretikern und Abtrünnigen, d.h. den Zionisten, keinen Frieden schließen könne:

»Wenn man alle Sünden und Übertretungen, die in dieser Generation auf der ganzen Welt begangen werden, zusammennähme und auf eine Waagschale legte, dann wöge die Sünde des Zionismus und des Staates Israel auf der zweiten Schale doch noch schwerer.« (Jaron, 329)

In dieser religiösen Perspektive ist der Zionismus nicht nur eine Gottlosenbewegung. Besonders zu tadeln ist der für Juden unerlaubte, ja geradezu blasphemische Versuch, mit der Heimholung Israels in sein Heimatland Gottes Heilsplan vorwezunehmen.

Der Antizionismus gehörte auch zu den ideologischen Grundlagen einer im Jahre 1913 von mehreren chassidischen Rabbinern in Kattowitz gegründeten Bewegung, die sich Agudat Israel (»Sammlung Israels«) nannte und als orthodoxe Partei in den israelischen Parlamenten seit der Staatsgründung eine wichtige Rolle spielte. Der Rabbiner des südpolnischen Städtchens Gur, der wichtigste und bekannteste unter den Gründervätern der Bewegung, verfolgte das Ziel, das orthodoxe Judentum auf klarer antizionistischer Grundlage unter einem Dach zu sammeln und durch die inneren und äußeren Wirren der Zeit hindurchzureiten. Ein jüdisches Gemeinwesen konnte er sich nur auf der Grundlage des göttlichen Gesetzes, der Thora, vorstellen. Die wenigen Agudatisten, die der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie in Europa entkommen und nach Palästina einwandern konnten, arbeiteten aus diesem Grunde auch nicht mit den zionistischen Institutionen zusammen. Sie konzentrierten sich ganz auf den Aufbau ihrer eigenen Werke, namentlich die Errichtung eines eigenständigen Erziehungssystems. Nach der Staatsgründung Israels erkannte man den Staat de facto an, ohne die ursprüngliche ideologische Grundlage aufzugeben. Der Rabbiner

Jitzhaq Meir Levin, ein Schwager des Rabbi von Gur, akzeptierte sogar zeitweilig einen Ministerposten in den ersten drei Jahren der Regierung David Ben Gurions. Diese Haltung des Kompromisses gegenüber dem Zionismus trug der Agudat Israel die Feindschaft von radikaleren antizionistischen Gruppen ein. Deshalb blieb die Partei nach 1952 bis zur Übernahme der Regierung durch den nationalistischen Likud-Block im Jahre 1977 in der Opposition. Aus ihrer traditionellen Reserve heraus verzichtete sie jedoch auf personelle Beteiligung an der Regierung Menachem Begins. Sie ließ sich die Unterstützung des Likud-Blocks durch substantielle religionspolitische Zugeständnisse bezahlen (*HaAretz*, 21.6.1984).<sup>2</sup>

### Messianismus aus Brooklyn

In den achtziger Jahren machte die Agudat Israel eine Entwicklung durch, die ihr chassidisches Profil immer deutlicher hervortreten ließ. Gleichzeitig nahm das biblische Erez Israel, das Land Israel zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan, einen immer wichtigeren Platz in ihrem politisch-religiösen Bezugssystem ein. Die Wandlung von einer ursprünglich antizionistischen Partei in eine religiös-nationalistische Bewegung, die von ihren religiösen Vorstellungen her Unnachgiebigkeit gegenüber den Arabern predigt, hängt aufs engste mit dem Eingreifen einer mächtigen chassidischen Führungsgestalt zusammen, die ihren Wohnsitz in den USA hat: Im Jahre 1988 griff der in Brooklyn residierende 87jährige Rabbi von Lubawitsch zum ersten Mal aktiv in den israelischen Wahlkampf ein (*HaAretz*, 30.9. und 14.10.1988). In sicherheitspolitischen Fragen ein ausgesprochener »Falke«, half der Rabbi der Agudat Israel, ihre Vertretung in der Knesset von zwei auf fünf Sitze mehr als zu verdoppeln. Diese Einmischung war deshalb besonders spektakulär, weil die Lubawitscher Chassiden unter allen religiösen Strömungen des zeitgenössischen Judentums einen ganz besonderen Platz einnehmen. Sie glauben nämlich, daß ihr Rabbi, der siebte in der über 190 Jahre alten Lubawitscher Dynastie, der Sohn Davids, der Messias und kommende König Israels sein wird (vgl. Kislew 1987).

Schon in seinen historischen Anfängen wurde der Chassidismus wegen seiner Herausstellung der Rolle der religiösen Führerpersönlichkeit von seinen Gegnern eines falschen Messianismus bezichtigt. Denn der an der Spitze einer chassidischen Gruppe, eines »Hofes«, stehende »Rebbe« oder »Zaddik« (wörtl. »Gerechter«) ist unter seinen Anhängern Gegenstand höchster Verehrung (vgl. Levi 1988, 9ff.). Der Rebbe übernimmt sein Amt nicht wie im traditionellen rabbinischen Judentum als Thora- oder Talmudgelehrter, sondern als Erbe seines Vaters, als »Thronfolger« und Wahrer der dynastischen Tradition. Im Glauben an die Erbllichkeit der Vermittlung des Heils wird kein Chasside irgendeinen wichtigen Schritt in seinem Leben tun, ohne vorher »seinen« Rebben um Rat zu fragen. Seien es persönliche oder berufliche Fragen, Hochzeit, Krankheit, bevorstehende Operationen oder Wohnungswechsel — bei allen Problemen wird vor der eigenen Entscheidung der Rat des chassidischen Meisters eingeholt und wie ein persönliches Orakel akzeptiert.<sup>3</sup> Je nach der spezifischen Tradition des Hofes werden dem Rebben auch heilende oder andere übernatürliche Kräfte zugesprochen,

die die gläubigen Chassiden von ihren Meistern abhängig machen. Auch die chassidischen Politiker sind in einem hohen Maße von ihren religiösen Schutzherrn abhängig. In der Öffentlichkeit werden sie geradezu als Abgesandte ihrer jeweiligen Rebben angesehen. So galt der Knessetabgeordnete Mosche Jehoschua Hagar, der bis 1984 im Parlament saß und wegen seines »jugendlichen« Alters — er war ungefähr 60 Jahre alt — »Rav Moischele« genannt wurde, als politisches Sprachrohr des Rebben von Witschnitz, einer zweiten charismatischen Führungspersönlichkeit der Agudat Israel. Avraham Schapira hingegen, der langjährige Vorsitzende des mächtigen Finanzausschusses der Knesset, hörte bedingungslos auf die Stimme des Rabbi von Gur (vgl. Kislew 1987).

Keine chassidische Richtung ging in der Verehrung ihres »Zaddik« aber bisher so weit wie die Anhängerschaft des Rabbi von Lubawitsch, der die Erlösungserwartungen der Gläubigen zum ersten Mal in der Geschichte des Chassidismus auf seine Person konzentrieren konnte. Von diesem messianischen Glauben geht eine große missionarische Kraft aus und die Lubawitscher Richtung ist gegenwärtig die am stärksten wachsende chassidische Gruppe (vgl. Kislew). Besonders aktiv sind die »Missionare« in Jerusalem, wo sie versuchen, sich eine eigene Domäne innerhalb des staatlich-religiösen Schulsystems aufzubauen. Die Lubawitscher Chassiden unternehmen große Anstrengungen, um die säkularisierten Juden wieder zur Religion zurückzuführen und sie mit der Botschaft vom baldigen Kommen der Erlösung bekanntzumachen.

### Der »litauische Widerstand«

Doch dieser Messianismus blieb innerhalb der jüdischen Orthodoxie nicht ohne Widerspruch. Der in Bnei Braq bei Tel Aviv wohnhafte Rabbiner Elieser Menachem Schach gilt weltweit als die wichtigste rabbinische Persönlichkeit aus dem Kreise der alten Gegner des Chassidismus, die schon im Litauen des 18. Jahrhunderts der Ausbreitung des religiösen Enthusiasmus eine Grenze gesetzt hatten (vgl. Scholem 1980, 368). Schach hatte, bis 1984 der alte Gegensatz zwischen den Chassidim und den »Mitnagdim« wieder ausbrach, in der Agudat Israel mitgearbeitet (vgl. Levi 1988, 218ff). Damals hatte er mit einer neuen antichassidischen Partei unter dem Namen »Schass«<sup>4</sup> ein Wahlbündnis zwischen den westjüdischen (aschkenasischen) »Litauern« und der orientalischen (sefardischen) Orthodoxie zustande gebracht. Diese Formation verdankte ihren Erfolg im Jahre 1984 zum großen Teil den zunehmenden Spannungen zwischen dem aschkenasischen und dem sefardischen Bevölkerungsteil in Israel, die sich zum ersten Mal auch in der Parteipolitik niederschlugen. Vier Jahre später konnte die »Schass«-Partei, die für die orientalischen Juden eine Rückkehr zu ihren religiösen Quellen propagierte, ihre Stimmenanzahl noch erheblich steigern und zog mit sechs Mandaten als drittstärkste Fraktion in die neue Knesset ein.

Im Jahre 1988 steuerte der Kampf zwischen dem Rabbi aus Bnei Braq und dem von ihm so genannten »Sektenführer« aus Amerika einem neuen Höhepunkt entgegen. Zum ersten Mal mischte sich der Lubawitscher Rebbe offen in den israelischen Wahlkampf ein und stellte sich in aller Klarheit auf die Seite der Agudat Israel. Für Schach war dies ein Grund mehr, den Kampf gegen die chassidischen

Gegner zu intensivieren. Vornehmlich diesem Zweck diene seine neuerliche Parteigründung »Degel HaThora« (»Thorabanner«), mit der er eine zweite Front eröffnete und neben der orientalischen »Schass« nun auch eine aschkenasische Formation in den Kampf gegen den Lubawitscher Feind schickte.

Im Wahlkampf gingen Degel HaThora und Agudat Israel in aller Schärfe gegeneinander vor. Sie störten die Wahlversammlungen der gegnerischen Gruppierung und setzten die Wähler mit religionsgesetzlichen Entscheidungen und Verwünschungen, die unter Androhung von himmlischen und irdischen Strafen eine bestimmte Wahlentscheidung erzwingen sollten, unter Druck. Sie nahmen ihre eigenen Anhänger in den Parteiversammlungen unter feierlichen Eid, woraufhin prompt die Gegenseite diese Wahlschwüre nach sakralrechtlichen Regeln außer Kraft setzte, um den Vereidigten doch noch eine andere, die von ihnen erwünschte Wahlentscheidung zu ermöglichen (vgl. Levi 1988, 22ff.). Der Höhepunkt dieses mit natürlichen und übernatürlichen Mitteln geführten Wahlkampfes war erreicht, als Elieser Menachem Schach den Tag vor dem entscheidenden 1. November zu einem allgemeinen Tag des Fastens erklärte, um auf diese Art und Weise das »himmlische Erbarmen« zu wecken und einen Sieg der »litauischen« Partei herbeizuführen.<sup>5</sup> Die Wähler belohnten diese außergewöhnlichen Anstrengungen am Wahltag mit 1,5 Prozent der Wählerstimmen und zwei Knesetmandaten.

### Zionistischer Messianismus

Auch auf der zionistischen Seite der jüdischen Orthodoxie und ihrer parteipolitischen Vertretung in Israel spielt der Messianismus in den letzten Jahren eine immer größere Rolle. Anders als bei den Lubawitscher Chassiden sind aber hier die endzeitlichen Erwartungen in einem hohen Maße mit den biblischen Landverheißungen und den durch den Zionismus herbeigeführten politischen Ereignissen, die im Licht der Bibel gedeutet werden, verknüpft.

Die »Misrachi«-Gruppierung<sup>6</sup>, die große Gegenspielerin der Agudat Israel, entstand schon elf Jahre vor dieser im Jahre 1902 als eigenständige politische Bewegung und Repräsentantin der aschkenasischen Orthodoxie innerhalb der zionistischen Weltbewegung (vgl. Wolffsohn 1983, 32ff.). Sie rekrutierte sich vor allem aus mittelständischen Juden und ist bis heute im westeuropäischen und amerikanischen Judentum als selbständige Kraft präsent. Sowohl in Israel als auch in der Diaspora spielten die Misrachi-Leute eine führende Rolle im religiösen Erziehungswesen. Im Jahre 1922 spaltete sich die nationalreligiöse Arbeiterpartei »Poalei Misrachi« von der Misrachi-Mutterpartei ab. Sie war vor allem unter den Mitgliedern der religiösen landwirtschaftlichen Kooperativen tätig und baute auch eine unabhängige religiöse Gewerkschaft auf. Im Jahre 1956 schlossen sich die beiden zionistisch-religiösen Parteien in Israel zur National Religious Party (NRP) zusammen. Von ihrer zionistischen Grundeinstellung her fiel den Nationalreligiösen die Kooperation mit den Institutionen des weltlichen Staates naturgemäß leichter als der Agudat Israel. So erwiesen sie sich in den ersten drei Jahrzehnten nach der Staatsgründung auch als verlässliche Koalitionspartner der Arbeiterpartei. In dem Maße, in dem die sefardische Masseneinwanderung der

fünfziger und sechziger Jahre das israelische Gesellschafts- und Wirtschaftsgefüge veränderte, wurde die alte gesellschaftliche Basis der Nationalreligiösen Partei aber zusehends schmaler (vgl. ebd., 409ff.). Weder der NRP noch den sozialistisch-zionistischen Parteien gelang es, ihr jeweiliges »westliches« Gedanken- gut der wachsenden orientalischen Bevölkerung nahezubringen. Als sich die gesellschaftlichen Veränderungen in den siebziger Jahren zunehmend auch politisch bemerkbar machten, wurde ihr Fortbestand als religiös und politisch gemäßigte, aschkenasisch dominierte Partei immer fraglicher. Um die in nationaler wie religiöser Hinsicht radikaleren Wähler an die Partei zu binden, wurden in zunehmendem Maße die religiös-zionistischen Pionierwerte durch neue religiös-nationalistische Ideale ersetzt. Schließlich hatte die NRP maßgeblichen Anteil an der »Likud-Revolution« des Jahres 1977; sie verhalf Menachem Begin an die Regierung, beteiligte sich als Juniorpartner an seinen Kabinetten und entwickelte sich zu einer Interessenvertretung der nationalistischen Siedler im besetzten »Judäa und Samaria« und ihrer militanten »Gusch-Emunim«-Bewegung (vgl. Friedman 1984, 162ff.). Während sich nach der Staatsgründung immer mehr nichtreligiöse Israelis mit dem Erreichten zufriedengaben, ging die Pionierrolle im Bewußtsein dieser messianischen Zionisten nun auf die Vertreter der Religion über. Sie kämpfen dafür, daß das Land Israel ungeteilt bleibt und das Volk Israel in ihm zu seiner göttlichen Bestimmung zurückfindet. Im Juli 1988 gab die Partei dieser Entwicklung symbolischen Ausdruck, als sie demonstrativ ihre Zentrale von Tel Aviv nach Ostjerusalem verlegte und ankündigte, von ihrem neuen Parteihaus, das auf dem Abhang des Ölbergs gegenüber dem Tempelberg gelegen ist, auch den Knessetwahlkampf führen zu wollen (*HaAretz*, 22.7.88). Gleichzeitig näherte sie sich in ihren religionspolitischen Vorstellungen auf dem Felde der Innen- und Rechtspolitik immer mehr den maximalistischen Konzeptionen der »nicht-zionistischen« ultraorthodoxen Parteien an. Im Einklang mit Agudat Israel und Schass trat sie nun verstärkt dafür ein, dem jüdischen Charakter des Staates durch eine strengere staatliche Religionspolitik Geltung zu verschaffen.

Die religiöse und nationalistische Radikalisierung unter den religiösen Zionisten steht in einem engen Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Jahre, die dazu beigetragen haben, daß die religiösen Geschichtsdeutungen in den Augen vieler Israelis noch an an Plausibilität gewonnen haben. Besonders der Ausgang des Sechs-Tage-Krieges wurde von vielen als direktes Eingreifen Gottes empfunden. Nicht nur der wunderbare Sieg über die Feinde, sondern vor allem der freie Zugang zu den historischen Stätten des Judentums im Ostteil der Heiligen Stadt wurde als Erfüllung biblischer Verheißungen gedeutet (vgl. Jaron 1985, 231ff.). Mit der Eroberung des biblischen »Judäa und Samaria« schien die Deutung des ersten aschkenasischen Oberrabbiners von Israel, Abraham Isaak Ha-Cohen Kook, das zionistische Unternehmen stelle den »Beginn der Erlösung«<sup>7</sup> dar, seine Bestätigung finden. Nach seiner Interpretation der Heilsgeschichte hatte nun die jüdische Besiedlung und Fruchtbarmachung des neu eroberten Landes zu folgen. Denn die Rückkehr des Volkes Israel in seine biblische Urheimat würde seine endzeitliche Erlösung vorbereiten und schließlich dem Kommen des Messias den Weg ebnen. In dieser heilsgeschichtlichen Konzeption ist jeder Widerstand, der sich dem Weg der Erlösung entgegenstellt, geradezu eine

Bestätigung seiner Richtigkeit. Dies gilt für den Oktoberkrieg des Jahres 1973, der am Jom Kippur, dem höchsten Feiertag des Judentums, begann, in gleicher Weise wie für die Intifada, den Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten.<sup>8</sup>

In den letzten Jahren verschärften sich die innerparteilichen Konflikte zwischen den radikalen Gruppierungen in der Partei und dem Parteivorsitzenden Sewulon Hammer, der ein Tor zur Arbeiterpartei offenlassen wollte. Ende April 1988 kam es zum Eklat, als nicht Hammer, sondern sein Gegner, der radikale Nationalist Avner Schaki, auf den ersten Platz der Landesliste für die Knessetwahlen gewählt wurde. Durch seine verbalen Ausfälle und populistischen Lösungsvorschläge hatte sich Schaki in gemäßigten Kreisen einen schlechten Ruf erworben. In der israelischen Presse hieß es, allein sein Name wirke auf »gebildetere aschkenasische Kreise« wie ein rotes Tuch. Die aschkenasische Abneigung gegen ihn wurde von Schaki, der sefardischer Abstammung ist, als Rassismus ausgelegt.<sup>9</sup>

Als Reaktion auf die fortschreitende Radikalisierung in der NRP bildete sich 1988 vor den Knessetwahlen eine neue gemäßigte religiöse Partei unter dem Namen »Memad«<sup>10</sup>, die ihre Bereitschaft zu einem Bündnis mit der Arbeiterpartei und zu einem territorialen Kompromiß mit den Arabern signalisierte. Doch während dem Vormarsch der messianischen Chassidim im nichtzionistischen ultra-orthodoxen Lager durch die Stimmengewinne der beiden Parteien des Rabbiners Schach (Schass und Degel HaThora) immerhin ein Gegengewicht entgegengesetzt werden konnte, war innerhalb des Lagers der staatstragenden religiösen Parteien die Entscheidung des Wählers eindeutig. Die Partei Schakis konnte die Anzahl ihrer Mandate auf fünf erhöhen, während die gemäßigt-religiöse Liste an der Einprozenthürde scheiterte und nicht in die Knesset einzog. Auf sie, die die Funktion einer Brücke zwischen den religiösen und den weltlichen Parteien hätte übernehmen können, hatten manche Beobachter große Hoffnungen gesetzt.

Faßt man die religiösen und religionspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre zusammen, so zeigen sich mehrere teils widersprüchliche, teils Hand in Hand gehende Tendenzen: 1. Teile des vormals »antizionistischen« Lagers (Agudat Israel) passen sich zunehmend an die Verhältnisse im Staat Israel an und beteiligen sich am politischen Machtkampf; 2. Der alte religiöse Gegensatz zwischen Chassidim und Mitnagdim lebt wieder auf und findet einen parteipolitischen Niederschlag; 3. Messianische Erwartungen nehmen sowohl bei den Chassiden als auch im nationalreligiösen Lager zu und verstärken die nationalistischen Ambitionen; 4. Die nationale und religiöse Redikalisierung greift auf weite Teile des religiösen Zionismus über, so daß 5. der Versuch eines gemäßigt-nationalreligiösen Neuanfangs scheitert; 6. Die ethnischen Spannungen zwischen den westlichen und den orientalischen Juden schlagen sich in der religiösen Parteipolitik nieder und führen zum Auftreten und Erfolg der sefardischen »Schass«-Partei. In ihrer Gesamtheit haben diese Entwicklungen die ohnehin schwierige Situation in Israel und dem nahöstlichen Raum noch weiter kompliziert und unberechenbarer, damit gefährlicher gemacht.

## Anmerkungen

- 1 Wörtl. »Gegner« (hebr.); die Gegner des Chassidismus im Judentum werden auch heute noch vielfach »Litauer« genannt, weil der Widerstand gegen die chassidische Bewegung von litauischen Rabbinern ausging.
- 2 Zusammen mit der im folgenden beschriebenen Wandlung der Agudat Israel stellte sich auch eine neue, positivere Einstellung zum Regierungsapparat ein. In den Koalitionsverhandlungen nach den Novemberwahlen wurden zum ersten Mal Kabinettposten als Forderungen (und d.h. nicht mehr als »Zugeständnis an die Zionisten«) ins Spiel gebracht.
- 3 Das Jüdische Lexikon, hrsg. von Georg Herlitz und Bruno Kirschner, Berlin 1927, S. 1343, urteilte so über diese Erscheinungen: »Vor allem artete der in zahllosen berühmten chassidischen »Dynastien« ... gepflegte Zaddikimkult oft in Aberglauben und Charlatanerie aus.« Zum mystischen und magischen Hintergrund vgl. Scholem, 1973, 11ff.
- 4 Kurzwort für »Schischa Sedarim«, d.h. »Sechs Ordnungen« (sc. der Mischna, des ersten Talmudteils). Mit ihrem Namen bringt die Partei zum Ausdruck, daß sie in der Konkurrenz mit den anderen religiösen Parteien die ganze Breite der rabbinischen Tradition repräsentiert und auf ihrer Seite hat.
- 5 Vgl. Ma'ariv, 1.11.1988; in Ma'ariv, 8.11.1988, findet sich ein Bericht über gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen.
- 6 Anspielung an die Forderung des jüdischen Gelehrten Achad HaAm, in Palästina solle ein »Geistiges Zentrum« (hebr. »Merkas Ruchani« = »Misrachi«) errichtet werden.
- 7 Mit seiner These von der »Atchalta DiGeula« (dem »Beginn der Erlösung«) verarbeitete der Oberrabbiner Abraham Isaak HaCohen Kook ein altes talmudisches Lehrstück aus dem Traktat »Megilla«. Sein Sohn, der Rabbiner Zwi Jehuda Kook, brachte diese Lehre zu ihrer politischen Konsequenz und wurde nach 1967 zum Mentor der jüdischen Siedlungsbewegung im besetzten Westjordanland.
- 8 Eine dementsprechende religiöse Geschichtsinterpretation wird von Rabbiner Israel Ariel in HaAretz, 6.1.1989, entfaltet.
- 9 Vgl. HaAretz, 30.9.1988 (Schaki: »Rassisten und Geisteskranke fallen über mich her!«).
- 10 Kurzwort für »Machane HaMerkas HaDati«, »Lager des religiösen Zentrums« (hebr.).

## Literaturverzeichnis

- Bokser, Ben Zion (Hrsg.), 1979: Abraham Isaac Kook, The Lights of Penitence. London
- Buber, Martin, 1906: Die Geschichte des Rabbi Nachman. Frankfurt/M.
- ders., 1908: Die Legende des Baalschem. Frankfurt/M.
- ders., 1922: Der große Maggid und seine Nachfolge. Frankfurt/M.
- Friedmann, Menachem, 1984: The NRP in Transition. In: Dan Caspi (Hrsg.): The Roots of Begin's Success. New York
- Jaron, Zwi, 1985: Die Lehre des Rabbi Kook. Jerusalem (hebr.)
- Kislew, Ran, 1987: Die Glocken des Messias. In: HaAretz, 11.12.1987 (hebr.)
- ders., 1987: Die Feudalisten des Zwanzigsten Jahrhunderts. In: HaAretz, 4.12.1987 (hebr.)
- Levi, Amnon, 1988: Die Ultraorthodoxen. Jerusalem (hebr.)
- Scholem, Gerschom, 1973: Zur Kabbala und ihrer Symbolik. Frankfurt/M.
- ders., 1980: Die jüdische Mystik. Frankfurt/M.
- Wolffsohn, Michael, 1983: Politik in Israel. Opladen

Jan Christer Bengtsson

## Im Namen des Gesetzes

### Peter Weiss und die Filmzensur

In seinem Buch »Avantgardefilm« (1956) vergleicht Peter Weiss die Zensur mit einer Einrichtung des Über-Ich: »Die Zensur: diese Einrichtung des Über-Ichs beim Film, die dann zuschlägt, wenn das Thema allzu brenzlich wird!« Eigene Erfahrungen mit der Filmzensur stehen hinter den folgenden Äußerungen: »Da zudem der öffentlich anerkannte Film noch von bevormundender Vorzensur beherrscht ist, bleibt mir keine andere Wahl, als weiter für einen kleinen, geschlossenen Kreis zu arbeiten. Ich kann, um des Prinzips willen, die diktatorische Institution der Zensur provozieren und angreifen. In der Zukunft weigere ich mich aber, mich ihren großtuerischen Eingriffen aussetzen zu lassen. Man muß nur weitermachen. Man muß nur weiter auf die Gestaltung der eigenen Visionen hin arbeiten. Laß' sie nur so nackt, so intensiv, so engagiert, so verletzend für Zucht und Sittlichkeit wie es nur möglich ist!« So schrieb Peter Weiss in einem Programmheft anlässlich eines »Avantgarde-Film-Festivals«, das Filmen über moderne Bildkunst gewidmet war. Das Festival hieß »Der Film als künstlerisches Ausdrucksmittel«. Etwa 70 Kurzfilme wurden in der Zeit vom 13. bis 21. Mai 1958 im »Moderna Museet« von Stockholm gezeigt, darunter ein Film von Hans Nordenström und Peter Weiss mit dem Titel »Im Namen des Gesetzes«, den sie im Frühjahr 1957 gedreht hatten. Es war ein Dokumentarfilm über das Leben im Jugendgefängnis von Uppsala. Die staatliche schwedische Filmzensur hatte die Schere benutzt und einige Meter entfernt. Weiss und Nordenström blendeten deshalb am Anfang des Films den Text ein: »Dieser Film ist vom Staat zensuriert worden. Wir, die wir den Film gedreht haben, sind in unserer Ausdrucksfreiheit eingeschränkt worden. Ihnen, die Sie sich den Film anschauen, hätte angeblich durch gewisse Details der Wirklichkeit Schaden zugefügt werden können.«

In einem Interview von Simone Dubreuilh, abgedruckt in »Les lettres françaises« am 30. Januar 1958, äußert sich Weiss über den Film: »Ich wollte einen realistischen Film (die Wirklichkeit auf so eine Weise wiedergeben, daß die Wirklichkeit in sich selbst nicht das Wesentliche im Zusammenhang wird) in einem alten Gefängnis drehen. Man hat mir aber nicht die Erlaubnis erteilt.« Schon seit Anfang der fünfziger Jahre hatte Peter Weiss für Insassen des Gefängnisses Långholmen in Stockholm Malkurse geleitet. Während einer längeren Zeit hat sich Weiss mit Plänen getragen, einen Film über das Gefängnis von Långholmen zu drehen. Man hat es ihm aber nicht erlaubt, sondern er wurde auf ein für damalige Zeiten progressives Gefängnis in Uppsala verwiesen: »Statt dessen ließ man mich Aufnahmen in einem renovierten Gefängnis für jugendliche Delinquenten in Uppsala machen«, fährt Weiss in dem Interview fort, wo er weiter erklärt: »Meine ersten Bilder sind Aufnahmen aus der Wirklichkeit, da direkt neben dem Gefängnis eine Entbindungsklinik liegt. Es sind symbolische Bilder, da sich sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite der Mauer totes Leben befindet.«

Alle Szenen in »Im Namen des Gesetzes« sind dokumentarisch oder realistisch, d.h. aus dem wirklichen Leben gegriffen. Die einzigen Ausnahmen sind die einleitenden und abschließenden Szenen. Ein junger Mann, ein Insasse, von Ulf Lovén gespielt, versucht vergebens, aus einer Sandgrube hochzukriechen. Diese Szenen begleitet ein sausender Ton, was den symbolischen Inhalt des Bildes verstärkt. Nach den Sequenzen mit dem hilflos kriechenden Jüngling werden Bilder von einem togeborenen Säugling gezeigt.

Der Film wurde während sechs Monaten im Jahre 1957 gedreht. Weiss erzählt von den Dreharbeiten in »Les lettres françaises«: »Während sechs Monaten lebten mein Mitarbeiter Hans Nordenström und ich zwei oder drei Tage pro Woche unter den Insassen. Wir aßen in der Kantine mit ihnen und schliefen auch im Gefängnis. Nach einiger Zeit hat man uns nicht mehr bemerkt. Oder man hat es sogar als lustig empfunden. Oder sie kümmerten sich gar nicht darum ...« Man hat offen gearbeitet. Die Kamera war die ganze Zeit sichtbar. Man hatte nur eine vage Verhaltensmaßregel bekommen, daß man die Gesichter der Insassen nicht allzusehr in den Blick kommen lassen sollte. Im Film werden völlig alltägliche Geschehnisse gezeigt. Arbeit im Garten, das Einschließen in die Zellen, beim Essen, Schwerarbeit, Kartenspielen, Tätowieren, Besuch von Damen einer Wohlfahrtsorganisation, von denen die eine meint, »daß sie es hier zu gut zu haben scheinen!« Die ganze Zeit ist der Ton authentisch. Die Kamera beobachtet auch eingehend die Umgebung, die Zellenwände voller Bilder von nackten Frauen. Außerhalb des Gefängnisses haben sich die Verschonten gesammelt, die Privilegierten der Gesellschaft, die Studenten mit den weißen Mützen, die von »der glücklichen Zukunft« singen. Das sind bewußt eingesetzte Bilder, die eine Kontrastwirkung haben. Während der fünfziger Jahre waren es zum größten Teil nur die Kinder der Oberklasse, die das »Abitur« ablegten und dann studierten. Dagegen die Bilder aus einer völlig anders erscheinenden ästhetischen Welt, irgendeine kulturelle Leere hinter den Mauern des Gefängnisses: die Bilder an den Zellenwänden und die mit Blumen und Blättern grell bemalten Korridorwände. Und mittendrin die bewachenden Menschen wie Maschinen; das Öffnen und das Schließen der Schränke mit Schlüsseln; dann das unмотivierte Ausziehen der Schreibtischschublade mit dem Aschenbecher, und das Schließen der Schublade, jedesmal wenn der Bewacher die Zigarette ausmachen muß; die totale Nacktheit des Individuums, die totale Auslieferung, der durchgelesene Brief (aus Sicherheitsgründen wird der Brief des Insassen der Zensur unterworfen, übrigens falsch buchstabiert: *Cencur*, so wird es wenigstens von der Frau, die den Brief durchgelesen hat, geschrieben). Die abschließende Sentenz des Filmes ist ein Zitat von Henry Miller: »Gerechtigkeit von der Liebe getrennt wird Rache hervorgerufen«.

Simone Dubreuilh vergleicht Weiss mit Georges Franju: »Dies supermoderne Gefängnis, in das die schwedischen Experten noch ihre ganze Hoffnung setzen, läßt Weiss uns jetzt einige Minuten in seiner Nacktheit entdecken, und zwar auf eine Weise, die sehr an die Arbeitsweise Franjus erinnert. Er tat dies in einer Reihe von treffenden und starken Bildfolgen: phantastische Sperrvorrichtungen, die in den Gemälden Risse erzeugen. Riegel, Hakenbolzen, Türklappen, Sperrhaken, geschlossene Wandschränke, die mit Schlüsseln gefüllt sind. In einem

anderen Schrank hängt ein Schlagstock. Schwerarbeit, Gitter, unübersteigbare Mauern. Verbotene Öffnungen zum Leben draußen. (...) Aber der Film von Weiss geht unversöhnlich weiter. Die Riegel, die Gitter und die Hakenbolzen öffnen die Pforte zu den Zellen der jungen Insassen, zu diesen kleinen bequemen Luxuswohnungen mit wandfesten Rundfunkgeräten, Bücherregalen und modernen Waschbecken. Photos an den Wänden — nackte Frauen, nackte Frauen. Blumen, exotische Pflanzen. Den Hoffnungen der schwedischen Experten widersprechend macht das ganze den Eindruck von etwas Unerträglichem, von Erstickten und Tod. An die Stelle der Passivität der Insassen in den alten Gefängnissen tritt hier eine negative und herausfordernde Lust nach einer Beschäftigung. Der Luxus, den es hier gibt, bekommt einen zugespitzten und provozierenden Ausdruck. Völlig unberührt masturbiert ein Insasse vor Bildern nackter Mädchen mit langen Haaren. Andere tätowieren Frauenfiguren auf die Oberarme, oder knuffen und stoßen einander auf Grund der Hoffnungslosigkeit und Wut, während sie Jazz hören...«

Auf die Frage, welche Jugendliche in »Im Namen des Gesetzes« gezeigt wurden, antwortet Weiss: »Die, die keinen festen Punkt im Leben haben, die, die Autos stehlen.« Und als Dubreuilh sagt, daß sie nicht geglaubt hätte, daß in Schweden Diebstähle vorkämen, antwortet Weiss: »Ja, vielleicht ist es so unter den Erwachsenen, aber das Gefühl eines Unbehagens bei der schwedischen Jugend ist stark. Es ist nicht die Armut, die macht, daß die Jugend stiehlt, es ist die Unzufriedenheit. Sie fühlen sich nicht wohl in unserer Gesellschaft. Sie fühlen sich eingeschlossen und revoltieren dagegen!«

Am 4. Februar 1958 wendete sich die Artfilm AG an die staatliche schwedische Filmzensur mit der Bitte, den Dokumentarfilm »Im Namen des Gesetzes« zu prüfen und zu registrieren. Der Inhalt wurde kurz so beschrieben: »Der Film behandelt die Probleme der Insassen eines Jugendgefängnisses«. Schon am folgenden Tag wurde der Film vom Leiter der staatlichen schwedischen Filmzensur Erik Skoglund und dem Zensor Per Nordenfelt geprüft. In seinen Notizen von der Vorführung schreibt Skoglund:

Die mystifizierende Einleitung mit dem Arzt vor der Leiche des totgeborenen Kindes (?). Offenbar ein Symbol, gefolgt von einer Bilderreihe über eine kleine Pflanze in einem Krug, die dann in die Erde vergraben wird. Unanständige Zeichnung (nackte Frau mit auseinander gespreizten Beinen). Insasse geht aufs Klo! Nackte Körper mit entblößten Geschlechtsorganen, Duschszene, Kamera in Nahaufnahme. Pinups an den Wänden, mehr oder weniger pornographisch. Onanie schwach angedeutet (Rücken, Handbewegungen) im Zusammenhang mit einigen sexualsymbolischen Bildern (Tätowierung usw.). ES und N-t: Der Ausschub muß herangezogen werden.

Aber ehe der Filmprüfungsausschuß herangezogen wurde, nahm Skoglund mit einigen Personen Kontakt auf, um über den Film zu beraten. Anwesend bei einem Treffen am 6. Februar 1958 waren: »der Sekretär des Jugendstrafvollzugsausschusses, der erste Amtsleiter Harry Tibbling, und das Mitglied des gleichen Ausschusses, der Reichstagsabgeordnete Ingemar Andersson aus Linköping, und von der staatlichen schwedischen Filmzensur die Herren Skoglund und Nordenfelt«. — Skoglund notiert:

*Tibbling:* Die Filmproduzenten haben die Verhältnisse im Jugendgefängnis in Uppsala schlimmer dargestellt, als sie wirklich sind. Die Bilder müssen auf die Angehörigen der Insassen

beklemmend und deprimierend wirken. Es ist äußerst problematisch, die Verdienste des Filmes generell zu bewerten. Die eventuellen hohen Ziele, die etwa den Produzenten vorge-schwebt haben, sind nicht entscheidend, sondern die Wirkung, die der Film hat. Diese Wirkung muß auf Grund gewisser Bildfolgen von verwirrendem und anstößigem Charakter negativ oder wenig erbaulich sein, wenigstens für eine größere Öffentlichkeit, der das geschilderte Thema unbekannt ist. Ein Teil der Bilder geht offenbar zu weit in ihrem Realismus. Daß man für die Sexualprobleme der Insassen Verständnis hat, ist wohl in Ordnung — aber die Probleme gibt es ja auch beim Militär und unter Schiffsbesatzungen draußen auf den Meeren, ganz zu schweigen davon, daß auch gewöhnliche, wohlherzogene Jugendliche damit zu ringen haben. Die Insassen hier bekommen nach 4 Monaten recht viel Urlaub, und allmählich wird ihnen eine zunehmende Bewegungsfreiheit gestattet.

*Andersson* teilte die Ansichten *Tibblings* den tendenziösen Aufbau des Filmes betreffend und hatte einige Anmerkungen zu gewissen Bildern im Film, die er als »anstößig« bezeichnete.

An einer anderen Beratung am 8. Februar 1958 nahmen teil: »der Professor für Strafrecht *Ivar Agge* und ein Mitglied des Jugendstrafvollzugsausschusses, der Oberinspektor für Neurologie, Dozent *Dr. K. A. H. Mjönes*, und von der staatlichen Filmzensur *Frau Barthel* und die Herren *Skoglund* und *Grönwald*«. — *Skoglund* notiert:

*Professor Agge*: Ich gehöre nicht den Prüden. Aber ein Teil der Bilder ist nichts weniger als obszön. Die Tendenz des Films ist zugleich im höchsten Grade ungerecht. Es kann sein, daß das Gefängniswesen von heute in vieler Hinsicht unbefriedigend ist, aber die Bilder in diesem Film sind sorgfältig ausgewählt, um die Schattenseiten zu zeigen, ohne Rücksicht auf die ehrlichen Anstrengungen, die trotzdem von der Seite der verantwortlichen Behörden gemacht werden, um etwas Besseres zu erreichen. Das Unrecht, das hier dem Staat zugefügt wird, ist beklemmend. Was der Film einseitig zeigt und was von der Bildtechnik selbst unterstrichen wird, ist das Negative, und man hat den Eindruck von etwas Verfaultem und Eingeschlossenem und Lichtscheuem. Dies ist nicht fair. Vor diesem tendenziösen Hintergrund erscheint das Obszöne in den vorkommenden Bildern als anstößig. Ich bezweifle, daß die Insassen beliebig obszöne Bilder an die Zellenwände kleben dürfen. Die in sich unnötigerweise aufdringlichen Bilder in der Dusche stoßen mich nicht so ab, dagegen das Onaniemoment — was schwerlich mißverstanden werden kann — und die pornographische Bilderreihe an der Wand im gleichen Zusammenhang übertreten nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks, sondern auch die Sittlichkeitsparagrafen des Strafgesetzes (18:13). Es ist klar, daß dies nicht zur öffentlichen Vorführung zu empfehlen ist. Die Schilderung insgesamt muß bei vielen Gefühle der Beklemmung erwecken, einigen Jugendlichen würde der Film beim Entstehen vielerlei Trotzverhaltens als Stimulus dienen. Wenn man nur etwas von einer ehrlichen Absicht ahnen könnte, etwas von einem flammenden Protest gegen etwas Falsches. Es gibt aber gar keinen einzigen Text oder eine Erklärung, abgesehen von dem *Henry-Millerschen* Endzitat, das einem unkritischen Zuschauer die Auffassung vermitteln muß, daß jede Spur einer Menschenliebe in diesem Jugendgefängnis fehlt. Es scheint mir angebracht, die beiden Filmemacher zu bitten, daß sie in einem einleitenden Text den surrealistischen Charakter des Filmes andeuten sollen, daß sie versucht haben, eine Vision der subjektiven gefühlsmäßigen Erlebnisse vom Leben eines jungen Insassens in einem Gefängnis darzustellen.

*Mjönes* wollte direkt keine Kommentare zum Film machen. — Einige Tage später hat er die staatliche Filmzensur angerufen und hauptsächlich folgendes hervorgehoben: Der Film war künstlerisch und sensitiv gemacht und hat das suggestive Bild eines Insassens vermittelt, der sich unfreundlich benimmt und voller Proteste und mit sexuellen Emotionen aufgeladen ist. Der Film hat sich aber ausschließlich auf die dunklen Seiten konzentriert und hat deshalb ein irreführendes Bild gegeben. Einige Teile des Films, vor allem die Bilder von den Pinups und dem Onanieren, könnten nicht für eine öffentliche Vorführung als geeignet angesehen werden.

An einem weiteren Treffen am 11.2.1958 nahmen teil: »einige Repräsentanten der Leitung des Strafvollzuges, darunter der Oberdirektor Hardy Göransson und die Amtsleiter Forssell und Wennerholm. Von der staatlichen Filmzensur die Herren Skoglund und Nordenfelt«. — Skoglund notiert:

*Göransson* hat künstlerische Werte im Film eingeräumt, hat aber die Unglaubwürdigkeit des Filmes hervorgehoben. Der Filmproduzent hat gewisse Sachen festgehalten, dann aber andere Sachen von gleicher Bedeutung ausgeschlossen. Die Auswahl war offenbar so gemacht, daß sie den Eindruck der Isolierung und der Eingeschlossenheit im Gefängnis vermitteln sollte. Um das richtige Gleichgewicht im Film zu bekommen, sollten aber diese dunklen und bizarren Eindrücke, die jetzt den Hauptteil des Filmes ausmachen, mit Bildern von der menschenpflegenden Tätigkeit ausgeglichen werden, von der persönlichen Fürsorge, die auch ein wesentlicher Teil der Pflege im alten Uppsala-Gefängnis ist. Es ist also schwierig, diesen Film als einen Aufklärungsfilm im gewöhnlichen Sinne zu betrachten. In dieser Hinsicht mangelt ihm ein objektiver und nach Gerechtigkeit suchender Grundton. (...)

Zusammenfassend: Hier liegt ein äußerst suggestives Bild vom ausgeschlossenen Bizarren, vom Eingeschlossensein und von einer Langeweile im Gefängnisleben vor. Das Bild ist falsch. Die tendenziöse Einstellung wird durch die Millerschen Schlußworte verstärkt. Die Öffentlichkeit soll anscheinend den Eindruck eingeprägt bekommen, daß es hier in diesem Gefängnis an Liebe mangelt. Es ist eine grobe Ungerechtigkeit gegen die gegenwärtigen Tendenzen innerhalb des Gefängniswesens.

*Die Amtsleiter Forssell und Wennerholm* äußerten die gleiche Auffassung wie Oberdirektor Göransson.

Der Filmprüfungsausschuß wurde am 12. Februar gefragt und empfahl folgende Schritte: »gerade das Onaniemoment und die Pinup-Montage an der Wand im gleichen Zusammenhang. — Der Vorsitzende Ohlon hat sich außerdem dafür ausgesprochen, die Nacktbilder (mit Genitalien) unter der Dusche wegzuschneiden«.

Aus dem Protokoll des Filmprüfungsausschusses geht hervor, daß bei der Vorführung und der anschließenden Diskussion am 12. Februar teilnahmen: die Zensoren Dr. Grönwall, Dr. Nordenfelt und Direktor Skoglund, als Repräsentanten der Firma Artfilm AG Direktor Nordemar, Herr Nordenström und Herr Weiss und die Mitglieder des Filmprüfungsausschusses. In dem maschinengeschriebenen Diskussionspromemoria steht zu lesen:

*Weiss*: Wir haben versucht, eine Lebenssituation, die völlige Isolierung der Insassen, zu schildern. Die Szenen sind authentisch. Auch die arrangierten sind richtig. Im Zentrum des Filmes steht die sexuelle Not, die für 17-18jährige Jugendliche schwer ist.

*Skoglund*: Das abschließende Zitat von Miller [Gerechtigkeit ohne Liebe/Oben mit Handschrift von Skoglund hinzugefügt: von Liebe getrennt/wird Rache hervorrufen] — verleiht es nicht dem Film eine bestimmte Tendenz? Der Film richtet einen Angriff gegen die gegenwärtige Ordnung, nicht wahr?

*Weiss*: Ja.

*Skoglund*: Falls der Film als Information betrachtet werden soll, sollte er sowohl die hellen als auch die dunklen Seiten im Gefängnisleben schildern. Man kann in Frage stellen, ob es wirklich so ist, wie der Film behauptet, daß Menschen auf diese Weise lieblos behandelt werden. [In Klammern mit der Handschrift von Skoglund hinzugefügt: So nuancenlos habe ich mich nicht ausgedrückt! ES]

*Weiss*: Junge Männer um 8 Uhr abends in Zellen einzuschließen, ist lieblos.

*Skoglund*: Es gab nie die Frage eines Verbots dieses Films. Einige Szenen können aber nicht freigegeben werden. Es betrifft die stark obszöne Zeichnung von einer Frau, die Bilder vom

Schwitzbad und die Onanieszene mit umgebenden Bildern. Diese Bilder sollten verboten werden mit dem Hinweis auf Paragraph 18/13 des Strafgesetzes. Sie sollten verboten werden, falls sie in Kiosken verkauft würden u.s.w. (In Klammer mit der Handschrift von Skoglund hinzugefügt: Habe mich nicht so kategorisch ausgedrückt! ES)

*Weiss:* Es ist nicht wahr — diese Bilder kann man überall kaufen, sie sind aus Zeitungen geschnitten, die man überall in Schweden kaufen kann. Wir wollen die Wirklichkeit so schildern, wie sie in einem Gefängnis ist, und das muß natürlich als unbequem und störend empfunden werden.

*Skoglund:* Man muß aber ans Publikum denken, das empört wird. Nacktheit, wie sie in der Dusche vorkommt, ist zwar schon früher in Filmen gezeigt worden, dann aber in viel natürlicheren (oben in Klammern mit der Handschrift von Skoglund hinzugefügt: ungezwungenen) Zusammenhängen. Die Zensur ist dazu da, dem Publikum unangenehme Erlebnisse zu ersparen. Man geht ins Kino, um unterhalten zu werden. [In Klammern mit der Handschrift von Skoglund hinzugefügt: ja, das große Publikum!]

*Weiss:* Es gibt Filmemacher, die etwas anderes als Unterhaltung wollen und zu ihnen gehören wir.

*Nordemar:* Ich habe immer gesagt, daß die Onanieszene entfernt werden sollte — sonst gibt es keine Möglichkeit, den Film in den Kinos zu zeigen.

*Weiss:* Wir meinen, daß diese Sache einfach nicht herausgeschnitten werden darf. Unsere Forderung nach einer wahrheitsgetreuen Wiedergabe führt dazu, daß wir die Szene nicht heraus-schneiden wollen.

*Nordemar:* Ins Kino gehen Mütter mit ihren 15-jährigen Töchtern, und ihnen soll dies erspart werden.

(Wonach die Vertreter des Produzenten sich entfernen)

*Haste:* Ich möchte gern wissen, was Skoglund mit der Behauptung meint, daß es die Aufgabe der Zensur ist, dem Publikum unangenehme Erlebnisse zu ersparen?

*Skoglund:* Muß man sich wie ein Gesetzbuch ausdrücken, damit keine Mißverständnisse entstehen?

*de Laval:* Dies ist ein großes Kunstwerk und es wäre nicht gut, wenn man etwas darin weg-schneiden würde.

*Ohlon:* Und dies nennt man Kunst! Ein Verbot kommt ja doch nicht in Frage. Man muß daran denken, daß dieser Film eine kolossale Reaktion hervorrufen wird.

*de Laval:* Und das ist ja auch das Ziel mit dem Film. Man will eine Diskussion über das ganze System haben. Einen verrohenden Einfluß kann dieser Film nicht haben. Ich finde, daß die Szenen angemessen und motiviert sind, auch die im Bad.

*Skoglund:* Natürliche (oben mit der Handschrift von Skoglund hinzugefügt: ungezwungene) Nacktheit kam im Rommelfilm vor, wo die Soldaten, als sie die Oase erreichten, sich ausgezogen haben und sich danach in die Oase stürzten. Die Onanieszene ist deutlich wider das Gesetz.

*Grönwall:* Der Film kann mit »I som här inträden« verglichen werden, der auch ein Angriff war. Wir haben ihn stark geschnitten und kriegten dann aber sehr viel Schelte, weil er freigegeben wurde. Uns ist es unvorstellbar, die Onanieszene freizugeben.

*Österberg:* Als ich den Film erst gesehen habe, habe ich es als selbstverständlich empfunden, daß wir den Film so wie er war freigeben könnten. Das Problem ist, wie man die Onanie abgrenzen könnte im Vergleich zu anderen Filmen, damit da nicht auch ähnliche Szenen eingesetzt werden.

*Rynnel:* Die Darstellung ist dem System gegenüber ungerecht. Die Therapie und der Sport werden vergessen. Unbehagliche Szenen werden geschildert, andere aber nicht. Der Film wendet sich an ein erwachsenes Publikum, dies kann aber doch selbst auch etwas verstehen?

*de Laval:* Jeder Film muß für sich beurteilt werden. Dies ist eine Wirklichkeitsschilderung.

*Jonnnergård:* Es ist sehr gut, daß jemand Filme wie diesen dreht. Auf mich wirkt keine Szene anstößig, aber der Film wird vielleicht anderen nicht gefallen.

*Haste:* Worauf stützen sich die Ärzte, wenn sie meinen, daß die Onanieszene herausgeschnitten werden soll?

*Grönwall:* Es ist schwierig, es konkret zu motivieren, aber irgendwo muß eine Grenze gezogen werden.

*Haste:* Die Nacktheit in der Badeszene ist völlig ungefährlich — es gibt ja da keine Erotik.

*Österberg:* Die Bilder von der Onanie — das ist nichts anderes als künstlerische Provokation — sind im Zusammenhang unnötig.

*Skoglund:* Es gibt einen Sittlichkeitsparagrafen im Strafgesetz und darauf berufen wir uns.

*Ohlon:* Können wir es folgendermaßen formulieren, daß die staatliche Filmzensur so vorsichtig als möglich die Onanieszene mit umliegenden Bildern herauszuschneiden läßt und daß im übrigen der Film durchgelassen wird?

Die staatliche schwedische Filmzensur hat am 13. Februar 1958 den Film »Im Namen des Gesetzes« für »öffentliche Vorführungen in Schweden, jedoch nicht für Kinder unter 15 Jahren« freigegeben. Anmerkungen: »*Schnitte:* die Onanieszene und die danach direkt folgenden pornographischen Pinup-Bilder an den Zellenwänden sind zu entfernen.« Der Schnitt umfaßte insgesamt vier Meter. Auf diese Weise hatte die schwedische Filmzensur die Intention des Filmes abgeändert; es ging nicht mehr um »die Probleme der Insassen eines Jugendgefängnisses«, sondern, wie es in der Inhaltsbeschreibung der Filmzensur heißt, um »Bilder vom Leben der Insassen eines schwedischen Jugendgefängnisses«.

Der Beschluß der staatlichen schwedischen Filmzensur, beim Dokumentar-kurzfilm »Im Namen des Gesetzes« zur Schere zu greifen, verursachte eine Debatte, und gegen den Beschluß wurde Berufung eingelegt. Am 25. Februar 1958 hatte Peter Weiss einen Beitrag im Programm »Tidsspegelen« (Der Zeitspiegel) im schwedischen Rundfunk. Dieser Beitrag wurde auch dem Berufungsschreiben der Firma »Artfilm« beigelegt, das im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kirche am 27. Februar ankam, und er wurde auch später in der linksradikalen Zeitschrift »Clarté« 2/1958 abgedruckt. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kirche gab am 28. Februar die Sache zur Begutachtung an die staatliche schwedische Filmzensur weiter. Am 6. März reichte die Filmzensur ein Gutachten ein. Neben dem 18. Kapitel des Strafgesetzes beruft sich die Zensur jetzt auch auf den 6. Paragraphen des Kinoerlasses:

Die staatliche Filmzensur soll nicht einen Film oder Teil eines Filmes freigeben, dessen Vorführung aufgrund der Art und Weise, wie die Geschehnisse geschildert werden, und des Zusammenhanges, in dem sie vorkommen, verrohend oder schädlich-aufreizend oder zum Verbrechen verleiten könnte.

Filme oder Teile eines Filmes, deren Vorführung mit Rücksicht auf die Beziehungen des Reiches zum Ausland nicht angebracht erscheinen kann oder die über Verhältnisse informieren, die der Landesverteidigung Schaden verursachen könnten oder sonstwie die Sicherheit des Reiches gefährden, sollen nicht freigegeben werden.

Die staatliche schwedische Filmzensur hat auch in Fällen, wo die im ersten oder zweiten Abschnitt genannten Gründe nicht zum Tragen kommen, das Recht, einem Film die Freigabe zu verweigern, wenn die Filmzensur findet, daß ein Film offenbar gegen allgemeine Gesetze verstößt.

Die Firma Artfilm reichte dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kirche ergänzendes Material ein. Es war ein Schreiben von Peter Weiss, in dem er eine Gefängnisdarstellung der kommerziellen Filmindustrie (»Jailhouse rock«) und die dort dargestellte Erotik, die Beurteilung des Films durch die staatliche schwedische Filmzensur (er durfte ohne Schnitte gezeigt werden) und die Art und Weise vergleicht, wie man den Kurzfilm »Im Namen des Gesetzes« behandelt hatte. Dieser Text wurde in der Boulevardzeitung »Expressen« am 7. März veröffentlicht, und zwar mit dem Titel »Die nackte Wirklichkeit im Gefängnis wird verboten«. Der Untertitel lautet: »Dem Rock-König ist alles erlaubt«. Weiss schreibt:

In diesen Tagen hat ein anderer Film über ein Gefängnis seine Uraufführung. Ich habe die Voranzeigen gelesen. Da stand zu lesen: »Eine wirklich starke Sache über einen jungen Mann und seinen Weg durch das Gefängnis zu den Sternen. Die vieldiskutierten Bilder von Schlägereien und Prügeleien im Gefängnis, junge Liebe und Haß können sie sehen...« u.s.w.

Die Voranzeigen mit einigen Bildausschnitten aus dem Film in den Schaukästen des Kinos, wo die Uraufführung stattfinden wird, zeigen gerade das Verlogene, Romantisiert-Zusammengebraute, das man sich mit einem Jazzsänger als Hauptfigur erwarten konnte, der obszöne Unterleibsbewegungen als Begleitung zur Rock'n-Roll-Musik ausführt.

Da ich die vollständige Freiheit der Meinungsäußerung verfechte, meine ich, daß es selbstverständlich ist, daß auch Produkte dieser Art öffentlich vorgeführt werden sollen. Interessant ist aber die eigenartige Inkonsequenz und die doppelte Moral, die die Arbeit der staatlichen Filmzensur prägt. In dem kommerziellen Produkt wird das Gefängnismilieu als eine zynische Spekulation benutzt, als ein sensationeller Hintergrund ohne Spuren von psychologischer, humaner oder sozialer Tendenz. Der deutlich sexuell geprägte Körperrhythmus im Auftreten des Sängers deutet nicht nur Onanie an — sondern kraß gegen das Publikum ausgespielte Coitusbewegungen (deshalb die starke Suggestionskraft, die er bewiesenermaßen auf jugendliche Zuschauerinnen ausübt)!

Dieser Film ist von der Filmzensur freigegeben worden und wird ohne jegliche Kürzungen öffentlich vorgeführt werden. Prügelei, Schlägerei und Wirklichkeitsverfälschung billigster Art werden einer Wirklichkeitsreportage mit psychologischem und humanem Engagement vorgezogen. Die Unterleibsbewegungen des Sängers verärgern nicht den Blick der staatlichen Filmzensur, weil sie nie *unzweideutig* sexuell sind — sie werden mit geleckter Eleganz getarnt oder als Tanzbewegungen gedeutet. Dagegen sperrt sich die Zensur, wenn in unserem Film die Sexualnot des eingeschlossenen Insassen in einer 3 Sekunden langen Filmszene illustriert wird, einer Szene, die den Rücken eines Insassen in einer angedeuteten Onaniebewegung zeigt.

Das Gefängnis als Atelierprodukt und als Tanzszenerie der gestreift angezogenen Insassen wird freigegeben, während unsere authentischen Aufnahmen der mit Pinup-Reproduktionen gefüllten Zellenwände weggeschnitten werden sollen. Dieser Mangel an Urteilsvermögen ist nichts anderes als eine vollständige Inkompetenzerklärung der Arbeitsmethoden der staatlichen Filmzensur.

Am 21. März 1958 fiel das Urteil der Königlich Schwedischen Regierung, unterzeichnet von Ragnar Edenmann:

Nachdem der von der Artfilm Aktien-Gesellschaft produzierte Film »Im Namen des Gesetzes« von der Staatlichen Filmzensur geprüft worden war, erklärte die Filmzensur, die in der Sache von dem Staatlichen Filmprüfungsausschuss informiert worden war, durch Interimsmitteilung vom 13. Februar 1958, daß gewisse Abschnitte des Filmes entfernt werden mußten. Weiter fand die Zensurbehörde gemäß eines Entschlusses vom gleichen Tag keinen Anlaß, eine Mitteilung im voraus zu geben, wie sie im § 14 Abs. 2 über den Erlaß Vergnügungssteuer betreffend vorgesehen ist. Dagegen hat die Firma Berufung eingelegt. Über die Beschwerde hat die Staatliche Filmzensur am 5. März ein Gutachten abgegeben, wonach der Regisseur Peter Weiss mit einer

Schrift eingekommen ist. Die Königliche Schwedische Regierung verweigert der untertänigen Beschwerde ihre Zustimmung. Dies soll dem Betreffenden als untertänige Richtschnur dienen.

Daß Peter Weiss gemeint hat, die Filmzensur behindere den freien Filmschaffenden in seiner Tätigkeit, geht auch aus Notizen zu einem Artikel mit dem Titel »Filmzensur« hervor, der in der Boulevardzeitung »Expressen« vom 7. Juli 1958 veröffentlicht wurde. Der Titel behauptet: »Zensur macht den Film zu Pornographie und hohlem Jux«, und der Untertitel fragt: »Wagen wir es nicht endlich, dem Film die gleiche Freiheit wie der Literatur zu geben?«. Das folgende Zitat stammt aus den Notizen von Weiss, der mit einem Auszug aus der schwedischen Verfassung anfängt:

Unter Pressefreiheit versteht man das Recht jedes schwedischen Bürgers, ohne irgendwelche von der öffentlichen Macht *im voraus gelegten Hindernisse* (dabei wird vor allem an die Zensur gedacht, der in früheren Zeiten alle Schriften unterworfen werden mußten, ehe sie gedruckt werden durften), Schriften zu veröffentlichen, so daß er erst danach wegen des Inhalts vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden kann ... [Hervorh. d.d.Verf.] Dieses Prinzip gilt nicht für den Film. Hier herrscht noch der Geist der mittelalterlichen Zensur. Wie bei den Inquisitionen in den »früheren Zeiten« wird dem Filmschaffenden ein Hexenprozeß gemacht, wo ihm jede Möglichkeit verwehrt ist, sich zu verteidigen. Ohne seine Stimme und seine Erklärungen zu hören, verfügt man über sein Werk. Der staatliche Filmzensor und sein Rat haben auf Grund sogenannter mentalhygienischer Gründe die Macht, seine Arbeit zu beschneiden, zu verstümmeln oder total zu verbieten. Seine Ansprüche auf künstlerische Vollendung werden nicht berücksichtigt. Die Schnitte der Zensur werden ohne Rücksicht auf seine Ansprüche auf filmische Kontinuität, auf den Aufbau der Bilderreihen und den Rhythmus angebracht.

Der Filmemacher ist gezwungen, sich dieser vorläufigen Untersuchung zu unterwerfen, falls er die Absicht hat, sein Werk einem öffentlichen Publikum zu zeigen. Jeder Künstler will sein fertiges Werk zeigen. Der Filmkünstler muß entweder heucheln und das, was er auf dem Herzen hat, tarnen lernen, oder damit einverstanden sein, ein Werk zur Vorführung zu bringen, das vor der Konfrontation mit der Öffentlichkeit entstellt worden ist.

Früher einmal hat man die Druckerpresse als ein Werkzeug des Teufels betrachtet. Das gedruckte Wort, das in großen Auflagen verbreitet werden konnte, hatte eine Zaubermacht, die allzu gefährlich für die Machthaber war. Noch heute gibt es viele Länder, wo das gedruckte Wort wie im Mittelalter verfolgt wird. Insgesamt ist aber der Film am schlimmsten verfolgt und am härtesten beurteilt worden. In unserem Lande wenden wir uns gegen alle Tendenzen, die die Pressefreiheit bedrohen. Es gibt aber keine öffentliche Meinung gegen die Filmzensur. Die vorherige staatliche Überprüfung von allen Filmen wird als eine selbstverständliche Tatsache akzeptiert.

Man meint, daß der Film eine stärkere Suggestionskraft und die Fähigkeit einer Beeinflussung der Massen hat, und zwar in größerem Maße als irgendein anderes Ausdrucksmittel. Seine Bildsprache, meint man, kann zur Verrohung führen und eine erhitzende Wirkung haben, mehr als das gedruckte Wort. Der Filmzensor und sein Prüfungsausschuß sind eingesetzt worden, um eine »Säuberungsaktion« durchzuführen. Ihre Aufgabe ist es, das Publikum vor Szenen zu schützen, die Unbehagen und Angstvorstellungen verursachen oder für Zucht und Sittlichkeit verletzend sein könnten. Es obliegt dem Leiter der Zensur und seinen Mitarbeitern, von ihren Moralauffassungen ausgehend diese Prinzipien auszulegen. Der Leiter der Zensur, der ein Beamter der Wohlfahrt ist, hat einen Kinderarzt und eine Gruppe von pädagogisch und sozial geschulten Personen als Berater und Beraterinnen. Rein film-ästhetisch geschulte Kräfte gibt es nicht in diesem Komitee. In unserem Lande wird das Komitee von dem Leiter der Zensur völlig dominiert, der gern seine seltsam puritanischen Ansichten zum Ausdruck kommen läßt. Er hegt eine klar ausgesprochene Verachtung für den Film als Kunstform. Er erklärt, daß der Film in erster Linie Unterhaltung sein solle, daß man ins Kino gehe, um sich amüsieren zu lassen.

Auch wenn dies keine originelle Ansicht ist, so ist sie jedoch völlig verwerflich, wenn sie dem Mann zu eigen ist, der das Schicksal des Filmemachers in seinen Händen hat.

Allein die Tatsache, daß es eine Zensur gibt, zeigt, daß reaktionäre Kräfte im Gange sind. Würde ein etwas freisinnigerer Geist die Zensur beherrschen, dann könnte vielleicht die verräterische Frage auftauchen: warum überhaupt Zensur?

In dem Text behandelt Weiss weiter die Schnitte der Zensur, die Szenen von Gewalt und Sexualität betreffen. Er weist darauf hin, daß diese als öffentliche Dokumente zu betrachten sind, die aus ihrem Zusammenhang herausgerissen völlig irreführend wirken. Die Zensur treffe jene Filme besonders schlimm, die die Wirklichkeit darstellen wollten. Weiss meint, daß die Unterhaltungsindustrie und die Zensur Hand in Hand arbeiten, um das Publikum in einen Schlafzustand einzulullen, und daß die Zensur als Sprachrohr für die konservativen Kräfte der Gesellschaft Filme, die Gewalt zeigen, freigibt, und zwar in der Absicht, daß sie als ein kleines Sicherheitsventil dienen könnten. Die Gewalt ist falsch geschminkt. Die Gewaltbeschreibungen sind sowohl in angelsächsischen, amerikanischen, russischen als auch in deutschen Kriegsfilmern glorifizierend und verschönernd. Weiss glaubt nicht, daß sich die Qualität der Filme erhöhen würde, falls die Zensur abgeschafft würde. Er meint aber, daß ein Erwachsener selbst entscheiden dürfen sollte, welche Filme er sich anschaut. Wenigstens sollte der Filmemacher das Recht haben, sein Werk vollständig vorstellen zu dürfen. Erst dann, meint Weiss schließlich, gäbe es einen Nährboden für eine wirkliche Filmkunst.

Peter Weiss war nicht allein mit seiner kritischen Einstellung gegenüber der Filmzensur. Davon zeugt das Bild in der Stockholmer Tageszeitung »Stockholms-Tidningen« vom 2. Mai 1958. Der Text darüber lautet: »Zu den auffallendsten Sachen — obwohl es in schwarz-weiß war — in der Stockholmer Demonstration zum 1. Mai gehörten die jungen Filmfalangisten, die gegen die Filmzensur protestierten.« Auf dem Bild sind Peter Weiss und Hans Nordenström mit einem Spruchband zu sehen. Auf dem Spruchband ist ein Totenkopf mit einer Schere anstatt der üblichen Knochen zu sehen. Das alles ist wie ein Filmbild gemacht, die Perforierungen des Filmbildes an beiden Seiten sind deutlich markiert. Gleich dahinter geht der Schriftsteller Ilmar Laaban. Weiter hinten im Zug befinden sich unter anderen der damalige Chef des »Moderna Museet« K.G. (Pontus) Hultén, der im Jahr vorher auch dem Eingriff der staatlichen Filmzensur ausgesetzt gewesen war, als der Kurzfilm »Blut der Tiere« von Franju verboten wurde. Im Demonstrationszug hat man skandiert: »Filmzensur ist Diktatur«. Auf zwei weiteren Spruchbändern war zu lesen: »Weg mit der Zensur« und »Filmzensur ist Diktatur«. »Jolo« (Jan Olof Olsson) schreibt in der Stockholmer Tageszeitung »Dagens Nyheter« am 2. Mai: »Ein großer Totenkopf erschien mitten in der Frühlingssonne, und rings um ihn eine Reihe Plakate und Texte über die Abschaffung der Filmzensur. Die eine Stange trug der Kurzfilmregisseur Peter Weiss, der seinen Film über ein Jugendgefängnis in Uppsala von der staatlichen Filmzensur beschnitten bekommen hat und der an diesem Tage Anhänger rings um sich gesammelt hatte.« Zu dieser Zeit gingen die zwei großen Parteien der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokraten und die Kommunisten, in einem gemeinsamen Zug am 1. Mai zum Hakberget auf Gärdet. Der Platz ist vielleicht

nicht richtig gewählt, aber aus Mangel an anderen Alternativen kann man sich ja hier zeigen, scheint Olsson zu meinen, indem er sein Referat fortsetzt. »Es ist zwar nicht die bürgerliche Opposition, die Filme schneidet, eher eine Behörde, deren Befugnisse sich auf eine Verordnung der Regierung stützen, in deren Demonstrationzug man jetzt mitmarschiert, aber einmal muß man ja demonstrieren.«

Das Interview mit Peter Weiss von Simone Dubreuilh in »Les lettres françaises« wurde im Zusammenhang mit der Vorführung einiger Experimental- und Dokumentarfilme von Peter Weiss in Paris im Januar 1958 gemacht. Über diese Vorführung schreiben die »Dagens Nyheter« am 21. Januar: »Das 'pièce de résistance' des Abends war die Uraufführung von Weiss' letztem Dokumentarfilm, den er im Jugendgefängnis von Uppsala in Zusammenarbeit mit Artfilm und Hans Nordenström gedreht hat. (...) Weiss hat eine sichere und suggestive Bildsprache, und er braucht keine Worte, um eine Geschichte lebendig zu machen. Die Worte, die es hier gibt, haben nur die Wirkung einer Tonillustration. Die ganze Zeit sind es die Bilder, die das Unaussagbare hervorsuggerieren. *Man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß der ganze Abend ein Erlebnis für die Pariser Filmenthusiasten wurde, sie sind ja nicht durch Experimente dieser Art verwöhnt. Manchmal konnte man Aha-Rufe hören und auch verschämtes Lachen beim Publikum, als Peter Weiss einige Tabuvorstellungen antastete, der stürmische Beifall am Ende war aber echt.* Am meisten Aufsehen erregte zweifellos der Gefängnisfilm, den ein französischer Produzent vorführen will. Es ist wahrscheinlich das erste Mal, daß eine Filmkamera hinter die Gefängnismauern eingedrungen ist und es ihr gelungen ist, menschliche Situationen einzufangen, ohne daß er zu persönlich und zudringlich wird. Wenn nicht die französische Filmzensur im letzten Moment von Zweifel erfüllt wird, dann wird dieser Film hoffentlich den Weg zu einem größeren Publikum finden. 'Im Namen des Gesetzes' soll jetzt erst im März auf dem großen Experimentalfilmfestival in Brüssel vorgeführt werden und dann vielleicht beim Festival in Venedig.«

Es war die Firma »Les Films de la Pleïade« in Paris, die sich für eine »private Vorführung« des Films eingesetzt und diese am 18. Januar organisiert hatte. Drei Tage vor dem endgültigen Urteil der schwedischen Regierung teilte sie Monsieur Peter Weiss in Stockholm in einem Brief mit: »Cher Monsieur, j'ai le regret de vous informer que votre film 'Enligt lag' a été interdit complètement pour l'exploitation en France.«

Etwa zur gleichen Zeit erfuhr also Peter Weiss, daß in Frankreich ein Totalverbot herrschte, und daß in Schweden einige Sequenzen weggeschnitten worden waren. Auf dem Brief aus Paris links von seiner Anschrift notierte er mit einem Bleistift die Ziffern 1984 und ringsum eine ovale, geschlossene Linienformation — so etwa wie eine Mauer um ein Gefängnis.

### Mit dem Namen des Peter Weiss

Im September 1960 notiert Peter Weiss:

Der Film ist abgeschlossen. Aus dem Arbeitstitel »Sacre du printemps« ist geworden: »Schwedische Mädchen in Paris«. Ich habe, als Bildregisseur, für einige visuelle Qualität gesorgt. Der

Produzent will den Abschnitt mit Tinguelys Umzug herausschneiden. Dafür sollen pornographische Szenen eingefügt werden. Der Plan des Marokko-Films, für den ich bereits die Synopsis geschrieben habe, wird verworfen. Nach diesen Erfahrungen in der kommerziellen Filmarbeit habe ich nun einen Dokumentarfilm vor mir.

Für den freistehenden Filmschaffenden begrenzen im allgemeinen die ökonomischen Voraussetzungen die Möglichkeiten, seine Absichten zu verwirklichen. Die Macht hat der Produzent, der das Geld gibt. Dies erfuhr Peter Weiss, als er als Bildregisseur bei »Schwedische Mädchen in Paris« mitwirkte. Das war ein Filmprojekt, das der Direktor Lars Halvdan Gideon Bruman seit Anfang der fünfziger Jahre verwirklichen wollte. — Über die Filmarbeit in Paris notierte Peter Weiss 1960:

Während des Arbeitsgangs entstand in uns allen die Vorstellung, daß wir unser Bestes geben, wir arbeiteten unermüdlich, zeitweise waren wir von einem Fieber befallen, in dem wir glauben, dem Entstehen eines Meisterwerkes beizuwohnen. Die Gagen waren, verglichen mit dem in der Branche Üblichen, gering, für uns aber, die wir nicht gewohnt waren, Geld zu verdienen, immer noch reichlich. Auch war uns ein Anteil am zukünftigen Gewinn versprochen worden. Was es mit diesem Gewinn, den wir nicht schriftlich bestätigt bekommen hatten, auf sich hatte, ließ sich aus der Gestalt des Produzenten schon ersehen. Er drückte unverstellt alles aus, was wir selber vor uns verheimlichten. Indem wir uns ihm verkauft hatten, waren wir nicht besser als er, vielleicht war er sogar ehrlicher als wir, da er nur an die Einkünfte dachte, nur von reißerischen Effekten, von den Voraussetzungen für einen Publikumserfolg wissen wollte, während wir uns hinter ästhetischen Prinzipien verschanzten.

Nun war sicher der Name Peter Weiss für den Produzenten sehr interessant und im finanziellen Sinne sogar wertvoll. Vor der Uraufführung des Films konnte man im Mai 1961 in der Abendzeitung »Expressen« folgendes lesen:

Weiss ist Szenarioverfasser und Bildregisseur. Er wurde aber von den Produzenten gehindert, die endgültige Schneidearbeit zu sehen, und er weigert sich, beim jetzigen Stand den Film gutzuheißen. Der Beginn und das Ende sind geändert, so daß die ganze Idee verpfuscht wird, sagt er. Eine Traumsequenz am Anfang steht jetzt isoliert und scheint völlig unbegreiflich. Am Ende, wo der Film zum Traum zurückkehren soll, kommt jetzt statt dessen eine Ansagerstimme und sagt etwas, was völlig unsinnig erscheint. [Der Ansagertext lautet: »Hier verlassen wir sie, ein schwedisches Mädchen in Paris, verlassen wir sie, nachdem wir sie ein Stück unterwegs verfolgt haben. Der morgige Tag, darüber weiß sie nichts, nur daß er neue Forderungen an sie stellen wird, Forderungen, die sie erfüllen kann, vielleicht, vielleicht nicht. Gare du Nord, neue Gesichter, ein neues Mädchen unterwegs nach der Großstadt. Was wird sie erleben? Das weiß sie nicht, aber eines ist sicher: der Strom von jungen Frauen unterwegs nach der Stadt der Abenteuer, er wird nicht abnehmen. Sie tauchen auf, verschwinden. Neue kommen statt dessen. Der Traum von Paris lebt weiter.« Anmerkung JCB]

Es ist klar, daß der Produzent Rechte hat, in einen Film einzugreifen, da er das Geld eingesetzt hat, fährt Peter Weiss fort. Aber es ist auch klar, daß der künstlerische Leiter überhaupt keine Rechte hat. Wenigstens nicht in diesem Falle. — Die Kritik hat den Film völlig zerrissen, und Peter Weiss hat sich wiederholt distanziert.

## Polizeipräsidentin in Nicaragua

### Interview mit Doris Tijerino

»Ich kann nicht behaupten, daß ich den Machismus überwunden habe, auch wenn ich dagegen bin«, sagte Daniel Ortega in einem im *Argument* 168/1988 (254ff.) veröffentlichten Interview. In einer machistischen Gesellschaft eine Frau als Polizeipräsidentin zu berufen, ist eine Herausforderung, mag auch das, was sie zu sagen hat, für unsere Ohren wenig feministisch klingen. (Das Gespräch führte Genoveva Flores für die Zeitschrift FEM in Mexiko.) N.R.

Comandante Doris Tijerino ist die einzige Frau der Welt, die Polizeipräsidentin ihres Landes ist. Sie war eine der ersten, die sich der Frente Sandinista anschloß, hat die Frauenorganisation Nicaraguas gegründet. Das Echo des Zweiten Weltkrieges weckte sie zum Leben, wach war sie auch 1978, im April, um die Nachricht vom Tod ihres gefangenen Genossen zu hören. Im Gesicht die Spuren durchwachter Nächte, kommt sie zum Interview ins imposante Polizeiquartier Mártires de Qualalí. Doris Tijerino ist immer wach.

Um zehn vor zwei nachmittags macht das sandinistische Polizeiquartier einen menschenleeren Eindruck. Die meisten sind wahrscheinlich zum Essen gegangen, Doris Tijerino arbeitet um diese Zeit mit ihren engsten MitarbeiterInnen. Das Interview findet in einem kleinen, an ihrem Arbeitszimmer anschließenden Raum statt, in dem jeder Winkel an Lateinamerika erinnert, an die von ihr geleitete Organisation Frente Continental de Mujeres, aber auch eine strenge, perfekte Ordnung erkennen läßt.

Sandinistin ist sie aus Berufung: Sie spricht, ohne zu zögern, als Funktionärin zeigt sie Humor, auch wenn sie persönliche Fragen beantwortet, aber in allem, was die Revolution angeht, ist sie ernst. Traurigkeit? Sie spricht von ihrer Tochter und von Nora Astorga.

*Wie sieht die Frau der Zukunft aus?*

»Also, ich denke, die Möglichkeiten zur Emanzipation der Frau, zu ihrer Befreiung sind erstmal real vorhanden. Klar, jetzt hängt alles von der Entwicklung der Gesellschaft ab und von den Dingen, die sich ändern müssen, materiell und auch ideologisch. Ich denke, die Frau der Zukunft, das ist die, die verstehen kann, was Gleichheit ist und wie sie sich entwickeln kann oder entwickelt werden muß.«

*Was für eine Gleichheit?*

»Die Dinge sind immer relativ , d.h. ich kann nicht per Dekret so sein wie ein Mann, ich habe nicht die gleichen körperlichen Kräfte, und ich bin auch biologisch, organisch anders gebaut. Aber ich bin gleich in dem Sinne, daß ich eine Person bin und daß wir das gleiche Gehirn und denselben Verstand haben, um zu denken und zu leben. Aber gut, es gibt reale physische Unterschiede, es gibt körperliche und physische Schranken für Frauen in bezug auf bestimmte Tätigkeiten, und es gibt physische und körperliche Schranken für Männer in bezug auf andere Tätigkeiten.«

*Sie leiten eine Institution, in der körperliche Kraft eine Rolle spielt. Wie hoch ist der Anteil an weiblichen Polizisten?*

»Die Zahl der Polizistinnen ist insgesamt zurückgegangen, aber die Zahl derjenigen, die für Frauen unübliche Aufgaben übernommen haben, hat sich erhöht. Zum Beispiel gibt es Polizistinnen im operativen Bereich, in der Verfolgung von Straftaten, es gibt Sachverständige im Laboratorium, Untersuchungsbeamtinnen. Der Polizeichef der Abteilung für Strafverfolgung und Festnahmen ist eine Frau, also eine Chefin. Aber es sind weniger geworden. Und das hängt mit den Beschränkungen und Problemen zusammen, die wir als Land lösen müssen, mit den Problemen der nicaraguanischen Familie. Wir haben gern viele Kinder, und wir haben sie kurz hintereinander. Manchmal drei, vier, fünf Kinder, und die Mutter hat wirklich nicht einmal die Zeit, den Haushalt zu machen, weil sie diese Kinder großziehen und erziehen muß und wir nicht genügend Kindergärten haben. Wir mußten sehr flexibel sein und ihnen ermöglichen, die Kinder mitzubringen. Das ist wirklich eine Beschränkung, wenn man bedenkt, daß die Arbeit bei der Polizei keine ist, die man zwischen acht Uhr morgens und sechs Uhr abends machen kann, sondern daß manchmal mehrere Tage hintereinander 24 Stunden gearbeitet werden muß. Nach einem Delikt oder irgendeinem Vorfall beginnt die Untersuchung, und diese kann man nicht abends um sechs beenden, sondern erst, wenn man am Ziel ist. Kurz nach dem Sieg der Revolution hatten wir einen hohen Anteil an Frauen, jetzt sind es ungefähr 30 Prozent; die meisten haben Verwaltungsaufgaben, aber wir sind dabei, sie nach und nach in den operativen Bereichen und als Leiterinnen einzusetzen.«

In Managua gibt es vielleicht keine Funktionärin, deren Arbeit sich mehr auf die ganze Bevölkerung auswirkt. Die meisten sagen, es habe sich etwas verändert. Auf die Frage, wie es sich auswirkt, wenn eine Frau die Polizei führt, antwortet sie ohne zu zögern: »Man muß sich die Entwicklung der sandinistischen Revolution vor Augen führen, um zu verstehen, warum es keine besondere Wirkung hat. In der Fronte wurden die Fähigkeiten der Frauen immer genauso bewertet und geachtet wie die der Männer.«

*Wieviel Zeit widmen Sie der Polizei und wieviel Ihrer Familie?*

»Die ganze Zeit der Polizei. Ich glaube, mein Haus und meine Familie sind eines der vernachlässigsten Häuser und Familien, was meine physische Anwesenheit angeht. In den letzten Tagen konnte ich zum Beispiel drei- oder viermal hingehen; am liebsten gehe ich morgens ganz früh, um dort zu sein, wenn die Kinder aufstehen und zur Schule gehen. Ich habe zwei kleine Kinder, und es ist schön, sie zu sehen und gut, wenn sie mich sehen. Aber der Rest des Tages: ich weiß nicht, wer sauber macht, bügelt, wäscht, ich weiß auch nicht, wie das passiert.«

*Warum die Polizei?*

»Warum man mich zur Polizei geschickt hat?« fragt sie erstaunt.

*Nein, weniger, warum man Sie geschickt hat, als warum Sie es akzeptiert haben.*

»Ich habe mich nie gegen die Entscheidung der Nationalen Leitung gestellt. Diese Möglichkeit wäre mir gar nicht in den Sinn gekommen.«

*Aber die Arbeit gefällt Ihnen?*

»Ja, sie gefällt mir, weil wir zwar Zwang ausüben, aber der Zwang eine politische und humane Funktion hat. Das scheint ein Widerspruch, aber bei der Polizei

kennen wir die Gründe und Bedingungen, die Menschen dazu bringen, ein Delikt zu begehen, und als Mitglieder der Frente Sandinista können wir darauf aufmerksam machen und sie mit Hilfe der Organisation überwinden. Das gehört zur Entwicklung und sozialen Verteidigung der Revolution. Wir haben zum Beispiel eine Abteilung, in der man sich um die minderjährigen Gesetzesübertreter kümmert. Diese Abteilung gefällt mir, wir versuchen dort ein Rehabilitationszentrum aufzubauen, weil ich glaube, wenn wir die negativen Seiten von Kindheit an bekämpfen, verhindern wir vielleicht die Weiterentwicklung der Delinquenz. Das ist keine blinde Repression. Wir versuchen, die Gesetze zu schützen und aufrechtzuerhalten, für die viele von uns gekämpft haben und für die viele gestorben sind. Wir versuchen zu gewährleisten, daß die Revolution voranschreitet.«

*Ich war sehr erstaunt, daß man mir geraten hat, nach sieben abends nicht mehr allein auf die Straße zu gehen. Ist Managua eine unsichere Stadt?*

»Ich glaube, das ist eine einseitige Wahrnehmung. Es stimmt, daß es Gegenden gibt, in die man am besten weder allein noch in Begleitung geht. Die Delinquenz tritt an bestimmten Orten konzentriert auf. Aber im allgemeinen ist das eine sichere Stadt. Mit Hilfe der Polizei haben wir es geschafft, die Delikte soweit zu verringern, daß wir zum Beispiel diese Woche nur einen einzigen relevanten Fall hatten.«

Auf die Frage, wie es um das Pflichtbewußtsein der Frauen bei der Polizei steht, antwortet Doris Tijerion, das sei sehr gut. Als Beispiel führt sie eine Mobilmachung im Polizeiquartier an. »Alle waren anwesend und ich habe nur zehn, nein, weniger als zehn Anträge auf Freistellung bekommen: Sie kamen von schwangeren Kolleginnen, die keine Nachtwachen machen dürfen und von solchen, die gerade geboren hatten, aber selbst Frauen mit vielen Kindern haben ihre Probleme gelöst. Es kamen Genossinnen, deren Ehemänner im Innenministerium arbeiteten und die selbst einberufen worden waren.«

Obwohl es, wie sie sagt, nicht ihr Arbeitsgebiet ist, spricht Doris Tijerino von dem vor kurzem eröffneten Frauengefängnis, in dem es einen offenen Strafvollzug gibt und die Frauen unter zuvor kaum gekannten Bedingungen leben: Sie haben ein Schwimmbad (ein großer Luxus in Nicaragua) und die Möglichkeit, eine Berufsausbildung zu machen.

*Was für Straftaten begehen Frauen?*

»Meistens sind es Vergehen gegen Personen, aber auch Eigentumsdelikte. Sie sind oft in schwere Gesetzesübertretungen und Diebstähle verwickelt. Aber es gibt bei ihnen sehr wenig Wirtschaftskriminalität.«

*Was sind das für Straftaten?*

»Solche, die Funktionäre begehen, wenn sie sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bereichern, zum Beispiel, wenn jemand Material aus einem Betrieb abzweigt, um bei privaten Geschäften damit Gewinne zu machen.«

*Warum wird eine Frau Sandinistin?*

»Vor vielen Jahren, als ich jung war, hatten wir eine Diktatur. Wollte man aufrecht gehen und die Achtung vor sich selbst nicht verlieren, geriet man notwendig zu ihr in Widerspruch und mußte eine politische Position beziehen, die mit

der eigenen Haltung in Einklang stand. War man erst einmal gegen die Diktatur, mußte man nach Erklärung für dieses Phänomen suchen, und so kam man zum Antiimperialismus. Ich wurde mitten im Krieg geboren, 1943, und verstand, was Faschismus war. All dies fügte sich irgendwie zusammen und brachte mich zum Sandinismus.«

*Die politischen Auffassungen kamen nicht von der Familie?*

»Meine Mutter hat mich sehr beeinflusst. Sie kam aus der Kleinbourgeoisie, wenn auch aus einer mit einigem ökonomischen Einfluß, sie waren Landbesitzer englischer Herkunft. Schon als junges Mädchen hat sie sich mit den Ideen der Linken identifiziert. Sie besaß marxistische Literatur und hat viel gelesen und mir beigebracht, in Sandino denjenigen zu sehen, der die Würde der Nation verteidigt und repräsentiert. Und dann hat sie mir geholfen, die zu finden ..., die in meiner Generation Sandino repräsentierten. Sie kannte Carlos Fonseca persönlich und deshalb ...«

*Es gab also keinen Gegensatz — keinen Streit zwischen Mutter und Tochter?*

»Zwischen Mutter und Tochter nicht, aber zwischen Vater und Tochter (sie lacht amüsiert). Mein Vater kommt aus einer liberalen, kleinbürgerlichen Familie, mit viel traditionelleren Auffassungen. Er meinte, die Frau gehöre ins Haus. Er freute sich, daß er so viele Töchter hatte, wir waren elf, neun Frauen und zwei Männer. Er war froh, weil er glaubte, dann würden wenigstens einige Leute im Haus bleiben. Aber das war ein Irrglaube (sie lacht wieder). Heute erinnert er sich nicht einmal mehr daran.«

Doris ist auch Mutter und Großmutter. Wenn sie von ihrem Sohn spricht, spürt man, daß sie eine anspruchsvolle Mutter ist, die vielleicht nicht oft genug zu Hause ist und deshalb viel mehr von sich verlangt, als sonst erwartet wird. Sie spricht von ihrer Tochter, die bei einem Flugzeugunglück ums Leben kam und erinnert sich, daß sie Kommunistin war, von Kindheit an der Revolution ergeben. Heute kümmert Doris Tijerino sich um deren Tochter und um den Neffen. Auf die Gefahr hin von der nationalen Frauenorganisation (AMNLAE) kritisiert zu werden, hält sie die Emanzipation der Frau in Nicaragua für eine »Frage der Geduld«.

*Was wird in zehn Jahren aus Doris Tijerino geworden sein?*

»Ich glaube, dann werde ich nicht mehr Polizeipräsidentin sein, weil niemand sehr lange bei einer Aufgabe bleiben sollte. Zunächst einmal, weil man zwar Ideen hat, Fähigkeiten, etwas Neues zu entwickeln, aber das ist alles beschränkt. Und es ist vernünftig, die Kader zu erneuern, damit jüngere Leute kommen. Vielleicht haben wir dann schon gut vorbereitete Kader, die eine andere Sichtweise haben, die Apparat und Politik erneuern. Das heißt also, ich weiß nicht« — sie schaut mich an und lacht. »Sie müssen die Nationale Leitung fragen, wo ich in zehn Jahren sein werde. Ich hoffe, immer im Innenministerium zu sein. Jedenfalls wäre ich an jedem beliebigen Ort gern.«

*Aus dem Spanischen von Nora Rätzzel*

## Kongreßberichte

### UNiMUT — Alternativen zur Fremdbestimmung

Internationaler StudentInnenkongreß, 6. bis 9. Januar 1989 in West-Berlin

Mit mehr als 3000 TeilnehmerInnen erfüllte der Kongreß die unmittelbare Aufgabe, die ihm neben der Schaffung eines Freiraumes zur Reflexion der gegenwärtigen Studiensituation auch gestellt war: Die StudentInnen nach den Weihnachtsferien zur Weiterführung des »Streiks« und zum Besuch der an allen Fachbereichen entstandenen Autonomen Seminare zu motivieren. Doch die drei Kongreßtage (der vierte fand als »Aktionstag« u.a. auf der Straße, vor den besetzten Medizingebäuden statt, wo sich die Polizei mit Knüppeln und Wasserwerfern bemühte, die streikbrechenden StudentInnen durch die Kette der Streikposten zu schleusen) mit den Motti »Universität und Gesellschaft«, »Feministische Wissenschaft und Patriarchat« sowie »Alternativen zur Fremdbestimmung? — Widerstand und Herrschaft« deuten den weitreichenden politischen Stellenwert des Kongresses an: eine Neubestimmung der Aufgaben der Universität in emanzipativer Absicht.

Die strategische Bedeutung von Streik und Kongreß liegt in ihren Problemlösungskapazitäten zur Reformierung des Universitätsalltages. Sie können initiativ wirken: mit der Wiedereinführung alternativer Lernformen wie den Autonomen Seminaren. »Es sind keine 'Pflichtveranstaltungen', in denen einer redet und alle zuhören, sondern Diskussionsforen, in denen jeder sich beteiligen kann und soll. Eigene Ideen sind gefragt — und jeder kann mit seinen Ideen und einigen Interessierten ein eigenes Autonomes Seminar stattfinden lassen!« (UNiMUT-Reader, 7) Die über dreihundert Autonomen Seminare ließen die drei mit »Prominenten« besetzten Podiumsveranstaltungen in den Hintergrund treten. — Andere Streikinitiativen wurden diskutiert, wie die zur Gründung eines »Interdisziplinären Instituts für Antifaschismus« oder eines »Bertolt-Brecht-Instituts für interdisziplinäres Arbeiten«. Neben den institutionalisierten Lernformen wird hier die Grenzziehung zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen in Frage gestellt und eine Verfügung über universitäre Produktivkraft durch außeruniversitäre emanzipatorische Gruppen gefordert. Auch die Streikforderung nach Faschismus- und Feminismusforschung in allen Bereichen fand tatkräftigen Beginn in Veranstaltungen wie »Philosophie im Faschismus« und »Quotierung und Feminismusforschung« und kann beispielhaft für den regulären Studienalltag wirken. — Mit Streik und Kongreß ist aber insbesondere der (inter-)nationale und uniweite studentische Diskussionsprozeß in Gang gekommen. Auf institutioneller Ebene wurde der Besetzungsrat mit basisdemokratischen Strukturen als studentisches Entscheidungsgremium geschaffen. Der Kongreß startete mit einem Autonomem Seminar zur Europäischen Hochschulpolitik den Diskussionsprozeß über die, zeitlich versetzt, in den meisten EG-Ländern stattfindende Beschneidung von Mitbestimmungsrechten an den Hochschulen und die Ausrichtung der Universitäten auf privatwirtschaftliche Wertungsinteressen.

Das Spektrum der TeilnehmerInnen, Beiträge und Seminare bestätigte die Feststellung einer Rednerin: »Unser auffälligstes Kennzeichen ist unsere Vielfalt, unsere Heterogenität«. Deren Stärke ist, daß sie eine Fülle notwendiger Forderungen für die Umgestaltung der Universität in alle ihre Bereiche trägt. Die zahlreichen Initiativen bieten mannigfaltige Anknüpfungsmöglichkeiten für selbstbestimmte studentische Betätigung und kollektive Reflexion über die Studiensituation. Aber die Vielfalt kann auch zur Zerstreuung führen. Ungelöst bleibt, wie die neuen Ansätze dauerhaft an der Universität zu verankern sind und die Situation des Außergewöhnlichen in produktive, alltägliche Realität überführt werden kann.

Petra Dobner (West-Berlin)

## The Long Wave Debate

Freie Universität Brüssel, 12. bis 14. Januar 1989

Die anhaltenden Krisentendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft haben in den letzten Jahren zu einer Wiederbelebung der Theorien der langen Wellen der Konjunktur geführt. Die Brüsseler Konferenz reiht sich ein in eine Serie größerer Konferenzen, die u.a. in Siena (1983, 1986), Paris (1983), und Montpellier (1987) stattfanden. Überraschend ist auch das starke Interesse an langen Wellen in den sozialistischen Ländern, das sich in den Konferenzen in Weimar (DDR) 1985 und in Novosibirsk (1988) ausdrückte.

Unter langen Wellen versteht man Schwankungen in der Wirtschaftsaktivität, wobei jeweils ca. 20- bis 30jährige Perioden relativ starken Wachstums und etwa ebenso lange Phasen schwachen Wachstums sich periodisch ablösen. Nach dem Fahrplan der langen Wellen wäre die kapitalistische Weltwirtschaft nach dem Aufschwung der langen Welle der Nachkriegszeit («Wirtschaftswunder») seit Anfang der siebziger Jahre in einer depressiven Welle angelangt und müßte im Laufe der neunziger Jahre wieder eine Wendung zu einer Phase stärkeren Wachstums stattfinden. Die Frage, ob es solche Wellen tatsächlich gibt, war schon immer heftig umstritten. Merkwürdigerweise geht die Scheidungslinie quer durch alle politischen Lager. Sowohl unter Marxisten als auch unter rechten Angebotstheoretikern finden sich Anhänger *und* Kritiker der Hypothese der langen Wellen.

Die erste Sektion der Brüsseler Konferenz beschäftigte sich mit der Frage, ob lange Wellen in Indikatoren der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (wie etwa in langen Zeitreihen des Bruttosozialprodukts) der wichtigsten kapitalistischen Industrieländer nachweisbar sind. Während Solomos Solomou (Cambridge) diese Frage größtenteils verneinte, kam Jan Reijnders (Utrecht) zu einer positiven Antwort. Auch Autoren wie Rainer Metz (Köln) und Hans Gerster (Bonn), die neuere Filtertechniken anwenden, kamen zu einem überwiegend positiven Urteil über die langen Wellen. Die Diskussion machte deutlich, daß Tests der langen Wellen mit schwierigen statistischen Problemen verbunden sind, vor allem bezüglich der Trennung zwischen Trend und Zyklus bei Zeitreihen. Es scheint jedoch, daß neue Filtermethoden hier eine befriedigende Lösung ermöglichen und daß damit auch verlässlichere Antworten gegeben werden können. In diesem Sinne zeichnet sich in den Beiträgen von Metz, Gerster und Reijnders ein Durchbruch ab.

Die nachfolgenden Sektionen beschäftigten sich mit möglichen Ursachen der langen Wellen. Nacheinander kamen Innovations- und Diffusionswellen, Profitraten und sozialer Wandel an die Reihe. Bernard Rosier und Pierre Dockès präsentierten ein soziologisches Konfliktmodell zur Erklärung Schumpeterscher Wellen von bahnbrechenden Innovationen, die in zurückliegenden Konferenzen eine wichtige Rolle spielten. Arnulf Grübler und Nebosja Nakicenovic zeigten an Hand ihrer empirischen Diffusionsforschung, daß die Ausbreitung zahlreicher neuer Basistechnologien einem verblüffend regulären s-förmigen Lebenszyklusmuster von etwa 50jähriger Dauer folgt. Der Ausbreitungsrhythmus etwa von neuen Energiesorten (Holz, Kohle, Öl, Gas usw.), von neuen Transportsystemen und Infrastrukturen (Schiffe, Eisenbahn, Auto, Flugzeuge, Kanal- und Straßenbau) oder neuen Materialien (Eisen, Stahl, Kunststoffe) steht in enger zeitlicher Wechselwirkung mit dem Auf und Ab der langen Wellen.

Während sich in der Innovationsforschung eine gewisse Kontinuität gegenüber den früheren Konferenzen zeigte, gab es in der Sektion über Profitraten Überraschungen. So zeigten z.B. die Berechnungen langfristiger Profitraten in vier Ländern von Andrey Poletayev, daß die Marxsche Profitrate einem Lange-Wellen-Muster folgt.

Ähnliche Ergebnisse wurden von Louis Fontvieille (aus der »Regulations«-Schule von Paul Boccara) in der französischen Kohleindustrie berechnet. Auch die von Stanislav Menshikov berechnete Kapitalrentabilität der USA sowie die »echte« Marxsche (um Schwankungen im Auslastungsgrad bereinigte) Profitrate von Anwar Shaikh für die USA sind konsistent mit Poletayevs Berechnungen. Nach den oft fruchtlosen Debatten der siebziger Jahre um die Frage, ob die Profitrate langfristig (»säkular«) fällt, zeichnet sich hier eine originelle Neuinterpretation des Marxschen Profitratentheorems ab. Letztere ist nicht auf empirische Forschung beschränkt. Thomas Kuczynski und Stanislav Menshikov demonstrierten mathematische Modelle, die den Fall der Profitrate und die Schumpeterschen Innovationswellen in eine endogene Theorie der langen Wellen zu integrieren versuchen. David M. Gordon warnte hier vor einer zu engen (»ökonomistischen«) Modellstruktur. Nach Gordon müssen auch Überbauelemente (die »soziale Struktur der Akkumulation«) in solche Modelle explizit einbezogen werden. Ähnlich argumentierte auch Christopher Freeman der an Hand der englischen Sonderentwicklung die Rolle des institutionellen Wandels illustrierte.

In der letzten Sektion berichteten Beverly Silver (Binghamton) und Giorgio Gattei (Bologna) über ihre Forschungen über den Zusammenhang von langen Wellen und Streikbewegungen. In beiden Beiträgen zeigte sich, daß sich Streikwellen vor allem in den Umbruchperioden (untere und obere Wendepunkte) der langen Wellen zu konzentrieren scheinen. In einem interessanten Beitrag argumentierte Joshua Goldstein (Los Angeles), daß sich Zahlen über Kriegstote seit dem Jahr 1500 in einem lange-Wellen-Rhythmus bewegen. Es gibt allerdings eine wichtige Ausnahme, die nicht in Goldsteins Schema paßt: der Zweite Weltkrieg. In der Diskussion wurde suggeriert, daß hier möglicherweise die russische Oktoberrevolution und ihre Folgen einen strukturellen Bruch markieren, der das jahrhundertealte Schema für das 20. Jahrhundert ungültig macht.

Den Veranstaltern ist es gelungen, Marxisten verschiedenster Schattierungen produktiv miteinander diskutieren zu lassen. Dazu gehörten der belgische Trotzkiist Ernest Mandel, »freischwebende« Linke wie André Gunter Frank, David M. Gordon, Anwar Shaikh und Immanuel Wallerstein sowie Teilnehmer wie Stanislav Menshikov (Redakteur von *Probleme des Friedens und des Sozialismus*), Thomas Kuczynski (Akademie der Wissenschaften der DDR) oder Andrey Poletayev (vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft). Zwar gibt es deutliche Fortschritte in der Frage der statistischen Tests langer Wellen und in der Innovations- und Profitratenforschung; es gibt aber auch noch ungeklärte Fragen, wie etwa die der geographischen Abgrenzung des Forschungsgebiets (Weltmarkt, hochentwickelte und/oder unterentwickelte Länder), der wichtigsten (exogenen/endogenen) Variablen oder der vorindustriellen (vor 1780) Wellen. Unbeschadet der Fortschritte in Teilgebieten gibt es noch immer keine umfassende Theorie der langen Wellen. Alfred Kleinknecht (Amsterdam)

### **New Frontiers in Social Research: Ethnic, Race and Minority Relations**

Universität Amsterdam, Centre for Race and Ethnic Studies, 8.-11. Dezember 1988

Die Sektion »Ethnic, Race and Minority Relations« der Internationalen Gesellschaft für Soziologie tagte mit über 40 WissenschaftlerInnen aus fast allen europäischen Migrationsländern (außer Spanien, Italien, Belgien und Luxemburg), aus Kanada, Australien, den USA, Indien, Malaysia, Südafrika, der Sowjetunion und Brasilien. Es war leicht, Kontakte für zukünftige Zusammenarbeit und zukünftigen Austausch herzustellen.

Ein zentrales Thema war die Entstehung bzw. Konstruktion von Ethnizität. Am Beispiel der finnisch sprechenden Minderheit in Schweden zeigte Markku Peura (Schweden), wie ethnische Identität als Resultat gefährdeter Identität, z.B. durch ein vorenthaltenes Recht auf Muttersprache, im Kampf um dieses Recht sich entwickeln kann. Einen theoretischen Rahmen, in dem solche Kämpfe um die Muttersprache begriffen und politisch unterstützt werden können, entwickelten Tove Skutnabb-Kangas und Robert Phillipson (Dänemark). Mit dem von ihnen vorgeschlagenen Begriff »Linguicism« läßt sich die Verweigerung des Rechts auf Muttersprache als eine Form von Rassismus analysieren. Ob ethnische Identität als subjektive Selbstdefinition (Michael Banton, Großbritannien) oder als Resultat äußerer Zuschreibungen und/oder von Kämpfen gesehen wird, die bestimmte Form, in der sie sich zu nationaler Identität, Kultur und Klasse verhält, variiert. In vielen Referaten wurde auf die Spannung zwischen ethnischer und nationaler Identität hingewiesen (z.B. Tan Chee-Beng, Malaysia; Roza Ismagilowa, Sowjetunion). Silvia Meznaric aus Jugoslawien diskutierte, wie in einer bestimmten politischen Konstellation — zwischen Slowenen und Serben im Verhältnis zum Staat — ethnische Identität im Kampf um Demokratisierung eingesetzt werden kann. Daß die Konstitution von Ethnizität auch dann als Machtmittel gegen andere ethnische Gruppen einsetzbar ist, wenn sie sich im Widerstand gegen Verfolgung herausbildet, zeigte Nira Yuval-Davis (Großbritannien) am Beispiel des Zionismus. Heribert Adam (Kanada) entwickelte an Hand eines Vergleichs zwischen Israel und Südafrika die These, daß die Definition ethnischer Identität, ob als andere Gruppen ausschließende oder einschließende Identität, auch von der Art der erfahrenen Unterdrückung abhängt. Während der israelische Staat die Palästinenser ausgrenzt, wodurch deren Forderung nach einem eigenen Staat mindestens teilweise bestimmt sei, ist der südafrikanische Staat genötigt, die von ihm unterdrückte Mehrheit in die Wirtschaft des Landes nach wie vor einzubeziehen. Daraus erklärt sich unter anderem, daß der von der schwarzen Befreiungsbewegung konzipierte Staat die Weißen nicht ausschließt. »Ethnische Identität« ist also keine Kategorie, die sich eindeutig als emanzipatorisch oder anti-emanzipatorisch bestimmen ließe. Auch der Staat kann sie zur Ruhigstellung und Spaltung ethnischer Minderheiten einsetzen, indem er bei scheinbarem »Respekt vor den unterschiedlichen Kulturen« ihre Marginalisierung und Diskriminierung rechtfertigt (D.L. Jayasaruiya über das konservative Konzept der »Multikulturalität« in Australien oder Helma Lutz zu den Niederlanden). In Kanada führte die Politik eines Antidiskriminierungsgesetzes für »visible minorities« auf der einen Seite zu Auseinandersetzungen darüber, wer dazu zu zählen sei, auf der anderen Seite hatte sie nur geringe Wirkungen im Produktionsbereich, wo Frauen aus diesen sogenannten »visible minorities« die untersten, am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätze einnehmen. Ironischerweise konnte die Kritikerin dieses Konzepts seine Fragwürdigkeit gleich am eigenen Leibe erfahren, als der Diskussionsleiter sie mit den Worten vorstellte, dies sei Frau Kogila Moodley aus Kanada bzw. offensichtlich aus Indien, in Kanada lebend. Zwar seien ihre Verfahren aus Indien, sie jedoch habe das Land nie gesehen, sondern sei in Südafrika geboren, entgegnete sie. Formen der »Ethnisierung« durch Festlegung auf unveränderbare kulturelle/ethnische Merkmale gehen einher mit dem Ausschluß von Minderheiten (sowohl der ImmigrantInnen als auch der ursprünglichen Bevölkerung, wie der Indianer in Kanada oder der Aborigines in Australien) aus der Geschichte, d.h. mit ihrer Definition als »historisches Relikt«, »Problem« oder »Opfer« (Daiva Stasiulis, Kanada). Angesichts der vielfältigen Form rassistischer Ausgrenzungen ethnischer Minderheiten sahen die meisten Vortragenden die Perspektive im Recht auf Selbstbestimmung, das ein Recht auf gleichen Zugang z.B. zu Ausbildung und

Beruf und gleiche politische Rechte einschließen müßte (Roza Ismagilowa bezog sich dabei auf die Leninsche Forderung nach nationaler Selbstbestimmung). In einem solchen Recht auf Selbstbestimmung, verbunden mit politischen und ökonomischen Rechten wurde zugleich das einzige Mittel gegen einen von oben verordneten Kulturalismus gesehen, der ethnische Minderheiten auf partikuläre Identitäten festlegt. Sehr plastisch wurde dies in dem Bericht über autonome Erziehung von Aborigines in Australien von Deidre F. Jordan geschildert: Weiße LehrerInnen und ForscherInnen warnen dort die Aborigines, zu viel von der weißen Kultur zu lernen, weil es ihre Traditionen zerstören könnte, während sie selbst darauf bestehen, sich alle Fähigkeiten anzueignen, um entscheiden zu können, was sie übernehmen wollen. — Nur zwei der Vortragenden (Anders L. Lange aus Schweden und Gilles Verpraet) sahen die Perspektive in einer Anpassung der Minderheiten an die Lebensweise der Mehrheiten. Vielleicht war es kein Zufall, daß beide zur ethnischen Mehrheit ihres Landes gehörende Männer waren.

In weiteren Vorträgen wurde versucht, die neuen Beziehungen zwischen ethnischen Minderheiten und Mehrheiten und die Beziehung zwischen Ethnie, »Rasse« und Klasse begrifflich zu fassen bzw. neue Methoden empirischer Forschung zu entwickeln. Chris Mullard (Niederlande) stellte sein Konzept der »Etharchy« vor, mit dem er die neue gesellschaftliche Formierung von Ethnizität fassen will. Seiner Auffassung nach ist nicht mehr Rassismus die dominierende Form ethnisch begründeter Herrschaftsverhältnisse. Durch Kooptierung von Vertretern ethnischer Minderheiten in Entscheidungsgremien ergäben sich neue, komplexere Dominanzbeziehungen. Floya Anthias (Großbritannien) plädierte für die Einführung einer Kategorie »Ethnos« in die marxistische Theoriebildung, um Rassismus und Ethnozentrismus als nicht auf Klasse reduzierbare, aber auch nicht davon losgelöste Beziehungen untersuchen zu können. Helen Ralston aus Kanada entwickelte aufbauend auf den Arbeiten von Dorothy Smith und Roxana Ng eine sozialistisch-feministische Methode für die empirische Untersuchung der »gelebten Erfahrung« von Migrantinnen.

Die TeilnehmerInnen aus der BRD beklagten den rückständigen Charakter der bundesrepublikanischen Diskussion: Donald Vaughn (Frankfurt/M.) den Mangel an Forschungen zu bikulturellen Partnerschaften, Annita Kalpaka und Nora Räthzel (Hamburg) die fehlende Rassismustheorie. Das Reden über »Ausländerfeindlichkeit« faßten Kalpaka/Räthzel als eine Form des Schweigens über Rassismus. Die Erfahrungen auf dieser Konferenz waren für uns sowohl erschreckend als auch positiv. Erschreckend, weil uns sehr deutlich vor Augen geführt wurde, welche Sonderstellung die Bundesrepublik im Umgang mit ImmigrantInnen einnimmt. Den verständnislosen Fragen, warum sich die Bundesrepublik nicht als Einwanderungsland sehen wolle, warum die hier geborenen Einwanderer kein Recht auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit hätten, sahen wir uns recht hilflos gegenüber. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, die Entwicklung und die Ursachen der bundesdeutschen Besonderheiten, auch im Licht der jüngsten deutschen Geschichte, zu verfolgen. Die positive Erfahrung: Von den 43 TeilnehmerInnen gehörten 17 in ihren Ländern einer ethnischen Minderheit an, 18 waren Frauen. Die sonst im wissenschaftlichen Diskurs wenig vertreten sind, artikulierten sich hier zahlreich.

Oder zeugte die allseitige Zufriedenheit über die Anwesenheit so vieler »Minderheiten« eher von einem zu leicht zu befriedigenden Harmoniebedürfnis? »Oh yes«, spottete ein Brite aus Jamaica beim Abendessen, »it was a wonderful conference, we could all sit together in one room, great.«  
Nora Räthzel (Hamburg)

## Ankündigungen

### Migration und Rassismus

Internationaler Kongreß in Hamburg, geplant für Oktober 1990

Im Zentrum steht die Frage, wie ein gleichberechtigtes Zusammenleben von ethnischen Minderheiten und Mehrheiten in Europa ermöglicht werden kann. Ursachen, Formen und Wirkungsweisen des Rassismus sollen mit der Perspektive untersucht werden, Strategien zu seiner Bekämpfung zu entwickeln.

Informationen: Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13.

### Kritische Ökologie

Jahrestagung des BdWi im Weiterbildungszentrum Düsseldorf, 7. bis 8. April 1989

Information und Anmeldung: BdWi, Postf. 543, 3550 Marburg, Tel. (06421) 2 13 95

### Freiheit — Gleichheit — Schwesterlichkeit

Männer und Frauen zur Zeit der Französischen Revolution

Philipps-Universität Marburg, 14. bis 16. Juni 1989

Informationen: Dr. Frauke Stübiger, FB Erziehungswissenschaften, Wilhelm-Röpke-Straße 6 B, 3550 Marburg.

## ***DAS ARGUMENT 175***

### Rassismus — Kulturelle Identität

Robert Miles

Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus

Stuart Hall

Ethnizität

Etienne Balibar

Gibt es einen »Neorassismus«?

Georg Auernheimer

Kulturelle Identität — Überprüfung eines geflügelten Wortes

Roxana Ng

Geschlecht, Ethnizität oder Klasse?

Frieder O. Wolf: Arbeitspolitik und soziale Bewegung

Heiner Keupp: Psychokultur und »New Age«

Volker Gransow und Wayne Miller: Carl Schmitt in den USA

Heiner Goebbels: Prince and the Revolution

31. Jahrgang Heft 3 Mai/Juni 1989

## Besprechungen

### Philosophie

**Cohen-Solal, Annie: Sartre.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1988 (862 S., Ln., 58,- DM)  
**Hayman, Ronald: Jean-Paul Sartre.** Leben und Werk. Aus dem Englischen von Bernd Lenz und Sonja Hauser. Heyne Verlag, München 1988 (775 S., br., 19,80 DM)  
**Boschetti, Anna: Sartre et »Les Temps Modernes«.** Les Editions De Minuit, Paris 1985 (324 S., br., 89,- FF)

Die Distanz zu Sartres Leben und Werk hat in den Jahren nach seinem Tod einige interessante Studien ermöglicht. Boschetti, die von der Soziologie des immer größere Beachtung findenden Pierre Bourdieu ausgeht, hat den Erfolg von Sartres Existentialismus und seiner Zeitschrift »Les Temps Modernes« soziologisch zu erklären versucht. Cohen-Solal und Hayman haben ausführliche Biographien veröffentlicht. Zumindest das Buch der Journalistin und Literaturwissenschaftlerin Cohen-Solal war ein großer Publikumerfolg.

Anders als Hayman verzichtet Cohen-Solal auf detaillierte und für den philosophischen Laien schwer nachvollziehbare Paraphrasierung der philosophischen Werke. Deren Hauptthesen führt sie schlagwortartig vor Augen; Sartre-Zitate stammen in der Regel aus leicht verständlichen Artikeln und Reden. Sie zitiert Interpreten und Kritiker und vermittelt so auch von der zeitgenössischen Ideologie eine Vorstellung. Sie hat Freunde, Freundinnen, Bekannte und Gegner Sartres interviewt, sogar Originalschauplätze besucht. Ihre Haltung ist eher die einer Fragenden, die kritische Distanz mit Empathie verbindet und somit ein objektiveres Bild von Sartre geben kann als Hayman, dessen Buch geradezu tendenziöse Passagen enthält — etwa im Ton moralischer Verurteilung vorgetragene Hinweise auf psychologische Schwachstellen, wie die Abhängigkeit von Aufputzmitteln (»Drogen«), deren Konsum Hayman mit der Qualität von Sartres schriftstellerischer Produktion in Zusammenhang zu bringen sucht.

Cohen-Solal hinterfragt wie Hayman die Interpretation, die Sartre seiner eigenen Kindheit und Jugend gibt. Sie deckt die Verleugnung des Vaters auf, die aus der ödipalen Bindung an die verwitwete Mutter resultierte. Sie überschreitet die autobiographische Sichtweise, indem sie das Kind Sartre als Opfer zeigt: Es »wurde das Double seines Großvaters und der Mann seiner Mutter ... (...) Wie selbstverständlich schlüpfte es in die Rollen, verhalf den Verkleidungen zu Glanz und stellte die Ansprüche seiner beiden Kommanditisten mit kindlichem Geschick zufrieden. Wie soll man auch anders reagieren, wenn man im Alter von sechs Jahren Produkt und Zweck zweier verwundeter Erwachsener, ihre Rache und Hoffnung wird?« (78) Geschichtlicher Hintergrund, Politisierung und politische Aktivitäten des »engagierten Intellektuellen«, deren romantische und unrealistische Züge sie — etwa in bezug auf Sartres Kuba-Reise oder seine maßlose und naive Unterstützung der Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges — nicht unterschlägt, werden von Cohen-Solal spannend und anschaulich erzählt. Die Entwicklungsstrukturen des theoretischen und literarischen Werkes werden nicht dogmatischen Deutungsmustern geopfert wie bei Hayman, der den frühen »existentialistischen« Sartre gegen den politisierten, marxistischen ausspielt.

Zu den wichtigsten Leistungen Cohen-Solals gehört, daß sie einen Einblick in Sartres Arbeitsweise und die Art und Weise gibt, wie er seine Rolle als Intellektueller lebte. Sie zeigt einen Sartre, dessen Träume noch zu Zeiten größten Erfolges und

größter Berühmtheit die Angst vor Mißerfolg ausdrücken (669). Sie verweist auf narzißtische Charakterzüge (»Die direkte Konfrontation [mit theoretischen Gegnern, R.K.] hat er nie ertragen«, 679), die in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem Ignorieren aktueller Strömungen führten (Strukturalismus, Lacan etc.). Sie beschreibt, wie Sartre zu jemandem wurde, dem das Schreiben zur Klärung und Stärkung seiner problematischen Identität diene.

Solche Aspekte werden von einer soziologischen Deutung wie der Boschettis nicht erfaßt. Dennoch ist auch diese (bisher noch nicht übersetzte) Studie lesenswert. Boschetti führt die zeitweilige ideologische Hegemonie des Sartreschen Existentialismus und seiner Zeitschrift »Les Temps Modernes« darauf zurück, daß Sartre — aus einer bildungsbürgerlichen Familie stammend — als Schriftsteller-Philosoph die größte Menge an »kulturellem Kapital« in seinem Schaffen vereinigte und gekonnt die typischen Attitüden des Intellektuellen, etwa Pessimismus in den frühen Jahren, prophetische Haltung in den Jahren der Politisierung praktizierte. Sie arbeitet seine Abhängigkeit von politisch-gesellschaftlichen Erfahrungen und ideologischen Strömungen ebenso wie seine realistischen Strategien auf dem Weg zum Erfolg heraus, wenn er etwa Theaterstücke, Kritiken und Polemiken in Zeitungen dazu benutzte, seinen philosophischen Standpunkt zu legitimieren. Die Studie, die an einen Artikel Bourdieus anknüpft, hinterfragt den Mythos des totalen, in bezug auf bestimmte Theoreme und Interventionen absolut eigenständig erscheinenden Intellektuellen, den Sartre verkörperte.

Im Anschluß an Cohen-Solal und Boschetti wäre eine Biographie wünschenswert, die sich um die Vermittlung philosophischer, psychologischer und soziologischer Erklärungsansätze bemühte. Sie könnte den manchmal schematischen Charakter der Boschetti-Studie korrigieren (z.B. läßt sich Sartres Gewohnheit, jahrzehntelang in Hotelzimmern zu logieren, durch die soziologisch zu erfassende Verklärung studentischer Freiheit nicht zureichend erklären). Notwendig wäre die Vermittlung von Kategorien Bourdieus mit einem individualpsychologischen Ansatz.

Reinhard Koch-Oehmen (Köln)

**Fracchia, Joseph G.: Die Marxsche Aufhebung der Philosophie und der philosophische Marxismus.** Zur Rekonstruktion der Marxschen Wissenschaftsauffassung und Theorie-Praxis-Beziehung aufgrund einer Kritik der Marx-Rezeption von Georg Lukács, Karl Korsch, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Peter Lang, New York 1987 (428 S., Ln., 55,90 \$)

Der Verfasser ist US-Amerikaner, die offenbar Anfang der achtziger Jahre abgeschlossene Studie bezieht sich jedoch auf die deutsche Diskussion der siebziger Jahre, genauer gesagt, auf die ihrer Intention nach antiökonomistische theoretische Konjunktur, in der man die »proletarische Subjektivität« zu thematisieren suchte. Den Kern bildet die These, daß sowohl die Vor-Marxsche Philosophie als auch der Nach-Marxsche Marxismus dazu tendieren, die Theorie zu verselbständigen und die tätigen Subjekte zu vernachlässigen. Dagegen will der Verfasser am »radikal Neue(n) bei Marx«, an seiner »Neubestimmung des Subjekts als das tätige« festhalten (3).

Nach einer Kritik Hegels und der Betrachtung von Marx werden die historischen Zusammenhänge vorgeführt, in denen sich die objektivistische Marx-Rezeption durchsetzen konnte. Danach werden die Kritiker dieses Marxismus der II. Internationale (Lukács, Korsch, Adorno, Horkheimer), »denen die Hegel-Marx Beziehung wesentlich war« (6), vorgestellt und kritisiert. Obwohl diese »Westlichen Marxisten ... Marx vor der zweiten Internationale und dem Östlichen Marxismus gerettet

haben«, sei ihr »Versuch, die Begriffe der Marxschen Theorie nach unten zu öffnen«, gescheitert, »gerade weil sie diese Begriffe philosophisch gehandhabt und die Subjektivität der Arbeiter unter der Form des Objekts behandelt« haben (359). In den Kritiken versteckt sich gerade dort Wertvolles, wo der Verfasser konkreter auf die Beziehungen zwischen Theorie und Praxis oder Partei und Arbeitern bei den jeweiligen Theoretikern eingeht. Nötig gewesen wäre eine editorische und sprachliche Bearbeitung. Auch das Theorieangebot des Verfassers, Negt/Kluges Idee einer »proletarischen Öffentlichkeit«, ist durch veralteten Klassenreduktionismus gekennzeichnet. Gramsci-Lektüre täte hier not. Juha Koivisto (Tampere/Finnland)

**Schmidt-Biggemann, Wilhelm: Theodizee und Tatsachen.** Das philosophische Profil der deutschen Aufklärung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (290 S., br., 20,- DM)

Der Autor, Hochschullehrer an der TU Berlin, faßt bereits erschienene Aufsätze und Vorträge sowie drei erstveröffentlichte Texte zusammen. Er vertritt die These, daß sich die Aufklärung — die Zeit von 1690-1790 — in zwei Stränge teilt: Dem Rationalismus gehe es um die Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, dies sei das teleologische »Geschichtsprogramm der Theodizee« (7). Dem Eklektizismus gehe es darum, sich in den Tatsachen, im Bestehenden, einzurichten. Beide Projekte, die der Autor beständig als »Begriffe« bezeichnet, seien nicht kompatibel, weshalb der »Begriff der Aufklärung« »äquivok« sei (8). Das aber mache seinen »semantischen Reiz« (9) aus.

Im ersten Aufsatz sucht der Autor einen Überblick der Epoche zu geben, in den nachfolgenden beschäftigt er sich für den Bereich der Theodizee mit Leibniz, Reimarus, Spinoza sowie dem Problem der Erbsünde und dem Pantheismus, anhand des »Tatsachen«-Strangs mit Friedrich II., Nicolai, dem Problem der Toleranz und der Problemlösungskapazität des Eklektizismus. Der Autor will jeweils eine »intellektuelle Modellgeschichte der Philosophie« (226) schreiben, d.h. er versucht, die Entwicklung der Begrifflichkeit und der Problemstellungen/Lösungen aufzuzeigen. Diesen Erklärungsanspruch kann der Autor auf Grund seines immanent philosophiegeschichtlichen Vorgehens jedoch nicht einlösen. Den Schritt aus der Begriffsgeschichte in die reale Geschichte macht er nicht, obwohl er naheliegt: So ist z.B. im Aufsatz über Reimarus von dem philosophierenden »Hamburgische(n) Juwelenkaufmann« (79) J.A. Hoffmann die Rede. In diesem Kaufmannskontext wird die »profanhistorische« Bibelübersetzung von Reimarus viel verständlicher als »durch die kategoriale Stabilisierung der Welt« (78) bei Leibniz.

Schmidt-Biggemanns Einschätzung der Aufklärung wird am deutlichsten in den Aufsätzen über den Sündenfall und über Nicolai. Leibniz' Optimismus schließe »die Vorstellung einer Erbsünde systematisch aus« (92). Diese »Urform der Wissenschaftsreligion« (93) führe dazu, daß der Mensch überlastet werde, denn das »Böse« sei damit nicht »erklärt, die Frage nach dem Bösen faktisch nur verdrängt« (95). Damit werde unklar, wieweit der Mensch für das weiterhin vorhandene, aber nicht mehr erklärbare Böse verantwortlich ist. Die Frage nach der Kalkulierbarkeit des — vom Autor substantiell gedachten — »Bösen« könne auch Kant nicht mehr beantworten. Die Theodizee stehe hier vor einem »Scherbenhaufen« (94). Andererseits werde »die eklektische Philosophie durch die Transzendentalphilosophie aufgehoben« (278). Nicolai, der auf seiner Metaphysikkritik beharrt und das nicht einsehen *wolle*, bekommt vom Autor »Verstocktheit« (275), »Böswilligkeit« (278), »Umkehrung der Ordnung« (277), ja »Sünde« »gegen die Wahrheit« (ebd.) vorgeworfen. Er hält diese Aufhebung für unstrittig. Die Folge des »Bösen« ist die »Umkehrung der Ordnung«,

und die Ordnung vertritt der, auch gegenüber dem Bürger, »souveräne Staat« (179). — Der Autor verliert sich vielfach im Material und kommt so nicht dazu, seine Thesen aufzuweisen.  
 Thomas Heinrichs (West-Berlin)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Jameson, Fredric: Das politische Unbewußte.** Literatur als Symbol sozialen Handelns. Aus dem Amerikanischen von U. Bauer, G. Burger und B. Röhm. Mit einem Nachwort von Ingrid Kerkhoff. Rowohlt, Reinbek 1988 (318 S., br., 24,80 DM)

Das Buch hat dem Autor den Ruf eingebracht, der bedeutendste marxistische Literaturwissenschaftler der USA zu sein. Die Originalität der Theorie liegt darin, daß sie eine Vielzahl — scheinbar — unvereinbarer Paradigmen miteinander kombiniert. So entsteht ein polyglottes Amalgam, das durch Jamesons eigene Theoriesprache erstaunlich kohärent gemacht wird. Die Hauptthese ist, daß der »politischen Interpretation literarischer Texte Priorität zukommt« (13). Jede Interpretation ist nach Jamesons marxistischer Hermeneutik auf den Horizont der Geschichte bezogen und impliziert eine Geschichtsphilosophie oder eine »Schlüsselerzählung« (11). Schlüsselerzählungen entwerfen sequentielle, narrativ strukturierte und auf Aktanten basierende Repräsentationen der menschlichen Geschichte. »Geschichte ist kein Text, keine Narration, weder Schlüsselerzählung noch sonstwie, sondern ist uns als abwesende Ursache unzugänglich, es sei denn in textueller Form; somit erfolgt unser Zugang zu Geschichte und zum Realen selbst ... mittels vorheriger Textualisierungen, d.h. ihrer Narrativierung im politischen Unbewußten.« (29f.) Texte stellen sich dar als Symbole sozialen Handelns, Symbole, die gesellschaftliche Widersprüche in formale und ästhetische Lösungen transformieren, ohne dabei die Widersprüche selbst anzutasten. Ein solcher Akt symbolischen Handelns verwischt einerseits die Spuren der Realität, auf die er sich bezieht, und erweckt dadurch den Eindruck der Autonomie, wird andererseits aber durch diesen paradoxen Vorgang seiner Konstitution in Aporien/Antinomien verwickelt, die den narrativen Apparat hervorbringen. Jameson führt an dieser Stelle den Begriff des »Subtextes« (72ff.) ein. Ausgehend von der These, daß das Reale/die Geschichte nicht repräsentierbar ist, müssen die gesellschaftlichen Widersprüche, die der Text um den Preis seiner eigenen Heterogenität zu »managen« sucht, selbst schon wieder als Textualisierungen verstanden werden. Jameson sucht sich mit dieser Position sowohl gegen die »Dekonstruktion« wie gegen einen »vulgären Materialismus« (74) abzusetzen.

Die Neuschreibung des Textes auf Grundlage der Rekonstruktion des Subtextes geschieht durch drei Interpretationscodes. Der Text wird zunächst als politische Allegorie gelesen, die auf verschobene Weise historisch-politische Konflikte einbezieht. Jameson zeigt dies an Romanen Balzacs. In ihnen läßt sich aufweisen, wie ein politisches Begehren sich in den semantisch-antinomischen Netzen seines eigenen narrativen Projekts verfängt. Die zweite Interpretationsebene situiert den Text im Rahmen einer »Klassenlangue« (78), die durch ihre notwendig dialogische Struktur (Bachtin) Ideologeme konstruiert mit dem Ziel, den gegnerischen Diskurs zu desartikulieren. An Hand von Gillings Hochrealismus läßt sich erkennen, wie die Klassenwidersprüche durch das für das 19. Jahrhundert grundlegende Ideologem »Resentiment« psychologisiert und kriminalisiert werden, um dann durch Moralismen wie die Philantropie neutralisiert zu werden. Zur Analyse der dritten Geschichtszeit, die er als Produktionsweise bezeichnet und mit Althusser als »gegliedertes Ganzes« versteht (vgl. 30ff.), wählt Jameson das »Rationalisierungs- und Verdinglichungs-

paradigma« (83ff., 222ff.). »Wir haben vorgeschlagen, den Rationalisierungsprozeß in erster Linie als analytische Demontage der verschiedenen traditionellen und naturwüchsigen Einheiten (soziale Gruppe, Institution, menschliche Beziehungen, Formen der Autorität, kulturelle, ideologische und produktive Aktivitäten) in ihre strukturellen Einzelteile zu begreifen, und zwar im Hinblick auf ihre 'Taylorisierung' ...« (223) Die Transformation des feudalen Systems in die kapitalistische Produktionsweise hat eine neue Lebenswelt hervorgebracht — Jameson spricht hier von Kulturrevolution —, die (z. B. im Roman) von der »Ideologie der Form« textualisiert wird. Ihre Funktion ist es, die Konventionen zu desorganisieren, sie in das »Novum einer unerwarteten Realität« (151) zu verfremden und den »neuerdings quantifizierbaren Raum ... , die neuen Rhythmen der meßbaren Zeit, die neue säkularisierte Objektwelt des Warensystems« (152) als ästhetisch erfahrbare Referenten zu kreieren, als deren »realistische Widerspiegelung dieser neue Erzähldiskurs« (152) dann auftritt. Damit werden auf der einen Seite die herkömmlichen Gattungen durch die Hochkultur unterminiert (Bovarismus), und andererseits entstehen neue massenkulturelle Formen.

Im Begriff der »Eindämmungsstrategie« (46) versucht Jameson gegen postmoderne Akzentuierungen des Differenzen, Molekularen, der Dissemination etc. Lukács' Begriff der »Totalität« zu bewahren, ohne Althussers Warnung vor dem Ausdrucksdenken zu vergessen. Eindämmungsstrategien versuchen auf die eine oder andere Weise (z. B. im familialen Reduktionismus der Psychoanalyse oder dem Sprachreduktionismus der »Dekonstruktion«) Totalität zu verdrängen und zeichnen sich durch »strukturelle Begrenzung und ideologische Geschlossenheit« aus (45). So zeigt Jamesons Conrad-Analyse, wie der Modernismus einen perfekten poetischen Apparat zu konstruieren vermag, der Geschichte als kollektive Weltveränderung undenkbar macht: sie verflüchtigt sich in impressionistische Wahrnehmungsstrategien und Konstruktionen existentialistischer Zeiterfahrung. Ein eher hesenhaftes Abschlußkapitel will Blochs Utopiebegriff nutzbar machen für eine Kulturanalyse, die das ideologische Funktionieren von Kulturobjekten in Zusammenhang bringt mit den utopischen Dimensionen, die jede Ideologie mit sich führt, um sie zu zerstreuen und zu managen.

Ein Nachwort, das Jamesons wissenschaftliche Entwicklung und die Situation der Literaturwissenschaft in den USA beleuchtet, eine Bibliographie der Veröffentlichungen von und über Jameson sowie ein Namensregister runden das Buch ab. Jameson hat eine Rahmentheorie für die ideologiekritische Lektüre von Erzählstrukturen geliefert.  
Ronald Fricke (West-Berlin)

**Deussen, Christiane: Erinnerung als Rechtfertigung.** Autobiographien nach 1945: Gottfried Benn — Hans Carossa — Arnolt Bronnen. Stauffenberg-Verlag, Tübingen 1987 (268 S., br., 68,- DM)

Die Historikerdebatte wie die oft nurmehr rituell begangenen Gedenktage machen immer wieder deutlich, auf wie unsicherem Boden die »Bewältigung« der deutschen Geschichte steht, wie sehr der demokratische Grundkonsens zur Projektionsfläche je eigener Rechtfertigungsmuster geworden ist. In der Dissertation von Christiane Deussen findet man diese Strategien versammelt und analysiert: von der nachträglichen Verharmlosung über die Dämonisierung Hitlers bis zur Behauptung, man habe »Schlimmeres verhüten« wollen. Theoretischer Bezugspunkt der Arbeit ist der von Mitscherlich geprägte Begriff der Derealisation, den die Verfasserin allerdings weniger psychoanalytisch denn als strukturierenden Oberbegriff für die an den Beispielen untersuchten Rechtfertigungsmuster benutzt. Im Interesse der genauen Einzelfall-

studie geht dabei gelegentlich der Bezug auf die übergreifende Themenstellung verloren, so daß diejenigen, die die Arbeit unter historischen oder politologischen Aspekten nutzen wollen, Umwege und Exkurse in Kauf nehmen müssen. Die oft nicht sehr aussagekräftigen Kapitelüberschriften erleichtern die Orientierung nicht.

Dennoch ist die Studie in den Einzeluntersuchungen so fundiert und materialreich, daß sie ein überzeugendes Bild der ideologischen Verfassung der Nachkriegszeit bietet. Haben doch alle drei Autoren nicht nur dem von Entnazifizierung und globaler Verurteilung in die Enge getriebenen Lesepublikum ein dankbar angenommenes Identifikationsangebot geliefert, sondern auch in ihren Autobiographien auf entlastende Ideologeme zurückgegriffen, die lange vor dem Nationalsozialismus deutsches Selbstbewußtsein bestimmten, so etwa auf den Topos vom Unpolitisch-Sein oder auf ein per se pessimistisches Geschichtsbild.

Der Fall Benn, von den drei untersuchten am bekanntesten und am besten dokumentiert, verliert unter diesem Aspekt viel von seiner skandalumwitterten Einmaligkeit. Auf Vorarbeiten von Jürgen Schröder aufbauend, entwickelt die Verfasserin an Benns Konzept des »Doppellebens« — so auch der Titel seiner 1950 erschienenen Autobiographie — die »schizoide (!) Aufspaltung der Persönlichkeit in ein äußerlich angepaßtes, gesellschaftliches Dasein und ein vollkommen unabhängig existierendes innerliches Sein, dem eigentliche Realität zugesprochen wird« (71). Die »aristokratische Emigration in die Armee« (Benn) konnte so ebenso gerechtfertigt werden wie der großzügige Umgang mit den Fakten in Benns eigener Darstellung seiner Rolle bei der Gleichschaltung der Preußischen Dichter-Akademie. Der vornehme Rückzug aus der Politik erlaubte es, den Nationalsozialismus als »personelle Fehlbesetzung« zu kritisieren, am Prinzip der Höherwertigkeit der weißen Rasse und der »Züchtung« dennoch festzuhalten. In der generellen Absage an geschichtliches Denken vollzieht Benn den lückenlosen Übergang von der konservativen Revolution über den angeblichen völligen Rückzug aus der Politik zum Ästhetizismus der Nachkriegszeit.

Hans Carossas Lebensbericht »Ungleiche Welten« von 1951 gewinnt seine Bedeutung für die Leser ebenfalls aus dem prinzipiellen Anspruch des Unpolitischen, doch im Gegensatz zu Benn dominieren hier Verharmlosung und Abschwächung eigener Aktivitäten. Der Einsatz für Juden, das hohe Alter und der Arztberuf machten es leicht, die Perspektive des »von den politischen Ereignissen scheinbar unberührten, in ländlicher Abgeschiedenheit lebenden Zeitgenossen« (101) einzunehmen und offensichtliche Aktivitäten in der nationalsozialistischen Kulturpolitik großzügig zu übergehen. Zudem erscheinen die nationalsozialistischen Funktionsträger bei Carossa privat als überaus wohlerzogene und gebildete Menschen. »Das Beste daraus machen« und sich der ideellen Gemeinschaft der Tieferblickenden, Nachdenklichen anschließen — das war eine Devise, die sich in der Nachkriegszeit zur kollektiven Selbstentlastung überaus gut eignete und jeden Mitläufer zum Vertreter des »anderen Deutschland« stilisierte. Vergleiche des Nationalsozialismus mit einer Epidemie oder Naturkatastrophe und Dämonisierung Hitlers taten ein übriges, seine konkreten Ursachen nicht weiter zu analysieren.

Im Gegensatz zur Selbstrechtfertigungsrhetorik Benns und Carossas wählte Arnolt Bronnen die Methode der inszenierten Selbstanklage, die in der »Bekehrung« des ehemaligen Nationalbolschewisten und Rundfunk- und Fernsehmitarbeiters zum kommunistischen Widerstandskämpfer gipfelt. Dieses Argumentationsmodell hat insbesondere in der DDR Nachahmung gefunden, obwohl Bronnen selbst dort mit Skepsis aufgenommen wurde. Seine radikale Offenheit bietet mindestens ebensovielfache Möglichkeiten zur Selbstentlastung wie die Zurückhaltung Benns und Carossas.

Bronnen formuliert als Richter und Verteidiger in eigener Sache die Vorwürfe des Opportunismus und der Verherrlichung von Gewalt so global, daß — wie in stalinistischen Schauprozessen — der Angeklagte zum Opfer wird und der Umerziehung bedarf. Die Abkehr vom Nationalsozialismus wird so zum »quasi religiösen Bekehrungserlebnis hypostasiert« (169), hinter dem dessen Anlaß und Ursache wiederum verschwinden.

Deussens Fallstudien lassen erkennen, wie stark autoritätsfixierte Denkmodelle und Wertorientierungen in der Nachkriegszeit erhalten blieben, so daß die heimkehrenden Exilanten als Verräter und vaterlandslose Gesellen beschimpft werden mußten. Die Physiognomie der formierten und uninformierten Gesellschaft ist so wieder ein Stück deutlicher geworden. Die Benutzbarkeit des Bandes ist gelegentlich durch eine undeutliche Zitierweise eingeschränkt, so daß nicht alle Quellen ohne weiteres auffindbar sind. Schließlich wäre wünschenswert gewesen, den Fragebogen Ernst von Salomons, der offensichtlich die Entnazifizierungsfragebögen der Alliierten ad absurdum führte und »schon kurz nach seinem Erscheinen sensationelle Auflagenzahlen erzielte« (253), zu reproduzieren oder zumindest genauer zu charakterisieren.

Claudia Albert (West-Berlin)

**Combes, André, Michel Vanoosthuyse und Isabelle Vodoz (Hrsg.): Nazisme et antinazisme dans la littérature et l'art allemands (1920-1945).** Presses Universitaires de Lille, Lille 1986 (202 S., br., 150,- FF)

Die Zielsetzung des Buches erläutern die Herausgeber im Vorwort: gegen die Auffassung von faschistischer Kunst als einer direkten Umsetzung von Propaganda soll der Akzent auf der Untersuchung der vom Faschismus geförderten künstlerischen Praxen liegen, deren Heterogenität nicht zu übersehen ist. Die Herausgeber betonen besonders das Nebeneinander von funktionalen und epigonalen Ästhetiken und leiten daraus die These vom »Doppelcharakter der künstlerischen Produktion des III. Reichs« (8) ab. Ihre leitende Frage ist daher, welche politischen Wirkungen aus der faschistischen Anordnung der heterogenen Kunstpraxen entstanden sind.

Die geringe politische Effizienz der unmittelbar propagandistischen Künste wird im Beitrag von Jean Chabbert zum NS-Theater deutlich. Am Beispiel der »Thingspiele« zeigt er, daß die angestrebte Fusion von traditioneller Bühne und politischem Versammlungsort schnell an thematische und technische Grenzen stieß. Da sich das Theater nicht als »Erfahrungsraum der neuen nationalen Gemeinschaft« (27) nutzen ließ, wurde die von 1933 an mit großem Aufwand betriebene staatliche Förderung 1937 eingestellt. Ebenso wenig erfolgreich war die zweite Strategie des NS-Staates, Theaterstücke mit aktuellem politischem Inhalt (nach dem Vorbild von Johsts »Schlageter«) zu schaffen. Auch die (von Günter Hartung analysierten) Bemühungen um den Aufbau eines Kanons von SA-Kampfliedern in den zwanziger Jahren hatte lediglich im »Horst-Wessel-Lied« (97ff.) ein massenwirksames Ergebnis — insgesamt war auch auf diesem Gebiet der politische Effekt gering.

Da die politischen Themen wenig wirksam waren, mußte sich die Aufmerksamkeit der Faschisten auf die politische Wirksamkeit der »unpolitischen« Themen richten. Beispielhaft untersucht wird dieser Prozeß von Günter Reus in seiner Untersuchung zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft in der Lyrik des III. Reichs. Reus zeigt, daß die unpolitischen, konventionell geschriebenen Natur-Idyllen nicht nur einen beträchtlichen Teil der Lyrik-Produktion ausmachen; sie liefern auch mit der Konstitution eines um »Heimat« und »Natur« zentrierten »Wir-Gefühls« die Basis, auf der dann die politischen Gedichte völkischen und rassistischen Inhalts aufbauen können. In den Lobliedern auf Bauern und Landleben zeigt sich in dieser Perspektive nicht

nur eine rückwärtsgewandte Ideologie, sondern vor allem der Aufbau eines Paradigmas des Gesunden, um das sich der Rasse-Staat gruppieren kann (108). Reus' Methode, das Zusammenwirken unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Phänomene zu untersuchen, findet sich auch im Beitrag von Jean Clair über die NS-Architektur. Clair stellt das widersprüchliche Verhältnis des deutschen Faschismus zur Moderne ins Zentrum: einerseits das Verbot des »Bauhaus« im Namen des »Heimatschutzstils«, andererseits die Aufnahme der modernen funktionalistischen Architektur beim Bau von Fabriken, Autobahnen und Bunkern. Da die Faschisten auch beim Bau staatlicher Gebäude auf gegensätzliche Traditionen zurückgriffen (griechischer Klassizismus, aber auch Französische Revolution), entsteht eine extrem heterogene Architektur, deren Wirkung Clair mit dem Bild eines »riesigen Disneylands« (22) von unverbundenen Attraktionen allerdings nur sehr pauschal beschreibt.

Die Indienstnahme der Moderne findet sich auch im »Kulturfilm« — einer Gattung, die auf staatliche Anordnung in allen Kinos gezeigt werden mußte. Barry A. Fulks zeigt am Beispiel der Dokumentarfilme Walter Ruttmanns, daß die Faschisten in diesem Bereich — im Gegensatz zum Unterhaltungsfilm — auf die avantgardistischen Techniken setzten, um sie in den Dienst der »Sakralisierung der technischen Rationalität« (39) zu stellen. Ruttmanns in den zwanziger Jahren entwickelte avantgardistische Film-Ästhetik ließ sich gerade wegen ihres formalistischen Charakters für die Ästhetisierung von Städten und Industrien, aber auch von Krieg und Vernichtung einspannen. Fulks zeigt eindrucksvoll, wie effektiv die (durch internationale Auszeichnung anerkannte) formale Qualität im Dienst der imperialistischen Ideologie funktionieren konnte. — In einem zweiten Beitrag zum Film vergleicht André Combes die Darstellung der Massen in Leni Riefenstahls Parteitagfilm »Triumph des Willens« und in Brecht/Dudows »Kuhle Wampe«. An Hand einer genauen Analyse der filmischen Mittel entwickelt Combes, wie Riefenstahls Film die Parteitagsszenen in die »Gemeinschaft von Führer und Volk« transformiert. Der vom faschistischen Staat »organisierten Masse« stellt er dann die »organische Masse« in »Kuhle Wampe« gegenüber, wo im Gegensatz zur faschistischen »Metaphysik der Masse« der »von Spaltungen begleitete Prozeß der Herausbildung des Volkes« (55) inszeniert wird. Die unter dem Gesichtspunkt der politischen Wirkungen vorgenommene Analyse der filmischen Mittel ist gerade durch den Vergleich sehr ergiebig und erlaubt zu verstehen, wie die ideologischen Kämpfe im Medium des Films geführt wurden.

Der (umfangreichere) Teil zur faschistischen Kunst wird ergänzt durch Beiträge von Jost Hermand zum utopischen Roman (bereits in der »Sammlung« erschienen), von Rainer Mausbach zur Malerei und von Claude Mainfroy zur Rezeption der Bauernkriege und der Fugger. Unter dem Titel »Ethik und Ästhetik des Widerstands« findet sich im letzten Teil ein Überblick von Françoise Muller zu Leben und Werk Erich Mühsams, eine Untersuchung von Josef Kölbl über Jura Soyfers Roman-Fragment »So starb eine Partei«, das die Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung thematisiert, eine Studie von Fred Fischbach zur Musik-Ästhetik von Hans Eislers »Lenin-Requiem« und ein Beitrag von Isabelle Vodoz zu Victor Klemperers »Lingua Tertii Imperii«. Hervorheben möchte ich die Arbeit von Michel Vanoosthuyse zum historischen Roman des Exils, der zunächst die Existenz zweier gegensätzlicher Auffassungen zum Verhältnis von Geschichte und Literatur unter den Exilschriftstellern herausarbeitet: einerseits Lukács' Realismustheorie, deren Wurzeln Vanoosthuyse im aristotelischen Begriffspaar Mimesis/Katharsis und im deutschen Historismus (mit seiner Betonung der Intuition als Zugang zu geschichtlichen Wahrheit) ausmacht; andererseits der kritische Blick auf die Diskurse der Geschichtswissenschaft bei Benjamin, Döblin und Brecht. Daß es auch innerhalb des »kritischen« Lagers

sehr verschiedene literarische Praxen gab, zeigt sich beim Vergleich von Heinrich Manns »Henri IV« und Brechts »Julius Cäsar«: bei Mann hat das historische Beispiel die Funktion, zur Fortführung der Revolution aufzurufen, bei Brecht geht es um die Dekonstruktion der historischen Gestalt mit dem Ziel einer Kritik am Geschichtsbild der »großen Männer«. Vanoosthuysse zeigt, wie die unterschiedlichen Geschichtsauffassungen die Wirkungsstrategien der Romane bestimmen: bei Mann ein »Modell der Ermahnung« des Lesers durch die Präsentation einer historischen Wahrheit mit revolutionärem Sinn; bei Brecht die Zielsetzung, den Leser zum Nachdenken über Klischees und Verdrängungen der Geschichte zu stimulieren (141). An diesem Beitrag wird noch einmal der methodische Ansatz der Herausgeber deutlich: Die Kunstformen werden über den Vergleich mit konkurrierenden Positionen auf ihre spezifische Wirksamkeit im jeweiligen Praxisfeld untersucht — auch die faschistische Kunst wird weder mit Propaganda identifiziert noch als Täuschungsmanöver abgetan. Dieser ideologietheoretisch geprägte Ansatz macht die Beiträge auch für die deutschsprachige Diskussion interessant. Eckhard Volker (West-Berlin)

## Soziologie

**Hildebrandt, Eckart und Rüdiger Seltz (Hrsg.): Managementstrategien und Kontrolle.** Einführung in die Labour Process Debate. Edition Sigma, West-Berlin 1987 (138 S., br., 22,80 DM)

Die Sammlung von vier Aufsätzen (Thompson, Littler und Friedman als Vertreter der Labour Process Debate [LPD], Hildebrandt als Fall einer bundesdeutschen Rezeption) enthält, zum Teil in erweiterter Form, drei von vier Referaten, die auf einer Tagung der bundesdeutschen Industrie- und Betriebssoziologen 1985 gehalten wurden. Bedauerlicherweise wurde der Beitrag von Lothar Lappe (vgl. Soziale Welt 1986, 310ff.) nicht in diese Publikation aufgenommen. Die Einleitung der Herausgeber konstatiert zwei Veränderung in »der« arbeitssoziologischen Diskussion: Wiederentdeckung der Qualität der Arbeit und des gesellschaftspolitischen Anspruchs der Diskussion. Diese Veränderungen seien nicht nur Reaktionen auf »generelle und massive Brüche in der Arbeitsgestaltung« (9), sondern auch theoretischen Anregungen zu verdanken. Die Herausgeber legen nahe, daß diese theoretischen Anregungen aus der LPD kommen (10) und kritisieren, daß »bisher keine einzige Veröffentlichung der bundesrepublikanischen Szene den Hintergrund und diskursiven Zusammenhang« von Autoren wie Braverman, Burawoy, Cooley oder Noble ausgeleuchtet hätte (10). »Dieses Defizit versucht der hier vorliegende Sammelband in einem ersten Schritt zu beseitigen« (10).

Soll man die Herausgeber an diesem Anspruch messen? Für eine Einführung in die LPD ist der Sammelband zu dürftig ausgefallen. Zwar versucht Thompson auf elf Seiten einen Überblick über die Debatte zu geben, der jedoch — in dieser Kürze vielleicht unvermeidlich — oftmals oberflächlich bleibt. (Ein Teil des Aufsatzes ist noch durch die Seitenmontage verloren gegangen; 20f.) Folgt man Thompsons und Littlers Hinweisen zur Debatte, so fehlt in diesem Sammelband eine angemessene Diskussion von wesentlichen Themen der LPD: Die Dequalifizierungsproblematik, die Rolle der Märkte, insbesondere der Arbeitsmärkte, die Frage des »gendered labour process«. Auch eine Ausleuchtung des LP-Diskurses sollten Leser/innen hier nicht erwarten. Über den sozialen Hintergrund der Debatte ist fast nichts zu erfahren. Bis auf die Feministinnen (Thompson, 18f.) scheinen die Beteiligten keine sozialen Interessen mit der LPD zu verknüpfen. Seltsam. Den Autoren fehlt außerdem offenbar

die Distanz, um unausgesprochene Regeln des Diskurses offenzulegen. Das ist vermutlich kein Zufall, denn die Autoren stellen diese Distanz nicht methodisch her, es mangelt an methodologischer Selbstreflexion, man gibt sich — im Gegenteil — ausgesprochen unbekümmert: »Eine Hauptströmung in der englischen Fachliteratur hat (auf die 'Schwierigkeiten mit dem allgemeinen Konzept des Arbeitsprozesses, wie es Marx entwickelt hat' [60], d. Ref.) mit dem Versuch reagiert, die Grundelemente des Arbeitsprozesses abseits philosophischer Kategorien und ohne Vorannahmen über die Eigenart kapitalistischer Arbeitsprozesse neu zu überdenken.« (Littler, 60). Über die angemessene Verwendung der methodologisch ja durchaus anspruchsvollen Marxschen Gesellschaftstheorie, die auch von Littler fleißig genutzt wird, nur »ohne Vorannahmen«, machen sich die Autoren wenig Gedanken. Ein Grundzug dieser Beiträge ist die Auflösung des Kapitalverhältnisses in Interaktionsverhältnisse der Pseudoakteure Kapital (in der Regel unter dem Titel Management geführt, Friedman setzt sogar Management und Produktionsmittelbesitzer gleich; 102) und Arbeit, so daß dem sozialen Verhältnis Kapital Eigenschaften zugeschrieben werden, wie die, mißtrauisch »gegenüber Arbeit« zu sein (Hildebrandt, 89). Mit der Problematik von Strukturbegriffen halten sich die Autoren nicht auf und ihre intuitive Handlungstheorie kommt ohne Überlegungen zur Handlungsfähigkeit aus (das letztere wird aber bei Thompson als Defizit vermerkt; 22ff.).

Gegenstand dieses Sammelbandes ist nicht eine Einführung in die LPD oder gar deren kritische Durchleuchtung, sondern, dem Haupttitel des Buches entsprechend, eine Auseinandersetzung mit »Managementstrategien und Kontrolle« (dies gilt nicht für Thompson, aber für Littler, Hildebrandt und Friedman). Managementstrategien sind den Autoren deshalb so wichtig, weil eines der zentralen Themen der LPD, die Kontrolle über die Arbeiter, auf Grund ihrer personalistischen Sicht der sozialen Welt nur als Resultat der Handlungen von Kontrollagenten gefaßt wird (Thompson, 21; Littler, 31; Hildebrandt, 79; Friedman, 102). Das ist gegenüber Braverman nichts Neues. Neu gegenüber Braverman war 1977 die Einführung der grundsätzlichen Wahlmöglichkeit fürs Management zwischen »direkter Kontrolle« und »verantwortlicher Autonomie« von Arbeitern durch Friedman, die er hier wieder aufgreift. Diese »simple Dichotomie« (Littler) wird auch von Hildebrandt aufgenommen, der mit Fox zwischen »low-trust« und »high-trust-organization« unterscheidet, wobei die »low-trust-organization« auf erzwungener Konformität (qua Kontrolle) der Arbeiter, die »high-trust-organization« auf der Herstellung von Konsens (qua Vertrauen) beruhen soll. Friedman, der trotz seiner bedauerlichen »Verteidigung einer simplen Dichotomie« (108) Ansätze zur Differenzierung seiner beiden Idealtypen zeigt, und Hildebrandt ist die in der Debatte um Kern/Schumanns »neue Produktionskonzepte« von Bader formulierte Einsicht zu gönnen, daß derart »hochaggregierte Dichotomisierungen« eher erkenntnishemmend und ideologieträchtig sind, als »problemaufdeckende Enttabuisierung« (so Hildebrandt, 90) sozialer Sachverhalte zu fördern.

Interessanter ist der Beitrag von Littler. Er enthält u.a. eine lesenswerte Kritik der Anwendung Williamsons' Transaktionskostenansatzes auf die Arbeitsorganisation (durch Ouchi und Williamson). Sein Versuch einer »Theorie des Managements und (der) Kontrolle« beabsichtigt die Integration von Managementorientierungen — wobei nicht sicher ist, ob mit Orientierungen Handlungsmotivationen oder Handlungszwänge gemeint sind — in den Rahmen der Arbeitsprozeßtheorie (65). In diesem Rahmen müßten Managementstrategien auf mindestens vier verschiedenen Ebenen (Technologie, Arbeitsteilung, Leistungseffizienz, Koordination) analysiert werden, und die Unterstellung einer Koordination dieser Aktivitäten sei nicht zwingend. Die derart erreichte theoretische Vervielfältigung von Managementstrategien versucht er

»wieder zu umfassenderen Managementkonzepten« durch Einführung von »Mustern technologischen Wandels und ökonomischer Entwicklung zusammzusetzen« (72). Ein Weg, der, insbesondere wenn die handlungs»theoretische« Vereinfachung der LPD überwunden würde, dem Referenten erfolgversprechend zu sein scheint.

Ulrich Mill (Dortmund)

**Wintersberger, Helmut: Arbeitermedizin in Italien.** Eine Kulturrevolution im Spannungsfeld von Arbeit und Gesundheit. Edition Sigma, West-Berlin 1988 (190 S., br., 27,80 DM)

Der Autor war einer der ersten, der die italienische Arbeitermedizin im deutschen Sprachraum Mitte der siebziger Jahre bekanntmachte und die weitere Entwicklung dieser »kleinen Kulturrevolution« verfolgte. In einem Abriß der jüngsten Geschichte Italiens arbeitet er die politisch-strukturellen Besonderheiten der italienischen Varianten des Wirtschaftswunders heraus. Er versucht zu erklären, wieso der verspätet aufgebaute Wohlfahrtsstaat die Arbeitenden in weit geringerem Maße als in Nord-europa politisch-ideologisch zu integrieren vermochte. Eine Schilderung des ebenso desolaten wie korrupten Gesundheitssystems und der gegen Ende der sechziger Jahre in Italien rapide ansteigenden Zahl von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten macht deutlich, in welchem sozial defizitären Klima die kollektive Selbsthilfe der Arbeiter in Sachen Gesundheitsschutz sich entwickelte.

Begonnen hat alles mit einer 1967 von der KPI initiierten Untersuchung in 255 Betrieben, die die Gesundheitsgefährdungen in der Arbeitsumwelt zum Gegenstand hatte. Methodisch und inhaltlich nahm diese von Experten der Arbeitsmedizin durchgeführte Befragung viele zentrale Prinzipien der später entwickelten Arbeitsmedizin vorweg. Den spontanen Beobachtungen und kollektiven Beurteilungen von Gefährdungen seitens der Arbeitenden wurde dort ebensoviel Platz eingeräumt wie den Bewertungen der Fachleute.

Im folgenden wird das anfangs vor allem in den Metallbetrieben entwickelte und erprobte Konzept der Arbeitermedizin vorgestellt: Grundbegriffe und Grundsätze, Typologie krankmachender Faktoren, Methoden und Instrumente zu deren kollektiver Wahrnehmung, Beobachtung und Dokumentation bis hin zu betrieblichen Vereinbarungen über Gesundheitserziehung und Schulung. Ein Kapitel behandelt die Institutionalisierung der Bewegung in Form von Rechtsgrundlagen, Kollektiv- und Betriebsverträgen, Organisationsstrukturen auf betrieblicher und lokaler Ebene sowie die Gründung des von allen drei großen Gewerkschaften getragenen Forschungs- und Dokumentationszentrums über Arbeitsrisiken und Arbeitsschäden und der Zeitschrift *Medicina dei Lavoratori*. Ein Vergleich von traditioneller Arbeitsmedizin und Arbeitermedizin zeigt klar und deutlich die Vorzüge, aber auch die Schranken der letzteren. In Italien haben sich die traditionellen Experten jedoch durch das Konzept der Arbeitermedizin herausfordern lassen und ihre Ausbildung sowie berufliche Praxis geändert. Überhaupt ist auf dem Feld der Arbeitssicherheit durch die Arbeitermedizin einiges in Bewegung geraten: Die seit 1978 eingerichteten »lokalen Gesundheitseinheiten« des Nationalen Gesundheitsdienstes sind auch für die Gesundheitsfürsorge am Arbeitsplatz zuständig. Einige haben seither auf diesem Gebiet erfolgreich gearbeitet, während in anderen lokalen Gesundheitseinheiten offenbar niemand dafür zuständig ist. Paradoxerweise hat die Einrichtung »zuständiger Stellen« in den Betrieben eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Gesundheitsfragen bewirkt: das Prinzip der Nicht-Delegation, zentrale Kraft- und Motivationsquelle der Arbeitermedizin, war damit durchbrochen. Erfolge und Mißerfolge liegen nah beieinander. Die »Ergebnisse« dieser Bewegung sind widersprüchlich. Zweifellos hatte

die Arbeitermedizin einen entscheidenden Einfluß auf die Reform des Gesundheitswesens. Die berufsbedingten Gesundheitsprobleme sind dadurch sicherlich nur vorübergehend zurückgedrängt worden. Die Arbeitermedizin war auf den taylorisierten Produktionsprozeß zugeschnitten. Mit der Automatisierung, Informatisierung und Chemisierung der Produktion haben sich Tätigkeiten und Arbeitsstrukturen und damit auch die Gesundheitsgefahren stark verändert und verschoben. Zudem gibt es die Tendenz, gefährträchtige Produktionen in die Dritte Welt zu verlagern und durch Leiharbeit oder Privatisierung von Teilarbeiten in schwer kontrollierbaren Kleinst- und Mittelbetrieben die erreichten Standards des Gesundheitsschutzes systematisch zu unterlaufen. Eine kollektive Bewältigung der neuen Gesundheitsprobleme ist mit dem Konzept der Arbeitermedizin in Italien nicht mehr ohne weiteres möglich, vor allem weil die darin zentralen »homogenen Arbeitergruppen«, die das kollektive Subjekt der Erforschung und Unterbindung der Gefahrenquellen darstellten, nicht mehr existieren. Andererseits ist nie versucht worden, das zur kollektiven Beeinflussung der Arbeitsbedingungen entwickelte Konzept der Arbeitermedizin auf Gesundheitsschädigungen zu übertragen, die aus schlechten Wohnbedingungen, Umweltverschmutzung und -zerstörung und Arbeitslosigkeit resultieren. Dies mag damit zusammenhängen, daß sich Gewerkschaften und Umweltbewegung auch in Italien unversöhnlich gegenüberstehen. Auch dort lassen sich die Arbeitenden aus Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen noch immer von umweltpolitischem Engagement abhalten, wird Umweltschutz in den Gewerkschaften noch nicht als kollektiver Selbstschutz gesehen.

Eberhard Göbel (West-Berlin)

**Grelon, André (Hrsg.): Les ingénieurs de la Crise.** Titre et Profession entre les deux Guerres. Editions de l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris 1986 (416 S., br., 250,- FF)

Anlaß für dieses Buch war ein Colloquium im Pariser Institut für Zeitgeschichte zum 50. Jahrestag der Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung des Ingenieurtitels in Frankreich am 10. Juli 1934; Teilnehmer waren Wissenschaftler aus Frankreich, England, Belgien, Italien und der Bundesrepublik. Im ersten Teil werden von der Frühgeschichte der Ingenieurausbildung bis zur unmittelbaren Vorgeschichte des Ingenieurgesetzes die wichtigsten Etappen der Professionalisierung des Ingenieurberufes nachgezeichnet. Die Autoren untersuchen institutionelle, sozial- und technikhistorische und sozialökonomische Zusammenhänge, die sich teilweise auf das gesellschaftliche und politische Umfeld der Professionalisierung sowie auf die Prozesse der Herausbildung des Regelungsgefüges von Zugangsvoraussetzungen, Ausbildungskriterien und Titulierungen beziehen, an deren Ende der Erlaß des Ingenieurgesetzes stand. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Beiträge von André Guillerme und Georges Ribeill über die schrittweise Ausdifferenzierung des *ingénieur civile* (etwa gegen Ende des 19. Jahrhunderts). Die bereits in der Enzyklopädie von Diderot und d'Alembert (1770) beschriebenen Laufbahntypen des Genieoffiziers (so jedenfalls hießen die Ingenieure in den deutschen Artilleriekorps bis Ende des 19. Jahrhunderts) und des staatlichen Planungs- und Aufsichtsbeamten stellten die historische Frühform des Ingenieurberufes dar. Das Ausbildungs- und Titulierungsmonopol der »grandes écoles« wurde dabei in dem Maße durchbrochen, wie der mit der Industrialisierung und Urbanisierung anwachsende Bedarf nach staatlichen und privatwirtschaftlich organisierten technischen Leistungen anstieg und die Gründung neuer technischer Ausbildungsinstitutionen erforderlich wurde.

In einem zweiten Schwerpunkt wird die Theorie-Praxis-Dimension der Ingenieur-ausbildung und die Entwicklung der technischen Ausbildungsinstitutionen in der

Vorgeschichte des Ingenieurgesetzes untersucht. Standen die Grandes écoles noch in der Tradition eines Wissenschaftsideals, bei dem theoretische Erkenntnis als vorrangig und die Wissensanwendung in arbeitsteiligen Berufszusammenhängen als nebensächlich betrachtet wurde, so entwickelte sich nach der Jahrhundertwende ein Gegensatz zwischen angewandter (*science appliquée*) und reiner Wissenschaft (*science pure*). Damit verbunden ist eine zunehmende Ausklammerung der »*culture générale*« aus der technischen Ausbildung. Die Spezifizierung von Objektbereichen, die Ausdifferenzierung von Wissensgebieten und die Rationalisierung von Organisations- und Produktionstechniken im Bereich der »*science appliquée*« erfolgt dabei von zwei Seiten her. Einmal wird der Forschungsprozeß industrialisiert durch die Steigerung der Effizienz (Verbindlichkeit im Ergebnisbezug, Vorgabe von Forschungszielen, Kontrolle des Ablaufs), wobei die industrielle Nutzenanwendung mehr und mehr zum dominanten Kriterium von technisch-wissenschaftlicher Forschung wird. Ein wichtiger Schritt im Zuge dieser Industrialisierung technisch-wissenschaftlicher Forschung ist die Einrichtung nationaler Forschungslaboratorien (*laboratoires nationaux de recherches scientifiques*) durch H. Le Chatelier nach dem Ersten Weltkrieg. Le Chatelier gilt als Wegbereiter des Taylorismus in Frankreich. Ein anderer Beitrag zur Professionalisierung von Ingenieurarbeit besteht in der Gründung von technischen Ausbildungsinstitutionen, die stärker als die Grandes écoles auf die Vermittlung von berufspraktischem Wissen ausgerichtet waren. Hierzu zählt etwa die Gründung der École Spéciale des Travaux Publics durch Léon Eyrolles im Jahre 1891.

Gegenüber den institutionellen Entwicklungen im staatlichen Ausbildungswesen, in den öffentlichen Forschungszentren und den technischen Ausbildungsinstitutionen kommt in dem Sammelband die Untersuchung der sozioökonomischen Bedingungen von Ingenieurarbeit zu kurz. Die Beiträge von André Thepot und von Emmanuel Chadeau beziehen sich auf die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen Ingenieurarbeitslosigkeit sowie auf die Ausbreitung von Technik- und Industriekultur in den zwanziger Jahren als Triebkräfte der Entwicklung von industrieller Massenproduktion und Massenkonsum. Ingo Kolboom und Yves Cohen beschäftigen sich mit der Rolle des Ingenieurs als betrieblicher Organisator. Wichtige betriebliche Bereiche wie die Forschung und die Implementierung von Produktionstechnik bleiben dabei leider unberücksichtigt. Interessant ist das weitgehende Fehlen einer — etwa im Kaiserdeutschland oder in der Weimarer Republik ausgeprägten — bildungsbürgerlichen Geringschätzung der Technik in Frankreich. Als Gründe dafür werden der spezifische, sowohl die *culture générale* wie die *culture technique* umfassende Wissenschaftsbegriff des französischen Enzyklopädismus, aber auch die stärkere Verbreitung einer Modernisierungskultur in den herrschenden Schichten der französischen Gesellschaft genannt. Diese deutliche Differenz zwischen Deutschland und Frankreich in der Verbreitung der technischen Kultur zeigt sich schlaglichtartig in der Stellung von Paris als europäisches Zentrum der Weltausstellungen (1855, 1867, 1878, 1900 und 1937).

Eine weitere strukturelle Ursache für die Vielschichtigkeit und Komplexität des Professionalisierungsprozesses im Ingenieurbereich klingt in einem Beitrag von Cohen und Mattern an, der den Stellenwert der betrieblichen Funktionen und der praktischen Erfahrung und Bewährung als Selektions- und Aufstiegs-kriterium gegenüber der akademischen Ausbildung betont. Die Bedeutung solcher Formen der »*shop floor culture*« (Calvert) als prägende Momente bei der Professionalisierung der Ingenieure wird allerdings in Frankreich als gering veranschlagt. Es fehlen Informationen darüber, wie sich die widersprüchlichen Aspekte der Funktion und des Status

(enge Verbindung zur Industriearbeit, Mittlerfunktion zwischen Kapital und Arbeit, Gleichzeitigkeit von Expertenrolle und abhängiger Beschäftigung) bei der betrieblichen und gesellschaftlichen Selbstverortung der Ingenieure ausgewirkt haben.

In einem vierten Themenschwerpunkt werden verschiedene Aspekte der Interessenformierung und der Organisation von Ingenieuren im Vorfeld des Ingenieuresetzes diskutiert. Deutlich wird die gesellschaftliche Zwischenstellung der Ingenieure. Die auch im Prozeß der forcierten Industrialisierung in den zwanziger und dreißiger Jahren hohe Bedeutung öffentlicher Infrastrukturleistungen und das Gewicht staatlicher (technischer) Administration als Korrektiv eines lediglich betriebs- oder funktionspezifischen Selbstverständnisses, eine gegenüber klassischen Professionen wie etwa den Ärzten, Juristen oder Priestern fehlende lange Tradition und gesellschaftliche Monopolstellung und schließlich auch eine widersprüchliche Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Klassenstruktur — all dies hat dazu geführt, daß die Definition eindeutiger und allgemeiner Regeln von Zulassung, Ausbildungsordnung und Titulierung in Frankreich nahezu ein halbes Jahrhundert hinter der Herausbildung von großer Industrie und organisierter Forschung herhinkte. Über Frankreich hinaus verallgemeinerbar erscheint die These, daß die Professionalisierungsgeschichte der Ingenieure nicht allein oder auch nur vorwiegend als Konfliktgeschichte von Arbeit und Kapital geschrieben werden kann. Ein interessanter Aspekt des Beitrages von Guillerme bezieht sich auf Demokratisierungsbestrebungen im Anschluß an Eyrolles Gründung der »École Spéciale des Travaux Publics«. Durch die Ausweitung des Schülerpotentials (verstärkte Rekrutierung aus unteren Bevölkerungsschichten), durch die Aufnahme von betrieblichen Praktikern in den Lehrkörper und nicht zuletzt auch durch politische Verbindungen zur organisierten Arbeiterbewegung (v.a. zur CGT im Bereich der Eisenbahn) gelang in den Jahren der Volksfront nach 1936 zum ersten Mal die Verbindung von Ingenieuren und Arbeiterbewegung. Über vergleichbare Prozesse in den stationären Betrieben wird allerdings nichts berichtet.

In einem abschließenden Teil werden wichtige Etappen der Professionalisierung der Ingenieure in europäischen Nachbarländern behandelt. Hierzu zählen die Beiträge von Joseph Marsh (Großbritannien), René Brion (Belgien), Heiner Stück und Georges Roches (Deutschland im 19. Jahrhundert bzw. in der Weimarer Republik), Carlo G. Laciata (Italien) und Santiago R. Trebols (Spanien). Diese Beiträge verstärken den Eindruck der Vielschichtigkeit des Professionalisierungsprozesses von Ingenieurarbeit. Speziell die Aufsätze von Marsh, Stück und Roche zeigen, daß nationale Traditionen mit unterschiedlichen zeitlichen Schwerpunktbildungen und Ausstrahlungseffekten zu unterscheiden sind. So war die englische Entwicklung stark bestimmt durch lokale Entwicklungen und betriebliche Besonderheiten (so die Existenz einer shop floor culture, die Ingenieure und Mechaniker umfaßte). Für Deutschland wird auf die verspätete — dann aber, etwa nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges 1871 forcierte — Industrialisierung und das Fehlen bürgerlich-republikanischer Traditionen (einschließlich einer allgemein geteilten rationalen Wissenschaftskultur) in der industriellen und politischen Umbruchsituation zu Anfang des 20. Jahrhunderts verwiesen. Berücksichtigt man dazu noch das Orientierungsdilemma der Ingenieure gegenüber der organisierten deutschen Arbeiterbewegung, so wird die These von Roche von der Orientierungs- und Statusambivalenz der Ingenieure in der Weimarer Republik nachvollziehbar. Es ist eine interessante Forschungsfrage, wieweit die »Flucht in die reine Technik« (Roche) als vermeintlicher Ausweg aus diesem Status- und Orientierungsdilemma auch in der seitherigen deutschen Entwicklung ihre Bedeutung behalten haben könnte.

Als Appendices sind dem Sammelband das Ingenieur-Gesetz vom 10. Juli 1934 und eine Chronologie des Ingenieurberufes von 1744/47 (Gründung der *École des Ponts et Chaussées*) bis 1985 (Eureka-Projekt) angehängt. Bezieht man die Aussagen der Autoren auf die derzeitige industrie-, angestellten- und techniksoziologische Diskussion in der Bundesrepublik, so fällt ein systematisches Defizit auf. Die sozialwissenschaftliche Ingenieurdiskussion hierzulande wird nahezu ausschließlich vor dem Hintergrund der Rationalisierung von Industriearbeit geführt. Hierzu spiegelbildlich verhalten sich die meisten technischen und betriebswirtschaftlichen Fachveröffentlichungen: auf die soziale Dimension von Ingenieurarbeit wird kaum Bezug genommen. Es fehlt eine Theorie der Professionalisierung von Ingenieurarbeit. Für deren Erarbeitung liefert der Sammelband Denkanstöße. Niels Beckenbach (Kassel)

**Lullies, Veronika, Friedrich Weltz, Heinrich Bollinger und Rolf G. Ortman:** **Einsatz neuer Technik im Büro.** Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis — Gestaltungsempfehlungen — Beispiele. FBO-Fachverlag für Büro- und Organisationstechnik, Baden-Baden 1988 (109 S., br., 28,- DM)

Was ist neu an den »neuen Bürotechniken«? Die AutorInnen benennen eine Reihe von Merkmalen auf den Ebenen des »technischen Leistungsangebots«, der »Anwendungssituation« und der »Nutzungssituation« (wobei die Unterscheidung zwischen Anwendungs- und Nutzungssituation nicht ohne weiteres nachvollziehbar ist): auf der einen Seite die Verfügbarkeit leistungsmächtiger Hard- und Software an den Arbeitsplätzen der Fach-Experten, die Entwicklung von mono- zu multifunktionalen Systemen, die Vernetzungsmöglichkeiten zwischen den Systemen; auf der anderen Seite die Verbreiterung, Flexibilität und Offenheit der Anwendungsmöglichkeiten: was man mit diesen Techniken machen kann, steht nicht oder nur in großen Umrissen fest, einen großen Teil ihrer Nutzbarkeiten müssen die Fach-Experten in der Arbeit selbst entdecken und entwickeln. Mit welchen Gestaltungsstrategien solche Potentiale in der Arbeit aufgegriffen werden, hängt — neben den betriebspolitischen Zielen und Machtverteilungen — von der Kenntnis der Gestaltungsdimensionen und -möglichkeiten ab. Die AutorInnen verfolgen das Ziel eines »menschengerechten Einsatzes der neuen Bürotechnik« und konkretisieren dazu die Handlungsspielräume, die Bedingungen, die Hindernisse, die Diskussionslinien und den Forschungsbedarf auf den Feldern des Einführungsprozesses neuer Bürotechnik, der Arbeitsorganisation, der Regelung der Systemanwendung, der Personalpolitik (einschließlich Qualifizierung), der Hardware- und Software-Ergonomie; die wechselseitige Verschränkung der Gestaltungsfelder und die Notwendigkeit eines »integrierten Gestaltungsprozesses« wird durch Querverweise und zwei Fallbeispiele von Projekten zur »Humanisierung des Arbeitslebens« deutlich gemacht.

Die Argumentationsstrategie des Buches ist auf die bewußte und geregelte Gestaltung des Einsatzes neuer Bürotechniken gerichtet, auf den Umbau der Arbeitsorganisation, auf Regelungen der Systemanwendung etc. Etwas zu kurz kommt der Gedanke, daß Büroarbeit wie jede Arbeit auch davon abhängig ist, daß sie ein Stück weit unregelt bleibt bzw. Spielräume für flexibles Handeln, für selbstgesetzte und leicht änderbare Regeln offenhält oder gar neu eröffnet. Neue Bürotechniken unterwerfen nicht nur einen »hohen Anteil schwach strukturierter Tätigkeit technischer Bestimmtheit« (13), sie schaffen auch neue Unbestimmtheiten bzw. verschieben alte: Erfahrungsbildung etwa im Zusammenhang mit Fehlern und Störungen der Systeme, »Wildwuchs« der Hard- und Software als eine andere (und durchaus nicht bloß irrationale) Form des Technikeinsatzes etc. Gestaltung sollte nicht bloß bedeuten, daß die »Offenheit« der neuen Bürotechnik für »beliebige« Nutzung ... auf eine be-

stimmte Nutzung im jeweiligen Arbeitszusammenhang eingegrenzt« (18) wird, sondern auch, daß soviel Offenheit wie möglich für ungeplante, spontane Nutzungen erhalten bleibt. Gestaltung sollte mit einem Bedarf an Unbestimmtheit rechnen und ihm Raum geben (ein Gedanke, der den AutorInnen — wie andere Veröffentlichungen deutlicher zeigen — durchaus vertraut ist).

Das Buch ist — im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz — in erster Linie als Orientierungshilfe für diejenigen geschrieben, die in Industriebetrieben und Verwaltungen neue Bürotechniken einführen und damit arbeiten. Den Zweck erfüllt es voll und ganz durch klaren Aufbau, Verständlichkeit, begründete Gestaltungsempfehlungen, weiterführende Literaturhinweise. Darüber hinaus erhält auch der, der wissenschaftlich auf diesem Gebiet arbeitet, einen aktuellen Überblick über den Diskussionsstand und die Forschungslandschaft in der Bundesrepublik, nicht zuletzt über die einschlägigen Arbeiten der Münchener Sozialwissenschaftlichen Projektgruppe, zu der die AutorInnen gehören und die zu den bedeutendsten Forschungsgruppen auf dem Felde der Büro- und Verwaltungsarbeit gehört.

Werner van Treeck (Kassel)

**Zillich, Norbert: Homosexuelle Männer im Arbeitsleben.** Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1988 (191 S., br., 38,- DM)

Zillich führte seine Befragungen in West-Berlin bei Angestellten, Beamten und Arbeitern durch. Über Bars, Saunen, Anzeigen und Aufrufe bekam er seine Gesprächspartner. Er will zeigen, wie sich homosexuelle Männer bei ihrer Berufsausübung verhalten. Seine Gesprächspartner typisiert er in vier Gruppen: die Unschlüssigen am Rande des Abgrunds; die Vorsichtigen zwischen beruflichem Jonglieren und privatem Glück; die Gelassenen im Reservat der trügerischen Freiheit; die Entschieden im Dickicht des Emanzipationsversuchs.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit homosexuellen Männern konzentriert sich auf das Besondere in ihrem Leben und klammert das Allgemeine weitgehend aus. Der Zwang, bei der Erörterung der beruflichen Situation homosexueller Männer das Merkmal des Homosexuellseins als Ausgangspunkt wählen zu müssen, führt dazu, daß sich ein zentrales Ergebnis kaum vermitteln läßt. Dieses Ergebnis besagt, daß homosexuelle Männer am Arbeitsplatz in erster Linie Arbeitnehmer und erst in zweiter, dritter, vierter Hinsicht Homosexuelle sind. Viele Verhaltensweisen der Befragten lassen sich biographisch erklären. Interessant ist der Teil der Untersuchung, in dem die Gesprächspartner zu erkennen geben, daß sie ihre Homosexualität in der Öffentlichkeit sichtbar ausleben, mit ihren Kolleginnen und Kollegen darüber diskutieren und auch in den Gewerkschaften gegen die Diskriminierung ihrer Kollegen auftreten.

Karl-Heinz Kammertöns (Dortmund)

**Bruder, Wolfgang (Hrsg.): Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland.** Westdeutscher Verlag, Opladen 1986 (460 S., br., 62,- DM)

Der Sammelband präsentiert eine Reihe wichtiger Positionen in der forschungspolitischen Debatte, die alle unter dem Rahmenthema stehen, aus sozialwissenschaftlicher Perspektive »die Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Steuerbarkeit des technologischen Wandels« (1) zu diskutieren. Die Beiträge lassen sich in zwei Rubriken einordnen: 1) Politisch-programmatische Beiträge von aktiven Politikern aus Parteien (SPD) und Regierungen (BMFT, Land Hessen) sowie von Vertretern der Gewerkschaften (IG Metall) und der Industrie (BDI), die zumeist eher wegen der Pointiertheit der politischen Positionen von Interesse sind, als wegen ihres analytischen Tiefgangs. 2) Fachwissenschaftlich ausgerichtete Beiträge zumeist wirt-

schaftswissenschaftlicher Provenienz, die sich mit Innovationsverläufen und dem Verhältnis von Technik, Politik und Gesellschaft befassen sowie die Entwicklung der bundesdeutschen Forschungs- und Technologie (F&T)-Politik analysieren und bewerten. Die Beiträge der ersten Gruppe sind vor allem als didaktisches Material zur Analyse von F&T-politischen Argumentationsstrategien geeignet; z.B. läßt sich das argumentative Dilemma neokonservativer Politikkonzepte in puncto Forschungssubventionen aus dem Beitrag der beiden BDI-Vertreter (Haß/Kreklaus) treffend herausarbeiten, in dem die Autoren versuchen, daß marktwirtschaftliche Credo (»Zurückhaltung des Staates«, 197) mit der Forschung nach Aufrechterhaltung der staatsinterventionistischen Praxis zu verbinden. Gemeinsam ist diesen Beiträgen mit denen der zweiten Gruppe, daß sie kaum neue Akzente setzen, sondern entweder nichtssagende Allgemeinplätze verbreiten oder altbekannte und von der fachwissenschaftlichen Diskussion häufig überholte Schablonen und Stereotypen anbieten. Vielen der Beiträge merkt man an, daß sie flott zusammengehämmert und von jeglicher Korrektur verschont geblieben sind. Das geht soweit, daß der Leser sich aus verschiedenen Kapiteln die zueinander passenden Seiten zusammensuchen muß. Platt und unhaltbar sind die Thesen zur »politischen Steuerbarkeit des technischen Wandels« (431) von Bullinger/Wolff, die die Literatur zum Thema offenbar nicht kennen und daher zu solch simplen und falschen Dichotomien 'hie Technik — da Politik' (431) greifen müssen. Ihr Konzept von Technikgenese (435) ist wie das aller anderen Autoren, die sich zu dem Thema äußern (z.B. Bruder/Dose, 24ff.), antiquiert. Die wissenschaftssoziologische Perspektive, die Ronge in überheblicher Manier als irrelevant abtut (321f.), hätte hier eine wichtige Korrektur bewirken können. Aussagen wie »Die Richtung und die Geschwindigkeit des technischen Wandels lassen sich zwar niemals total, wohl aber in gewissem Rahmen beeinflussen« (443) sind in ihrer Oberflächlichkeit kaum zu übertreffen; sie markieren allenfalls den Punkt, an dem die wissenschaftliche Analyse von Technikentwicklung und Forschungssteuerung anzusetzen, nicht aber zu enden hätte.

So ist der Sammelband allenfalls in Teilen und als Steinbruch brauchbar. Gelingen ist der geraffte Überblick über die Literaturlage zu den Instrumentarien der Forschungsförderung und deren Steuerungswirkung (46f., 37ff., 48, 61), der die in den Instrumentarien enthaltenen Steuerungskonzepte herausarbeitet und mit den Politiken der verschiedenen Bundesregierungen verknüpft. Interessant sind zweifellos auch die vergleichenden Analysen zur Politik der Forschungsadministration unter den unterschiedlichen Regierungen (SPD/FDP, CDU/CSU/FDP), die durchgängig durch einen Widerspruch zwischen Ideologie und Praxis gekennzeichnet ist (Bruder/Dose, 63) sowie unabhängig von der parteipolitischen Orientierung Kontinuitäten beispielsweise in der wachsenden Wirtschaftsorientierung aufweist (Ronge, 332). Ronge kommt zu dem Ergebnis, daß die »Wende« in der F&T-Politik durch terminologische Umetikettierungen den Trend zu einer »subventionistischen Forschungspolitik« (341) verschärft, welche sich aus der konzeptionellen Forschungspolitik sowie aus der Verantwortung für die Folgen herauszieht und sich rein fördernd »ohne eigene Ansprüche ökonomischen Interessen« (341) unterwirft. Instruktiv sind auch die latenten Widersprüche der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse von Technikentwicklung, die in dem Sammelband um das Thema »Markt und Planung« kreist. So kommen Bruder/Dose zu dem Resultat, daß marktwirtschaftliche Ordnungen zu einer »suboptimalen Allokation von Ressourcen« (16) im Forschungsbereich und einer daraus resultierenden Innovationsschwäche führen, während Bullinger/Wolff einen »quasi autonomen« (433) technischen Wandel gerade durch die Marktwirtschaft gewährleistet sehen. Forschungspolitisch provoziert dies die Frage,

ob staatliche Intervention in diesem Bereich überhaupt erforderlich und produktiv ist und ob sie sich auf Großunternehmen konzentrieren oder statt dessen verstärkt kleine und mittlere Unternehmen fördern sollte; Bruder/Dose befürworten auf der Basis kontradiktorischer theoretischer Ansätze (17/21) ein staatliches Engagement und wollen ungeachtet eigener Gegenargumente (35) die »Beschränkung auf Großunternehmen in Kauf« (42) nehmen. Aufschlußreich ist ferner die vom amerikanischen OTA entwickelte Typologie von Technologiepolitik (393f.), die Reese in seinem Beitrag als analytisches Modell zum Vergleich realer nationaler Politiken nutzt. Er gelangt dabei zu dem Ergebnis, daß in der Bundesrepublik »Handlungsspielräume, die im Sinne einer sozialverträglichen Technologie ... keineswegs voll genutzt werden« (401; [Syntaxfehler im Original; J.W.]). Trotz dieser in Teilaspekten sicherlich interessanten Fragmente ist der Sammelband ein problematisches Produkt.

Johannes Weyer (Bielefeld)

### Erziehungswissenschaft

**Ebert, Joachim, und Jürgen Herter: Neue Allgemeinbildung.** Grundzüge eines demokratischen Bildungsverständnisses. Verlag Haag und Herchen, Frankfurt/M. 1987 (215 S., br., 25,- DM)

Ausgangspunkt der Autoren ist die Feststellung, Allgemeinbildung sei in der Krise. Die Ursachendiagnose lautet: Es fehlt ein Konsens darüber, was Allgemeinbildung ist; der Bildungsdiskurs ist entweder der Emanzipation — bei Negierung der Realität — oder der Realität, den Qualifikationsanforderungen — bei Negierung der Subjektivität — verpflichtet. Dieser Diskurs verfehlt die »Wirklichkeit der Bildung«. Ebert/Herter wollen zur Überwindung dieser Krise beitragen, Allgemeinbildung durch die dialektische Aufhebung dieser dualistischen Problemfassung neu begründen (12, 18).

Nach der Analyse der Allgemeinbildungs-Krise (19ff.) geht es darum, historische Wurzeln einer dialektischen Synthese von gesellschafts- und subjektbezogener Bildung freizulegen. Als Zeugen für den nur scheinbaren Gegensatz zwischen »materialer« und »formaler« Bildung, zwischen Qualifikation und Emanzipation werden die Konzepte von Comenius und Humboldt herangezogen. Im Zentrum des dritten Kapitels steht die »Grundlegung eines neuen Bildungsbegriffs«. Ein solcher Begriff sei anthropologisch zu fundieren, stehe oder falle mit dem jeweiligen Menschenbild (58). Ebert/Herter bestimmen die »menschliche Natur« unter Berufung auf Leontjew, Holzkamp und Tomberg als »gesellschaftliche Vernunft-Natur« (65). Das Individuum muß sich diese Vernunft-Natur aneignen, sich bilden. Inhaltlich wird Bildung definiert durch die Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis; sie repräsentieren die »objektiven Bildungsdimensionen«. Dazu zählen sie drei Bereiche: die ökologisch-wirtschaftliche Bildung, die politisch-soziale Bildung und die geistig-ästhetische Bildung. Damit dieser »Makrokosmos« durch den »Mikrokosmos« Mensch erschlossen werden kann, müssen die »subjektiven Bildungsdimensionen« berücksichtigt werden, bedarf es sinnlich-emotionaler, rationaler und körperlich-praktischer Bildung.

Im vierten Kapitel wird betont, daß Bildung immer politisch ist, daß Bildung als politische Bildung sich heute an den Werten »Freiheit, Gleichheit und Solidarität« zu orientieren habe. Das folgende Kapitel »demokratische Allgemeinbildung und Unterricht« ist der Versuch einer »pädagogisch-didaktischen Anwendung« ihre politischen Allgemeinbildungsverständnisses. Sie plädieren für eine »kategoriale Bildung«

(Klafki), für fächerübergreifenden Projektunterricht, für eine Entwicklung der Gesamtschule hin zu einer »demokratischen Leistungsschule«, die »mindestens von der Vorschule über die Grundschule zur Sekundarstufe II« reicht, »der Formen beruflicher Bildung angeschlossen sein müssten« (168) — und in der auch Zensuren ihren Platz haben (162ff.). Abschließend gehen die Autoren auf das Verhältnis von allgemeiner und technischer Bildung ein (172ff.).

Ebert/Herter entwickeln ihr Konzept einer neuen Allgemeinbildung — die im übrigen so neu nicht ist, vieles findet sich schon bei Klafki (Konturen eines neuen Allgemeinbildungskonzepts. In: *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik*, Weinheim 1985) — nicht aus einer Realanalyse dessen, was in und um die Schule oder andere Bildungsinstitutionen vor sich geht, sondern in der Auseinandersetzung mit Bildungskonzepten (die Familie wird, ganz in der Tradition klassischer Bildungstheorie, als Instanz und Bezugspunkt von Bildungs- und Erziehungsprozessen völlig ausgeklammert; der neue Bildungsbegriff ist auch insofern nicht neu, sondern traditionell »schulistisch«). Genauer: Sie entwickeln ihr Konzept in der Auseinandersetzung mit einigen Bildungskonzepten, mit solchen, die einen Dualismus zwischen Emanzipation (Subjektbezug) und Qualifikation (Gesellschaftsbezug) ausmachen lassen. Dieser Dualismus war und ist in der erziehungswissenschaftlichen Diskussion zweifellos zu finden. Aber Bildungstheorie erschöpft sich nicht darin. Es gibt zahlreiche erziehungswissenschaftliche Ansätze, die nicht darin aufgehen. Die Autoren grenzen in ihrer Problementfaltung alle diejenigen aus, die sich nicht am »klassischen« Bildungsdiskurs beteiligen, die sich die Probleme nicht nach dem Muster der Geisteswissenschaftlichen Pädagogik zurechtlegen wie Ebert/Herter: »Objektive, also gesellschaftlich verlangte Fähigkeiten, und subjektive Handlungsformen, also Kräfte der menschlichen Natur, begründen ... gemeinsam individuelle Bildung. (...) Ihr interdependentes Verhältnis wurde besonders von Klafki im Begriff der kategorialen Bildung herausgearbeitet. Ihm geht es um eine kritisch-konstruktive Aufhebung der Antinomie von Objektivem und Subjektivem, von Materialem und Formalem, und das bedeutet letztlich auch: von Qualifikation und Emanzipation.« (33) Diese Bestimmung wirft Fragen auf: Warum sind gesellschaftlich verlangte Fähigkeiten »objektiv« und individuelle Fähigkeiten »subjektiv«? Gibt es nur ein Entweder—Oder? Stehen »gesellschaftlich verlangte Fähigkeiten« a priori im Widerspruch zur individuellen Emanzipation? Wer bestimmt, was »objektiv« ist und was »subjektiv«? Ist das nicht eine Frage (bildungs-)politischer Auseinandersetzung? Oder sind gesellschaftliche Anforderungen und individuelle Bestrebungen gemeint, die im Gegensatz zueinander stehen? Wird — entgegen anderslautender Formulierungen — doch von einem Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft ausgegangen? Und ist damit nicht eine Denkfigur Ausgangspunkt der Überlegungen, deren bildungstheoretische Überwindung die Autoren gerade anstreben?

Ebert/Herter brauchen diese Problemkonstruktion, um »das Bildungsproblem« als Problem der »richtigen und umfassenden« Bildungsinhalte abbilden zu können, denen die Fragen der Lerntätigkeit, der Lern- bzw. Unterrichtsorganisation nachgeordnet sind. Mitgedacht in diese Problemfassung ist, daß es »das« Wissen über »die« Welt gibt und Instanzen existieren, die definieren, welches Wissen die Welt für die Lernenden und die Lernenden für ihre Welt erschließt. Dies ist keine bloß akademische Frage, sondern wirft die von Ebert/Herter nicht angesprochene politische Frage nach den Bedingungen für Bildungsreform auf. Ich lese ihr Konzept als theoretische Fundierung der 1986 von der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD vorgelegten Bildungsgrundsätze (die Autoren haben an diesen Grundsätzen mitgearbeitet). Ich lese sie als Handreichung für Parlamentsgremien und

Curriculum-Ausschüsse, als Versuch, statt mit den Betroffenen — SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern — die Auseinandersetzung um die Gestaltung des Bildungswesens zu führen, von oben — unter Berufung auf die menschliche Vernunft-Natur — zu entscheiden, was für die Betroffenen gut und richtig ist: Eine theoretische Reproduktion der realen Sonderung der Gesellschaft und der Erziehung in zwei Teile, von denen der eine (Partei[-führung], Erziehungswissenschaftler, Lehrer) über den anderen (Arbeiterklasse, Bürger, Schüler) erhaben ist — ein edukationistisches Konzept.  
Norbert Franck (West-Berlin)

**Schweitzer, Jochen (Hrsg.): Bildung für eine menschliche Zukunft.** Solidarität lernen — Technik beherrschen — Frieden sichern — Umwelt gestalten. Juventa-Verlag, Weinheim 1986 (336 S., br., 28,- DM)

**Mannoni, Maud: »Scheißerziehung«.** Von der Antipsychiatrie zur Antipädagogik. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. 1987 (256 S., br., 19,80 DM)

Als Habermas die »Erschöpfung utopischer Energien« hierzulande feststellte, kann er die pädagogische Diskussion nicht im Blick gehabt haben: dort zeigt sich solche Energie noch reichlich. Allerdings zeigt sich die real existierende Bildungspolitik von ihr wenig bewegt. So hat auch der Kongreß der GEW 1986 in Hannover die derzeitigen Hoffnungen und Forderungen der Pädagogik materialreich vorgebracht — sie sind im Untertitel der von Schweitzer herausgegebenen Dokumentation formuliert. Die zwei Jahre seither sprechen aber dafür, daß sich der pädagogische Impetus selbstreferentiell nährt, während Wirtschaft und Politik nach ihren Interessen die Technik »beherrschen«, den Frieden »sichern«, die Umwelt und nicht zuletzt die Bildungslandschaft selbst »gestalten«. Dagegen ist Solidarität wohl aufzubieten.

Der Band ist in der hier gebotenen Kürze schwerlich vollständig vorzustellen; die Arbeitsschwerpunkte des Kongresses hießen: 1. »Aussperrung aus der Gesellschaft — Integration in der Erziehung« (mit 10 Beiträgen und 3 praktischen Beispielen); 2. »Neue Techniken und Medien — Gefahren verhindern, Chancen nutzen lernen« (11 Beiträge, 1 praktisches Beispiel); 3. »Frieden und Umwelt — Bildung als Lebenschance« (12 Beiträge, 2 praktische Beispiele). Außerdem enthält der Band die Eröffnungsreden, die Schlußveranstaltung mit einer Podiumsdiskussion sowie eine Liste einschlägiger pädagogischer Projekte und Autorennotizen. — Ein Stichwort für die dokumentierte pädagogische Arbeit wäre »Integration« in doppelter Hinsicht: einmal Integration neuer oder bislang separierter Tatbestände innerhalb des Bildungssystems; zum anderen soziale Integration vermittelt des Bildungssystems.

Daß diese möglich sei, bezweifelt Mannoni. Sie lehnt institutionelle Erziehung — hier für die »sogenannten psychotischen, debilen oder verhaltensgestörten Kinder« — entschieden ab (13) und setzt dagegen auf die — heilende — Kraft von Arbeit und Umgang oder selbstgewählter Einsamkeit (13f., 163ff.). Sie zerstört in diesen Punkten den »Mythos Kindheit« (54). Wie ihre Vorbilder und Vorläufer (u.a. Freinet, Neill, Illich und die Schule von Barbiana) hat ihr Konzept einen sozialen Ort: Bonneuil. Über diesen »Ort des Lebens«, um die Begriffe »Behandlungs-« resp. »Ausbildungsort« zu vermeiden (214), berichten die Autorin und ihre Mitarbeiter vor allem, und vor allem auch am praktischen Fall. Die Arbeit in Bonneuil ist psychotherapeutisch. Die Theorie dazu schließt an Lacan an; sie wird nur punktuell vorgebracht, dabei das bekannte »Elend der Psychiatrie« jedoch genau markiert. Die Parallelen zwischen »Antipsychiatrie« und »Antipädagogik« und die Konsequenzen aus der ersten für die zweite sind schnell gezogen. Sie sind bei uns inzwischen hinlänglich bekannt — das Buch erschien in Frankreich 1973! Übrigens greift Mannoni als Paradebeispiel »pervertierter«, i.e. psychotisierender Erziehung (15) den Fall Daniel Paul Schreber

auf, dessen Vater Daniel Gottlieb Maritz Schreiber seit Rutschkys gleichnamigem Band als Kronzeuge »Schwarzer Pädagogik« fungiert. Wohl ist das Buch von Mannoni »ein leidenschaftliches Plädoyer gegen die Institution der Kindererziehung, die die Kinder, um sie »erziehen« zu können, erst einmal kaputt machen« (Klappentext); es ist aber auch ein Dokument von Praxis auf verlorenem Posten. Die in beiden angezeigten Büchern sich aussprechende utopische Energie bricht sich an dem erkannten Umstand, »daß die Gesellschaft den schulischen Mißerfolg erzeugt (und »behandelt«), als bräuchte sie ein System, das die Produktion einer Elite ... ebenso garantiert wie die Produktion von Handlangern« (Mannoni, 55).

Gisela Miller-Kipp (Hamburg)

**Fromm, Martin: Die Sicht der Schüler in der Pädagogik.** Untersuchungen zur Behandlung der Sicht von Schülern in der pädagogischen Theoriebildung und in der quantitativen und qualitativen empirischen Forschung. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1987 (382 S., br., 58,- DM)

Den selbstverständlichen Grundsatz, daß Pädagogik, zumal Schulpädagogik, die »Sicht der Schüler« erfaßt oder mit deren Befinden (unter ihrer Herrschaft oder Anleitung) befaßt sei, gibt es nicht. Vorhanden ist allerdings ein »Selbstverständnis von Pädagogen« (7), sich stellvertretend zu Schüleransichten zu äußern. Da das Stichwort »Schüler« schon in den einschlägigen Lexika nicht vorkommt (im Gegensatz zu »Lehrer«), wie Fromm registriert (11), verwundert es wenig, daß es auch kaum Monographien dazu gibt. Noch weniger durchschaubar ist das »konkrete« Bild des Schülers — die fehlende Theorie hat Folgen. Im ersten Teil stellt Fromm Texte von Ziller, Otto, Nohl, Brezinka, Blankertz zu recht sehr kritisch vor. Es geht dabei darum, zu entlarven, »was sie [die Pädagogen; C.M.] für die Sicht der Schüler halten« (113). (Die Namen der genannten Pädagogen stehen jeweils für eine vorherrschende pädagogische Richtung.) Weitgehend handelt es sich bei den entsprechenden Texten um Unterstellungen, um Ideal- und Objektbilder, um Zuschreibungen. So wird insgesamt deutlich, daß Pädagogen »zu wissen glauben, wie die Sicht konkreter Schüler beschaffen ist. Und ... daß sich konkrete Schüler zutreffend als Verkörperung von Defiziten hinsichtlich der jeweiligen Erziehungsziele beschreiben lassen.« (170f.) Sowie »in jedem Fall (unterstellt wird), man wisse, daß 'eigentlich' eine Harmonie zwischen dem, was Schüler und Pädagogen wollen, bestehe. Indem sich Pädagogen auf diese Weise zu intimen Kennern der geheimen Wünsche von Schülern (von denen diese selbst nichts wissen) erklären, gewinnen sie eine Generalvollmacht, beliebige Erziehungsziele zu formulieren und auch verbindliche Schritte zu ihrer Erreichung vorzugeben, immer mit dem Hinweis, dies alles geschehe auch im Namen der Schüler.« (173) Dieser pädagogischen Allmächtsphantasie geht Fromm im zweiten Teil in empirischen Verfahren zur Erfassung der Schülersicht nach, vorwiegend in qualitativen Untersuchungen, in teilnehmender Beobachtung, in Textanalysen, in lautem Denken, in Interviews (244). Das nicht überraschende Resultat: das »methodische Vorgehen ist unzulänglich durch ein explizites Vorverständnis der subjektiven Sicht und des Fremdverstehens fundiert und begründet« (248). Fromm stellt dann in einem weiteren Kapitel ein eigenes (in Anlehnung an G.A. Kelly) vorgenommenes, detailliertes »Netz-Interview« (250) vor, das mich auch nicht besonders überzeugt hat. Zwar macht er selbst auf »Unzulänglichkeiten« (256) aufmerksam, aber es haftet diesem Abschnitt doch ein Hauch des nun effektiveren Verfahrens an, und gerade das scheint mir unangemessen, weil es die Stellvertreterpositionen perpetuiert. Soll die Schülersicht nur nach utilitaristischem Prinzip von Interesse sein, sonst etwa nicht (vgl. 310)? Daß Fromm selbst auch keine »Theorie des Schülers« hat (falls es über-

haupt so etwas gibt), macht sich hier bemerkbar. Zudem zeigt das Netz-Interview selbst pädagogisches Vorgehen (vgl. 313), dessen Mittel wieder implizit bleiben. Erst im Schlußabschnitt hebt Fromm nachdrücklich hervor, daß die Schülersicht »aber auch zu bewahren und zu unterstützen — die Gefühle der Schüler zu respektieren, sie zur Vertretung ihrer Interessen zu ermutigen« (334) seien. Gerade in dieser Haltung, in der inhaltlichen und formalen Art dieser Ermutigung, die den Zweifel an der eigenen Pädagogik bedingt, liegt meines Erachtens das Problem und nicht an nicht vorhandenem oder vermehrbarem Wissen über verschiedene Schülersichten — dieses Wissen ist doch oft am »Erfolg« (ein Wort das in Fromms Text in positiver und negativer Färbung häufig vorkommt) orientiert und wird zu selten mit Begreifen, Verarbeiten usw. verknüpft.

Christian Mürner (Hamburg)

**Wenzel, Hartmut: Unterricht und Schüleraktivität.** Entwicklung von Selbststeuerungsfähigkeiten im Unterricht. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1987 (243 S., br., 42,- DM)

Wenzels Arbeit stellt einen neuerlichen Versuch dar, Schüleraktivitäten in den Vordergrund unterrichtlichen Bemühens zu stellen. Die Anstöße zu seinen Überlegungen nimmt er aus den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die gesellschaftlich-technologischen Veränderungen, die derzeit das Bildungssystem bestimmen, wodurch sich mehr denn je die Notwendigkeit für den einzelnen ergibt, im »zukünftigen Leben eigenständig und selbstverantwortlich weiterzulernen. Angestrebt wird damit ein Prinzip, in der neu heranwachsenden Generation die Kompetenzen zu entfalten, die benötigt werden, um auch in Zukunft ein menschenwürdiges Leben auf unserer Erde sichern zu können« (10). Damit erscheinen auch die vielfach strapazierten Figuren des emanzipatorischen Unterrichts auf der funktionalen und die des Lernen-lernens auf der methodischen Ebene in neuem Kleid.

Vor diesem Hintergrund bringt das Buch nicht viel Neues; immerhin ist der Verfasser aber bemüht, den Themenbereich um die »Entwicklung von Selbststeuerungsfähigkeiten im Unterricht« im Hinblick auf die Probleme und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung aufzubereiten. Im Rückgriff auf Piagets Konzept der Äquilibration oder Selbstregulierung begründet er seine (auch nicht mehr neue) These: »Lernen enthält unabdingbar eine Selbststeuerungskomponente« (22). Er referiert zahlreiche empirische Ansätze zur Erforschung von Selbststeuerungsprozessen, die den historisch interessierten Leserkreis ansprechen. In diesem Überblick wird in den Argumentationen nicht zuletzt eine zunehmende Abstrahierung von den tatsächlichen Lernprozessen bis zur Entwicklung metakognitiver Fähigkeiten sichtbar, die den Verfasser schlußfolgern läßt, es sei fraglich, ob »Lernen lehren« überhaupt möglich ist (69). Fragen dieser Art stellen sich auch, wenn man etwa mit folgenden Argumentationsfolgen konfrontiert wird: »In kognitiven Lerntheorien wird Lernen als eine spezifische Form des Handelns betrachtet, als bewußte durch personinterne Prozesse gesteuerte Aktivität, als konstruktiver Auf- und Ausbau einer internen Struktur mit inhaltlichen, operativen und affektiv-motivationalen Komponenten, die selbst wiederum für die Steuerung des weiteren Lernens und Handelns zentrale Bedeutung hat. Die Verbindung von Handeln und Denken, die Entwicklung des Denkens aus dem Tun und umgekehrt des Ordnen des Tuns im Denken fordern Berücksichtigung in einem dialektischen Lehr-Lern-Prozeß, der Raum läßt für vielfältige Handlungsmöglichkeiten und soziale Kontakte und abzielt auf die Entwicklung von Selbststeuerungsfähigkeiten.« (82) Klärungen des Themas sind hier nicht erkennbar. Praktisch Interessierte werden sich daher wohl gleich dem dritten Teil des Buches zuwenden, in dem Beispiele des selbstgesteuerten Lernens in den Fächern Physik und Englisch

angeführt werden. Sie bleiben allerdings größtenteils abgekoppelt von den theoretischen Erläuterungen zur eigenaktiven Schülertätigkeit im ersten Teil und den unterschiedlichen Ansätzen zur Unterrichtsplanung im zweiten Teil. Der Blick in die Unterrichtswerkstätten läßt aber erkennen, daß engagierte Lehrerinnen und Lehrer in den genannten Fächern durchaus erfolgreiche Modelle für selbstgesteuertes Lernen entwickeln könnten.

Das Buch wird wohl kaum etwas im Schulalltag ändern, zumindest aber die theoretischen Diskussionen in Gang halten. Michael Schratz (Innsbruck)

**Ziefuß, Horst: Jugendliche in der gewerblich-technischen Ausbildung in Industrie und Handwerk.** Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, Kiel 1987 (352 S., br., 29,50 DM)

Vorgelegt werden die Ergebnisse einer empirischen Studie, deren Ziel u.a. war, »einen Beitrag zur derzeit aktuellen Diskussion über eine Reform der »vor-beruflichen« Bildung in einem Konzept der verstärkten Integration allgemeiner und beruflicher Bildung hinsichtlich ihrer wegweisenden und vorbereitenden Funktion für den Berufseintritt (zu) leisten« (9). Interviewt wurden 1560 gewerblich-technisch Auszubildende in der Industrie (1980) und 1233 im Handwerk (1984) zu den Fragekomplexen: Wie bewerten die Auszubildenden die Bedingungen und Kriterien ihrer Ausbildungs- und Berufswegplanung? Wie verändern sich im Laufe der Ausbildungszeit die Arbeitsplatz- und Berufsanforderungen im Urteil der Auszubildenden? Wie stellt sich die Integration von Theorie und Praxis aus der Sicht der Jugendlichen angesichts der unterschiedlichen Lernorte in Betrieb und Schule in der beruflichen Bildung dar? Welche Formen, Fächer, Inhalte, Methoden schulischer Allgemeinbildung halten Auszubildende im Hinblick auf die aktuellen und zukünftigen Qualifikationsanforderungen für wichtig/unwichtig?

Aus der Fülle der Ergebnisse können nur einige bemerkenswerte angeführt werden: 1) Wenn auch aus anderen Studien bekannt ist, daß die Jugendlichen der Familie, im Vergleich zu anderen Hilfen, eine hohe Bedeutung für ihre Berufswahl zusprechen, überrascht doch, daß über die Hälfte nicht nur den Berufsberater, sondern auch schulische Betriebserkundungen und -praktika zurückblickend für sich als unwichtig erachteten. Eigene, also nicht von der Schule durchgeführte Betriebserkundungen wurden demgegenüber von fast der Hälfte der Schüler für wichtig bis sehr wichtig eingestuft (allerdings bleibt ungeklärt, welcher Art diese Erkundungen waren, welche Bewertungskriterien zugrunde gelegt und wie diese gewonnen wurden). Hauptschüler beurteilten die Bedeutung der allgemeinbildenden Schule für ihre Berufswahl positiver, was vermutlich auf einen umfangreicheren berufsorientierenden Unterricht dieser Schulart zurückzuführen ist. 2) Trotz der angespannten Lage am Ausbildungsmarkt gaben als Kriterien (Mehrfachnennungen) ihrer Berufswahl 80 Prozent der Auszubildenden eigene Interessen, Fähigkeiten, Neigungen, 70 Prozent die Möglichkeit, später am Arbeitsplatz selbständig arbeiten zu können, 70 Prozent die Qualität der betrieblichen Ausbildung, 75 Prozent die guten Zukunftschancen des Berufs und nur 14 Prozent mangelnde Alternativen als wichtig bzw. sehr wichtig an. 3) Beachtlich ist auch der Optimismus der Jugendlichen hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft: 82 Prozent der Industriehilfswerber und noch 69 Prozent der Handwerkslehrlinge glaubten, nach Beendigung der Ausbildung in ihrem Beruf weiterarbeiten zu können. Nur 5 bzw. 9 Prozent antworteten auf diese Frage mit Nein. Über 80 Prozent strebten nach der Ausbildung Tätigkeiten oberhalb des Facharbeiter- bzw. des Handwerkersestellenniveaus an (Hauptschüler allerdings deutlich weniger). 4) Bei den Zielen der Berufsausbildung stufte die große Mehrheit der Jugendlichen neben

den berufsfachlichen Qualifikationen Verhaltensweisen wie gute Zusammenarbeit mit Kollegen, Selbständigkeit, Kritikfähigkeit, aber auch Ordnung, Sauberkeit und Fleiß als wichtig bzw. sehr wichtig ein. Ferner maßen sie der Orientierung über Rechte und Pflichten des Auszubildenden und über berufliche Aufstiegsmöglichkeiten hohe Bedeutung zu. 5) Rückblickend schnitt im Urteil der Auszubildenden die allgemeinbildende Schule im Vergleich mit der Berufsschule recht gut ab. Beklagt wurden eigene schulische Versäumnisse und die ungenügende Behandlung von Themen aus der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Nur gut 30 Prozent konnten sich überhaupt an derartige Themen in der allgemeinbildenden Schule erinnern. Ebenfalls wurde die Zersplitterung der arbeitsweltbezogenen Themen auf mehrere Unterrichtsfächer kritisiert.

Die Studie endet mit Empfehlungen zu Verbesserung der allgemeinbildenden Schule und der betrieblichen und schulischen Berufsausbildung. Sie favorisiert ein schulisches Berufsgrundbildungsjahr als ersten Abschnitt der beruflichen Ausbildung. Hierzu werden die Lehrlingsurteile auf ihre Angemessenheit kritisch überprüft und weitere Informationsquellen herangezogen. Die Studie ist vor allem für jene interessant, die sich darüber informieren wollen, wie Auszubildende in einer Zeit anhaltender Ausbildungs- und Arbeitsmarktprobleme den Übergang in die berufliche Ausbildung und die berufliche Ausbildung selbst wahrnehmen und beurteilen, welche Zukunftspläne sie haben und wie das Schul- und Ausbildungssystem auf diese Situation und die technische Entwicklung in Industrie und Handwerk reagieren könnte.

Dietmar Kahsnitz (Frankfurt/M.)

**Roedel, Judith: Das heilpädagogische Experiment Bonneuil und die Psychoanalyse in Frankreich.** Fachbuchhandlung für Psychologie, Eschborn 1987 (302 S., br., 29,80 DM)

Roedel hat den verdienstvollen Versuch unternommen, die tief beeindruckenden theoretischen Schriften und die praktische analytische Arbeit der französischen Kinderanalytikerin Maud Mannoni dem deutschen Leser in einem Buch zusammenfassend darzubieten. Vier Bücher von Mannoni sind wohl — u.a. bei Syndikat — auf deutsch erschienen; dennoch bleibt für viele Leser ihre insbesondere von Lacan geprägte Sprache des unbewußten Diskurses offensichtlich nur »toter Buchstabe«. Die in der Nähe von Paris gelegene »Ecole Expérimentale« in Bonneuil praktiziert eine nicht-segregative Form der Jugendhilfe für autistische, psychotische, debile und verhaltensgestörte Kinder und Jugendliche, die radikal auf psychoanalytischem und antipsychiatrischem Gedankengut basiert. Diese Arbeit geht weit über eine »revidierte« Heilpädagogik hinaus, löst insbesondere die autistische und psychotische Störung in Anlehnung an Foucaults Analysen zur »Geschichte des Wahnsinns« aus dem Herrschaftsanspruch eines verengten medizinisch-psychiatrischen Denkens heraus, klagt die emanzipative, subversive Natur der Psychoanalyse ein und verdeutlicht so nicht zuletzt die Voraussetzungen unserer eigenen »Normalität«.

Roedel arbeitete selbst zwei Jahre in dieser »gesprengten Institution«, die eine Einheit von Lern-, Behandlungs- und Forschungsprozessen intendiert. In den einleitenden Kapiteln beschreibt sie, wie die von Autoren wie Mannoni, Basaglia, Bettelheim und Lacan formulierte theoretische Erkenntnis, daß sich nur über ein sich-unaufdringlich-zur-Verfügung-Stellen bei diesen psychisch schwerstgestörten Kindern irgendeine Form von Heilung ereignen kann, sich bei ihr eingangs in Phasen der tiefen Verwirrung, Verängstigung und Unordnung manifestierte. Erst über das Wahrnehmen der eigenen »verrückten« Verhaltensweisen, dem Analysieren des Mißerfolgs, vermochte sie den tiefen Sinn in den Bemerkungen eines Analytikers in Bonneuil zu

begreifen: »Worin besteht durch die Arbeit mit Patienten, insbesondere Psychotikern, die Einflußnahme auf die psychoanalytische Ausbildung? Was lehrt uns das psychotische Kind, welches ist die Spezifität in der Beziehung zum Psychotiker? Es spiegelt mir wider, daß ich verrückt bin!« (22)

Roedel erforscht die wissenschaftlichen Voraussetzungen und historisch-kulturellen Hintergründe dieser Arbeit. Sie skizziert die von der hiesigen abweichende Entwicklung der Psychoanalyse in Frankreich, stellt die zahlreichen psychoanalytischen Organisationen vor (die immer wieder zu spalten Lacan offensichtlich ein großes Vergnügen bereitete) und beschreibt das Eindringen dieser Psychoanalyse in die französische Politik und Kultur — sie wird dort eher über Literatur, Kunst, Sozialwissenschaften und Philosophie als über ärztliche Psychotherapie rezipiert. Sie arbeitet präzise die Bedeutung einzelner Aspekte der Psychoanalyse von Lacan (»Das Unbewußte ist strukturiert wie die Sprache«), Winnicott (die Bedeutung von Übergangsobjekten) und Freud (das »Fort-Da-Spiel«) heraus und stellt das Leben in Bonneuil vor. Abschließend beschreibt sie den Kampf mit den Behörden, um dieser unkonventionellen und richtungsweisenden Arbeit auch eine finanzielle Bestandsgarantie zu sichern. Der hier exemplarisch veranschaulichte Widerstand verdeutlicht nachdrücklich, welche individuellen und gesellschaftlichen Ängste und Abwehrkräfte — gewiß nicht nur in Frankreich — ein Konzept zu eliminieren versuchen, das sich radikal mit den Bedürfnissen und Wünschen psychisch schwerstgestörter Kinder und Jugendlicher identifiziert.

Roland Kaufhold (Köln)

**Kakar, Sudhir: Kindheit und Gesellschaft in Indien.** Eine psychoanalytische Studie. Nexus Verlag, Frankfurt/M. 1988 (292 S., br., 38,- DM)

Das Buch beschäftigt sich nach Auskunft des Autors mit »den psychologischen Motiven, die die indische Kindheit durchziehen« (9). Der Klappentext gibt den etwas irreführenden Bescheid: »Der Autor unternimmt den eindrucksvollen Versuch, eine spezifische Psychologie der Inder zu formulieren.« Diese Charakteristik trifft zumindest nur eine mögliche Lesart des Textes. Würde der Verfasser tatsächlich die »Einzigartigkeit« der indischen Psyche (Klappentext) unterstellen, so könnte er wohl nicht das psychoanalytische Modell zur Erklärung von Konfliktkonstellationen etc. heranziehen. Kakar selbst betont explizit, er gehe von der Annahme aus, daß »westliche« und »östliche« Gesellschaften »verschiedene Lösungen für universelle menschliche Konflikte bieten« (15). Allerdings ist er von der Überzeugung geleitet, daß die Kultur einer Gesellschaft psychisch repräsentiert ist, genauer: daß soziale Strukturen typische Konfliktlagen bedingen, die ein kollektiv verallgemeinerbares Triebchickal implizieren, das sich wiederum in der symbolischen Welt widerspiegelt. Die Mythen, nach Auskunft des Autors gerade in Indien noch von großer Bedeutung für das Alltagsdenken, fördern wiederum spezifische Verarbeitungsweisen von Konflikten. Sie lassen sich nach Kakar als eine »auf die Außenwelt projizierte individuelle Psychologie« lesen und können zugleich als »eine Art von kollektivem historischen Bewußtsein interpretiert werden« (13). Für die Untersuchung sind von diesem Ansatz her, den Kakar auch als »strukturpsychologischen« kennzeichnet, ethnologische Beschreibungen von Kindererziehungspraktiken, klinisches Material — der Verfasser hat selber als Psychoanalytiker in Indien gearbeitet — und die »symbolischen Produkte einer Kultur« gleichermaßen relevant. Seinen Prämissen entsprechend beschränkt sich Kakar auch auf eine bestimmte, allerdings dominante Kultur des indischen Subkontinents, nämlich auf die hinduistische.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Stellung der indischen Frau sowie das Mutter- und Frauenbild in der hinduistischen Mythologie. Die Überlegungen

kristallisieren sich um die Kernthese: »Nur durch die Mutterschaft kann sie [die indische Frau; G.A.] sich als Frau bestätigen und sich einen Platz in der Familie, der Gemeinschaft und im Lebenszyklus verschaffen« (104). Die »dramatische Verbesserung ihres sozialen Status« durch die Geburt des ersten Kindes legt für die indische Frau nach Kakar nahe, »ihr zukünftiges Leben um den Kern der Mütterlichkeit zu organisieren« und weckt ein »tiefes Dankgefühl dem Kind gegenüber« (101). Damit macht der Verfasser kulturspezifische mütterliche Haltungen, eine verlängerte Mutter-Kind-Symbiose in der frühen Kindheit und dementsprechende kulturell bestimmte Entwicklungskrisen verständlich. So entsteht ein kulturspezifischer Habitus, selbstverständlich mit verschiedenen Varianten, je nach dem Ausgang der Entwicklungskonflikte. Das indische Mutterbild sieht Kakar ambivalent. Es ist ebenso Quelle eines besonders ausgeprägten Urvertrauens wie kulturell spezifischer neurotischer Störungen vor allem beim indischen Mann. Die Entstehung typischer Geschlechterrollen, kulturell geprägter Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit erscheint plausibel. Skepsis meldet sich an, wenn der Verfasser Wahrnehmungsweisen, Denkstile, Arbeitshaltungen, kurz das ganze Verhältnis der Individuen zu Natur und Gesellschaft auf die verlängerte Mutter-Kind-Symbiose zurückführt (vgl. 130f.), zumal der Vorrang der »Primärwahrnehmung« gegenüber rationalem Denken, der sozialen Bindung gegenüber Eigeninitiative, der Askription gegenüber der Leistung, und was Kakar noch alles anführt, ebenso in anderen teilweise noch vormodernen Gesellschaften zu finden sind.

An diesem Punkt werden Schwächen des Untersuchungsansatzes deutlich: die Vernachlässigung der Produktionsweise und der historischen Dimension. Über weite Strecken erscheint die indische, hinduistische Gesellschaft zeitlos. Nur gelegentlich tauchen kursorische Überlegungen zum Modernisierungsprozeß, zur Konfrontation mit der »westlichen« Kultur, sprich: mit der kapitalistischen Warenproduktion, und den damit verbundenen Konflikten auf (23, 154, 224, 228). Nach der Darstellung von Kakar erscheint es z.B. so, als würde die Schule für die Kindheit in Indien nach wie vor keine Rolle spielen. Zweifel sind berechtigt, ob der bei Kakar unabänderlich erscheinende Modus der Handlungskontrolle (167f.) bei universell werdender Warenproduktion noch aufrechtzuerhalten ist. Unpräzise Modellvorstellungen vom Verhältnis von »Kultur und Persönlichkeit« — die Ausführungen darüber sind dürftig — sowie von der nachkindlichen Persönlichkeitsentwicklung bringen widersprüchliche Aussagen zur Möglichkeit des Kulturwandels mit sich, insbesondere über die Chancen der einzelnen, sich zu ihrer Kultur ins Verhältnis zu setzen und eine neue Identität zu finden. Zum einen ergibt sich ein scheinbar geschlossener und unausweichlicher Bedingungs Zusammenhang zwischen sozialer, kulturell-symbolisch bestätigter Struktur, Erziehungsmatrix und mentaler Struktur, die sich wiederum in die soziale Ordnung einpaßt und kulturell bekräftigt wird. An anderen Stellen betont Kakar die Möglichkeit und auch Notwendigkeit einer »evolutionären Identitätsentwicklung« (12, 224ff.). So ergeben sich, wie oben angedeutet, zwei mögliche Lesarten. Im übrigen ist das Buch hochinteressant und für verschiedene Fächer und Forschungsgebiete von Belang, nicht zuletzt auch für die Frauenforschung.

Georg Auernheimer (Marburg)

## Geschichte

**Bergmann, Jürgen: Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49.** Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1986 (294 S., Ln., 125,- DM)

Bergmann fragt nach den »Antriebskräften und Zielen der Handwerker und Arbeiter in der Revolution und nach den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen sich die Teilnahme dieser Gruppen an der Revolution vollzog« (11). Das dabei verfolgte Untersuchungsprinzip besteht »in der Sammlung, vergleichenden Auswertung und abschließenden Zusammenschau aller thematisch einschlägigen Hinweise und Informationen« (15). Das deutet hin auf eine trockene Lektüre. In der Tat, Bergmanns Studie ist alles andere als leicht verdauliche Kost. Sie läßt sich nicht mal eben so lesen, sondern will sorgfältig durchgearbeitet sein. Ihre Stärke besteht in der systematischen Präsentation einer Fülle einschlägiger Quellen, die zukünftige Forschungen anregen und zugleich erleichtern können.

Die Gliederung wirkt auf den ersten Blick recht konventionell, aber das sollte niemanden abschrecken. Ausgehend von den Kontroversen um die »sozialen Unterströmungen« der Revolution von 1848/49 — ein Begriff von Rudolf Stadelmann, der zwar in distanzierende Anführungszeichen gesetzt, sonst aber nicht weiter diskutiert wird — untersucht Bergmann in fünf Kapiteln zunächst die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ab 1846 (Kap. 1), um sich dann den Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Situation auf die soziale Lage der Arbeiter und Handwerker zuzuwenden (Kap. 2 u. 3). Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, inwieweit es noch vor der Revolution zu einer Abschwächung der krisenhaften Entwicklungen kam oder ob die zu beobachtenden Verelendungstendenzen nicht vielmehr bis in die Revolutionsjahre hineinreichten. Bergmann entscheidet sich für die letztere Alternative. Anhand zahlreicher Quellen unterschiedlicher Herkunft kann er überzeugend nachweisen, daß die Arbeiter und Handwerker in den Revolutionsjahren in erster Linie durch langfristige Verelendungstendenzen geprägt waren und kurzfristige Konjunkturverläufe allenfalls eine verstärkende Rolle spielten. In zwei weiteren Kapiteln (Kap. 4 u. 5), die den eigentlichen Kern der Studie darstellen, geht es schließlich darum, diese sozialen und ökonomischen Erfahrungen der Arbeiter und Handwerker mit ihren politischen Positionen und Zielen in Beziehung zu setzen. Wichtigstes Ergebnis ist die hierbei zu beobachtende Vielfalt. Zwar zeigt sich sowohl bei Arbeitern als auch bei Handwerkern ein deutliches Übergewicht sozioökonomischer Interessen, die politisch jedoch durchaus keinen einheitlichen Ausdruck fanden. Bergmann betont demgegenüber, daß die politischen Positionen der Arbeiter und Handwerker durchaus nicht immer aus deren sozioökonomischer Interessenlage ableitbar waren, sondern oftmals einen durchaus eigenständigen Charakter hatten, und weist auch auf eine den sozioökonomischen Bestrebungen immanente gesellschaftspolitische Dimension hin (vgl. 156). Die zunächst aus analytischen Gründen vorgenommene Unterscheidung von sozioökonomischen und politischen Handlungsmotiven wird dadurch tendenziell wieder aufgehoben. Auch bei der genauen Abgrenzung von Arbeitern und Handwerkern stößt Bergmann immer wieder auf Schwierigkeiten, insbesondere dort, wo das Bekenntnis von Handwerkern zur Arbeiterbewegung programmatische Bedeutung erlangte (vgl. 118f., 213ff.). Es zählt zu den Vorzügen seiner Studie, daß er diese Schwierigkeiten als solche stehen läßt und nicht um voreilige Lösungen auf der begrifflichen Ebene bemüht ist.

Hans-Arthur Marsiske (Hamburg)

**Steffens, Horst: Autorität und Revolte.** Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jahrhundert. Drumlin Verlag, Weingarten 1987 (419 S., br., 38,- DM)

Steffens, bereits mit einigen wichtigen Aufsätzen zur Bergarbeitergeschichte an der Saar hervorgetreten, legt hier seine Dissertation von 1983 vor. In ihr spürt er dem Leben der Bergleute nach, um präziser als bisher Ursachen und Zusammenhänge von sozialen Konflikten und Streiks zu verstehen. Zurecht geht er davon aus, daß die aus bestimmten Situationen entstandenen, eher kurzfristigen Strategien von Menschen, die Auswege aus widrigen Umständen suchten, keineswegs zugunsten der langfristigen Gewerkschafts- oder Parteistrategien vernachlässigt werden dürfen. Die bisher in der Forschung vorherrschende Nichtbeachtung dieses Bereiches habe »ein zu glattes Bild der gesellschaftlichen Modernisierung Deutschlands im Zeitalter der Industrialisierung gefördert« (15). Nach einer gründlichen Untersuchung der »großen Streikzeit 1889-1893« wendet sich Steffens deshalb den Erfahrungen der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz zu, beschäftigt sich mit den Wohnverhältnissen und kulturellen Formen, geht schließlich daran, die »Gedankenwelt« der Arbeiter zu entschlüsseln.

Dabei hebt er hervor, daß die Vorstellungen und Deutungsmuster ihrer Eltern — Bauern, Handwerker, ständische Bergleute — bei den Arbeitern durchaus noch lebendig waren und sich mit den eigenen Erfahrungen auf Grund der gewandelten Verhältnisse verbanden. Dadurch entstand ein neues Selbstbewußtsein. Dies drückte sich allerdings nicht in einer Unterstützung starker Gewerkschaften oder der SPD aus (und wer nur auf diese Organisationen schaut, muß die Arbeiterbewegung an der Saar zumindest vor der Jahrhundertwende als erfolglos charakterisieren). Steffens gelingt es nachzuweisen, daß die Bergleute ihre eigenständige elementare Antwort auf die Zustände fanden. Hier bewährten sich informelle Strukturen, die sich in den gewohnten Geselligkeiten, in Festen und »Saufkasinos«, in der Behauptung gegenüber Zumutungen herausgebildet hatten. Sie waren keineswegs durch blinden Aktionismus gekennzeichnet, sondern durchaus zielgerichtet, beruhten auf langen Erfahrungen und Verhaltensweisen. Trotz aller Repressionen, die ihre Wirkungen nicht verfehlten, konnten jene sich behaupten und eröffneten den Arbeitern immer wieder Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Steffens, der ein ungemein dichtes Bild des Arbeiterlebens an der Saar nachzeichnet, will diese Zusammenhänge nicht idealisieren. Es wird jedoch deutlich, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie darauf zu wenig achteten und deshalb insgesamt die Arbeiterbewegung an Schlagkraft verlor. (In Rußland, dies sei am Rande bemerkt, verlieh nicht zuletzt die vorübergehende Verbindung von informellen Bewegungen — etwa der Landsmannschaften — und festen Organisationen den revolutionären Bestrebungen Durchsetzungsfähigkeit.)

Das Buch zählt zu den lesenswertesten Veröffentlichungen über Alltagsgeschichte in der jüngsten Zeit. Dichte Beschreibungen des Alltagslebens erweisen sich nicht als Widerspruch zu scharfsinnigen Analysen. Heiko Haumann (Freiburg/Br.)

**Breuer, Mordechai: Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918.** Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit. Jüdischer Verlag bei Athenäum, Frankfurt/M. 1986 (VI, 525 S., Ln., 98,- DM)

Die Juden in Deutschland gliederten sich keineswegs nur, wie man häufig hört und liest, in eine zunehmend assimilierte, liberale Mehrheit und in nach Palästina strebende Zionisten, seit Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem während der Weimarer Republik ergänzt um eine dritte Richtung durch den Zustrom traditionsverhafter, von ihrer Umwelt abgekapselter Ostjuden. Eine kleine, aber kräftige Minderheit

versuchte einen anderen Weg: Sie öffnete sich der deutschen Gesellschaft, dem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt, ohne den orthodoxen Glauben aufzugeben oder ihn der christlichen Umwelt allzu sehr anzugleichen; auch das überkommene jüdische Gemeinschaftsleben sollte in Kraft bleiben. Es war der Versuch einer Integration ohne Aufgabe des überlieferten Selbstverständnisses. Breuer analysiert die »Blütezeit« (12) der Orthodoxie während des Kaiserreiches, womit einmal mehr die Vielschichtigkeit dieses Zeitabschnitts der deutschen Geschichte offenkundig wird.

Auf Grund der nicht-orthodoxen Haltung der meisten jüdischen Historiker, die sich der Geschichte des deutschen Judentums widmeten, aber auch auf Grund der nicht besonders günstigen Quellenlage wurde das Thema bislang vernachlässigt. Breuers Untersuchung stellt einen Durchbruch dar. Sie verbindet Religions- und Geistesgeschichte mit Kultur- und Sozialgeschichte. Nach einer gründlichen Darstellung orthodoxen Denkens, vorab des Strebens nach Einheit und Totalität von Lehre und Leben, beschreibt Breuer dessen Beziehung zur deutschen Kultur, analysiert die neuen Überlegungen und Aktivitäten im Bildungswesen, befaßt sich mit den Ergebnissen orthodox-jüdischer Tätigkeit im künstlerisch-wissenschaftlichen wie im wirtschaftlichen Bereich, läßt hochinteressante Einblicke in das Alltagsleben zu und beschäftigt sich eingehend mit dem Verhältnis zur nichtjüdischen Umgebung. In der Endphase des Kaiserreichs setzte dann eine Neubesinnung ein, die zu einer Abwehr vom bisherigen Elitebewußtsein und zu einer Annäherung an die Ostjuden als Träger spezifisch jüdischer Werte führte. Konsequenterweise entwickelte man zum Teil auch die Vorstellung von der »Religionsnation« zum »Nationaljudentum« weiter und kam dabei in stärkere Berührung mit den Zionisten als zuvor.

Breuer, 1918 in Frankfurt geboren, heute Hochschullehrer für jüdische Geschichte an der orthodoxen Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan (Israel), konnte auch auf private Archive und zahlreiche Interviews zurückgreifen. Besonders zugute kam ihm, daß die zentrale Persönlichkeit neo-orthodoxen Denkens, Samson Raphael Hirsch, sein Urgroßvater war. Beeindruckend arbeitet er die Widersprüche dieser Denk- und Lebensform im Kaiserreich heraus, namentlich der Bestrebungen, deutsche und jüdische Kultur, Deutschtum und Judentum zu vereinen. Auch wenn die moderne Orthodoxie auf Grund des Ganges der deutschen Geschichte nur Episode blieb, so wird doch deutlich, daß sie — entgegen ihrer bisherigen Unterschätzung — eine wichtige Alternative bei der Identitätsfindung der Juden darstellt. Der Einfluß auf die heutigen religiösen Gemeinschaftssiedlungen in Israel und auf die orthodoxe Mädchenerziehung — eine der bedeutendsten Neuerungen war die gleichberechtigte Bildung von Mann und Frau gewesen — beweist ihre nachwirkende Kraft.

Heiko Haumann (Freiburg/Br.)

**Herre, Franz: Kaiser Friedrich III.** Deutschlands liberale Hoffnung. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1987 (320 S., br., 38,-)

Daß der 99-Tage-Kaiser Deutschlands liberale Hoffnung war, hat Herre zum Centenarium des Drei-Kaiser-Jahres widerlegen wollen, und es gelang ihm auch, um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen. Denn Friedrich war keineswegs der originäre Vordenker eines Liberalismus im Hohenzollernhaus, sondern vielmehr ein Reichsromantiker, der an mittelalterliche Traditionen anknüpfen wollte.

1848, worüber Herre zu knapp berichtet, ist Friedrich empört über die »Kanaille« und hat seine »Sachen« in Sicherheit gebracht. 1862 lehnt er eine Thronübernahme ab. Hier wird vielfach der Beginn des »Deutschen Sonderwegs« gesehen, denn nun war Bismarck an der Macht. Auch Herre deutet dies als das Versäumen einer

liberalen Chance. Dagegen steht jedoch Friedrichs Ansicht, daß eine Demissionierung auf Grund eines Parlamentsbeschlusses für preußische Könige einen Präzedenzfall schaffe, den er nicht bereit ist, hinzunehmen. Auch den kriegerisch-hegemonistischen Kurs der Reichseinigung trägt Friedrich mit. Die hohen Reparationsforderungen an Frankreich und die Forderung nach Abtretung Elsaß-Lothringens entstammen zunächst auch seiner Feder. Im Kulturkampf gegen die Katholiken ist er auf Bismarcks Seite. Dieser aber verhält sich in der Außenpolitik realistischer und pragmatischer als der deutsche Kronprinz. Innenpolitisch bestehen zwar vereinzelt Unterschiede, doch die großen Linien stimmen überein. Ebenso wie Bismarck ist auch Friedrich gegen die Polen in Preußen, für das Sozialistengesetz gegen die »Mißgeburt« Sozialdemokratie und für eine patriarchalische Sozialpolitik, die eher einem Almosen für deutschnationale Arbeiter entspricht. Alles dies wird bei Herre auch angesprochen, aber leider nicht ausgeführt. Anstelle einer problemorientierten Biographie erzählt er in chronologischer Form das Leben Friedrichs. Entstanden ist dabei eine leicht zu lesende, flüssig geschriebene Darstellung im Stil von Wagneroperen, als ob es eine Struktur-, Gesellschafts- oder Sozialgeschichte nie gegeben hätte. Als Beleg sei nur der folgende Satz zitiert: »Das Scheitern war im Charakter des Helden wie im Wesen der Umwelt angelegt. Und die Götter waren gegen ihn.« (13) Wenn wir auch nicht verlangen, daß der »Charakter des Helden« nach Maßstäben der psycho-history oder Mentalitätsgeschichte untersucht wird, so müssen wir doch darauf bestehen, »das Wesen der Umwelt« näher erklärt zu bekommen. Dafür jedoch sind Bezeichnungen wie »Stand« für die Bourgeoisie oder gar »Pfahlbürgertum« vollkommen ungeeignet. Wer war denn die »Kamarilla«? Oder worin bestand der Liberalismus des Kronprinzen? Und was ist mit Deutschland gemeint? Das Deutsche Reich, die Liberalen, die Bourgeoisie? Darüber wird nonchalant hinweggegangen.

Breit und üppig dagegen sind die Schlachten der Männer und die Garderoben der Damen beschrieben. Das Ärgerlichste wird mit dem Lächerlichsten verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Kapitel über den deutsch-französischen Krieg 1870/71. Wir schreiben Weihnachten 1870 und die deutschen Truppen belagern Paris. Darüber berichtet Herre folgendes: »Der Kronprinz, dem seine Schwiegermutter, Queen Victoria, einen von ihr gehäkelten Schal schickte, bekam von zu Hause einen Miniaturtaschenrevolver, ein Nadelnissen und einen von seiner Frau gebackenen Kuchen, den seine Wirtin, Madame Andrée Walther, unbedingt versuchen mußte. Der Vater schenkte ihm eine Statue Friedrichs des Großen, als müßte er ihn daran erinnern, daß er ein Preuße war und bleiben sollte. Als solcher erfüllte er seine militärischen Pflichten. Die Franzosen respektierten nicht den Weihnachtsfrieden, störten die deutschen Weihnachtsfeiern vor Paris mit Bomben und Granaten. Eine gebührende Antwort war fällig.« (180) Dies ist nur ein Beispiel für die Art und Weise, wie in diesem Buch Geschichte erzählt wird, und man kann mit Fug und Recht dies als Sprache der Heftchenromane bezeichnen.

Rolf Rieß (München)

**Doerry, Martin: Übergangsmenschen.** Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs. 2 Bde., Juventa-Verlag, Weinheim, München 1986 (197 u. 133 S., br., 44,- DM)

Über den krisenhaften Charakter der Gesellschaft des Kaiserreichs besteht in der historischen Forschung weitgehende Einigkeit und nicht zuletzt die allgemeine Begeisterung oder Erleichterung, mit der der Beginn des Krieges 1914 aufgenommen wurde, gilt immer wieder als Symptom der Unfähigkeit dieser Gesellschaft, ihre Konflikte auszutragen und zu lösen. Wurde dieser Komplex allerdings bisher meist aus den sozialen und politischen Strukturen der wilhelmischen Gesellschaft oder

— in personalistischer Perspektive — aus den individuellen Charaktereigenschaften der Angehörigen der herrschenden Gruppe erklärt, so schlägt der Historiker Martin Doerry in seiner Tübinger Dissertation »Übergangsmenschen« einen Perspektivwechsel vor, der die »Krise des Kaiserreichs« aus der allgemeinen politischen Mentalität der »Wilhelminer« erklären soll.

Doerrys Konzept verknüpft zwei gegenwärtig viel diskutierte Ansätze: Einerseits wird die Argumentation im Rahmen einer Mentalitätsgeschichte entwickelt, die dauerhafte und zugleich kaum bewußte Einstellungen und Wahrnehmungsweisen untersucht und daraus sowohl kulturelle Orientierungsmuster einer Gesellschaft als auch allgemein verbreitete Verhaltensweisen erklären möchte. Andererseits bindet der Autor je spezifische Mentalitäten an bestimmte Generationen. Mentalitäten würden, so argumentiert er, im Sozialisationsprozeß dauerhaft ausgeprägt, wobei insbesondere die Adoleszenzphase entscheidend für alle weiteren Orientierungen sei. In Anlehnung an Lawrence Kohlbergs Konzept der Entwicklung moralischer Urteilsfähigkeit hält Doerry Ausprägung und Heftigkeit der Adoleszenzkrise für den entscheidenden Faktor bei der Ausbildung »postkonventionelle(r) Urteilsstrukturen« (64). Da allgemeine Sozialisationsbedingungen und spezifische Ausprägung der Adoleszenzkrise von historisch-gesellschaftlichen Faktoren abhingen, also zu bestimmten Zeitpunkten relativ einheitlich seien, entstünden auf ihrer Basis auch relativ einheitliche Mentalitäten — Mentalitäten je spezifischer Generationen nämlich.

Den Gegenstand der Arbeit bildet nun die sogenannte »wilhelminische Generation«: »Die Jahrgänge 1853 bis 1865 sind unter ähnlichen Bedingungen aufgewachsen, sie haben die Reichsgründungszeit bewußt erleben können, ohne an den Kriegen teilzunehmen, und sie haben ihre politische Sozialisation noch im Bismarckreich beendet.« (41) Neben den damit gegebenen politischen Rahmenbedingungen, die allgemein eine starke Ausprägung der Adoleszenzkrise und damit den Aufbau postkonventioneller Orientierungen verhindert hätten, sei die Mentalität der Wilhelminer zugleich geprägt worden durch ein bis dahin unbekanntes »Tempo des gesellschaftlichen Wandels«, das den »mentale(n) Energiehaushalt« völlig erschöpft und in der Reaktion eine starke Abwehr gegen jeden Wandel hervorgebracht habe (47). Doerry benennt nun vier mentale Formationen, die für Weltsicht und Verhalten der Wilhelminer entscheidend gewesen seien: Traditionalismus und Autoritätsfixierung, Assimilation und Ausgrenzung, Konfliktunfähigkeit und Harmonieorientierung sowie dauerhafte Aggressivität (28f.).

Als Grundlage für den empirischen Nachweis dieser mentalen Formationen diente dem Autor über 500 autobiographische Texte von Angehörigen der wilhelminischen Generation, die mit Hilfe eines Fragebogens ausgewertet wurden, wobei Doerry sich vor allem für Wahrnehmungsweisen und Selbstbilder der Autorinnen und Autoren interessierte. Dabei drängt sich allerdings der Verdacht auf, Doerry habe eine stark vereinheitlichende, auf eben jene vier mentalen Formationen zugeschnittene Lektüre der Autobiographien betrieben, die Widersprüche und abweichende Perspektiven vernachlässigte zugunsten eines geschlossenen Bildes der Wilhelminer. Dieser Verdacht wird indirekt noch bestätigt im spannendsten und überzeugendsten Teil des Buches. Um seine Ergebnisse zu präsentieren, hat Doerry sich dafür entschieden, insgesamt sieben Autobiographien ausführlich vorzustellen und zu analysieren, um gleichsam sieben konkrete Varianten »des Wilhelminers« zu zeigen. Die detaillierte Analyse hebt sich positiv von den manchmal recht abstrakten und vor allem leider ziemlich redundanten allgemeinen Kapiteln ab und liefert anregende und überzeugende Mentalitäten-Portraits, in denen auch widersprüchliche Entwicklungen gewürdigt werden. Die Vielfalt der daraus sich ergebenden Perspektiven weist

aber über das enge Konzept von vier grundlegenden Mentalitätsformationen, in denen Wilhelminer und wilhelminische Krise beschreibbar sein sollen, hinaus und legt die Frage nahe, ob das Generationskonzept des Buches nicht allzu stark vereinheitlichend angelegt ist.

Mathias Uecker (z.Zt. Dublin)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Kellmann, Klaus: Die kommunistischen Parteien in Westeuropa.** Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte? Klett-Cotta, Stuttgart 1988 (284 S., br., 44,- DM)

Das Buch vermittelt in meist recht knappen »parteigeschichtlichen Portraits« (12) einen Überblick über die Geschichte, die parlamentarische und gewerkschaftliche Stärke, die ideologische Position usw. sämtlicher kommunistischer Parteien Westeuropas von Island bis Zypern. Die Leitbegriffe, nach denen diese höchst heterogene Verfügungsmasse gruppiert wird, deutet schon der Untertitel an: Kellmann unterscheidet zwischen orthodox leninistischen Parteien, die zugleich mehr oder minder direkt an Moskauer Weisungsinstanzen gebunden seien und die innerparteiliche Demokratie nach den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus« nach wie vor nicht zuließen, von den »eurokommunistischen«, die sich von der Perspektive einer kommunistischen Weltbewegung losgesagt hätten, um den Weg zu einer reformistischen, sozialdemokratischen Volkspartei einzuschlagen. Diese äußerst grobe Unterscheidung fällt in der Sicht des Autors außerdem noch mit dem politischen Gewicht der jeweiligen Parteien zusammen, d.h. während die traditionell leninistischen Parteien unweigerlich zur geheimbündlerischen Sekte verkämen (allerdings, wie der Verfasser konzidiert, mit der bezeichnenden Ausnahme der KP Portugals), seien allein die eurokommunistisch orientierten imstande, sich langfristig einen nennenswerten Massenkonsens (und damit evtl. sogar die Koalitionsfähigkeit) zu sichern. Das Buch schreibt daher im Grunde die Geschichte der gelungenen oder gescheiterten Emanzipation der jeweiligen kommunistischen Parteien von Moskauer Vorgaben seit dem Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung einiger historischer Schlüsseldaten wie 1956 (Ungarn), 1968 (CSSR), 1981 (Polen).

In immer neuen Variationen kommt Kellmanns europäischer Durchgang zu dem Ergebnis, daß die nicht erfolgte (oder, vgl. die KPF, halbherzige) Bekehrung der kommunistischen Parteien zum Eurokommunismus automatisch ihren politischen Untergang (bzw. die Fortsetzung der Bedeutungslosigkeit) nach sich ziehe (vgl. zur KP Norwegens 38; zu der Dänemarks 49f.; zur DKP 75 usw.). Diese Feststellung entspricht den Ziffern der Wahlstatistiken, sie wird aber erst dann zu einem einsichtigen Erklärungsmuster, wenn man gleichzeitig anzugeben vermag, worin der so erfolgversprechende Eurokommunismus denn bestehe. In dieser Hinsicht bietet das Buch allerdings nur Negativbegriffe wie »Absage an Moskau«, an den »demokratischen Zentralismus«, die »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« usw. Wenn an mehreren Stellen Antonio Gramsci als der eigentliche Gründungsvater des Eurokommunismus beschworen wird (11, 144, 162), bleibt dieser (vielleicht auch zutreffende) Hinweis solange völlig leer, wie zu dessen Differenz zum leninistischen Revolutionsmodell keinerlei Ausführungen gemacht werden.

Der Eurokommunismus bleibt in diesem Buch aber nicht nur eine Leerstelle, er erscheint auch letztlich als keineswegs so unfehlbares Erfolgsrezept, wie es Kellmanns Konstruktion nahelegt. Dies zeigt — neben der Geschichte der spanischen KP — vor allem die Entwicklung der KP Italiens, die vom Verfasser mit weit überdurchschnittlicher Länge (mehr als 40) und großem Respekt nachgezeichnet wird. Der

Autor spricht sogar (mit W. Leonhard) von einem nunmehr »dreipoligen« Kommunismus mit Rom als autonomem Bezugspunkt neben Moskau und Peking (118). Daß die KPI trotz ihrer unbestreitbar sozialdemokratischen Entwicklung dennoch in eine Krise geraten ist, die sich auch in Wahlniederlagen bemerkbar macht, wird von Kellmann zwar abschließend kurz registriert (139), entzieht sich aber seinem Erklärungsschema.

Die Zusammenfassung Kellmanns könnte zu dieser Krise einen Hinweis geben, sie unterscheidet sich jedoch radikal von seiner Prämisse: »Die ... behandelten KPN waren und sind überall dort stark, erfolgreich und geschichtsmächtig, wo sie ohne Abweichungen und Brüche an einer programmatischen Linie festgehalten haben. Diese mag eurokommunistisch wie in Italien, stalinistisch ... wie in Portugal oder aber beides in einem ... sein — die Verlässlich- und insofern die Berechenbarkeit garantiert die politische Potenz« (231). Gerade diese »programmatische Linie« (offenbar gleich welche) vermag die KPI seit dem Scheitern des »historischen Kompromisses«, hin und her gerissen zwischen Bündnisangeboten an die Sozialisten und die Christdemokraten, offenbar nicht mehr zu finden. Kellmann aber bemerkt nicht einmal den Widerspruch zwischen seinem eurokommunistischen Erfolgsrezept und den gerade in dieser Hinsicht enttäuschenden italienischen (und spanischen) Erfahrungen, auf die er in seinem Schlußwort anzuspielen scheint.

Das Buch kommt mit sehr wenigen Anmerkungen (praktisch nie Verweise auf Originalquellen) und einer wahrhaft minimalistischen Literaturliste (16 Titel!) aus. Seinem Ziel, als Nachschlagewerk zu den kommunistischen Parteien dienen zu können, wäre sicherlich auch durch einen statistischen Anhang gedient gewesen, der nicht nur wie im vorliegenden Fall hinter dem Kürzel jeder Partei »orthodox« oder »eurokommunistisch« vermerkt, sondern auch ihre Wahlerfolge seit 1945 sowie in tabellarischer Form die wichtigsten Daten der Parteigesichte bietet.

Manfred Hinz (Augsburg)

**Esperienze e identità dei comunisti italiani.** Critica marxista 3-4/1988. Ed. Riuniti, Rom (344 S., br., 14000 Lire)

Die letzten zwei Jahre waren für die Italienische Kommunistische Partei (IKP) eine der schwierigsten ihrer Geschichte. Die Wahlniederlagen der Jahre 1987 und 1988 sind ein Zeichen für den Verlust ihrer Fähigkeit, Einfluß auf die sozialen Veränderungsprozesse zu nehmen und die an einer substanziellen Umwandlung der Realität interessierten sozialen Kräfte um sich zu sammeln. Hier eine Wende zu vollziehen, setzt eine rückhaltlose Analyse ihrer älteren und jüngeren Geschichte, ihres politischen Handelns, ihrer Identität und eine Neubestimmung ihrer Perspektive voraus. Einen solchen Versuch unternimmt Heft 3/4 der Theorie-Zeitschrift der IKP.

Anfang 1988 hatte die Parteiführung entschieden, ihre Archive aus den Jahren 1944-1959 zu öffnen. Es ist eine vollständige, vom Gramsci Institut herausgegebene kritische Ausgabe dieser Dokumente vorgesehen. Einen ersten Einblick gewährt nun *Critica Marxista* mit Dokumenten aus den Jahren 1944/45. Sie zeigen die Anstrengung, die Kaderpartei in eine wirkliche Massenpartei zu transformieren. Zwar bergen die Dokumente, Briefe, Sitzungsprotokolle, Parteiinstruktionen, provisorische Organisationsnormen, keine großen Überraschungen, aber sie sind unentbehrlich für eine genaue Verständigung über diesen historischen Moment. Drei Problemkomplexe seien hier beispielhaft erwähnt. Es wird die Notwendigkeit ausgedrückt, die *Frauen*, sowohl auf dem Land wie in den Städten, zu organisieren, »eine breite Massenorganisation zu schaffen, an der alle italienische Frauen teilnehmen können, die auf diese Weise von uns orientiert werden können« (13). Zur *Armee* sollten konstruk-

tive Beziehungen bewahrt werden. Als wesentlichen Bestandteil der nationalen Unabhängigkeit sollte die IKP »dafür sorgen, daß [in der Armee; S.G.] ein patriotischer Geist, Disziplin und Einheit im Kampf für die Befreiung des Landes herrsche« (11). Die Einheit im Handeln mit der *sozialistischen Partei* wurde bekräftigt, aber, so Togliatti, »die Fusion beider Parteien wie Nenni [der damalige Generalsekretär der Sozialisten; S.G.] möchte« werde nicht möglich sein (40).

Letztlich wird die paradoxe Aufgabe der IKP formuliert, »gleichzeitig Regierungs- und Oppositionspartei zu sein« (41). Dabei ging es der IKP zunächst im Grunde genommen darum (die Reden Togliattis in den Sitzungen der Parteiführung vom 17.3. und 30.6.1945 drücken dies klar aus), eine Polarisierung der politischen Kräfte zu verhindern, die, da Italien in der Einflußsphäre der westlichen Siegermächte stand, nur zum Vorteil für die Reaktion gewesen wäre.

Der zweite Teil der Zeitschrift steht unter der Überschrift »Von Gramsci bis heute«. *Giuseppe Chiarante* zufolge ist es notwendig, sich erneut Gramscis Begrifflichkeit nutzbar zu machen (vor allem den Begriff der »passiven Revolution«), um die sich im Westen vollziehenden sozialen Veränderungsprozesse zu begreifen. Zwischen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre fand »ein wirklicher Hegemoniekampf« statt, »wie immer in den Momenten intensiver technologischer Veränderungen: ein Hegemoniekampf um den Ausweg aus der ökonomischen, sozialen ..., politischen Krise; aber gleichzeitig darum, wer den von der technologischen Revolution auf einer so breiten Weise ermöglichten Innovationsprozeß hätte leiten können« (111). Für die Linke, die diesen Kampf bis jetzt verloren hat, sei es erforderlich, »auf einer den heutigen Problemen entsprechende Weise« den »politischen, ökonomischen und sozialen Kämpfen« Ziele zu geben, die »im Grunde den Zielen der intellektuellen und moralischen Reform, von der Gramsci sprach«, entsprächen (112). *Nicola Baldoni* behandelt »die Rezeption des theoretischen Marxismus« in der KPI (über Bordiga, Gramsci, Sraffa u.a.). *Giuseppe Vacca* rekonstruiert Gramscis Kritik an der stalinischen UdSSR in den »Kerkerheften«. Im Vordergrund steht auch hier der Begriff der »passiven Revolution« und, als eine ihrer Erscheinungen, des »Cäsarismus«. Die Politik der Zwangsverstaatlichung habe zu einem radikalen Bruch zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern geführt, so daß die sozialen Prozesse nicht mehr durch Konsens, d.h. Hegemonie, geleitet werden konnten. Durch »künstliche« autoritäre Methoden sei die UdSSR in einen »involutiven Prozeß« nach dem Muster der »passiven Revolution« geraten: Nach der Zurückdrängung des »revolutionären Prozesses in den Ländern des entwickelten Kapitalismus« und dem Bruch der Allianz zwischen Arbeitern und Bauern in der UdSSR, »lenkte Stalins Führung die sowjetische Entwicklung in den von den USA beherrschten Prozeß der *Rationalisierung*« (146).

Eine Reihe von Beiträgen sind der Geschichte der IKP gewidmet *Renzo Martinelli* schreibt über die (auf dem Parteitag der KPI von 1926 verabschiedeten) »Lyoner Thesen« als »dem ersten Meilenstein derjenigen marxistischen Analyse der italienischen Gesellschaft, die die Kommunisten bis zur programmatischen Erklärung des VIII. Parteitags [1956; S.G.] und später unter der Führung Togliattis fortsetzen werden« (179). *Claudio Nolini* dagegen betont den großen Bruch »zwischen der Politik der KPI, der gramscianischen Forschung der Jahre 1924-1926 und den in den 'Kerkerheften' entwickelten theoretischen Überlegungen« (205) in den Jahren nach der »Wende« von 1929, als die Politik der Komintern unter der Dominanz der Sozialfaschismus-These stand. *Adriano Guerra* beschäftigt sich mit den »Besonderheiten der IKP in der Landschaft der kommunistischen Parteien« in den vierziger und fünfziger Jahren (z.B. die Polemiken mit der FKP). *Guido Liguori* zeigt, daß Togliattis Gramsci-

Rezeption (die »Benutzung seines Erbes«) einerseits eine »logische Konsequenz der von Togliatti in den dreißiger Jahren autonom ausgearbeiteten Politik war«, zum anderen »von der Notwendigkeit bestimmt war, den während der 'Resistenza' eingeflossenen neuen Militanten eine vereinheitlichende Tradition zu geben und ein Berührungsfeld mit den antifaschistischen Intellektuellen zu schaffen« (225).

Die letzten drei Aufsätze sind der heutigen Identität der IKP gewidmet. *Piero Fassino* beschreibt die Politik der Partei gegenüber einem der schwierigsten und ungelösten Probleme der italienischen Demokratie: der Frage der (politischen) Moral. Diese dürfe nicht einfach als Produkt der Korruption, sondern, umfassender, als Produkt »der systematischen Verletzung der spezifischen und allgemeinen Grundinteressen der Bürger« (288) verstanden werden. Fassino, sich an die sozialistische Partei wendend, folgert, daß »die politischen Ziele nur dann legitim sind, wenn sie mit den Mitteln der politischen Demokratie erreichbar sind« und den »Regeln des Rechtsstaats entsprechen« (300). *Sergio Garavini* rekonstruiert die Position der IKP gegenüber der sozialistischen Welt, die vom Bewußtsein bestimmt ist, daß »die Alleinherrschaft der Partei nicht imstande ist, Formen der sozialistischen Demokratie zu entfalten, in denen die verschiedensten, in der Gesellschaft existierenden Kräfte und Tendenzen ... Ausdruck finden können« (313).

Die Ausdehnung und Entwicklung der Demokratie *auf allen Ebenen* bleibt also das wichtigste Ziel der Politik der IKP. Nicht zufällig endet die Zeitschrift mit einem Artikel von *Leonardo Dominici* mit dem Titel »Die Partei der Demokratie«. Es geht darum, so Dominici, über die »liberal-demokratische« Anschauung hinauszugehen, die »die Idee der Demokratie auf ein System von Regelbestimmungen reduziert«, und sie dagegen als »tendenzielle Ausdehnung der Teilnahme an den Regierungsentscheidungen, ... Anwachsen des Informationsniveaus, ... Hebung des kritischen individuellen und kollektiven Bewußtseins« (318) zu verstehen.

Sebastiano Ghisu (Cagliari/West-Berlin)

**Lewin, Mosche: Gorbatschows neue Politik.** Die reformierte Realität und die Wirklichkeit der Reformen. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1988 (142 S., br., 12,80 DM)

**Meyer, Gert: Wir brauchen die Wahrheit.** Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion. Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1988 (303 S., br., 12,80 DM)

**Geiges, Adrian: Revolution ohne Schüsse.** Meine Erlebnisse mit der Perestrojka — am Fließband und im Klassenzimmer. Weltkreis Verlag, Köln 1988 (331 S., br., 17,80 DM)

*Lewin* schloß sein Manuskript im Februar 1987 ab. Erst im zweiten Teil geht er auf »das Potential der Reformbewegung ein« (9). Es ist noch zu früh, um »die richtigen Fragen nach Stärke, Dauerhaftigkeit und Richtung des Gorbatschow-Phänomens zu stellen. Einstweilen müssen wir uns bemühen, jene Veränderungen zu verstehen, die sich vollzogen, *bevor* Gorbatschow an die Macht kam.« (9; Hervorh. U.H.) Damit wendet er sich gegen westliche Beobachter, die in der SU nur Stagnation sahen und dem politischen wie wirtschaftlichen System prinzipiell jede Entwicklungsmöglichkeit absprachen. Durch eine Konzentration auf die Erforschung des Staats und der Staatswirtschaft, unter weitgehender Ausblendung anderer Bereiche der sowjetischen Gesellschaft, entstand »ein verzerrtes, einseitiges Bild. Man konstruierte etwas völlig Ahistorisches: ein politisches System ohne gesellschaftlichen Kontext, ... Dieser Staat gehorchte nur eigenen Gesetzen und ließ sich nur durch sich selbst erklären. Die Bemühungen, sich vorzustellen, wie solche 'Gesetze' beschaffen sein mochten, gelangten nicht über Trägheits-, Stagnations- oder Starrheitsregeln hinaus.« (15)

Demgegenüber zeichnet Lewin ein Bild der veränderten Realität der Sowjetunion nach 1945, das im wesentlichen durch die Urbanisierung der Gesellschaft bestimmt ist («Vom Dorf zur Metropole — Ein Land in Eile»). Damit verbunden ist die Entwicklung des Bildungsniveaus der Bevölkerung («Heute bilden gut ausgebildete Städte, nicht mehr rückständige Bauern, die stärkste demographische Gruppe»; 125) und die Entstehung neuer, städtischer Sozialstrukturen («urbane Mikrowelten»; 59ff.), die eine eigene Form der »Macht« darstellen: »Das Labyrinth der Gesellschaft bietet heute Wege, 'privat zu halten', was privat bleiben soll, und zu 'sozialisieren', was es nicht der alleinigen Kontrolle durch den Staat ausliefern möchte.« (72) Die dazugehörigen Phänomene (z. B. informelle Gruppen, öffentliche Meinung) lassen sich als »Manifestationen des Auftauchens einer bürgerlichen Gesellschaft inmitten eines zutiefst verstaatlichten Systems zusammenfassen. Mit »bürgerlicher Gesellschaft« meine ich das Aggregat von Netzwerken und Institutionen, die unabhängig vom Staat bestehen und handeln oder offizielle Organisationen sind, denen es gelingt, spontan eigene Auffassungen zu nationalen und regionalen Problemen zu entwickeln, um diese dann bei ihren Mitgliedern, bei kleinen Gruppen und schließlich bei den Behörden durchzusetzen.« (72)

Im zweiten Teil («Der neue Kurs») untersucht Lewin einige der aktuellen Tendenzen in Soziologie, Sozialpsychologie und Politikwissenschaft, sowie deren Einfluß auf die Gestaltung des Reformprozesses («Die Sozialwissenschaften: Eine neue Ideologie», 77ff.). Die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik charakterisiert er mit dem Stichwort »Geplante Ungleichgewichte«. Es verdeutlicht, daß durch »die Krankheit des 'Ressortwesens'« (92) und durch das »Prinzip vertikaler Organisation: Hierarchische Pyramiden mit Zentrum in Moskau herrschen direkt über alle Betriebe und Verwaltungen der UdSSR« (92), ständig neue Widersprüche, Dysfunktionen und Ungleichgewichte hervorgerufen werden. In der »neuen Linie« Gorbatschows sieht er einen Ausweg aus dieser Situation, wobei er den experimentellen Charakter des Vorgehens betont: »Daß kein umfassendes Programm verkündet wurde, erscheint mir eher als ein gutes Zeichen. Welches Einzelprogramm könnte denn schon das richtige sein?« (101) Von entscheidender Bedeutung für ihn ist die »strategische Orientierung an der sozialen Sphäre« (102), d. h. die Berücksichtigung der mit der Urbanisierung entstandenen »bürgerlichen Gesellschaft«. Damit verbunden ist nicht nur die Politisierung der Bevölkerung, sondern auch der Partei selbst (108, 113). In diesem Zusammenhang betrachtet er die »Demokratisierung«, die nicht als ein »republikanisches Vielparteiensystem westlichen Stils« (115) verstanden werden könne. »Die Einrichtung oder Wiederherstellung eines dynamischen politischen Lebens könnte den Massen weit mehr bieten als bloß demokratisches Spektakel: wachsenden Einfluß der öffentlichen Meinung, eine lebhaftere Presse« usw. (115). »Die Partei könnte sich bei entscheidenden Fragen — sei es über Referenden oder durch Förderung aufrichtiger Debatten innerhalb der Sowjets — an die Bevölkerung wenden, die so zu einem machtvolleren politischen Forum würde.« (116). — Im Unterschied zu vielen anderen Veröffentlichungen der letzten Zeit über die Sowjetunion beeindruckten die Überlegungen Lewins durch ihre historische Begründung. Der Untertitel ist nicht nur ein Wortspiel, sondern tatsächlich Programm und wird auch eingelöst. Lewin versteigt sich nicht in abstrakte Definitionsfragen, sondern öffnet den Blick auf die historische und aktuelle Realität.

Im Gegensatz zu Film und Literatur, die sich teilweise schon vor 1985 mit den »weißen Flecken« der Geschichte kritisch auseinandersetzten, kam die Perestrojka bei den Historikern erst spät in Gang. *Gerd Meyer* faßt in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band die Kritik an der Geschichtsschreibung zusammen: »Ein

verengtes und erstarrtes Verständnis von Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft sowie die verbreitete Neigung zur Eliminierung der Widersprüche im Entwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft.« (17)

Die 31 sowjetischen Beiträge des Bandes (etwa die Hälfte war bereits zuvor, wenn auch verstreut, in deutschsprachigen Publikationen zugänglich) benennen die zentralen Kontroversen. Teilweise geht der Streit auch noch um die Frage, ob eine (selbst-)kritische Aufarbeitung der Geschichte und der Rolle der Geschichtswissenschaft überhaupt nötig ist (s. die Reaktionen auf Juri Afanasjew; 90ff.). Die meisten Beiträge machen deutlich, daß keine Bereich der Geschichtsschreibung ausgespart werden kann. Im Zentrum steht aber letztlich immer wieder die Phase des Stalinismus und die sich in der Zeit herausbildenden Schemata der Geschichtsschreibung. Dabei sind die einzelnen Beiträge, auch der Befürworter der geschichtswissenschaftlichen Perestrojka, von sehr unterschiedlicher Qualität. So schreibt z.B. Pawel Wolobujew: »Später stellte sich Trotzki im Verlaufe des innerparteilichen Kampfes außerhalb der Partei, kam zum Antisowjetismus und wurde 1929 auf kollektive Entscheidung des ZK ins Ausland ausgewiesen.« (144) Das ist nicht nur falsch (Trotzki wurde aus der Partei ausgeschlossen und die »Ausweisung« setzte Stalin, anders als es die Einstimmigkeit suggerierende Formulierung behauptet, gegen den Widerstand von Bucharin und Rykow im ZK durch), sondern wiederholt das »alte« Schema, wenn auch sprachlich etwas gemildert, das Juri Afanasjew im selben Band als stalinistisch charakterisierte: »die Suche nach den richtigen Wegen der Revolution, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteiführung wurden als jemandes böse Absicht klassifiziert. Die Gruppierungen, die sich dabei herausgebildet haben, wurden als 'partei-feindlich' abgestempelt, und man schrieb ihnen konterrevolutionäre Motive zu. Das Auseinandergehen in politischen Überzeugungen und Positionen wurde mit phantastischen kriminellen Anklagen vertauscht.« (92)

Dieser Mechanismus wird deutlich in den Beiträgen, die sich mit dem Schicksal Bucharins befassen (s. das Gespräch des »Ogonjok«-Korrespondenten mit der Witwe Bucharins, Anna Larina, und die Notiz aus der Plenarsitzung des Obersten Gerichts der UdSSR zur Rehabilitierung Bucharins, 188ff.). Es ist den Artikeln anzumerken, welchen Stellenwert es zunächst einmal hat, verfemte Personen wieder zu nennen, Tabus, Verfälschungen als solche zu kennzeichnen, die »weißen Flecken« zu umreißen. Da bleibt es nicht aus, daß vieles nicht über die Ankündigung hinausgeht. Ein anderes Problem, das W.A. Koslow anspricht, wird allerdings nicht »so leicht« zu lösen sein: »daß nicht nur 'äußere Bedingungen', sondern auch mangelnde Kultur, nicht zuletzt ein Mangel an methodologischer Kultur, dafür verantwortlich sind, daß in jüngster Zeit manche Wissenschaftler so leicht ihre Wertungen ändern konnten.« (64)

Im August 1987 trat *Adrian Geiges* eine Reise in die Sowjetunion an, um den Prozeß der Perestrojka vor Ort kennenzulernen. Dabei hielt er sich hauptsächlich in Rostow auf, einer »durchschnittlichen« Stadt, »die als typisch für die Erfolge und Probleme der Perestrojka angesehen werden kann; sie ist weder so hoch entwickelt wie Städte in den baltischen Republiken noch so zurückgeblieben wie einige asiatische, weist weder die politischen Besonderheiten Moskaus noch die klimatischen Extreme Sibiriens auf.« (13)

Er arbeitet einige Zeit am Fließband von Rostselmasch, der Mährescherfabrik, gewinnt Einblick in die »Drogenszene in Nowotscherkassk« und lernt die Aktivitäten des Komsomol kennen. Einige Tage besucht er den Unterricht einer Schule. Diese Berichte sind interessant und spannend. Sie vermitteln Einblicke in eine Ebene der sowjetischen Gesellschaft, die nur selten in den Nachrichten zu finden ist, die aber

nichts desto trotz entscheidend ist für das Gelingen der Perestrojka: die Umgestaltung des Alltags. Leider reichen die in die Reportagen eingeflochtenen historischen Exkurse an dieses Niveau nicht heran: da wird immer noch sehr vereinfacht, manches wird einfach übergangen (vgl. z.B. den Absatz über die Kollektivierung; 60f.), oder ist schlicht falsch (so heißt es über den 1. Fünfjahrplan: »Der 'utopische' Plan wurde tatsächlich vorfristig erfüllt.« (59) Uwe Hirschfeld (Kassel)

**Bölsche, Jochen (Hrsg.): Waterkantgate.** Die Kieler Affäre oder: Wieviel Skandale verträgt die Demokratie? Eine *Spiegel*-Dokumentation. Steidl Verlag, Göttingen 1987 (271 S., br., 9,80 DM)

**Schnibben, Cort und Volker Skierka: Macht und Machenschaften.** Die Wahrheitsfindung in der Barschel-Affäre. Ein Lehrstück. Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 1988 (320 S., br., 28,- DM)

**Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie.** Steidl Verlag, Göttingen 1988 (223 S., br., 14,80 DM)

Die Machenschaften des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel und seiner Helfer haben — zumindest für einige Wochen — die Republik erschüttert. Jochen Bölsche, der Ressortleiter des *Spiegels*, durch den vor allem der Skandal in Kiel aufgedeckt worden ist, hat die entscheidenden Artikel des Nachrichten-Magazins zwischen dem 7.9. und 9.11.1987 noch einmal in einem Buch herausgegeben. Rudolf Augstein rechtfertigt in der Einleitung das Vorgehen des *Spiegels*, Freimut Duve, Neal Acherson, Klaus Bölling und Klaus Staeck steuern kleinere Essays bei, die sich mit den Reaktionen (»Heuchelei«) und dem politischen Umfeld (»Sumpf«) des Skandals beschäftigen. Wer die Zeitungen und vor allem den *Spiegel* dieser zehn Wochen gelesen hat, erfährt nicht viel Neues; trotzdem ist der Band neben den inzwischen veröffentlichten Protokollen des Schleswig-Holsteinischen Landtages und seines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein wichtiges zeitgeschichtliches Dokument — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und vielleicht trägt er mit dazu bei, daß die Vorgänge nicht so schnell in Vergessenheit geraten.

Mit Akribie rekonstruieren Schnibben/Skierka die Machenschaften in der Kieler Regierungszentrale; der Störfall macht den Normalbetrieb erst sichtbar. Im Kampf um die Macht drängt der »Politikertyp des programmlosen Feindfixierten« (12) nach oben, wird Politik durch Propaganda ersetzt, der gesamte Regierungsapparat instrumentalisiert und im Zusammenspiel mit den Medien eine Kunstfigur von Regierenden verbreitet, die eine »Montage aus Manager und Operettenstar, aus Fürst und Volksheld« (13) darstellt. Gegen solche Angriffe von oben ist die Demokratie nahezu machtlos. Um so erstaunlicher ist die zähe Ermittlungsarbeit und der Erfolg des Kieler Untersuchungsausschusses. Dies ist dem politischen Patt, das einen Mann der Opposition zum Vorsitzenden gemacht hat, der öffentlichen Aufmerksamkeit und der »verbissenen Zusammenarbeit aller vier Parteien« (173) sowie der Bereitschaft der CDU-Ausschußmitglieder, an der Austrocknung des Sumpfes mitzuwirken (304), zu verdanken. Dabei werden die Befragungen im Ausschuß umfangreich wiedergegeben und die Reaktionen der Beteiligten beschrieben; eine Chronologie des »Jahres Pfeiffer« schließt den Band ab.

Der Zustand der politischen Kultur und Moral in der BRD ist Gegenstand des von Heinz Ludwig Arnold herausgegebenen Sammelbandes. Der Bogen wird in 24 Beiträgen breit geschlagen von den ersten politischen Skandalen der BRD, über die Rolle der Medien und Intellektuellen im Lande, den konservativen Versuchen einer Vergangenheits-»Bewältigung« bis hin zur schleichenden Normalisierung solcher

Affären wie der Kieler. In der Benennung einiger Ursachen von Skandalen wie der Barschel-Affäre und Defiziten der politischen Kultur insgesamt stehen vor allem Parteien und Politiker im Vordergrund: Zu »Machtverteilungsapparaten« mutierte Organisationen (Sollwedel), deren Akteure »Machthaben als Profession« ausüben (Kraft), sich in der »Heldenrolle auf der politischen Bühne« bewegen (Seifert) und dadurch Politik auf eine beliebige »postmoderne Inszenierung« reduzieren (Glaser). Daß die Medien dabei nicht nur Aufklärungsarbeit — »investigativen Journalismus« (Bölsche/Kilz) — betreiben, wird von F.D. Delius am Beispiel der Berichterstattung der *FAZ* über den Barschel-Skandal aufgearbeitet. Ist hier noch politisches Interesse im Spiel, so sehen Pross und Delling das Problem eher in der Struktur und Funktionsweise einer Unterhaltungsindustrie bzw. der Konfliktscheu von Redakteuren und Zuschauern.

Hervorzuheben sind schließlich Carl Amery's »Bayerische Reflexionen zur Kieler Affäre«. Auf Grund uralter Traditionen, günstiger Ausgangslagen und längerer Kontinuität hat sich in Bayern ein — süditalienischen Verhältnissen vergleichbares — System der »Ehrenwerten Gesellschaft« entwickelt, dessen Effizienz und Modernität im Norden nie erreicht worden ist. Hier ist die CSU »moderner Fürst« (Gramsci), dort war die CDU nur Mehrheitspartei. »Hinter den paar Regierenden stehen eben nicht nur ein Kopfschaum-Tycoon und ein paar Telefone der Staatskanzlei; hinter ihnen steht oder breitet sich in Bayern ein tiefgestaffeltes System von Verteidigungsgräben: ökonomischen, ästhetischen, religiösen, tiefenpsychologischen« (212). Und: »Natürlich sind auch in diesem Milieu Skandale möglich; aber es sind durch die Bank systemimmanente und damit systemstabilisierende Skandale« (214).

Die drei Bände zusammen dokumentieren den (tristen) Zustand der Republik; immerhin glauben laut Umfragen mehr als drei Viertel der Bundesbürger daran, daß es in anderen Bundesländern zu ähnlichen Affären wie in Schleswig-Holstein kommen könnte. Zugleich bieten sie erste Versuche und Ansätze einer Analyse, die allerdings weitgehend oberflächlich und ohne theoretische Fundierung verläuft.

Josef Schmid (Konstanz)

**Gössner, Rolf: Widerstand gegen die Staatsgewalt.** Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte. Mit Beiträgen von Roland Appel, Rolf Gössner, Dieter Hummel, Andrea Lederer, Dieter Schöffmann, Michael Schubert, Jürgen Seifert, Hans Christian Ströbele, Oliver Tolmein. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988 (302 S., br., 28,- DM)

Gössner, Co-Autor des Buches »Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei« (1982), will sich an die kritischen Teile der Bevölkerung in den außerparlamentarischen Bewegungen der achtziger Jahre wenden, die sich noch nicht das »kalte« und »egozentrische« Politikverständnis des Zeitgeistes (202) zu eigen gemacht haben. Gössner analysiert die auf die Studentenbewegung erfolgte Modernisierung und strategische Veränderung der staatlichen Gewaltapparate. Mit dem Entstehen der neuen sozialen Bewegungen und deren unkonventioneller Kritik am (partei-)politischen Kompromiß der siebziger Jahre verschiebe sich das sicherheitspolitische Denken der Polizeistrategen in der Bundesrepublik von der Orientierung am Ausnahmezustand (Verabschiedung der Notstandsgesetze) auf den »krisengeschüttelten Alltag« (22). Als vorläufigen legalen Endpunkt dieser Entwicklung betrachtet Gössner die von der rechtsliberalen Koalition verabschiedeten Gesetzesänderungen und verschärfungen (»Sicherheitsgesetze«). Er betont, daß diese die strukturellen Zugriffsmöglichkeiten der Polizeikräfte auf Kommunikationsstrukturen der sozial heterogenen Protestpotentiale *qua* Recht zementieren. Gössner bezieht sich zustimmend auf zeitge-

nössische theoretische Versuche der Linken (Hirsch, Denninger, Preuß), die einen Übergang zum präventiven Sicherheitsstaat analysiert haben. An zahlreichen Fällen und Szenarien demonstriert er die Entwicklung der elektronischen Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten, die immer enger werdende Zusammenarbeit der öffentlichen und geheimen Teile des Polizeiapparates sowie die Neuausrichtung von Teilen der Justiz auf Massenverfahren und die Versuche zu einer Neudefinition des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber oppositionellen Bewegungen. Ihm geht es um den Blick aufs »geplante Ganze« der staatlichen Überwachungskunst (55). Leider bleibt er allzuoft in einer Art Staatsphobie gefangen, die ihm erschwert darzulegen, wie sich seine Annahme einer stetigen staatlichen Machtzunahme mit der Feststellung einer »nur wenig angeschlagenen Widerstandskultur« (29) verträgt. Nicht die analytische Erörterung, sondern die Aufzählung der neu errichteten Sicherheitsdispositive steht im Vordergrund (deren Kritik etwa am Beispiel der Überwachung der Beschäftigten in der Atomindustrie unplausibel wird, 40). In einem zweiten Aufsatz über die Rechtswende in den achtziger Jahren skizziert er die neue »Legalisierungswelle« bislang verdeckt ablaufender polizeilicher Praktiken (144), die Anlaß zur Formierung polizeikritischer Kräfte gewesen sind.

Im zweiten Teil fassen Gössner und Seifert die Opposition gegen die Restauration in den fünfziger und sechziger Jahren zusammen, schildert O. Tolmein noch einmal die Auseinandersetzungen um die Russell-Tribunal Initiative in den siebziger Jahren, zeichnet A. Lederer nach, wie sich die Anti-AKW Bewegung als »Nebenfolge ihres Engagements« immer stärker gezwungen sah, mit Fragen der Bürgerrechte zu beschäftigen (147), berichtet D. Schöffmann kritisch über die Verlagerung der Friedensbewegung in die Gerichtssäle und polemisieren D. Hummel und R. Appel gegen die Befriedung der VolkszählungsgegnerInnen zu einer entpolitisierten »Rechtsberatungsbewegung« (170). In diesen Beiträgen wird deutlich, daß die von Gössner projektierte polizeikritische und Bürgerrechtsbewegung auch (von Teilen der Bewegungen selber ungewolltes) Ergebnis der staatlichen Politik der Vorverlagerung der Polizei in die Gesellschaft sowie der Aufzwingung rechtlicher Formen wie ziviler Ungehorsam ist (mit der ganzen Kette der Verhaftungen und Prozeßerfahrungen). Dagegen werten H.-Ch. Ströbele, der über Ansätze einer alternativen Bürgerrechtspolitik bei den Grünen unter dem Blickpunkt einer Berufung auf »das Verfassungsversprechen« (185) berichtet und M. Schubert, der unter Hinweis auf das Demokratieversprechen im Grundgesetz die Forcierung des zivilen Ungehorsams bejaht, das rechtliche Element auf.

Der dritte Teil enthält das eigentliche Handbuch. Es folgt eine lexikonartige Zusammenfassung der wichtigsten Elemente der Bürgerrechtsaktionen sowie ein Forderungskatalog, der u.a. die Entflechtung des polizeilichen Computernetzes und die »Zurückdrängung der Polizei aus sozialen und politischen Problemfeldern« (215) vorsieht.

Norbert Neumann (Frankfurt/M.)

## Ökonomie

**Demmer, Christine (Hrsg.): Frauen ins Management.** Von der Reservearmee zur Begabungsreserve. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., und Gabler Verlag, Wiesbaden 1988 (322 S., Ln., 68,- DM)

Ein wenig makaber kommt es mir schon vor, daß ausgerechnet in einer Zeit, in der so viele gutausgebildete und hochmotivierte Frauen arbeitslos sind, die Förderung des weiblichen Managementnachwuchses der »Frankfurter Allgemeinen« einen wahren

Prachtband (teures Papier, glänzende Fotos) wert war. Handelt es sich dabei nicht um ein Ablenkungs- und Beschwigtigungsmanöver, bestenfalls um die Probleme der »happy few«? Nun, man kann es der Herausgeberin wohl kaum anlasten, daß viele Frauen sich mangels Arbeitsplatz gar nicht erst den Kopf über ihren Aufstieg ins Management zerbrechen müssen. Meiner Lektüre ging aber auch noch ein anderes Unbehagen voraus: Ich hielt das Buch für ein eher lustloses Zugeständnis an den Zeitgeist, daß heißt für ein typisches Produkt der »neuen« Frauenpolitik des konservativen Lagers, das sich einen feministischen Anstrich gibt — und wenn sich der rhetorische Nebel dann lüftet, ist alles beim alten!

»Guten Willen« muß man diesem Buch zweifellos attestieren. Die in der Wirtschaftsredaktion der FAZ tätige Herausgeberin konnte Autorinnen gewinnen, die viel praktische Erfahrung aufweisen. Darin unterscheidet sich dieser Sammelband von akademischen Veröffentlichungen zum Thema »Frauen in Männerberufen«, in denen Wissenschaftlerinnen Erfahrungen aus zweiter Hand referieren. Die meisten Autorinnen haben zumindest zeitweise in privatwirtschaftlichen Unternehmen gearbeitet, und die Herausgeberin hatte den klugen Einfall, ihre Beiträge von Personal- bzw. Unternehmensberatern kommentieren zu lassen. So ist auch das männliche Meinungsspektrum in höchst aufschlußreicher Weise vertreten. Was dabei herauskommt, ist meines Erachtens ein anregendes Buch, das viel Diskussionsstoff enthält. Den zahlreichen Wirtschaftsstudentinnen und kaufmännischen Auszubildenden/ Angestellten, die heimlich von einer Managementkarriere träumen, kann man es nur empfehlen. Der von der Herausgeberin und ihren Co-Autorinnen angeschlagene Ton ist nicht übertrieben optimistisch und damit geeignet, auf die herrschenden Bedingungen vorzubereiten. Die verschiedenen Facetten der Frauendiskriminierung kommen zur Sprache und auch bei der Erörterung von Frauenförderungsmaßnahmen fehlt kein »heißes Eisen«. Das Buch möchte in den der FAZ verbundenen Wirtschaftskreisen Überzeugungsarbeit leisten. Sein Hauptadressat ist der männliche Entscheidungsträger in den Vorstandsetagen, der — und das charakterisiert ihn und seinesgleichen — immer noch nicht aufgehört hat zu fragen: Frauen ins Management? Warum eigentlich?

Drei Antworten geben die Autorinnen: Am häufigsten vertreten ist das Argument vom »Wertewandel«, von der Notwendigkeit eines »neuen« Führungsstils, der viel Übereinstimmung mit traditionell »weiblichen« Eigenschaften aufweise. Es gibt eine biologistische Variante, nach der »ganzheitliches Denken ... bereits in der Struktur des weiblichen Gehirns angelegt« sei (18) und eine soziologische Version, nach der Frauen auf Grund kultureller Zuschreibung Fähigkeiten ansozialisiert würden, die sie für das Management neuen Stils besonders geeignet machten (Sozialkompetenz, Sensibilität, Intuition etc.). Obwohl ich insbesondere letzteres für durchaus diskutabel halte, sollte man nicht übersehen, daß man damit unter Umständen längst überwunden geglaubte Stereotype reaktiviert: »Hier der einsame Jäger, nur auf die eigene Beute bedacht, dort die fürsorgliche Mutter, die das Wohlbefinden aller im Auge hat.« (6)

Aufschlußreich sind die Reaktionen der in diesem Sammelband zu Wort kommenden Manager. Fast ausnahmslos halten sie sich und ihren Führungsstil für den Inbegriff des Rationalen. In einer ausführlich zitierten Befragung schätzen 13 von 15 Managern ihren Führungsstil als »kooperativ« und »teamorientiert« ein (131). Selbst wenn sie ein Manko sähen, meint eine Autorin resigniert, würden sie sich die neuen, »weiblichen« Eigenschaften eher für teures Geld in Kursen anzueignen suchen als weibliches Führungspersonal zu tolerieren. Viele von ihnen scheinen Managerinnen eigentlich nur aus einem einzigen Grund für unumgänglich zu halten: Wenn nämlich

die Zielgruppe des Unternehmens Frauen sind und es darauf ankommt, deren »sachlich nicht nachvollziehbare Kaufentscheidungen« (5) transparent zu machen. Durch die Kommentare der Männer geistert ein imaginäres Wesen: die »Männer-Frau«, psychisch Männern ganz ähnlich, leistungsfähiger als diese und in ansprechender weiblicher Verpackung. Für gefährlicher als die darin offen zu Tage tretende Selbstbespiegelung halte ich scheinbar ganz neutrale Äußerungen wie folgende: Selbstverständlich hätten Frauen mit »fundierter Fachausbildung, mit solider praktischer Ausbildung, mit gradlinigem und systematischen Berufsaufbau und mit ständiger Weiterbildung« (176) der Aufstieg ins Management offenzustehen, doch leider seien die Anforderungen mit einem Familienleben kaum zu vereinbaren. Für Managerinnen, versteht sich, denn nach der zitierten Befragung waren von 15 Managern 12 Familienväter (deren Ehefrauen allerdings nur in zwei Fällen berufstätig). Angesichts solcher Strukturen erscheint es mir naiv, wie einige Autorinnen auf »Sensibilisierung« zu setzen: Sensibilisiert sind diese Männer schon, nämlich für die Erhaltung ihres privilegierten Lebensstils, zwischen Beruf und Familie nicht wählen zu müssen.

Anfreunden kann ich mich auch nicht mit dem zweiten Argumentationsstrang, den viele Autorinnen anscheinend für ihren schärfsten Pfeil im Köcher halten: den Verweis auf die demographische Entwicklung der neunziger Jahre, die angeblich die Aktivierung der weiblichen Begabungsreserve erzwingen. Dagegen wäre einzuwenden, daß die Zahl der Führungspositionen keineswegs eine fixe Größe ist, und daß es grundverkehrt wäre, auf eine Entwicklungsautomatik zu hoffen. Auch das Argument vom brachliegenden Humankapital (der Frauen) geht unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in die Leere. Wie die Massenarbeitslosigkeit beweist, stört sich kaum jemand, außer den Betroffenen, an dieser »Brache«. Am besten gefällt mir die von Ariane Berthoin Antal skizzierte Antwort. Sie macht gleich zu Beginn deutlich, warum es gar keiner langatmigen Begründung bedarf, daß Frauen (auch) Managerinnen sein sollten. Dies verstehe sich von selbst »aus ganz einfachen ethischen Gründen. Denn warum soll das Geschlecht weiterhin ein Hinderungsgrund sein?« (155) Antal leugnet auch nicht den Außenseiterstatus von Frauen, sondern versucht, ihn Wirtschaftskreisen mit ein paar interessanten Hinweisen aus der Kreativitätsforschung schmackhaft zu machen. Wer bezweifle, daß diese sich je freiwillig Außenseiterinnen ins Haus holten, verkenne, daß privatwirtschaftliche Unternehmen nicht innovationsfreundlicher, aber doch innovationsabhängiger seien als Bürokratien.

Was die Diskussion von Frauenförderungsmaßnahmen anbelangt, so finden sich in diesem Buch auch problematische Empfehlungen: Beispielsweise der Vorschlag, Kinderversorgung zur Privatangelegenheit (der Frauen!) zu erklären, gar nicht mehr öffentlich darüber debattieren zu lassen. Es werden aber auch Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und nach einer Neubewertung von Erziehungszeiten als Pluspunkt und nicht als Manko einer Karriere vorgetragen. Wertvoll sind die zahlreichen Anregungen und praktischen Ratschläge. Das mindeste, das von interessierten Frauen sofort in Angriff genommen werden könne, sei die Durchsetzung einer Art Bestandsaufnahme und laufenden Berichterstattung zur innerbetrieblichen Frauenförderung (Bewerbstatistik, Frauenanteil auf allen Hierarchiestufen, Frauenbeteiligung an Fortbildungsmaßnahmen). Informativ sind die Übersichten über Frauenförderungsprogramme in Großunternehmen. Interessant fand ich den Bericht über die Schweizer Initiative »Taten statt Worte«; über den Versuch, »talentierten Sekretärinnen einen Ausweg aus ihrer beruflichen Sackgasse zu eröffnen«, hätte man gern mehr erfahren. Die Schweizer Autorin sieht durchaus die Gefahr, daß solche Kampagnen nur aus »public relations«-Gründen Anklang finden. (Der Hintergrund der Schweizer Initiative ist allerdings ein ausgetrockneter Arbeitsmarkt.) Numerische

Richtwerte hält sie in der Frauenförderung für unverzichtbar: Im übrigen sei man im Management an quantitative Zielvorgaben gewöhnt, in vielen Ländern auch an verbindliche Richtlinien zur Beschäftigung von Minderheiten. Andere Autorinnen empfehlen die Offenlegung der heimlichen »Männerquoten«. Einige Hinweise zeigen, daß gewerkschaftlich organisierte Frauen darauf gefaßt sein müssen, bei Betriebsräten und Gewerkschaftskollegen unter Umständen auf wenig Entgegenkommen zu stoßen.

Claudia Weber (West-Berlin)

**Rapin, Hildegard (Hrsg.): Frauenforschung und Hausarbeit.** Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1988 (180 S., br., 38,- DM)

Der Band enthält Referate einer von der Stiftung »Der Private Haushalt« und der Universität Gießen durchgeführten Tagung. Als Intention gibt die Herausgeberin an, die gesellschaftliche Bedeutung »privater«, unentgeltlicher Hausarbeit aufzeigen und deren reale und ideelle Gleichsetzung mit Frauenarbeit in Frage stellen zu wollen. Diesen Anspruch lösen die einzelnen AutorInnen in sehr unterschiedlicher Weise ein.

C. Hagemann-White unterstreicht in einem einleitenden Referat zur Geschichte und zum Selbstverständnis von Frauenforschung deren gesellschafts- und wissenschaftskritischen Charakter. Sie unternimmt den schwierigen Versuch einer Skizze der politischen und theoretischen Entstehungshintergründe, Intentionen, Prinzipien und zentralen Diskussionsstränge. Kritisch an die deutschsprachige Frauenbewegung und ihre Theorie gewandt konstatiert Hagemann-White eine eigentümliche Diskontinuität und Inkonsistenz in der Auseinandersetzung um Hausfrauenarbeit. Zu Beginn sei sie Dreh- und Angelpunkt feministischer Theorie und Praxis gewesen, der zentrale Stellenwert von Hausarbeit im Leben von Frauen wurde anerkannt, familiäre Frauenarbeit als integraler Bestandteil gesamtgesellschaftlicher (Re-)Produktion begriffen. Später sei die ganze Thematik in den Hintergrund getreten. Heute tauche sie in einer nurmehr reduzierten Form wieder auf: der umfassende Blick auf Hausarbeit sei zugunsten eines Diskurses, der Mutterschaft, Gebärpflicht und Kinderliebe hervorhebe, verlorengegangen.

Hagemann-Whites Plädoyer dafür, daß feministische Theorie ihre eigenen Erkenntniswege ernst nehmen und einmal gewonnene Einsichten nicht wieder fallen lassen sollte, ist berechtigt. Wichtig erscheint mir allerdings der Hinweis, daß sich hinter der von ihr beobachteten Entwicklung handfeste methodische Probleme verbergen. Theoretische Voraussetzung für die Wiedergewinnung eines umfassenderen Blicks auf Hausfrauenarbeit ist die Überwindung eines in der feministischen Diskussion weitgehend unentdeckt gebliebenen latenten Ökonomismus. Hausarbeit wurde wesentlich polit-ökonomisch analysiert. Im Rahmen eines solchen Vorgehens läßt sich etwa der analytische Gehalt eines politischen Kampfbegriffs wie »Beziehungsarbeit« nicht, wie es versucht worden ist, erschließen. Inzwischen werden jedoch wieder umfassendere Analysen von Hausfrauenarbeit anvisiert. So wird u.a. der Zusammenhang von geschlechtlicher Arbeitsteilung und Geschlechtersozialisation eingehender als bisher miteinbezogen. Hierin kann die Grundlage für die Weiterentwicklung theoretischer Konzeptionen liegen, die Hausarbeit und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in einer so umfassenden Weise thematisieren, wie es feministische Theorie ursprünglich intendierte. Erste Ansätze dazu sind z.B. in einer neueren Arbeit von Gudrun-Axeli Knapp sichtbar.

Die von Hagemann-White aufgezeigte Tradition von Frauenforschung verdeutlichen insbesondere die Beiträge von M. Marx Ferree und von U. Gerhard-Teuscher. Im Mittelpunkt der Ausführungen von Marx Ferree steht der Zusammenhang von

geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in Familien- und Erwerbssphäre. Ihre Auswertung US-amerikanischer, empirischer Studien veranlaßt die Autorin zu der Schlußfolgerung, die Aufnahme von Berufstätigkeit impliziere für Frauen erst dann eine reale Chance auf eine geschlechtsspezifisch egalitäre Umverteilung von Hausarbeit, wenn ihre faktische Gleichstellung mit Männern im Erwerbsbereich gegeben sei. Gleicher Lohn und die Vollerwerbstätigkeit von Frauen spielten dabei eine zentrale Rolle. Die Herausforderung der Frauenbewegung liegt Marx Ferree zufolge in der Stärkung der ehelichen/familialen Position von Frauen, und zwar vermittelt über einen kollektiv zu erstreitenden, ökonomischen und politischen Machtzuwachs von Frauen in den außerhäuslichen Bereichen von Gesellschaft.

Ute Gerhard-Teuscher betont die Dringlichkeit einer verstärkten Einflußnahme von Frauen auf Recht und Politik. Sie beschäftigt sich mit Begründungen für, Theorien über und Konsequenzen geschlechtlicher Arbeitsteilung. In einem historischen Abriss weist sie auf den immensen politischen und theoretischen Aufwand hin, mit dem versucht wurde, Frauen in die Position von Ehefrauen, Hausfrauen und Müttern zu zwingen. Einen zentralen gesellschaftlichen Mechanismus zur Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sieht sie im Ehe- und Familienrecht sowie — damit verbunden — im Sozialrecht. Die von Gerhard-Teuscher aufgestellte Liste der sozialpolitischen Auswirkungen dieses Sachverhalts auf die Lebenslage von Frauen ist eindrucksvoll, verweist sie doch auf gravierende Benachteiligungen von Frauen im System der sozialen Sicherung.

Stehen im Zentrum feministischer Analysen von Hausarbeit gesellschaftliche Ursachen, Bedingungen und Folgen geschlechtlicher Arbeitsteilung und deren Kritik, so treten diese Fragen bei einigen AutorInnen des Bandes tendenziell oder gar gänzlich zurück. Letzteres gilt vor allem für die Beiträge von VertreterInnen der modernen Haushaltswissenschaften. Die Argumentation von H.-G. Krüsselberg, R. v. Schweitzer und C. Andersen bewegt sich auf der Ebene der Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung von Hausarbeit im Sinne der subjektiven Wertlehre neoklassischer Wirtschaftstheorie. Einmal abgesehen von der Erklärungskraft eines solchen unter einem handlungstheoretischen Paradigma stehenden, normativ-analytischen und hoch formalisierten Zugangs zu einer theoretischen Bestimmung von Hausfrauenarbeit: geschlechtliche Arbeitsteilung erscheint hier nicht als ein veränderungsbedürftiges gesellschaftliches Phänomen, sondern als erhaltenswert. Der Hervorhebung des »Wertes« von Hausarbeit kommt dabei offensichtlich die Funktion zu, sich eines unentgeltlichen Arbeitskräftepotentials zu versichern. Sozialpolitische Forderungen, wie etwa die nach einer eigenständigen sozialen Sicherung der Familienhausfrau oder die nach einer familienfreundlichen Gestaltung der Erwerbsarbeitszeit dienen, etwa bei Krüsselberg, explizit der Abwendung gesellschaftlich »unerwünschter Verhaltensänderungen«. Offenkundig ist damit der Umstand gemeint, daß Frauen den Konflikt zwischen Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Mutterschaft zukünftig durch den Verzicht auf Kinder lösen könnten. Auch aus diesem Grund ist es bedauerlich, daß der Band keinen Beitrag enthält, der Hausarbeit und geschlechtliche Arbeitsteilung im Anschluß an die »objektive« Wertlehre Marx' zu erklären versucht. Denn diese werttheoretischen Argumentationen machen — bei aller Kritik — deutlich, wessen (ökonomische) Interessen sich eigentlich in unentgeltlicher Hausarbeit niederschlagen, über welche gesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge sie sich vermitteln und welche empirischen Auswirkungen geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Ehe und Familie für Frauen hat. Dieser Strang kritischer Frauenforschung trägt nach wie vor Wesentliches zum Thema bei.

Ursula Hornung (Frankfurt/M.)

**Schweitzer, Rosemarie von: Lehren vom Privathaushalt.** Eine kleine Ideengeschichte. Stiftung: Der private Haushalt. Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1988 (150 S., br., 34,- DM)

**Tornieporth, Gerda (Hrsg.): Arbeitsplatz Haushalt.** Zur Theorie und Ökologie der Hausarbeit. Dietrich Reimer Verlag, West-Berlin 1988 (317 S., br., 28,- DM)

Ökologische Skandale und Katastrophen jedwedem Ausmaßes, vom bundesrepublikanischen Nudelskandal bis zum Supergau in Tschernobyl, haben gezeigt, daß jede/r betroffen ist, sich niemand unberührt zurückziehen kann. Privathaushalt und Familie — einstiges Versprechen einer privaten Insel — geraten in den Blick und damit unausweichlich die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen. Rosemarie von Schweitzer (Professorin für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbraucherforschung, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMJFFG) mißt den Familienhaushaltssystemen eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung bei. In ihnen werde »im Kleinen millionenfach von Tag zu Tag neu entschieden, wie wir leben wollen, welche kulturellen Muster unser persönliches Handeln leiten.« (15) Beginnend mit der Etymologie des Wortes »Ökonomie« (= sparsames Wirtschaften im Großen Haus) geht Schweitzer durch die Geschichte der Ökonomie, angefangen bei wirtschaftlichen Vorstellungen von Aristoteles über Nationalökonomie, Kritik der politischen Ökonomie bis zur heutigen Volkswirtschaftslehre, die sich zu einer profitorientierten Wissenschaft entwickelt habe. Darin würden die Privathaushalte auf bloße Konsumenten reduziert, Bedeutung erhielte nur der quantitative Durchschnittswert ihrer Nachfrage. Qualitative Elemente, wie welche Bedürfnisse von wem befriedigt werden, seien nicht Gegenstand der Volkswirtschaftslehre. Daß die »Familien- und Haushaltsforschung« »vergessen« wurde, läge daran, daß »die aufgeklärten Bürger sie zur Privatsache der Frauen machten und diesen den Zugang zur Universität verwehrten.« (15) Die Lehre vom Privathaushalt sei degradiert zur Hauswirtschaftslehre für Frauen, zu einer Ausbildung, die weit unter dem Niveau der Hochschulausbildung läge. Dies will die Autorin verändern; sie macht einen ersten Schritt zur Entwicklung einer Theorie vom Privathaushalt. »Die Reproduktionsfunktion in privater Verantwortung hat der Produktionsfunktion in gesellschaftlicher Regie ihre Grenzen und Aufgaben zuzuweisen. Doch dies ist nur möglich, wenn in gesellschaftlicher Verantwortung eine allseitige Bildung für die Übernahme der Reproduktionsfunktion in privater Verantwortung sichergestellt wird.« (118) Von Schweitzer schlägt vor, die Prioritäten in den Wirtschaftswissenschaften zu vertauschen, sie übersieht aber, daß eine an der Reproduktion orientierte Ökonomie eine gänzlich umstrukturierte Wissenschaft voraussetzt, die interdisziplinär und vor allem bedürfnisorientiert vorgehen müßte, und die in letzter Konsequenz die Aufhebung der widersprüchlichen Bestimmung der Ware und damit des bestehenden Wirtschaftssystems zur Folge hätte.

Die Komplexität der Probleme im Bereich der privaten Haushalte und die dringende Notwendigkeit ihrer interdisziplinären Bearbeitung zeigt die von Gerda Tornieporth herausgegebene Dokumentation des Symposiums, das 1986 von der Technischen Universität Berlin und der Stiftung Verbraucherinstitut veranstaltet wurde, schon durch die Themenvielfalt: »Hausarbeit«, »Haushalte als Verbraucher«, »Reinigen und Renovieren im Haushalt«, »Ernährung im Haushalt«, Architektur und »Hausarbeitsplätze«. Die Grenzen isolierter privater Handlungen werden — zumindest implizit —, deutlich, wenn dargestellt wird, daß sich der soziale Wohnungsbau an der Ein- bis Drei-Kinderfamilie bei der Aufteilung und Zuweisung von Wohnungen orientiert, obwohl nur ca. 40 Prozent der Haushalte in der BRD nach diesem Muster aufgebaut sind. (vgl. Kerstin Dörhöfer und Ulla Terlinden, 290).

In welcher Wohnform auch immer, Hausarbeit wird heute immer noch überwiegend von Frauen geleistet, »nur 8 Prozent der Männer« praktizieren eine »partnerschaftliche Aufgabenteilung« (ebd., 292). Die zunehmende Technisierung der Haushalte habe »eher eine zunehmende Festschreibung der Hausarbeit auf Frauen, also eine Festigung der traditionellen Arbeitsteilung in der Familie, als eine zunehmende Beteiligung von Männern« (Bussemer u.a., 126) gefördert, indem Hausarbeit immer mehr von nur einer Person bewältigbar wurde. Zugleich veränderten sich die Standards. Die Waschmaschine z.B. hätte nicht nur Erleichterungen gebracht, sondern auch die Ansprüche an die Sauberkeit der Textilien erhöht (vgl. H.-J. Rieseberg). Inzwischen sei der Primärenergieverbrauch der privaten Haushalte (44 %) höher als der der Industrie (38 %). Ferner flösse ein hoher Anteil an Energie bereits in die Produkte, bevor sie im Privathaushalt verwendet werden, so koste es z.B. 0,48 kg Erdöl, ein Toastbrot herzustellen (ed., 140). Und es käme zu solchen Absurditäten, daß in »der 30000 Mark-Geräteküche der BRD, in der es für jeden Handgriff ein Elektrogerät gibt, das die Arbeit erleichtern soll«, immer weniger gekocht werde (ebd., 138).

Es werden viele Anregungen gegeben, privat Energie zu sparen (vgl. z.B. B. Kuhlmann), anders mit Wasch- und Reinigungsmitteln umzugehen, um die Umwelt weniger zu belasten (vgl. Karin Riedesser), uns vor giftigen Lösungsmitteln in Farben und Lacken zu schützen (vgl. H. P. Schröder) und mit strahlenbelasteter Nahrung umzugehen (K. D. Lischka, J. Wernicke). Deutlich werden die immensen Anforderungen an die privaten Haushalte und damit vor allem an die Frauen, all die genannten Aspekte bei Einkauf und Konsum zu berücksichtigen, m.E. eine Überforderung, die allein durch Verbrauchergutachten (wie sie Ursula Hansen vorschlägt) oder durch die Einrichtung größerer und zentralerer Küchen (wie H. J. Rieseberg vorschlägt) nicht zu bewältigen sind. Auch ein Plädoyer für eine Aufwertung der Hauswirtschaft, um die Frauen kompetenter zu machen, scheint mir langfristig keine Lösung für u.a. systemimmanente Probleme, die noch wachsen werden. Hier reicht es nicht, die Nachfrage zu verändern, um die Hersteller zur Produktion weniger giftiger Waren anzuregen, die auf Umsatzrückgänge ihrer phosphathaltigen Waschmittel mit der Produktion phosphatfreier Artikel reagieren, die wiederum andere »unzureichend erforschte Phosphatersatzstoffe« enthalten (vgl. Karin Riedesser, 197). Gerade eine Katastrophe wie die in Tschernobyl zeigt doch, daß wir kurzfristig die vorhandenen Nahrungsmittel gruppenspezifisch verteilen müssen (die am wenigsten verstrahlte Nahrung an die Kleinkinder usw., vgl. K.-D. Lischka, J. Wernicke) und langfristig die weltweite Stilllegung der Kernreaktoren (vgl. Silke Schwartau-Schuld) als auch eine ökologisch orientierte Gebrauchswertproduktion, die sich nach den Bedürfnissen aller Erdenbewohner richtet, fordern müssen.

Dazu reicht eine Theorie des Privathaushaltes allein nicht aus, vielmehr sollten wir die Volkswirtschaftslehre erweitern um eine Theorie der menschlichen Bedürfnisse, der Arbeitsteilung und der Arbeitszeit. Nur wenn die Aufgaben und Arbeitszeiten im Haushalt so verändert werden, daß sich beide Geschlechter daran gleichermaßen beteiligen können, was auch veränderte Organisationen der Produktionsprozesse voraussetzt, können die Kompetenzen z.B. in Fragen der Ernährung verallgemeinert werden, und die Verantwortung für die kurzfristige Glättung ökologisch negativer Folgen kann von den Schultern des einen Geschlechts genommen werden. Langfristig und präventiv können wir nur gemeinsam, in einem Bündnis von Gewerkschaften, Feministinnen, Grünen usw. gesellschaftspolitische Veränderungen erreichen, die unser Überleben garantieren.

Das Verdienst des Dokumentationsbandes liegt weniger in der Generierung neuer Thesen, sondern in der Zusammenstellung einer Vielzahl von Problemen, die die

Privathaushalte und so vor allem die Frauen treffen. Schade, daß die sich in den Perspektiven zum Teil widersprechenden und nebeneinanderstehenden Beiträge nicht auf gesamtgesellschaftliche Lösungen hin diskutiert wurden. Barbara Ketelhut (Hamburg)

**Möller, Carola: Flexibel in die Armut.** Empirische Untersuchung und theoretische Vertretung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Forschungsberichte des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg 1988 (162 S., br., 15,- DM)

Die Untersuchung, die Teil eines Gesamtprojekts »Wiederauftauchen der Massenarmut in Westeuropa« ist, hat zum Ziel, »Umfang, Formen und Verteilung ungeschützter Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor und ihren Stellenwert innerhalb unternehmerischer Flexibilisierungsstrategien und der damit verbundenen Personalpolitik auszumachen und die Problematik ungeschützter Arbeit für die davon betroffenen Frauen in ihrem jeweiligen Lebenskontext zu entfalten.« (5) Maßgeblich für die Bestimmung der relativen Geschütztheit bzw. Ungeschütztheit von Arbeitsverhältnissen war für die Forschungsgruppe mit Carola Möller eine »Stufenleiter prekärer Arbeitsverhältnisse«. Vier Kriterien bilden diese Stufenleiter: die Dauer der Arbeitsverhältnisse, die tarifliche und sozialversicherungsrechtliche Einbindung sowie die Höhe des Einkommens (mindestens 1400 DM netto). Durch die Verwendung der Kategorie des existenzsichernden Einkommens wird die übliche Definition von ungeschützter Arbeit erweitert und auch viele sogenannte Normalarbeitsverhältnisse von Frauen werden als prekäre enttarnt. Untersucht wurden 20 Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe aus den Bereichen Supermarkt, Computervertrieb, alternativer Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Verleihfirmen, Gebäudereinigung, Sozialstation, Altenheim. Die Untersuchung arbeitet heraus, daß die meistbenutzte Maßnahme zur Flexibilisierung der Ausbau ungeschützter Beschäftigungsformen ist. Die ungeschützten Arbeitsverhältnisse sind vor allem Frauenarbeitsverhältnisse; meist handelt es sich um hausarbeitsähnliche Tätigkeiten. Unter den ungeschützten Tätigkeiten gibt es bisher erst ganz wenige höher qualifizierte, die dann allerdings eher Männer bekommen. Daneben wird der Abbau von Arbeitsplätzen betrieben, die Arbeit intensiviert, Überstunden werden gefahren, innerbetriebliche soziale Leistungen werden abgebaut und bisher im Betrieb geleistete Arbeiten ausgelagert.

»Flexibilisierung ist als eine konzertierte Aktion zu bezeichnen, deren Auswirkungen für die Beschäftigten Verschlechterungen ihrer Beschäftigungssituation heißt.« (101) Und zwar für *alle* Beschäftigten! Dies ist eine der zentralen Thesen der Forschungsgruppe, die den Segmentationsansätzen der jüngeren Arbeitsmarktforschung zuwiderläuft. Diese Segmentationsansätze gehen von einer Aufspaltung in eine relativ abgesicherte Kernbelegschaft und eine ungeschützte Randbelegschaft aus. Das könnte zu der Annahme verführen, daß man, befindet man sich erst einmal im Kernbelegschaftsbereich eines Betriebes, mit der fortschreitenden Entrechtlichung und Verarmung der »draußen«, der Randbelegschaften, nichts zu tun hat. »Es kann nicht mehr von zwei Segmenten der Beschäftigten gesprochen werden, sondern die innerbetriebliche Beschäftigungsstruktur ist als eine Abfolge von sich verschlechternden Arbeitsverhältnissen zu interpretieren. Dieser Flexibilisierungsprozeß kann auch nicht mehr nur als ein innerbetriebliches Phänomen untersucht werden, denn die Stufenleiter der Arbeitsformen beginnt bei den relativ geschützten Arbeitsformen, steigt ab über diverse Formen ungeschützter Arbeit und endet in der sich ausdehnenden unbezahlten Arbeit. Die Ausdehnung der unbezahlten Arbeit gehört *essentiell* zu der praktizierten Flexibilisierungsstrategie dazu. Sie ist beispielsweise im Bereich Banken und Handel Teil des betrieblichen Kalküls für den Arbeitsablauf. Auch die Behauptung, der instabile Sektor sei eine Art Restkategorie zur Absicherung der

Rentabilität der Ware Arbeitskraft im stabilen Sektor, kann für den Dienstleistungssektor nicht aufrecht erhalten werden, denn hier, so hat sich gezeigt, wird die Arbeit von den instabil Beschäftigten getragen.« (77) Die Forschungsgruppe kommt zu dem Schluß, daß die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und die damit verbundene Diskriminierung der Frauen das Einfallstor zur Prekarisierung aller Arbeitsverhältnisse ist.

Obwohl das in den Interviews auch erfragt wurde, fehlen in dem Untersuchungsbericht Stellungnahmen der Gewerkschafter und Betriebsräte dazu, ob und wie sie es sich vorstellen können, gegen die permanente Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzugehen. Flexibilisierung ist nicht nur ein Spezifikum der BRD. Larosière, damaliger Chef des Internationalen Währungsfonds, richtete 1984 speziell an die an die europäischen Industrieländer vor dem Rat für ausländische Beziehungen die Forderung nach Beseitigung von Tariffestschreibungen; und seit langem betreibt der IWF gegenüber kreditsuchenden Ländern ein umfassendes Flexibilisierungsprogramm, flankiert von einer konzertierten Lohn-, Preis-, Zins- und Wechselkurspolitik (vgl. 10). Ebenfalls fehlen im vorliegenden Bericht die Ergebnisse der Gespräche mit Frauen, die in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, obwohl auch solche Gespräche lt. Bericht geführt wurden. Statt dessen wurden nur die Ergebnisse der Gespräche mit den Betriebs- und Personalräten *über* die Frauen dargestellt, obwohl gerade im Bereich prekärer Arbeit die innerbetrieblichen Interessensvertreter oft keine Ahnung davon haben, was im Bereich ungeschützter Arbeitsverhältnisse im eigenen Betrieb los ist.

Stefanie Katz (Hamburg)

**Rudolph, Hedwig, Helga Manthey, Christine Mayer, Helga Ostendorf, Ursula Rabe-Kleberg und Ingeborg Stahr (Hrsg.): Ungeschützte Arbeitsverhältnisse — Frauen zwischen Risiko und neuer Lebensqualität.** VSA, Hamburg 1987 (271 S., br., 24,80 DM)

Das Buch gibt einen guten Einblick in verschiedene Bereiche ungeschützter Frauenarbeit. In sechs großen Blöcken wird auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, »neue« Selbständige, Tele-Heimarbeit, traditionelle Frauenberufe, Prostitution, Medien und Wissenschaft eingegangen. Neben der reinen Beschreibung von Arbeitsbedingungen, finanziellen und rechtlichen Risiken ungeschützter Arbeitsverhältnisse geht es schwerpunktmäßig in allen Aufsätzen darum, die Frauen — was sie wollen und was mit ihnen geschieht — in den Mittelpunkt zu rücken. Wie ein roter Faden zieht sich die dreifache Diskriminierung von Frauen durch alle Berichte:

Erstens die Diskriminierung durch Arbeitgeber, Banken etc. in bezug auf Arbeitsbedingungen, Verträge, Löhne, Kreditbedingungen. Zum anderen die sattsam bekannte Diskriminierung von Frauen durch ihre alleinige Zuständigkeit für Haus- und Familienarbeit. Nach wie vor brächten Frauen »weibliche« Fähigkeiten wie z.B. hauswirtschaftliche, pflegerische, psychologische und pädagogische Kompetenzen in ihre Erwerbsarbeit mit ein, ohne daß diese — auch von den Frauen selbst — als berufliche Qualifikation gewertet würden.

Zweitens die Selbstdiskriminierung der Frauen, die im vorliegenden Band ganz besonders frappierend in den Beiträgen zur Tele-Heimarbeit beschrieben wird. Wieso ziehen sich Frauen i.d.R. mit ihren Computern in die Nische im Flur oder das Eckchen im Schlafzimmer zurück, während männliche Tele-Heimarbeiter ganz selbstbewußt im Wohnzimmer arbeiten, die Rücksicht der Familie beanspruchen und auch bekommen? Die Häufung solcher »Kleinigkeiten« verschlechtert die sowieso schon miserable Arbeits- und Verdienstsituation der meisten Frauen.

Drittens kommt zu solchen Elementen der Selbstdiskriminierung hinzu, daß be-

stimmte Qualitäten, die die Arbeit von Frauen auszeichnen, oftmals unter Vermarktungsgesichtspunkten dumm, naiv und überflüssig sind. Frauen gäben sich z.B. Mühe um solide Arbeit, wo Solidität vom Anbieter gar nicht gefragt ist, weil der Käufer die Qualität sowieso nicht überprüfen kann. Durch dieses »Qualitätsbewußtsein«, Ehrlichkeit etc. kommt es dann zu Verdiensteinbußen für die arbeitenden Frauen (vgl. Goldmann/Richter 113 ff.). Ein anderes Beispiel findet sich bei Christine Meyer. Sie thematisiert das Problem der Kreditvergabe für Existenzgründerinnen. Ihr Fazit: Aufrichtigkeit und Bescheidenheit rentieren sich nicht. Frauen müssen lernen, mit ihren Pfunden zu wuchern. Als Leitbild fungiere der »männliche Unternehmer«, und daran gemessen wiesen Frauen »Defizite« auf (vgl. 67).

Immer wieder zeichnet sich in den Beiträgen ein Spannungsfeld zwischen »Selbstverständnis« und »Selbstdiskriminierung« der betroffenen Frauen ab. Ist das Beharren auf scheinbar anachronistischen Tugenden nun etwas, was Frauen im eigenen (finanziellen und Aufstiegsinteresse) ändern sollten, oder handelt es sich nicht vielmehr um wichtige menschliche Qualitäten, auf denen beharrt werden muß, die es als Momente von Identität und Widerständigkeit zu würdigen und zu behaupten gilt? Die Autorinnen lassen diese Frage offen.

Neben dem Ausleuchten von Facetten weiblicher Diskriminierung fragen die Autorinnen danach, weshalb Frauen ungeschützte Arbeitsverhältnisse eingehen. Da ist zum einen die Hoffnung, neben Kindern und Haushalt doch noch eigenes Einkommen zu erzielen. Aber es ist auch die Rede von Selbstverwirklichung, freier Arbeits(zeit)gestaltung und Kreativräumen, die es in einem vertraglich abgesicherten Regularbeitsverhältnis kaum gibt. Bei der Diskussion möglicher Chancen wird von den Autorinnen weitgehend übersehen, daß solche Chancen — wenn überhaupt — nur durch eine gute Ausbildung privilegierte Frauen ohne Kinder haben. Auch die institutionellen und finanziellen Schranken, z.B. in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und selbstverwalteten Projekten, auf die sehr schnell alle Versuche von Selbstverwirklichung in der Erwerbsarbeit stoßen, werden bei der Chancendiskussion zu wenig berücksichtigt.

In allen Themenblöcken werden Überlegungen zu einer möglichen Politik in den jeweiligen Bereichen angestellt. Dazu ist ein Memorandum abgedruckt, das im Rahmen der Hochschultage Berufliche Bildung an der Universität/Gesamthochschule Essen 1986 verabschiedet wurde. Es enthält einen umfangreichen politischen Forderungskatalog, der anhand der in diesem Buch vorliegenden Untersuchungen entwickelt worden ist. Das Buch ist geeignet als Nachschlagewerk und Ratgeber für Frauen, die beabsichtigen sich auf ein ungeschütztes Arbeitsverhältnis einzulassen, aber auch für diejenigen, die sich wissenschaftlich mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Sehr hilfreich dafür sind die umfassenden Quellenverzeichnisse nach jedem Themenabschnitt.

Stefanie Katz (Hamburg)

**Notz, Gisela: Arbeit ohne Geld und Ehre.** Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Westdeutscher Verlag, Opladen 1987 (243 S., br., 40,- DM)

Viel ist in den letzten Jahren über ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im sozialen Bereich geredet und geschrieben worden. Immer wieder wurde beschworen, daß ein Gemeinwesen ohne ehrenamtlichen Einsatz seiner Mitglieder nicht funktionieren könne und daß es heute angeblich an ebendiesem Engagement mangeln solle. Insbesondere Frauen, so wurde behauptet, zögen sich aus der ehrenamtlichen Arbeit zugunsten ihrer »Selbstverwirklichung« über eine Berufsarbeit zurück, und gerade deshalb sei es notwendig, sie für die ehrenamtliche Arbeit zu werben. Untersuchungen über die Bedingungen, unter denen ehrenamtliche Arbeit in der Bundesrepublik

Deutschland geleistet wird, sind allerdings immer noch eine Rarität. Gisela Notz hat nun in einer breit angelegten Studie den Arbeitsalltag von »Ehrenamtlichen« in verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit erforscht, wobei sie sowohl als Beobachterin wie auch als Beteiligte am Arbeitsleben der »Ehrenamtlichen« teilgenommen hat. Die Ergebnisse geben endlich Aufschluß über die Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Arbeit — auch und gerade in der Auseinandersetzung mit der Erwerbsarbeit, die im sozialen Bereich ja auch geleistet wird.

Bei den Tätigkeiten, die analysiert und für die in Zusammenarbeit mit den »Ehrenamtlichen« selbst Entwürfe für eine zukünftige Gestaltung ausgearbeitet wurden, handelt es sich um »die direkte 'freiwillige' und unbezahlte soziale Arbeit mit und für Hilfsbedürftige« (21). Die »Ehrenamtlichen« selbst lehnen, wie Gespräche ergeben haben, die Bezeichnung »unbezahlte Arbeit« für ihre Tätigkeit ab, »weil er impliziert, daß es sich um eine Arbeit handelt, die eigentlich bezahlt werden müßte. Sie wollen jedoch andere Arbeiten leisten als diejenigen, die ... dafür bezahlt werden« (21).

Drei typische Bereiche der ehrenamtlichen Arbeit wurden in der Untersuchung berücksichtigt: Altenarbeit, Hilfe für mißhandelte Frauen, Hilfe für Strafgefangene und haftentlassene Jugendliche. Bei der Analyse der Problemfelder, in denen die ehrenamtlich Tätigen in diesen Bereichen arbeiten, zeigt sich, daß 1. die sogenannte offene Altenhilfe fast ausschließlich durch »Ehrenamtliche« geleistet wird, meistens von Frauen; daß 2. Frauenhäuser ohne ehrenamtlich Tätige — wiederum Frauen — nicht funktionieren könnten und daß 3. ehrenamtlich arbeitende Frauen und Männer, die sich um Strafgefangene und Haftentlassene bemühen, alternative Angebote machen, die von den in die Institutionen eingebundenen Erwerbstätigen nicht erbracht werden können. Es wird deutlich, wie unverzichtbar die ehrenamtliche Arbeit in allen Bereichen ist und wie sehr die Erwerbstätigen im sozialen Bereich auf die Mithilfe der »Ehrenamtlichen« angewiesen sind.

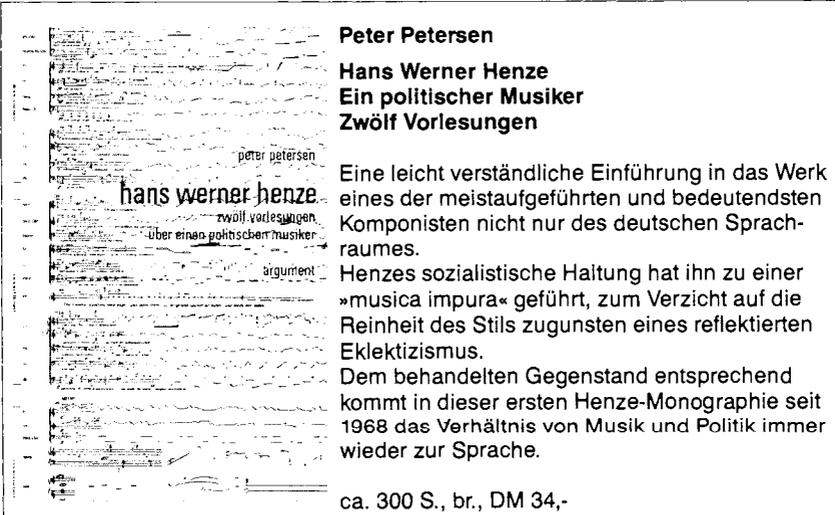
So unterschiedlich die ehrenamtliche Arbeit in den drei Bereichen im einzelnen auch ist, so ähneln sich doch allemal die Erfahrungen, die die ehrenamtlich Arbeitenden machen. Sie erleben, daß sie einen wichtigen Beitrag zur Betreuung der Hilfesuchenden leisten können, daß ihre Arbeit geschätzt und nachgesucht wird. Dies hat Auswirkungen auf das Selbstbewußtsein insbesondere der Frauen, die sich ihrer eigenen Fähigkeiten oft erst in der ehrenamtlichen Arbeit bewußt werden. Man begegnet daher bei den Ehrenamtlichen vielen selbstbewußten Frauen, die klare Vorstellungen von der organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung ihrer Arbeit haben.

So positiv die Auswirkungen der ehrenamtlichen Arbeit für die Frauen sind, so problematisch ist es, wenn man die individuelle Erfahrungsebene verläßt und unbezahlte soziale Arbeit unter beschäftigungspolitischen Aspekten betrachtet. In der Auseinandersetzung mit den Betreuten stellte Notz fest, daß diese in der Regel nicht unterscheiden können, welche der Helferinnen für ihre Arbeit bezahlt werden und welche nicht. Hier läßt sich die ehrenamtliche Arbeit nicht von der Erwerbsarbeit unterscheiden. Ausnahmen findet man nur dort, wo ehrenamtliche Arbeit nicht institutionell eingebunden ist (z.B. Straffälligenhilfe) oder in Bereichen mit alternativen Angeboten (Gesundheitsläden usw.). In diesen Fällen weichen die ehrenamtlichen Hilfsangebote stark von denjenigen der etablierten und klassischen Sozialarbeit ab. In allen anderen Bereichen würde soziale Arbeit einfach nicht geleistet werden, wenn die »Ehrenamtlichen« ausfielen.

Tatsächlich ist der Umfang der durch »Ehrenamtliche« geleisteten sozialen Arbeit gewaltig. Geht man davon aus, daß rund 2 bis 3 Millionen Personen in der Bundesrepublik Deutschland sowohl bei öffentlichen wie freiwilligen Trägern oder in Selbst-

hilfegruppen ehrenamtlich arbeiten (vgl. 108ff.), dann muß der volkswirtschaftliche Gesamtwert dieser Arbeit auf 2 bis 3 Milliarden DM geschätzt werden (vgl. 41). Was da unentgeltlich gearbeitet wird, kann als Arbeit nicht noch einmal gegen Bezahlung angeboten werden. So gesehen macht ehrenamtliche Arbeit der Erwerbsarbeit durchaus Konkurrenz. Dem Staat und seinen Institutionen kann es allerdings nur recht sein, wenn soziale Arbeit unentgeltlich geleistet wird, spart das doch allemal Ausgaben. Nun kann es, wie Gisela Notz ausführt (47), nicht darum gehen, alle ehrenamtliche Arbeit in Erwerbsarbeit zu überführen. Die Frage bleibt aber, wie das Verhältnis zwischen ehrenamtlicher Arbeit und Erwerbsarbeit im sozialen Bereich beschaffen sein soll und welche Vorteile Frauen daraus erwachsen, wenn sie ihre Ansprüche an Erwerbsarbeit im sozialen Bereich offensiver vortragen als zur Zeit: »Langfristig kann eine positive Veränderung für die Arbeitssituation der Betroffenen nur in der grundsätzlichen gesamtgesellschaftlichen Neudefinition und Neuverteilung *aller* gesellschaftlich notwendigen Arbeit liegen« (214f.). Dieser Forderung ist nichts hinzuzufügen.

Irmgard Vogt (Schloß Holte)



**Peter Petersen**  
**Hans Werner Henze**  
**Ein politischer Musiker**  
**Zwölf Vorlesungen**

Eine leicht verständliche Einführung in das Werk eines der meistaufgeführten und bedeutendsten Komponisten nicht nur des deutschen Sprachraumes.

Henzes sozialistische Haltung hat ihn zu einer »musica impura« geführt, zum Verzicht auf die Reinheit des Stils zugunsten eines reflektierten Eklektizismus.

Dem behandelten Gegenstand entsprechend kommt in dieser ersten Henze-Monographie seit 1968 das Verhältnis von Musik und Politik immer wieder zur Sprache.

ca. 300 S., br., DM 34,-

---

# *Philosophie der Befreiung — Befreiung der Philosophie*

**Enrique Dussel**

## **Philosophie der Befreiung**

### **Argument**

*Enrique Dussel*

### *Philosophie der Befreiung*

*Mit einem Vorwort von  
Raúl Fornet-Betancourt*

207 S., br., DM 26,—

Enrique Dussel, argentinischer Herkunft, ist einer der bekanntesten lateinamerikanischen Befreiungstheologen. Er schrieb »Philosophie der Befreiung« im mexikanischen Exil, ohne Zugang zu seiner in Argentinien verbliebenen Bibliothek. Von daher ist das Buch, wie er selbst sagt, ein theoretisches und philosophisches Provisorium — aber diese scheinbare Schwäche ist seine Kraft. In einer brisanten Verbindung der Theorien von Marx und Emmanuel Lévinas holt Dussel die abendlän-

dische Philosophie aus dem Zentrum (Europa) an die Peripherie (Lateinamerika/Dritte Welt) und fragt, inwieweit sie für die Befreiung der unterdrückten Völker nutzbar gemacht werden kann. Dussel möchte einen weltumspannenden philosophischen Dialog in Gang setzen, der noch die traditionelle Sprache des Zentrums benutzt, um sich zugleich jedoch von ihr zu emanzipieren, damit sie den Unterdrückten und Verdammten der Weltgeschichte von Nutzen sein könne. Das engagierte Werk vermittelt dem deutschen Publikum einen ersten Zugang zu den Problemen, mit denen sich die Philosophie in der Dritten Welt konfrontiert sieht.

»Die Philosophie der Befreiung ist postmodern, volksnah (eine Philosophie des Volkes, eine Philosophie mit dem Volk), feministisch. Sie ist eine Philosophie, die ihren Ausdruck findet durch die Jugend der Welt, die Unterdrückten der Erde, die Verdammten der Weltgeschichte.« (Aus dem Vorwort von Enrique Dussel)

## *Argument*

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

## Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

Anders, Günther: siehe *Argument* 173

Andresen, Sünne-Maria, 1958; Dipl.-Soz.; z. Zt. EDV-Lehrerin; Mitglied der *Argument*-Frauenredaktion. V: *Subjekt Frau*, AS 117 (Mitautorin, 1985); *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Vergesellschaftung von Frauen, Frauenarbeit und Neue Technologien. M: HBV

Albert, Claudia: siehe *Argument* 173

Auernheimer, Georg: siehe *Argument* 173

Beckenbach, Nils, 1941; Dr.phil., Prof. f. Soziologie an der GH Kassel. V: *Industriearbeit als gesellschaftliche Arbeit* (1983); »Der Sozialplan besetzt mir ja nicht den Arbeitsplatz« (Mitautor, 1988). A: Arbeits- und Industriosociologie. M: BdWi, DGS

Bengtsson, Jan Christer, 1945; fil.cand., Doktorand der Filmwissenschaft an der Univ. Stockholm, Fotograf und Filmemacher. V: »Die 'Ästhetik des Widerstands' in der schwedischen, der westdeutschen und der DDR-Fassung«, *Argument* 171

Dobner, Petra, 1964; Studium der Politischen Wissenschaft an der FU Berlin

Franck, Norbert, 1950; Dr.phil. V: *Schulperspektiven*, AS 148 (Mithrsg., 1987); »Anmerkungen zu ökosozialistischer Bildungspolitik«, *Widersprüche* 28 (1988). A: Bildungstheorie und -geschichte. M: AL, GEW

Frerichs, Petra, 1947; Wiss. Mitarb. des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO), Köln. V: »Arbeitssituation und Lebenszusammenhang von Industriearbeiterinnen«, in: *Arbeitsmaterialien des ISO* Nr. 4 (1983); »Weibliches Arbeitsvermögen und Widerstandspotentiale von Frauen im Betrieb«, in: *Berichte des ISO* Nr. 32 (1985). A: Frauenerwerbsarbeit, Partizipation und neue Politikformen. M: ÖTV

Fricke, Ronald, 1957; M.A., Jobber

Ghisu, Sebastiano, 1961; Doktorand an der FU Berlin. A: Politische Philosophie, Marxismus. M: KPI

Göbel, Eberhard, 1951; Dr.rer.pol., wiss. Ang. an der FU Berlin. A: Ärzteausbildung; Arbeit und Gesundheit

Haug, Frigga, 1937; Dr.phil.habil., Dozentin an der HWP Hamburg. V: *Frauenformen*, AS 45 (Hrsg., 1980); AS 90 (Hrsg., 1983); *Subjekt Frau*, AS 117 (Mithrsg., 1985); *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mithrsg., 1986); *Küche und Staat*, AS 180 (Hrsg., 1989); *Widersprüche der Automationsarbeit* (zus. mit Projekt Automation und Qualifikation, 1987). A: Arbeit und Automation; Frauenforschung

Haumann, Heiko, 1945; apl. Prof. f. neuere und osteuropäische Geschichte an der Univ. Freiburg. V: *Arbeiteralltag in Stadt und Land*. AS 94 (Hrsg., 1982); *Kapitalismus im zaristischen Staat* (1980). A: Russ. und sowjet. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Vergleichende Regionalgeschichte. M: GEW, BdWi

Heinrichs, Thomas, 1963; Studium der Philosophie an der FU Berlin

Hinz, Manfred, 1952; Dr.phil., wiss. Ass. an der Univ. Augsburg. V: *Fichtes »System der Freiheit«* (1981); *Die Zukunft der Katastrophe* (1985). A: Politische Philosophie des 16. und 17. Jh. in Italien und Spanien; Faschismus

Hirschfeld, Uwe, 1956; Dipl.-Soz.päd., Doktorand, Lehrauftrag in Sozialwesen an der GH Kassel. V: *Kultur und Revolution in der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss* (1984). A: Kulturtheorie, Erziehungswissenschaft. M: GEW

Hornung, Ursula, 1958; Dipl.-Soz., wiss. Mitarb. am FIF, Frankfurt/M. V: »Für eine neue Utopie der Arbeit«, in: *links* 12/ (1988). A: Theorien der neuen Frauenbewegung, insbes. Theorien geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Theorien der Subjektivität

Kahsnitz, Dietmar, 1940; Dr.phil., Hochschullehrer für Polytechnik/Arbeitslehre an der Univ. Frankfurt. V: *Tarifvertrag und Mitbestimmung* (1987); *Wahrnehmung und Bewertung der Ausländerbeschäftigung bei deutschen Schülern* (Mitautor, 1988). A: Bildungssoziologie und -theorie, Wirtschafts- und Beschäftigungssystem, Unterrichtsforschung

Kammertöns, Karl-Heinz, 1939; Wiss. Ang. der Sozialforschungsstelle Dortmund

Katz, Stefanie, 1952; Studium der Sozialökonomie an der HWP Hamburg

Kaufhold, Roland, 1961; Studium der Sonderpädagogik (Geistig- und Sprachbehinderte) in Köln, tätig als Sprachtherapeut und in der Grundschule. Redakteur der *Uni-Stadt-Revue* Köln. V: *Bruno Bettelheim und der »Mythos« der Schuldfrage* (1988); *Maud Mannoni: Diskurs mit dem Subjekt* (1989).

Ketelhut, Barbara, 1956; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. an der HWP Hamburg. V: *Geschlechterverhältnisse* AS 110 (Mitautorin, 1984); *Subjekt Frau* AS 117 (Mitautorin, 1985); *Küche und Staat* AS 180 (Mitautorin, 1989). A: Ehe, Familie, Zusammenlebensformen; Politik des Sozialen. M: ÖTV, Feminist. Univ. Hamburg

- Kleinknecht, Alfred*, 1951; Dr.rer.oec., Dipl.-Volkswirt, wiss. Mitarb. der Stiftung für Wirtschaftsforschung an der Univ. von Amsterdam (SEO). V: *Innovation Patterns in Crisis and Prosperity. Schumpeter's Long Cycle Reconsidered* (1987). A: Innovationsforschung, Profitraten- und Akkumulationstheorie. M: AG Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik, Int. J.A. Schumpeter Gesellschaft.
- Koch-Oehmen, Reinhard*, 1955; Dr.phil., Gesamtschullehrer. V: *Lukács und Sartre*, EPS II (1988)
- Königsdorf, Helga*, 1938; Dr.rer.nat., seit 1961 wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Mathematik. V: *Meine ungehörigen Träume* (1978); *Der Lauf der Dinge* (1982); *Hochzeitstag in Pizunda* (1986); *Respektloser Umgang* (1986)
- Koivisto, Juha*, 1958; M.A., arbeitslos. A: Ideologietheorie, materialistische Philosophietheorie
- Marsiske, Hans-Arthur*, 1955; Dr.phil., Mitarb. der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. V: »Eine Republik der Arbeiter ist möglich« — *Der Beitrag Wilhelm Weitlings zur Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika, 1846-1856* (1989). A: Anfänge der Arbeiterbewegung; Vormärz und Revolution von 1848/49; Film und Geschichte
- Mill, Ulrich*, 1952; Dipl.-Soz., Wiss. Ang. an der Univ. Dortmund. V: *Arbeit in Gießereien* (Mitauteur, 1988). A: Arbeits- und Organisationssoziologie
- Miller-Kipp, Gisela*, 1942; Dr.phil., wiss. Mitarb. im FB Pädagogik der Hochschule der Bundeswehr, Hamburg. A: Historische Pädagogik, Anthropologie
- Morgenstern, Matthias*, 1959; wiss. Mitarb. an der Univ. Tübingen, 1985-87 Mitarbeit am Leo-Baeck-Inst. Jerusalem, 1987-88 Vikar. V: *Wer ist ein Israeli?* (1987); *Die theologische Bedeutung des Staates Israel* (1988); »Israel und der Historikerstreit«, *Argument* 170. A: Judaistik, jüdisch-christl. Dialog, Nahostkonflikt, Staat und Religion in Israel
- Mürner, Christian*, 1948; Dr.phil. V: *Normalität und Behinderung* (1982); *Die Pädagogik von Heinrich Hanselmann* (1985). M: Pädagogik, Behindertenpädagogik, Semiotik, Kunst
- Neumann, Norbert*, 1960; Studium der Politikwissenschaft in Frankfurt/M. V: »Der Diskurs der Regierung. M. Foucaults Begriff der 'gouvernementalité«, *kultuRRevolution* 17/18 (1988). A: Staats- und Machttheorie, Illegale Ökonomie. M: Die Grünen
- Rähzel, Nora*, 1948; Dipl.-Päd., Mitarbeiterin im Projekt Migration und Rassismus in Europa. Redakteurin des *Argument*. V: *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein* (Mithrsg., 1986). A: Frauenbewegung, Rassismus
- Rehmann, Jan*, 1953; arbeitsloser Lehrer für Geschichte und Französisch, Mitarbeiter der Berliner Volksuni. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitauteur, 1986); *Faschismus und Ideologie*, AS 60/62 (Mitauteur, 1980); *Die Kirchen im NS-Staat. Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte*, AS 160 (1986)
- Riess, Rolf*, 1959; M.A., Studienreferendar. A: Alltagsgeschichte, marx. und krit. Theorie, Faschismus. M: GEW
- Schmid, Josef*, 1956; Dr.phil., wiss. Mitarb. an der RU Bochum. A: CDU; Konservative in GB; Vergleichende Politikforschung
- Schratz, Michael*, 1952; Dr.phil., Univ.Dozent. V: *Gehen Bildung, Ausbildung und Wissenschaft an der Lebenswelt vorbei?* (Hrsg., 1988); *Zukunftsorientierte Weiterbildung* (Mitauteur, 1989); *Öffnung der Universitäten* (Mithrsg., 1985)
- Steinrück, Margareta*, 1953; Dipl.-päd., wiss. Angestellte am Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) Köln, Projekt »Interessenvertretung von Frauen und neue Technologien«. V: *Generationen im Betrieb* (1986); *Neue Technologien — Neue Chancengleichheit* (Mitautorin, 1987). M: IG Druck und Papier
- Treock, Werner van*, 1943; Dr.phil., Prof. f. Arbeits- und Sozialpolitik an der GH Kassel, Redakteur des *Argument*. V: Zur Arbeits- und Verwaltungsforschung und zur Soziologischen Theorie. M: ÖTV, BdWi
- Uecker, Matthias*, 1962; Studium der Geschichte und Germanistik. A: Kultur der Weimarer Republik, Bäuerliche Lebensformen in der Frühen Neuzeit. M: GEW, DFG-VK
- Vögt, Irmgard*; Dr.phil., Priv.Doz. an der Univ. Frankfurt/M. V: *Für alle Leiden gibt es eine Pille* (1985); *Alkoholikerinnen* (1986); *Drogen und Drogenpolitik. Ein Handbuch* (1989). A: Alkohol- und Drogenkonsum, Frauengesundheitsforschung. M: DGV
- Volker, Eckhard*, 1948; Dr.phil., Studienrat. V: *Schriftsteller und Arbeiterbewegung* (1980); *Theorien über Ideologie* (Mitauteur, 1979); *Faschismus und Ideologie* (Mitauteur, 1980). A: Literaturtheorie, Ideologietheorie
- Weber, Claudia*, 1947; Dr.phil., Soziologin. V: *Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie* (1982). A: Industriesoziologie, Geschichte der Frauenarbeit, Japan
- Weyer, Johannes*: siehe *Argument* 173

# links

Sozialistische Zeitung

2 '89

*Kommentar*

D.Maier: Deutsche Eichen und deutsche Souveränität

*Aktuell*

D.Diner: Israel: Der Konflikt ist beendet

W.Fach: Der Gaddafi-Komplex

K.Graf: Die Schweiz als Waschküche

*Hintergrund*

V.Heins: Die Aufhebung Rita Süßmuths

R.Schwarz/AG Lire le capital: No Apocalypse, Not Now

S.Bugajewski: Zur Lage in Polen

*Thema: Universität*

Linke Liste Frankfurt: Auch ich will ein Buch

N.Reiber: Mark(t) & Wissenschaft

AG Umstrukturierung an der Frankfurter Universität: Studentisches Institut für kritische Interdisziplinarität

*International*

Italien: Partisanen contra Historiker

H.-D.Köhler: Generalstreik in Spanien

D.Behrens/K.Hafner: Ungarische Europa-Perspektiven

*Geschichte*

F.Schneider: Rückblick auf den 9. November

*Personalien*

D.Claussen: Kopf und Geist — Alfred Sohn-Rethel

U.Stader: Zum Tode von Erich Fried

19. Jg. 1989

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindlöff, H.Burgwinkel, M.Brumlik, D.Behrens, D.Diner, P.E.Jansen, D.Claussen, J.Esser, H.Grün, J.Hirsch, P.Kern, B.Krampe, L.Lodovico, D.Maier, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, R.Spiss, R.Staudhammer, A.Werle. - Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1. - Erscheint monatlich, Einzelheft DM 5,-, Jahresabo DM 54,-, incl. Versand. - Verlag 2000 GmbH, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1

# mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

31 '89

*Ökonomie und Kriminalität*

K.Dohse: Untergrundökonomie — Fragen zum Verhältnis von Ökonomie und Recht. Ein Problemaufriß

W.J.Chambliss: Staatlich organisierte Kriminalität

R.Dombois: Coca, Recht und Gewalt — zur Kokainökonomie in Kolumbien

R.Uesseler: Mafia zwischen legaler und illegaler Wirtschaft

P.Arlacchi: Der Weltmarkt für Waffen

U.Paasch: Illegale Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland

X. Jg. 1989

Herausgeber: Verein zur Herausgabe des Mehrwerts e.V., Bremen. Redaktion: Sönke Hundt, Marlies Vespermann. — Erscheint unregelmäßig, ca. 2 Hefte pro Jahr. Einzelheft 17 DM, im Abo 15 DM. — Verlags- und Redaktionsanschrift: Mehrwert-Verlag, M.Vespermann, Friesenstraße 67, 2800 Bremen 1

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie  
und Sozialismus

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik



## 2 '89

N.Seitz: Bürger-Sozialist und Künstler-Anarchist. Vor 70 Jahren wurde Kurt Eisner ermordet

A.Pelinka: Alte Rechte, neue Rechte in Österreich

N.Seitz: Der ideelle Gesamtpopulist. Notizen zu Franz Schönhuber

*Thema: Traum und Trauma der großen Stadt*

Ein Gespräch mit Kasper König

Ch.Ude: Der ganz legale Wahnsinn. »Entmietung« und Umwandlungsspekulation in München

K.T.Edelmann: 3 x Neues Frankfurt

F.Wurm: Die Architektur des Ferdinand Kramer

D.Hoffmann-Axthelm: Straßengewalt und Autonomiebewegung in Berlin-Kreuzberg

P.Lorenzen: Prinzipien einer politischen Ethik

R.Kötter: Auf konstruktivem Weg zum Frieden. Zu Paul Lorenzens »Lehrbuch der konstruktiven Wissenschaftstheorie«

T.Fichter: SDSler zu Gast bei der SPD

J.Seifert: Dokumentation: SDS und SPD. Ein Rückblick nach vorn

W.Kraushaar: Des-Identifizierungen. Zwei 68er Jubiläumsbände, die keine sein wollen

T.Bastian: Atomwaffenverzicht und Grundgesetz

36. Jg. 1989

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatl. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versand; Jahresabo 66,- DM zzgl. Versand. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

## 73 '89

*BRD wird 40 — Prokla gratuliert*

E.Altvater/K.Hübner: Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht. Kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD  
U.Schmidt: Zur Neuformierung des Bürgertums nach 1945

J.Spurk: Von der Volksgemeinschaft zur Vergemeinschaftung in der Krise des Fordismus

Th.Scheffler: Normalisierung der Doppelmoral. 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen  
F.Werkentin: Der Staat, der Staat ist in Gefahr ... Kontinuität und Formwandel innerer Rüstung in der BRD

B.Zeuner: Gewerkschaften und Intellektuelle  
Ch.Scherrer: Der »Social Structure Accumulation«-Ansatz: Ein Interpretationsmodell des Aufstiegs und Niedergangs der US-Ökonomie

## 74 '89

*Bye-Bye USA*

A.S.Markovits: Präsidentschaftswahl 1988

R.Guttman: Der Strukturwandel des amerikanischen Finanzkapitals

R.v.Capelleveen: »Dritte Welt«-Migration in die USA

H.Heilmann: Reagans Politik gegenüber Nicaragua

Ch.Scherrer: US-Auto- und Stahlindustrie

C.v.Vaitsos: Radikale technologische Veränderungen und neue Ordnung der Weltwirtschaft

19. Jg. 1989

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. — Redaktion: E.Altvater, H.Gaßmann, M.Heinrich, K.Hübner, B.Mahnkopf (geschäftsführend). — Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahresabo 52 DM — Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

# psychosozial

Zeitschrift für Analyse,  
Prävention und Therapie  
psychosozialer Konflikte  
und Krankheiten

## 36 '88

### *Psychose und Extremtraumatisierung*

R.Lempp/R.Ekstein: Grußworte anlässlich des 10jährigen Bestehens des Vereins für Psychoanalytische Sozialarbeit e.V.

E.Federn: Todestrieb und Eros. Zur Geschichte und aktuellen klinischen Relevanz von Freuds »Jenseits des Lustprinzips«

A.Leber: Koreferat zu Ernst Federns »Todestrieb und Eros«

E.Rammingen/E.Kraft: Die schulische Arbeit mit psychotischen Kindern und Jugendlichen: Brotbacken und Betriebspraktikum

J.Staigle u.a.: Psychoanalytische Sozialarbeit mit schwerstbeziehungsgestörten und extrem traumatisierten Jugendlichen

I.Allerdings u.a.: Fragmentierung und Mehrpersonen-Setting in der Behandlung eines psychotischen Jugendlichen

K.Osthoff/U.Schwendemann: Trauma und familiendynamische Transformation bei einem autistischen Jugendlichen

B.Zimmermann u.a.: Aus der Behandlung eines autistischen Jugendlichen

H.Hahn u.a.: Bewegen, Spielen, Sport treiben mit psychotischen Jugendlichen

D.Becker: Die psychoanalytische Sozialarbeit mit Opfern der Folter

E.Federn: Versuch einer Psychologie des Terrors

# tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

## 165 '89

### *Kunstverhältnisse '89*

Was tut sich? Erste Antworten auf eine tendenzen-Umfrage zur aktuellen Kunstsituation

E.Westermeier: Ghost und Spirits

J.Schön: Anonym im Afrikaviertel. Über einen Wandmaler in Köln

D.Winzens-Bredernitz: Entwicklungen

S.Jakob: Land Art gegen Landraub. Die »Kunstdinger« der Filderbauern

E.Antoni: Notizen aus einem »Entwicklungsland. Über »die Kunst« und »die Wirtschaft« in der BRD

U.Leibinger-Hasibether u.a.: Begreifen verboten. Zu einer Ausstellung der Sammlung Thyssen-Bornemisza

G.Sprigath: Jacques-Louis David, der Maler der Französischen Revolution

Bücher und Ausstellungen zum Thema Französische Revolution

G.Gerstenberg: München 1918/19. Die Revolution im Spiegel der Fotografie

U.Leibinger-Hasibether: Geschichte und Kultur der Juden in Bayern

W.Marschall: Realismus — ein tauglicher Begriff?

J.Schön: Zum Tod von Gerd Arntz

Hrsg. von H.Becker, D.Beckmann, I.Fetscher, H.Friedrich, A.Köhl, A.Overbeck, H.-E.Richter, H.Strotzka, A.Uchtenhagen, E.Ulich, J.Willi, H.-J.Wirdl. — Erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940 Weinheim. — Redaktionsanschrift: Friedrichstraße 35, 6300 Gießen

Redaktion: E.Antoni, H.Erhart, W.Grape, R.Hiepe, U.Krempel, Th.Liebner, W.Marschall (verantwortl.), C.Nissen, C.Schellemann, G.Sprigath, G.Zingerl. — tendenzen erscheint in 4 Nummern jährlich. Jahrsabonnement 32 DM (inkl. MWSt und Porto); Lehrlings-, Schüler-, Studenten-Abo 27 DM. — Redaktionsanschrift: Hohenzollernstr. 146 Rg, 8000 München 40. — Verlag: Pahl-Rugenstein, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# TEXT+KRITIK

## 101 '89

*Sarah Kirsch*

H.Dittberner: Artistin zu eigenen Gnaden.  
Ein Essay über Sarah Kirsch

S.Kirsch: Nachgetragene Gedichte

G.Wolf: Ausschweifungen und Verwünschungen.  
Vorläufige Bemerkungen zu Motiven bei Sarah Kirsch

S.Kirsch: Schwarzer Spiegel

A.Endler: Randnotiz über die Engel Sarah Kirschs

Z.Gahse: Rundflug

K.Riha: Rezidivierende Naturlyrik — oder?  
Zu Sarah Kirschs »Katzenleben«

M.Butler: Der sanfte Mut der Melancholie.  
Zur Liebeslyrik Sarah Kirschs

J.Egyptien: Im Park des Hermaphroditen. Sarah Kirschs »Wiepersdorf«-Zyklus

S.Kirsch: Das Nebelhorn. Grund und Boden

P.Kersten: »Die Kunst der umherschweifenden Seele«. Zur Kindheitserfahrung in »Allelei-Rauh«

W.H.Fritz: »Ein gerüttelt Maß wahnsinniger Zuneigung«. Sarah Kirschs Prosa

M.Töteberg: Literatur aus dem Kassetten-Recorder? Kontexte zu Sarah Kirschs Erzählungsband »Die Pantherfrau«

Ch.Freudenstein: Bibliographie

---

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold. Redaktionelle Mitarbeiter: Ingrid Laurien, Otto Lorenz, Angelika Machinek und Michael Töteberg. — Erscheint viermal jährlich, Abo preis 38 DM zzgl. Versand. — Redaktion: Tuckermansweg 10, 3400 Göttingen — Verlag: edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

# WECHSELWIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

## 40 '89

*Gegenwissenschaft - Ausweg oder Sackgasse?*

N.Knabben: Tendenzen und Entwicklungen in der Gegenwissenschaft

L.Leydesdorff/P.v.d.Besselaar: Erfahrungen im Amsterdamer Wissenschaftsladen

L.Trepl: Was ist alternativ an der alternativen Forschung?

A.Bechmann: Erkenntnisweg ökologische Forschung

U.Erb/J.Prieß: Neue Institute braucht das Land

A.Butz u.a.: Umweltschutz an der Universität

M.Brusis: Ein Institut für eingreifendes Denken

Th.Kluge/E.Schramm: Für eine sozial-ökologische Forschung

H.Reinicke: Die Zeppelinbegeisterung zu Beginn des Jahrhunderts

M.Kiper: Agentien 0007. Zur Militarisierung der Biowissenschaften

H.Mehrtens: Gedenktag ohne Denken. 50 Jahre Kernspaltung

K.O.Henseling/P.Plieninger: 75 Jahre Haber-Bosch-Verfahren

H.Gabler: Bei den Teerkochern am Jangtsekiang. Solarenergienutzung in der VR China

11. Jg. 1989

---

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Regine Hebestreit, Herbert Mehrrens, Barbara Orland, Ralph Ostermann, Rainer Schlag, Rainer Stange, Matthias Tang, Patricia Wolf. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7 DM, Jahrsabo 28 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

## Summaries

### **Frigga Haug: Perestroika SPD-Style: An Intervention in the Lafontaine Discussion**

For the Left, the publication of SPD-politician Oskar Lafontaine's new book appears to be a betrayal of the labour movement, particularly of the unions. F. Haug examines the accuracy of accounts of the book in the press and checks to see if it opens new chances for a Left project. By the means of an empirical analysis she shows how the use of Lafontaine's theses could release untapped politic energies. She proposes to the unions, the SPD, and the Greens/Alternative List that they take political steps along these lines.

### **Petra Frerichs and Margareta Steinrücke: Symbolic Interests of Women in the Work Place**

The authors pursue the question of increased recognition for the interests of blue-collar and white-collar working women on the job. In an empirical study they locate the key issues that, when asked, working women most often and most clearly identify as sources of dissatisfaction, and which they are trying to change. The representative structure of traditional unions is criticized for focusing primarily on material interests (i.e. the demand for higher pay) and not addressing symbolic interests (i.e. the desire to be treated as »a person«). These symbolic interests are of great importance for the politicization of women.

### **Sünne Andresen: Women—Technology—Work. A Report on the Literature**

This article presents recent studies of the future chances for women in the job market. The working world is going to be fundamentally restructured as a consequence of the use of new technologies. In the future technical knowledge will increase the chances of finding a job. How will this affect women's situation in the job market? Will women fall further behind or will this blur the rigid division between men's and women's work, perhaps even altering our conceptions of the male and the female?

### **Jan Rehmann: Christian-Marxist Dialogue in the Age of Perestroika: On the Resumption of the Marienbad Discussions**

In October 1988 the dialogue between Christians and Marxists was resumed in Mariánské Lázně (CSSR) after a 20 year interruption. On the basis of work by D. Sölle and J. Moltmann, the author analyzes new theological articulations of feminism and ecology. He criticizes the attempt to transcendentalize marxism and proposes instead the ideological and theoretical renovation of the marxist concept of religion. Marxism has to be emancipated from Feuerbach's projection theory. The confrontation between theistic and philosophical humanistic world views is a cul-de-sac. Christian believe in God is not, as such, the object of the marxist critique of religion; it is rather the functionalization of religion within relations of domination.

### **Matthias Morgenstern: Religious parties in Israel**

Jewish orthodoxy, as it is represented in Israel, is divided in various political parties, that are mutually fighting each other. In some groups, there is an increasing tendency to interpret the historical events in the middle east in the light of biblical and messianic hopes. At the same time the 18th century antagonism between the chassidic movement and their lithuanian opponents, the »mitnagdim«, has taken a new political meaning. In recent years, the religious scene in Israel has seen a fierce battle between the lithuanian Rabbi Shach and the chassidic Rabbi of Lubavitch and their respective parties.

### **Jan Christer Bengtsson: In the Name of the Law — Peter Weiss and Film Censorship**

This article documents Peter Weiss' conflicts as a film-maker with various forms of censorship. A 1957 documentary about a juvenile prison was censored by the Swedish government because it contained unacceptably erotic scenes. A later film about »Swedish Girls in Paris« encountered a subtler, but no less effective, form of censorship exercised by the pressure of commercial interests.

**Geschichte**

<i>Bergmann, Jürgen</i> : Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49 ( <i>H.A.Marsiske</i> )	307
<i>Steffens, Horst</i> : Autorität und Revolte. Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jh. ( <i>H.Haumann</i> )	308
<i>Breuer, Mordechai</i> : Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918 ( <i>H.Haumann</i> )	308
<i>Herre, Franz</i> : Kaiser Friedrich III. Deutschlands liberale Hoffnung ( <i>R.Rieß</i> )	309
<i>Doerry, Martin</i> : Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs ( <i>M.Uecker</i> )	310

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Lafontaine, Oskar</i> : Die Gesellschaft der Zukunft ( <i>F.Haug</i> )	175
<i>IMSF</i> : Die Politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion ( <i>F.Haug</i> )	204
<i>Kellmann, Klaus</i> : Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte? ( <i>M.Hinz</i> )	312
<i>Critica marxista 3-4/1988</i> : Esperienze e identità dei communisti italiani ( <i>S.Ghisu</i> )	313
<i>Lewin, Moshe</i> : Gorbatschows neue Politik ( <i>U.Hirschfeld</i> )	315
<i>Meyer, Gert (Hrsg.)</i> : Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion ( <i>U.Hirschfeld</i> )	315
<i>Geiges, Adrian</i> : Revolution ohne Schüsse. Meine Erlebnisse mit der Perestrojka — am Fließband und im Klassenzimmer ( <i>U.Hirschfeld</i> )	315
<i>Bölsche, Jochen (Hrsg.)</i> : Waterkantgate. Die Kieler Affäre oder Wieviel Skandale verträgt die Demokratie? ( <i>J.Schmid</i> )	318
<i>Schnibben, Cordt, und Volker Skierka</i> : Macht und Machenschaften. Die Wahrheitsfindung in der Barschel-Affäre ( <i>J.Schmid</i> )	318
<i>Arnold, Heinz-Ludwig (Hrsg.)</i> : Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie ( <i>J.Schmid</i> )	318
<i>Gössner, Rolf</i> : Widerstand gegen die Staatsgewalt. Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte ( <i>N.Neumann</i> )	319

**Ökonomie**

<i>Demmer, Christine (Hrsg.)</i> : Frauen ins Management. Von der Reservearmee zur Begabungsreserve ( <i>C.Weber</i> )	320
<i>Rapin, Hildegard (Hrsg.)</i> : Frauenforschung und Hausarbeit ( <i>U.Hornung</i> )	323
<i>Schweitzer, Rosemarie von</i> : Lehren vom Privathaushalt. Eine kleine Ideengeschichte ( <i>B.Ketelhut</i> )	325
<i>Tornieporth, Gerda (Hrsg.)</i> : Arbeitsplatz Haushalt. Zur Theorie und Ökologie der Hausarbeit ( <i>B.Ketelhut</i> )	325
<i>Möller, Carola</i> : Flexibel in die Armut. Empirische Untersuchung und theoretische Verortung ungeschützter Arbeitsverhältnisse ( <i>S.Katz</i> )	327
<i>Rudolph, Hedwig, u.a. (Hrsg.)</i> : Ungeschützte Arbeitsverhältnisse — Frauen zwischen Risiko und neuer Lebensqualität ( <i>S.Katz</i> )	328
<i>Notz, Gisela</i> : Arbeit ohne Geld und Ehre. Zur Gestaltung ehrenamtlicher Arbeit ( <i>I.Vogt</i> )	329

## Argument-Rückschau

### 173: Universität

K.Heinrich: Zur Geistlosigkeit der Universität heute / W.Nitsch: Vom beamteten Gelehrtentum zum soziokulturellen Dienstleistungsbetrieb / E.Lämmert: Zum Status der Geistes- und Sozialwissenschaften / A.Lipietz: Europa als letztes Aufgebot für weltweiten Wirtschaftsaufschwung? / T.Yamada: Marxismus in Japan / E.Nohara: Geistige Wurzeln der Revolution in Nicaragua / L.Alanen: Soziologie der Kindheit / Besprechungen: Habermas; Gramsci-Edition; Gesellschaftstheorien — Wissenschaftspraxis; Sozialpädagogik; Konservatismus; Nation und Rassismus

### 172: Mutter — Natur

D.Haraway: Von Affen und Müttern / F.Haug: Mütter im Vaterland / A.Bus: Eigentumsverhältnisse in der Reproduktionsindustrie / C.M.Clark: Familie im schwarzen Amerika und in Schwarzafrika / A.Demirović: Marx und die Demokratietheorie / F.O.Wolf: Philosophie und Marxismus heute — Aktualisierung Althusser / G.Armanaki: Archaik und Utopie / M.Jansen: SPD und Quote / Besprechungen: Sokrates; Marx; Benjamin; Risiko, Katastrophe, Ökologie; Allgemeine Pädagogik; Frauenpolitik in Parteien; Börsenkrach

### 171: Ideologische Modernisierung der Rechten

K.Leggewie: Die Konservativen und die Zukunft / H.-D. Zahn: »Wertewandel« und technokratischer Konservatismus / F.Reusswig: Technik und Ökologie / P.Jehle: Noelle-Neumann oder die bedingungslose Rehabilitation der Deutschen / J.Hardisty: Konservative US-Frauenbewegung / R.P.Petchesky: Föten-Bilder / C.H.Hermanson: Über Bucharin / »Ästhetik des Widerstands« in der schwedischen, westdeutschen und DDR-Fassung / Vorbereitung der Währungsreform im NS / Bourdieu zu Heidegger / Akkumulationsdebatte und Bauernfrage in Nicaragua / Besprechungen: Gegenwartsliteratur; Stadt- und Sozialpolitik; Alltag und Erziehung; Beziehungsdis-kurse; Sozialgeschichte; Zeitgeschichte; Mariátegui; Ökologische Ökonomie

### 170: Projekt Perestrojka

K.Segbers: Zur Dialektik der Perestrojka / W.F.Haug: Gorbatschow — oder Revolution wider die Apathiemaschine / F.Haug, B.Ketelhut: Die Perestrojka und die Frauen / Th.Bergmann: Die zweite Entstalinisierung / P.Ingrao: Togliatti und Gramsci / M.Morgenstern: Israel und der Historikerstreit / S.Kappeler: Pornographie — Rassismus der Darstellung / Besprechungen: Ungarischer Marxismus; Rationalität und Ordnung; Ästhetisierung der Politik; Dallas; Bourdieu; Rechtssoziologie; Frauen in Schule und Hochschule; Zeitgeschichte; Südafrika

### 169: Feministische Wirklichkeitsarbeit

K.Hauser: Feministische Literatur / M.Atwood: Küchengespräche / C.Kaplan: Klasse, Geschlechtlichkeit und Subjektivität / T.de Lauretis: Rhetorik als Gewalt / N.Chomsky: Der nächste Akt in Mittelamerika / B.Jessop: Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch / F.Mußmann: Computer, Kultur und soziale Bewegungen / Th.Laugstien: Heidegger in der Praktischen Philosophie / Besprechungen: Moralphilosophie, Feministische Literatur, Medien, Moralische Erziehung, Mittelalter, Frühe Neuzeit, Kirchen im Nachkriegsdeutschland

### 168: Berichte über die Jugend

R.Hanusch: Fragmentierte Identität / A.Cavalli: Zeiterfahrungen / W.R.Heinz: Selbstsozialisation und Arbeitsmarkt / R.Zoll: Ein neues kulturelles Modell? / E.Wollmann: Zur Scientology-Kirche / S.Benton: Sozialpolitik unter Thatcher / G.Hauck: Zurück zur Modernisierungstheorie? / H.Conert: Gorbatschowsche Reformen / Gespräch mit Daniel Ortega / Besprechungen: materialistische Bibellektüre, Ethik, Auto-Kultur, Berufsbildung, Faschismus, US-Arbeiterbewegung

## Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Augsburg »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/579173  
Berlin 12 Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/3134017  
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel. 030/3135056  
Berlin 19 Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/3417432  
Berlin 33 das europäische buch, Thielallee 32; Tel. 030/8324051  
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/8315089  
Berlin 41 Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/8511509  
Berlin 62 Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel. 030/784001  
Bremen 1 Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/72073  
Duisburg AGORA-Buchhandlung GmbH, Wallstr. 46; Tel. 0203/25507  
Essen Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel. 0201/231923  
Frankfurt Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 0611/775082  
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel. 0611/777303  
Fulda Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934  
Hamburg ARGUMENTE, Rentzelstr. 1; Tel. 040/453680  
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/449778  
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel. 040/453801  
Hannover Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel. 0511/17173  
Heidelberg Akzent-Buchhandlung, Plöck 64a, Tel. 06221/12633  
Kassel Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel. 0561/15642  
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/77704  
Köln 41 Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/420214  
Krefeld Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel. 02151/66842  
Marburg Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/24787  
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662  
München 40 BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/2809522  
Münster Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel. 0251/51414  
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel. 0251/44926  
Oldenburg Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/13949  
Schwerte Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel. 02304/80033  
Stuttgart Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/223287  
Schweiz Bern, Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel. 031/228218  
Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,  
Froschaugasse 7; Tel. 01/2512674  
Österreich Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/433221  
Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel. 0222/421234

## Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

- Berlin 12 Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/3123102  
Berlin 62 Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/2152500  
Bielefeld bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/68461  
Bonn Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/654767  
Dortmund frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/68461  
Bremen Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/74140  
Düsseldorf Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/464405  
Frankfurt 90 frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/705295  
Göttingen Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3  
Hamburg 20 Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/4204748  
Hannover Annabae Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/324024  
Heidelberg Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/22201  
Karlsruhe LÜZIA frauen-buchladen, Viktoriastr. 9; Tel. 0721/25446  
Kassel Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/17210  
Mannheim Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/21663  
München 40 Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/2721205  
Osnabrück mother jones frauenbücher café, jahnstr. 17; tel. 0541/43700  
Tübingen Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/26590  
Schweiz Bern, Frauenbuchladen, Münstergasse 41; Tel. 031/211285  
Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/2026274